

# JahrBuch

## für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

September 2015

III

NDZ-GmbH

---

### Inhaltsverzeichnis

<i>Gleb J. Albert</i> : „Es ist immerhin zu befürchten, dass Mühsam in Russland enttäuscht wird.“ Zu Erich Mühsams veränderter Russlandreise 1925.....	5
<i>Michail Piskunov</i> : Das „Arbeitskollektiv“ als politisches Subjekt in der späten Sowjetunion und während der marktwirtschaftlichen Reformen der 1990er-Jahre .....	28
<i>Simon Lengemann</i> : „Erst das Essen, dann die Miete!“ Protest und Selbsthilfe in Berliner Arbeitervierteln während der Großen Depression 1931 bis 1933 .....	46
<i>Julia Hannoncourt</i> : Trabalho escravo? Ein historischer Vergleich auf globaler Ebene.....	63

### Biografisches

<i>Gerhard Engel</i> : Radikal, gemäßigt, vergessen: Alfred Henke (1868-1946). Zweiter Teil (1918-1946).....	78
<i>Marcel Bois</i> : Eine transnationale Freundschaft im Zeitalter der Extreme: Leo Trotzki und die Pfemferts .....	98

<i>Barbara Allen</i> : Aleksandr G. Šljapnikov in der Verbannung und in Haft 1934 bis 1937 .....	117
---	-----

## Diskussion

<i>Felix Liebr</i> : Die Grenzen der Parteidisziplin: Wilhelm Dittmann und die Spaltung der SPD im Ersten Weltkrieg .....	134
--	-----

## Information

<i>Irina Hundt</i> : Neue Forschungen zu drei Achtundvierzigerinnen .....	150
---	-----

## Berichte

<i>Bertold Scharf</i> : „An die Arbeit! Minderheiten und Erwerbserfahrungen im 19. und 20. Jahrhundert.“ Nachwuchssymposium in Heidelberg ...	159
--	-----

<i>Reiner Zilkenat</i> : Der 8. Mai 1945 und die geistige Situation der Zeit. Kolloquium in Berlin .....	162
---	-----

## Buchbesprechungen

Helmut Bock: Freiheit – ohne Gleichheit? Soziale Revolution 1789 bis 1989 ( <i>Jürgen Hofmann</i> ) .....	165
--	-----

Waltraud Seidel-Höppner: Wilhelm Weitling (1808-1871). Eine politische Biografie ( <i>Walter Schmidt</i> ) .....	166
---	-----

Florian Grams: Die Pariser Kommune ( <i>Dietmar Lange</i> ) .....	169
---	-----

Ulrich Mählert u. a. (Hrsg.): Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2014 ( <i>Ralf Hoffrogge</i> ) .....	172
---	-----

Christoph Jünke: Streifzüge durch das rote 20. Jahrhundert ( <i>Horst Klein</i> ) .....	174
--	-----

---

Rüdiger Zimmermann: Emil Kloth (1864-1943). Vom marxistischen Gewerkschaftsvorsitzenden zum bekennenden Nazi ( <i>Hans-Otto Hemmer</i> ) .....	176
Theodor Bergmann: Sozialisten – Zionisten – Kommunisten. Die Familie Bergmann-Rosenzweig – eine kämpferische Generation im 20. Jahrhundert ( <i>Mario Keßler</i> ) .....	178
Rosa Luxemburg: Nach dem Pogrom. Texte über Antisemitismus 1910/11 ( <i>Mario Keßler</i> ) .....	180
Benjamin Ziemann: Veteranen der Republik. Kriegserinnerung und demokratische Politik 1918-1933 ( <i>Gerhard Engel</i> ) .....	182
Jan Petersen: Unsere Straße. Eine Chronik. Geschrieben 1933/34 ( <i>Yves Müller</i> ).....	185
Siegfried Mielke/Stefan Heinz (Hrsg.): Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes im NS-Staat. Widerstand und Verfolgung ( <i>Ulla Plener</i> ) .....	187
Willy Buschak: „Arbeit im kleinsten Zirkel.“ Gewerkschaften im Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur ( <i>Stefan Heinz</i> ).....	188
Sergej Lochthofen: Schwarzes Eis. Der Lebensroman meines Vaters ( <i>Ulla Plener</i> ) .....	191
Gerhard Feldbauer: Die Resistenza. Italien im Zweiten Weltkrieg ( <i>Dietmar Lange</i> ) .....	193
Elisabeth Benz: Ein halbes Leben für die Revolution. Fritz Rück (1895-1959) ( <i>Hartmut Henicke</i> ) .....	196
L. Joseph Heid: Peter Blachstein. Von der jüdischen Jugendbewegung zur Hamburger Sozialdemokratie. Biographie eines Sozialisten (1911-1977) ( <i>Harald Lange</i> ) .....	198
Sonja Friedmann-Wolf: Im roten Eis. Schicksalswege meiner Familie. 1933-1958 ( <i>Ulla Plener</i> ) .....	202

---

Bernd Langer: Antifaschistische Aktion. Geschichte einer linksradikalen Bewegung ( <i>Bernd Hüttner</i> ) .....	204
Sibylle Plogstedt: „Wir haben Geschichte geschrieben.“ Zur Arbeit der DGB-Frauen (1945-1990) ( <i>Ursula Schröter</i> ) .....	206
Gerd Kaiser: „Hier ist der Deutsche Soldatensender 935.“ Eine Stimme im kalten Krieg ( <i>Herbert Mayer</i> ) .....	208
Alexander Amberger: Bahro – Harich – Havemann. Marxistische Systemkritik und politische Utopie in der DDR ( <i>Günter Benser</i> ) .....	210
Rüdiger Wenzke (Hrsg.): „Damit hatten wir die Initiative verloren.“ Zur Rolle der bewaffneten Kräfte in der DDR 1989/90 ( <i>Ulrich van der Heyden</i> ) .....	213
Bernd Fischer: Das Ende der HVA. Die Abwicklung der DDR-Auslandsaufklärung ( <i>Herbert Mayer</i> ) .....	215
Martina Benz: Zwischen Migration und Arbeit. Worker Centers und die Organisierung prekär und informell Beschäftigter in den USA ( <i>Philipp Reick</i> ) .....	217
Erika und Gerhard Schwarz: Rehfelde. Ein Dorf auf dem Barnim ( <i>Jörg Roesler</i> ) .....	220
Autorenverzeichnis .....	223
Jahresinhaltsverzeichnis .....	224
Impressum .....	231

„Es ist immerhin zu befürchten, dass Mühsam in Russland enttäuscht wird.“

## Zu Erich Mühsams verhinderter Russlandreise 1925

Gleb J. Albert

Als Erich Mühsam am 20. Dezember 1924 aus der Haft entlassen wurde, trat er in eine Welt, die er über fünf Jahre lang lediglich durch bayerische Festungsgitter hindurch hatte beobachten können – eine Welt, die sich seitdem massiv gewandelt hatte, vom kurzen Aufflackern der Münchner Räterepublik, als deren führender Aktivist Mühsam 1919 verhaftet worden war, bis zum Scheitern des „Deutschen Oktobers“ 1923 und der Etablierung der krisenhaften „Normalität“ der Weimarer Republik. Die Reintegration des Dichterrebells und bekanntesten Anarchisten Deutschlands in die Tagespolitik der radikalen Linken besorgte dabei ein denkbar ungewöhnlicher Bündnispartner: Es war der Berliner Kommunistische Jugendverband Deutschlands (KJVD), der Mühsam am Bahnhof einen triumphalen Empfang bereitete; die Begrüßungsrede hielt kein Geringerer als der KPD-Mitbegründer und spätere DDR-Präsident Wilhelm Pieck.<sup>1</sup> Und es war derselbe Pieck, der verhinderte, dass Mühsam 1925 in die Sowjetunion reisen konnte, wie neu aufgefundene Dokumente aus dem Moskauer Archiv der Internationalen Roten Hilfe zeigen. Trotz der Skepsis gegenüber der Politik der Bolschewiki – die Sowjetunion war ein Land, das dem Dichter in seinen Haftjahren immer wieder Hoffnung gesendet hatte. Mühsams geplanter, jedoch nie stattgefundener Russlandbesuch ist in der umfangreichen Historiografie zu seiner Person nie beleuchtet worden.<sup>2</sup> Der vorliegende Aufsatz soll aber nicht allein eine Lücke in Mühsams

---

1 Chris Hirte: Erich Mühsam. „Ihr seht mich nicht feige“. Biografie, Berlin (Ost) 1985, S.349.

2 Siehe ebenda. Wiederabdruck als Chris Hirte: Erich Mühsam: eine Biographie, Freiburg im Breisgau 2009; Heinz Hug: Erich Mühsam. Untersuchungen zu Leben und Werk, Glashütten im Taunus 1974; Rolf Kauffeldt: Erich Mühsam. Literatur und Anarchie, München 1983; Augustin Souchy: Erich Mühsam. Ritter der Freiheit ermordet im Dritten Reich am 9./10. Juli 1934, Reutlingen 1984; Gerd W. Jungblut: Erich Mühsam: Notizen eines politischen Werdeganges, Schlitz 1984; Nikolaus Brauns: „Proletarische Klassensolidarität. Die Stellung der Roten Hilfe innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung, in: Sabine Hering/Kurt Schilde (Hrsg.): Die Rote Hilfe. Die Geschichte der internationalen kommunistischen

sams Lebenslauf schließen, sondern auch die Verflechtungen zwischen deutscher Revolution, KPD-Politik und Sowjetgesellschaft aufzeigen.

Mühsams Verhältnis zur Revolution der Bolschewiki war untypisch für einen westeuropäischen Anarchisten. Er hatte bereits sehr früh seine Solidarität mit der russischen revolutionären Bewegung bekundet<sup>3</sup> und sah in Sowjetrußland einen Triumph ebendieser wie auch eine positive Gegenfolie zum Scheitern der Revolution von 1905. Während jedoch die meisten westlichen Anarchisten sich spätestens ab der Verfolgung und Verhaftung ihrer russischen Genossen von Sowjetrußland abwandten,<sup>4</sup> hielt Mühsams Bewunderung für die Bolschewiki und insbesondere für Lenin länger an. Dies hängt mit dem eigenwilligen Bolschewismusverständnis des Dichters zusammen. Er nahm die Bolschewiki, für die er schon nach der Februarrevolution öffentlich Partei ergriffen hatte,<sup>5</sup> vor allem als Gegenbild zur starren und zögerlichen westlichen (und vor allem deutschen) Sozialdemokratie wahr. Es waren gerade die nichtmarxistischen Züge von Theorie und Praxis der Bolschewiki, die ihn anzogen; in Lenin sah er weniger einen Adepten von Marx als eine Reinkarnation des von Mühsam verehrten Bakunin.<sup>6</sup> Diese eigentümliche Perspektive entbehrt nicht einer gewissen Ironie: Während führende Menschewiki wie Georgij Plechanov den Bolschewiki „Bakunismus“ vorwarfen,<sup>7</sup> war es hingegen genau jener „Bakunismus“, mit dem Mühsam seine Solidarität begründete. Die spärlichen und verzerrten Informationen, die über das revolutionäre Rußland in den Westen drangen,<sup>8</sup> taten ihr Übriges, damit Mühsams Aktivismus, der sich zeitgleich mit der Oktoberrevolution aus der radikalen Bohème in die revolutionäre Massenpolitik verlagerte, mit einer lautstarken Rußland-

---

„Wohlfahrtsorganisation“ und ihrer sozialen Aktivitäten in Deutschland 1921-1941, Opladen 2003, S.73-93, hier S.85-88. Hingewiesen sei auch auf das laufende Editionsprojekt von Chris Hirte und Conrad Piens, das die ungekürzten, über ein Dutzend Bände umfassenden Tagebücher Mühsams in Buchform und im Internet (<http://www.muehsam-tagebuch.de>) verfügbar macht. Die für die folgenden Ausführungen relevanten Bände mit den Jahren 1923-1924 werden erst in den kommenden Jahren erscheinen, der Verfasser konnte nur die gekürzte Ausgabe heranziehen: Erich Mühsam: Tagebücher 1910-1924, hrsg. von Chris Hirte, München 1994.

3 Siehe Jungblut, Erich Mühsam, S.83-85.

4 Zur Bolschewismuskritik westlicher Anarchisten siehe zuletzt Hendrik Wallat: Staat oder Revolution. Aspekte und Probleme linker Bolschewismuskritik, Münster 2012, S.187-223.

5 Siehe Hug, Erich Mühsam, S.180.

6 Siehe ebenda, S.179-182.

7 Siehe Marc Ferro: The Russian Revolution of February 1917, London 1972, S.202.

8 Siehe Hug, Erich Mühsam, S.189f.

solidarität einherging. Nicht zuletzt sah Mühsam in den Räten (Sowjets), von den Bolschewiki zu formell höchsten Staatsorganen erhoben und gar im Staatsnamen verankert, die Entsprechung seiner eigenen Vorstellungen von basisdemokratischer und herrschaftsloser Gesellschaft.<sup>9</sup>

Bereits in der Münchner Räterepublik hatte sich Mühsam sowohl für eine Zusammenarbeit der Anarchisten mit den Kommunisten als auch für eine Tuchfühlung mit Moskau eingesetzt.<sup>10</sup> Nach dem Fall der Räterepublik inhaftiert, trat er in die junge KPD ein. Getrieben war er dabei von seinem eigenwilligen Konzept einer Einheitsfront von links, die revolutionäre Anarchisten, Linkskommunisten und eben auch die Bolschewiki und ihre westlichen Anhänger einschließen sollte.<sup>11</sup> Dem Bolschewismus als einzige erfolgreiche revolutionäre Bewegung in diesem Konglomerat sollte dabei eine Schlüsselposition zukommen. Es ging Mühsam um eine „Einigung des revolutionären Proletariats im Bolschewismus“, wie er seine 1920 im Gefängnis verfasste Streitschrift betitelte.<sup>12</sup> Aus der KPD war der Dichter zu dem Zeitpunkt bereits ausgetreten – aus Protest gegen den Ausschluss der linkskommunistischen Opposition auf dem Heidelberger Parteitag. Sein Engagement für Sowjetrußland blieb jedoch zunächst ungebrochen, und wenn er auch Lenins „Kinderkrankheit“-Schrift gegen den Linkskommunismus und die entsprechenden Beschlüsse des 2. Weltkongresses der Komintern 1920 als große Fehler für die internationale Bewegung ansah, enthielt er sich noch 1921 explizit von jeglicher Kritik innersowjetischer Vorgänge.<sup>13</sup> Angesichts der Not im von Hunger geplagten Rußland konnte er, so vertraute er dem Tagebuch an, die Politik der Bolschewiki „mit dem Verstand und mit dem Herzen nicht verurteilen, sondern nur klagen“.<sup>14</sup>

---

9 Siehe Haug, Erich Mühsam, S.69.

10 Siehe Helmut Neubauer: München und Moskau 1918/1919. Zur Geschichte der Rätebewegung in Bayern, München 1958, v.a. S.52-63; Hug, Erich Mühsam, S.42-53. Für die revolutionäre Dreiecksbeziehung zwischen Sowjetrußland und den kurzlebigen Räterepublik in Bayern und Ungarn siehe zuletzt: Martin Schulze-Wessel: Avantgarde der Weltrevolution. Die Räterepublik in München und Budapest, in: Alois Schmid/Katharina Weigand (Hrsg.): Bayern mitten in Europa. Vom Frühmittelalter bis ins 20. Jahrhundert, München 2005, S.372-384.

11 Siehe Haug, Erich Mühsam, S.69.

12 Neuauflage mit einer Einleitung von Philippe Kellermann, die detailliert auf Mühsams Einheitsfrontkonzept eingeht: Erich Mühsam: Die Einigung des revolutionären Proletariats im Bolschewismus, hrsg. von Philippe Kellermann (Klassiker der Sozialrevolte 24), Münster 2015.

13 Siehe ebenda, S.22-26; Hug, Erich Mühsam, S.183.

14 Mühsam, Tagebücher 1910-1924, S.287 (Eintrag vom 16.2.1922).

Sowjetrussland war nicht nur für Mühsams politische Positionierung zentral, er verband mit dem Land auch, gerade in seinen Gefängnisjahren, immer wieder sein Schicksal als Mensch und Literat. So hoffte er 1920, sein neues Theaterstück „zur Annahme in Russland [zu] bringen“.<sup>15</sup> Ebenfalls ab 1920 flößte ihm zeitweise die Perspektive, von Sowjetrussland im Rahmen eines Gefangenen austausches befreit zu werden, Zuversicht ein.<sup>16</sup> Entsprechende Nachrichten, dem Inhaftierten von seiner sich in Freiheit befindenden Ehefrau Kreszentia (Zenzl), die seine Russlandbegeisterung vollauf teilte, übermittelte, erfüllten Mühsam mit Hoffnung. So schrieb Zenzl 1920 an ihn: „Du darfst auch noch das Land der Freiheit sehen, ich weiß es bestimmt. Du darfst auch noch nach Rußland, und wenn eben unsere Landsleute uns nicht wollen, dann gehen wir nach Rußland.“<sup>17</sup> Allerdings zogen sich die Verhandlungen über den Austausch, bei dem bayrische Festungsgefangene gegen einen in Moskau zum Tode verurteilten polnischen Geistlichen freikommen sollten, bis 1923 ergebnislos hin, sodass Mühsam Ende 1923 verbittert notierte, er glaube „an diese Austauschgeschichte längst nicht mehr“.<sup>18</sup>

Was Mühsam jedoch zeitgleich Freude bereitete, war eine andere Nachricht aus Russland: Im Frühjahr 1923 wurde er in der russischen Provinzstadt Vjatka Ehrenmitglied eines Reiterregiments, wenig später auch des dortigen Stadtowjets. Wenn auch seine Frau ihm das Soldbuch nicht ins Gefängnis überbringen durfte,<sup>19</sup> war dies für Mühsam ein wichtiger symbolischer Akt, mit dem er gewissermaßen über die Köpfe der Politiker hinweg einen direkten Kontakt mit den „einfachen“ russischen Menschen

---

15 Erich Mühsam: Briefe an Zeitgenossen, hrsg. von Gerd W. Jungblut, Bd. 1, Berlin 1978, S.163.

16 Siehe Hirte, Erich Mühsam, 1985, S.337.

17 Chris Hirte/Uschi Otten: (Hrsg.) Zenzl Mühsam. Eine Auswahl aus ihren Briefen (Schriften der Erich-Mühsam-Gesellschaft, 9), Lübeck 1995, S.43, siehe auch ebenda, S.48, 52.

18 Mühsam, Tagebücher 1910-1924, S.339 (Eintrag vom 25.12.1923). Zenzl Mühsam schrieb in der Angelegenheit im April 1921 sogar an Lenin persönlich (siehe Hirte/Otten, [Hrsg.], Zenzl Mühsam, S.52f). Sie erhielt keine Antwort, was sich mit der Einschätzung des Verfassers deckt, die Angelegenheit sei sowjetischerseits kaum ernsthaft verfolgt worden. Zumindest scheint sich das sowjetische Politbüro, das in der Regel für solche hochrangigen Gefangenaustausche zuständig war, nicht mit dieser Angelegenheit befasst zu haben; siehe das Personenregister in: Grant Adibekov u. a. (Hrsg.): Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b). Povestki dnja zasedanij. Bd. 1: 1919-1929, Moskva 2000.

19 Zenzl Mühsam an Willi Budich, 9.7.1923, Russisches Staatsarchiv für soziale und politische Geschichte, Moskau [im Folgenden: RGASPI], 539/3/422, Bl. 40.

hergestellt zu haben glaubte.<sup>20</sup> Diese Verbindung wurde jedoch nicht nur „von oben“ eingerichtet, um einem gefangenen Revolutionär die Haftzeit moralisch zu erleichtern. Sie hatte konkrete sozialhistorische Wurzeln in der sowjetrussischen Gesellschaft und der sich dort wandelnden Rolle des revolutionären Internationalismus.

Eine der zentralen Prämissen für die Bolschewiki, 1917 im rückständigen Russland nach der Macht zu greifen, war die Erwartung, damit lediglich die Vorhut einer gesamteuropäischen und in mittlerer Perspektive weltweiten sozialen Revolution zu bilden.<sup>21</sup> Gestützt auf die internationalistischen Traditionen der Arbeiterbewegung wie auch auf Lenins Imperialismustheorie und Trozki's Theorie der permanenten Revolution,<sup>22</sup> bildete der revolutionäre Internationalismus in Verbindung mit der Erwartung einer unmittelbar heranbrechenden Weltrevolution eine zentrale ideologisch-politische Konstante frühsowjetischer Politik, Kultur und Gesellschaft. Sie drückte nicht nur den Reden und Schriften der Führungspersönlichkeiten, sondern auch dem Alltag ihren Stempel auf. Dieser Umstand wird von der jüngeren sozial- wie kulturhistorischen Russlandforschung zu Unrecht vernachlässigt.<sup>23</sup> Gerade im Bürgerkrieg war die Hoffnung auf eine baldige „Erlösung“ durch ausländische Genossen vor allem für Parteiaktivisten an der Basis ein wirkmächtiges Stimulans, um die materiellen Widrigkeiten und die Widerstände aus der Bevölkerung besser ertragen zu können und dem eigenen wie fremden Leid Sinn zu verleihen. Die revolutionären Ereignisse in Europa (und vor allem in

---

20 Siehe Mühsam, Tagebücher 1910-1924, S.327-332, 340 (Einträge vom 7.5., 18.5. und 25.12.1923).

21 Zu den entsprechenden Diskussionen in der Führungsrunde der Partei siehe u. a.: Leo Trotzki: Geschichte der russischen Revolution, Berlin 1960, S.610-623; Alexander Rabinowitch: Die Sowjetmacht. Die Revolution der Bolschewiki 1917, Essen 2012 (engl. Orig. 1976), S.300-305; Rex A. Wade: The Russian Revolution, 1917, Cambridge 2000, S.221-227.

22 Siehe Eric J. Hobsbawm: Working-Class Internationalism, in: Frits van Holthoorn/Marcel van der Linden (Hrsg.): Internationalism in the Labour Movement, 1830-1940, Leiden-New York 1988, S.3-16; Hartmut Tetsch: Die permanente Revolution. Ein Beitrag zur Soziologie der Revolution und zur Ideologiekritik, Opladen 1973; Neil Harding: Lenin's Political Thought. Theory and Practice in the Democratic and Socialist Revolutions, Bd. 2, London 1983.

23 Dies behandle ich ausführlich in meiner voraussichtlich 2016 in Buchform erscheinenden Dissertation: Gleb J. Albert: Das Charisma der Weltrevolution. Revolutionärer Internationalismus in der frühen Sowjetgesellschaft, 1917-1927, Phil. Diss., Universität Bielefeld 2014.

Deutschland) in den ersten Nachkriegsjahren gaben diesen Hoffnungen zunächst eine reale Unterfütterung und konnten so auch dazu beitragen, vormalige Skeptiker für die Politik der Sowjetregierung zu gewinnen.<sup>24</sup>

Allerdings büßte das Charisma der weltrevolutionären Idee in Sowjetrußland schnell seine ursprüngliche Strahlkraft ein. Zum einen kehrte mit dem Ende des Bürgerkrieges und dem Einläuten der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) eine gewisse Normalität in den Alltag ein. Zum anderen brach mit dem Scheitern des in den sowjetischen Medien vorab massiv aufgebauchten „Deutschen Oktobers“ 1923 die Reihe der Ereignisse im Ausland, die Hoffnung auf eine weltumspannende Revolution machen konnten, vorerst ab.<sup>25</sup> Da es aber noch einige Jahre dauern sollte, bis sich Stalins neue Linie vom „Aufbau des Sozialismus in einem Land“ endgültig durchsetzte, hatte sich die charismatische Leitidee des revolutionären Internationalismus in die Normalzustände der NÖP-Gesellschaft einzufügen. Sie durchlief, was Max Weber in seiner Charismatheorie als „Veralltäglichung“ bezeichnet, nämlich den Prozess der Transformierung von Charisma „aus einer einmaligen [...] Gnadengabe außerordentlicher Zeiten und Personen in ein Dauerbesitztum des Alltags“.<sup>26</sup> Institutionen, die eine solche Veralltäglichung bewerkstelligen, zeichnen sich dadurch aus, dass sie, so der Soziologe Wilfried Gebhardt, „die Erinnerung und damit die legitimierende, ‚verzaubernde‘ Kraft des ‚charismatischen Ursprungs‘ einer gesellschaftlichen Ordnung aufrechterhalten“.<sup>27</sup> Eine Institution, die das Charisma der Weltrevolution in der sich zunehmend stalinisierenden Sowjetgesellschaft veralltäglichte, war die MOPR SSSR (Meždunarodnaja organizacija pomošči borcam revoljucii SSSR, Inter-

---

24 Siehe jüngst am Beispiel der Auswirkungen der deutschen Revolution von 1918-19 auf frühsowjetische Aktivisten: Ders.: *Activist Subjectivities and the Charisma of World Revolution: Soviet Communists Encounter Revolutionary Germany, 1918-19*, in: Klaus Weinhauer/Anthony McElligott/Kirsten Heinsohn (Hrsg.): *Germany 1916-23. A Revolution in Context*, Bielefeld 2015, S.181-203.

25 Siehe Bernhard H. Bayerlein u. a. (Hrsg.): *Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern*, Berlin 2003; Gleb J. Albert: „German October is Approaching“. *Internationalism, Activists, and the Soviet State in 1923*, in: *Revolutionary Russia*, 24, 2011, H. 2, S.111-142.

26 Max Weber: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*, Frankfurt/Main 2010, S.841.

27 Winfried Gebhardt: *Charisma und Ordnung. Formen des institutionalisierten Charisma. Überlegungen im Anschluß an Max Weber*, in: Ders./Arnold Zingerle/Michael N. Ebertz: *Charisma. Theorie – Religion – Politik*, Berlin-New York 1993, S.181.

nationale Hilfsorganisation für die Kämpfer der Revolution, UdSSR), die sowjetische Sektion der Internationalen Roten Hilfe (IRH).<sup>28</sup>

Die von der Komintern als „Massenorganisation für spezielle Zwecke“<sup>29</sup> initiierte, formal unabhängige IRH unterhielt Sektionen in zahlreichen Ländern, die sich die materielle und moralische Versorgung der linken politischen Gefangenen auf die Fahnen schrieben.<sup>30</sup> Die sowjetische Sektion der IRH nahm unter diesen Sektionen eine Sonderstellung ein.

Sie operierte unter den Bedingungen der „siegreichen Revolution“ und hatte dadurch volle Rückendeckung des Staatsapparats. Sie war in das in der NÖP-Periode florierende System der „freiwilligen Massen-Gesellschaften“ eingebunden, die *de jure* unabhängig, *de facto* aber unter Ägide der Partei dazu berufen waren, einfache Bürger in bestimmte, für den Staat zentrale Anliegen aktivistisch einzubinden.<sup>31</sup> Während andere „Massen-Gesellschaften“ etwa Atheismus, effizientes Arbeitsplatzverhalten oder Zivilverteidigung zum Thema hatten,<sup>32</sup> war es an der MOPR, revolutionärem Internationalismus einen institutionellen Rahmen zu geben und Bür-

---

28 An dieser Stelle ist eine Begriffsklärung vorzunehmen. „MOPR“ war zunächst einmal die russische Bezeichnung für die IRH. Unter dem Namen der MOPR operierte die IRH als sowjetische Massenorganisation bereits wenige Wochen nach der Gründung auf dem 4. Weltkongress der Komintern (O sodejstvii meždunarodnoj organizacii pomošči borcam revoljucii, in: Izvestija CK RKP[b], 1923, Nr. 2 [50], S.97). Eine formell eigenständige IRH-Sektion unter der Bezeichnung „MOPR SSSR“, wohin die Massenarbeit der IRH innerhalb der Sowjetunion ausgelagert wurde, wurde jedoch erst Ende 1924 formiert (Protokoll der Kommission zur Reorganisation der IRH-Arbeit in der UdSSR, 31.12.1924, RGASPI, 539/2/73, Bl. 36-38). Darüber hinaus wurde jedoch die Abkürzung „MOPR“ in der Sowjetpresse wie auch in den internen Dokumenten sowohl für die IRH als auch für ihre sowjetische Sektion verwendet. Im Folgenden soll die Bezeichnung „MOPR“ der Einfachheit halber ausschließlich für die sowjetische IRH-Sektion (MOPR SSSR) verwendet werden.

29 Bernhard H. Bayerlein: Das neue Babylon. Strukturen und Netzwerke der Kommunistischen Internationale und ihre Klassifizierung, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, 2004, S.181-270, hier S.230.

30 Siehe J. Martin Ryle: International Red Aid and Comintern Strategy, 1922-1926, in: International Review of Social History, 15, 1970, H. 1, S.43-68; Hering/Schilde (Hrsg.), Rote Hilfe.

31 Als Überblick über die sowjetischen „Massenorganisationen“ und „-gesellschaften“ siehe Irina N. Il'ina: Obščestvennye organizacii Rossii v 1920-e gody, Moskva 2000.

32 Siehe Sandra Dahlke: An der antireligiösen Front. Der Verband der Gottlosen in der Sowjetunion der zwanziger Jahre, Hamburg 1998; Ulf Brunnbauer, „The League of Time“ (Liga Vremeni): Problems of Making a Soviet Working Class in the 1920s, in: Russian History, 27, 2000, H. 1-4, S.461-495; Ol'ga Ju. Nikonova: Vospitanie patriotov. Osoaviachim i voennaja podgotovka naselenija v ural'skoj provincii. 1927-1941 gg., Moskva 2010.

ger durch formalisierte Praktiken an ihm teilhaben zu lassen. Die MOPR war mit zeitweise fast zehn Millionen Mitgliedern die zahlenmäßig stärkste dieser Organisationen,<sup>33</sup> was es umso verwunderlicher macht, dass über sie in keiner Sprache eine zusammenhängende Darstellung vorliegt.<sup>34</sup>

Eine zentrale Praxis der MOPR waren Gefangenenpatenschaften. Ihre Basisorganisationen, die Stadtteil-, Fabrik- und Dorfgzellen, übernahmen, vermittelt vom internationalen IRH-Apparat in Zusammenarbeit mit Komintern- und Parteistrukturen, Patenschaften über politische Gefangene im Westen. Sie traten mit ihnen in Briefkontakt, sandten ihnen Geschenke und machten im eigenen sozialen Umfeld auf die Lage in ausländischen Gefängnissen aufmerksam. Zudem trieben sie die Ernennung prominenter Gefangener zu Ehrenmitgliedern in lokalen politischen und militärischen Körperschaften voran. Das sowjetische Konzept der Patenschaft (*šefstvo*) war im Bürgerkrieg entstanden, indem zivile Einrichtungen die ideelle und materielle Versorgung von einzelnen Regimentern der Roten Armee übernommen hatten.<sup>35</sup> In der NÖP-Periode wurde das Konzept internationalisiert. Nunmehr wurden transnationale Kontakte zwischen sowjetischen und ausländischen Aktivisten an der Basis hergestellt, die zwar äußerst formalisiert und reglementiert waren,<sup>36</sup> aber dennoch Züge des Unmittelbaren aufwiesen. Wenn auch nur ein kleiner Teil der Mitglieder in solche Austauschbeziehungen involviert war, da das Gros frühsowjetischer Massenorganisationen mit ihrer Mischung aus Zwang und Konformismus aus passiven Mitgliedern bestand, so erlangten doch einige der betreuten Gefangenen durch die Presseorgane der Organisation und die Agitationstätigkeit ihrer Aktivisten gewisse Prominenz über die MOPR hinaus. Man könnte annehmen, dass Berichte über das Leben und Leiden westlicher Revolutionäre die Lücke konterkarierten, die Jeffrey Brooks in

33 Siehe Natal'ja V. Kiseleva: *Dobrovol'nye obščestva v Sovetskoj Rossii. 1917 – konec 1920-ch gg.*, Doktordissertation, Rostovskij gosudarstvennyj universitet 1998, S.549.

34 Abgesehen von zumeist apologetischen und populärwissenschaftlichen Publikationen aus der Sowjetzeit sowie einigen postsowjetischen russischen Lokalstudien. Eine erste zusammenhängende, auf geöffneten sowjetischen Archivbeständen basierende Darstellung in: Albert, *Charisma*, S.262-308. Von den sowjetischen Publikationen nach wie vor hilfreich: Anatolij I. Avrus: *MOPR v bor'be protiv terrora i fašizma 1922-1939*, Saratov 1976.

35 Siehe David R. Stone: *Šefstvo. Lev Trotsky and the Military Origins of Revolutionary Patronage*, in: *Revolutionary Russia*, 19, 2006, H. 1, S.23-36.

36 So gingen zwischen sowjetischen MOPR-Zellen und ausländischen Gefangenen ausgetauschte Briefe ausnahmslos durch Kontrollinstitutionen von IRH und Komintern, und die lokalen Zellen erhielten laufend „Empfehlungen“ zu Form und Inhalt. Siehe Albert, *Charisma*, S.527-554.

Bezug auf die sowjetische Presse festgestellt hat, nämlich die komplette Abwesenheit von „human interest stories“, also von Berichterstattung über das Privatleben prominenter Persönlichkeiten.<sup>37</sup> Da das Privatleben eines politischen Häftlings durchweg politisch ist, bekam die sowjetische Öffentlichkeit mit den Paten-Gefangenen Prominente, deren mediale Repräsentation auch Einblicke ins Private bot.

Erich Mühsam gehörte, neben dem linkskommunistischen Rebellenführer Max Hoelz, zu den in Russland prominentesten deutschen politischen Gefangenen. Seine Gedichte wurden in russischer Übersetzung im MOPR-eigenen Verlag abgedruckt,<sup>38</sup> und in den instruktiven Broschüren pflegte die Organisation sein Image als eingekerkelter Revolutionspoet – wenn dabei auch seine Zugehörigkeit zum Anarchismus nie zur Sprache kam.<sup>39</sup> In der MOPR-Presse wurde er gar als „Genosse“<sup>40</sup> betitelt – eine Ehre, die anderen Anarchisten kaum zugekommen wäre. Seine Popularität spiegelte sich, neben den weiter oben erwähnten Ehrenmitgliedschaften, auch in der Aktivität der MOPR-Zellen wieder, etwa wenn sie in Resolutionen seine Befreiung verlangten,<sup>41</sup> oder ihm Geld und Geschenke zusandten, die ihm über die Rote Hilfe Deutschlands (RHD), die deutsche Sektion der IRH, zugestellt werden sollten.<sup>42</sup> In der MOPR-Hochburg Vjatka hingen Portraits von Mühsam in vielen Schulen,<sup>43</sup> sodass seine Popularität auch über die offiziellen Publikationen hinaus den öffentlichen Raum durchdringen konnte.<sup>44</sup>

---

37 Siehe Jeffrey Brooks: *Pravda and the Language of Power in Soviet Russia, 1917-28*, in: Jeremy Popkin (Hrsg.): *Media and Revolution. Comparative Perspectives*, Lexington 1994, S.156-173, hier S.157f.

38 Erich Mjuzam: *Zemlja v ognje*, Moskva, I. K. MOPR 1925.

39 Siehe David Utkeš/Iv. Martynov: *Pereklička. Materialy po šefstvu nad politzaključennymi*, Moskva, Izdatel'stvo CK MOPR, 1926, S.10, 97-99.

40 Tov. Mjuzam i vjatskij garnizon, in: *Bjulleten' CK MOPR*, 1924, Nr. 15-16, S.5.

41 Grußbotschaften und Resolutionen lokaler MOPR-Zellen, 1924, Staatsarchiv der Russischen Föderation, Moskau [im Folgenden: GARF], 8265/1/1, Bl. 184.

42 Exekutivkomitee (EK) der IRH an RHD, 4.3.1925, RGASPI, 539/3/431, 20; RHD an EK IRH, 11.3.1925, RGASPI, 539/3/432, Bl. 46.

43 Aleksej N. Charin: *Vnešnjaja politika sovjetskogo pravitel'stva v vosprijatii rukovodstva i naselenija Vjatskoj gubernii. 1917-1925 gg.*, Kandidatendiss., Vjatskij gosudarstvennyj pedagogičeskij universitet 2000, S.131.

44 Zur MOPR in Vjatka siehe zuletzt: Vera Zmeeva: *Istorija Vjatskogo MOPRa, ili Začarovannye revoljucijej*, in: *Čelovek v istorii. Rossija – XX vek. Vserossijskij konkurs istoričeskich issledovatel'skich rabot staršeklassnikov. Sbornik rabot pobeditelej. Konkurs 2000-2001*, Moskva 2002, S.127-142.

Auch die RHD setzte sich für den inhaftierten Mühsam ein.<sup>45</sup> Dies mochte mit der Popularität des Dichters in Deutschland zusammenhängen, wie auch mit personellen Netzwerken. So engagierte sich Zenzl Mühsam bereits 1921 für die ebenfalls KPD-nahe Internationale Arbeiterhilfe und war auch an der Gründung der RHD beteiligt. Im selben Jahr gebot der RHD-Vorsitzende Pieck einer kurzzeitigen Hetzkampagne gegen Mühsam in der KPD-Presse Einhalt.<sup>46</sup> Es ist aber auch denkbar, dass die RHD mit ihrer Sorge um Mühsam nicht zuletzt die Nachfrage der sowjetischen IRH-Sektion bediente. Schließlich mussten die außersowjetischen Sektionen laufend Informationen über „ihre“ Gefangenen nach Moskau liefern, damit diese wirkungsvoll und zeitnah in den MOPR-Kampagnen popularisiert werden konnten. Zudem hatten diejenigen MOPR-Aktivistinnen, die den Gefangenen Briefe schrieben und Geschenke für sie fertigten, ein berechtigtes Interesse an Informationen zu ihren „Schützlingen“, und forderten diese auch ein.<sup>47</sup> Diese Forderungen reichte die IRH, zuweilen recht nachdrücklich, an ihre nationalen Sektionen weiter.<sup>48</sup> Diese hatten gute Gründe, solchen Wünschen nachzukommen, konnte sich doch keine der außersowjetischen IRH-Sektionen finanziell selbst tragen und war auf die Geldmittel der IRH angewiesen, die vor allem von ihrer sowjetischen Sektion generiert wurden.<sup>49</sup> Als gleichzeitiger Vorsitzender der RHD und Mitglied des in Moskau ansässigen Exekutivkomitees (EK) der IRH war es gerade Pieck, der die Scharnierfunktion zwischen RHD, IRH und MOPR verkörperte. Es war daher kein Zufall, dass er den entlassenen Mühsam am Bahnhof begrüßte.

Nach seiner Freilassung trat Mühsam im Auftrag der RHD als „unentwegter Wanderredner“ auf zahlreichen Kundgebungen in Deutschland

---

45 Siehe Brauns, *Klassensolidarität*, S.88.

46 Siehe Hirte, *Erich Mühsam*, 1985, S.336f.; Reinhard Müller: Zenzl Mühsam und die stalinistische Inquisition, in: Jürgen-Wolfgang Goette (Hrsg.): *Frauen um Erich Mühsam. Zenzl Mühsam und Franziska zu Reventlow*, Lübeck 1996, S.32-88, hier S.55.

47 Siehe A. Bljumenau: Čto nužno znat' o šefstve nad politzaključennymi?, in: *Bjulleten' CK MOPR*, 1924, Nr. 24-25, S.2.

48 EK der IRH an Bulgarische Sektion der IRH, 6.11.1926, RGASPI, 539/3/367, Bl. 13-14; EK der IRH an Ungarische Sektion der IRH, 20.9.1926, RGASPI, 539/3/399, Bl. 11.

49 Siehe Kurt Schilde: „Es lebe die Internationale Rote Hilfe!“. Die weltweite „Wohlfahrtsorganisation“ der kommunistischen Parteien, in: Hering/Ders. (Hrsg.), *Rote Hilfe*, S.57-71, hier S.62f. Bemerkenswerterweise wurde die MOPR selbst, im Gegensatz zu allen anderen sowjetischen Massenorganisationen, nur marginal und indirekt von Staat und Partei subventioniert und konnte sich weitestgehend aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden finanzieren. Siehe Kiseleva: *Dobrovol'nye obščestva*, S.626.

auf.<sup>50</sup> Dies war ungewöhnlich für einen Anarchisten und rief entsprechend negative Reaktionen seiner Genossen hervor.<sup>51</sup> Doch war es üblich, dass ehemals von den IRH-Sektionen betreute Gefangene sich nach ihrer Freilassung für die Organisation nützlich machten. Auch die MOPR ergriff jede Chance, um entlassene, ehemals von MOPR-Zellen betreute ausländische Häftlinge, sofern sie nach Russland kamen, durch die Provinz touren zu lassen. In ihrem internen Bulletin betonte die MOPR die Nützlichkeit solcher Vortragsreisen. Sie sah darin eine hilfreiche Integrationsmaßnahme für diejenigen Politemigranten, die längere Zeit in Russland zu bleiben gedachten. Auch hielt sie für das breite Publikum und die MOPR-Aktivisten an der Basis solche Auftritte für nützlich.<sup>52</sup> Schließlich sollten gerade Letztere sehen, dass ihre Hilfe nicht umsonst gewesen war, indem sie ihre vormaligen „Schützlinge“ leibhaftig erlebten. Die provinziellen MOPR-Organen forderten daher in Moskau Emigranten für Auftritte in ihren Regionen an und evaluierten bereits stattgefundenen Redner-Tourneen als für ihre Agitationsarbeit äußerst positiv.<sup>53</sup>

Neben zahlreichen unbekanntem Emigranten unternahmen auch einige prominente, von den IRH-Sektionen betreute ehemalige Gefangene, wie der polnische Abgeordnete Stanislaw Łańcucki oder der bereits erwähnte Max Hoelz, ausgedehnte, von der MOPR organisierte Rednertouren durch die Sowjetunion.<sup>54</sup> Es lag nahe, dass auch Mühsam ein gewünschter Kandidat für eine MOPR-Tour durch die Sowjetunion sein sollte. Er war in der Sowjetunion durch die russischen Veröffentlichungen seiner Gedichte und durch die Popularisierung seiner Leidensgeschichte durch die MOPR ungleich bekannter als die meisten anderen ehemaligen politischen Gefangenen. Anhand der gesichteten MOPR- und IRH-Archivbestände lässt sich nicht rekonstruieren, woher genau die Initiative ausging, Mühsam nach Russland einzuladen. Sie muss jedoch unmittelbar nach, vielleicht sogar kurz vor seiner Freilassung entstanden sein, wie aus dem im Folgenden abgedruckten Dokument hervorgeht. Wohl in Absprache

---

50 Siehe Brauns, *Klassensolidarität*, S.87.

51 Siehe ebenda, S.86.

52 A. Ch.: MOPR i polit. emigranty, in: *Bjulleten' CK MOPR*, 1924, Nr. 14, S.1.

53 Moskauer Komitee der MOPR an Zentrales Haus der Politemigranten, 1.9.1925, GARF, 8265/3/6, 15; Archangel'sker Gouvernementskomitee der MOPR an EK IRH, 9.12.1924, GARF, 8265/1/1, Bl. 136.

54 Siehe Zmeeva, *Istoriija*, S.138; Max Hoelz: „Ich grüße und küsse Dich – Rot Front!“: Tagebücher und Briefe. Moskau 1929 bis 1933, hrsg. von Ulla Plener (Rosa-Luxemburg-Stiftung Texte, 30), Berlin 2005.

mit der sowjetischen MOPR-Führung, wenn nicht sogar auf ihre Anregung hin, hatte das EK der IRH bereits vor Februar 1925 eine entsprechende Anfrage an die RHD gesandt. Diese wurde von Pieck am 4. Februar beantwortet – in durchaus skeptischer Weise.

*Dokument*

Berlin, den 4. Februar 1925.<sup>55</sup>

An das  
E.K. der I.R.H.

Moskau

Werte Genossen!

Ihr habt den Genossen Erich Mühsam eingeladen nach Russland zu kommen. Außerdem hatte das Polbüro der K.P.D. an Euch das Ersuchen gerichtet, dann auch den Genossen Sauber mit herüberzuholen, dem Ihr zugestimmt habt.<sup>56</sup> Bei Mühsam müsste noch entschieden werden, ob ihn seine Frau begleiten soll. Das halte ich für zweckmäßig, weil sie Kommunistin ist und immerhin einen gewissen Einfluss auf ihn auszuüben vermag.<sup>57</sup>

55 Handschriftlicher Vermerk in der rechten oberen Ecke: „Eing[ang] 10/II/25“. Kommafehler und schreibmaschinenbedingte Orthografie werden hier stillschweigend korrigiert.

56 Fritz Sauber (1884-1949), USPD- und KPD-Funktionär, war wie Mühsam in der Bayerischen Räterepublik aktiv, und absolvierte mit ihm zusammen die Festungshaft in Niederschönfeld (siehe Hermann Weber/Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2008, S.768). Zunächst mit Mühsam eng verbunden, war er jedoch 1921 in die kurzzeitige KPD-Kampagne gegen den Dichter involviert und gehörte von da an zu Mühsams ärgsten Widersachern unter den politischen Häftlingen (siehe Mühsam, Tagebücher 1910-1924, S.255f., 290 [Einträge vom 16.-17.5.1921 und 10.3.1922]). Im August 1923 vermerkte Mühsam mit „Erstaunen“ im Tagebuch, dass Sauber sich ihm beim Hofgang angeschlossen habe; von da an normalisierte sich das Verhältnis zwischen beiden Aktivisten (siehe ebenda, S.331, 358, 360, Zitat S.331]). Dass die KPD-Führung darauf bestand, Sauber mit Mühsam reisen zu lassen, könnte darauf hindeuten, dass Ersterer als „Aufpasser“ fungieren sollte, um den Anarchisten ideologisch auf Linie zu halten.

57 Piecks Bezeichnung von Zenzl Mühsam als „Kommunistin“ ist zunächst erstaunlich, denn eine KP-Mitgliedschaft ist in ihrer Biographik nicht überliefert. Siehe Uschi Otten: „Den Tagen, die kommen, gewachsen sein“. Zur Lebensgeschichte Krestenzia Mühsams, in: Der Bär von Berlin. Jahrbuch des Vereins für die Geschichte Berlins, 2001, S.113–28; Michaela Karl: Zenzl Mühsam. Die unbeugsame Witwe, in: dies., Bayerische Amazonen.

Der Reise Mühsams nach Russland stellen sich aber eine Reihe von Schwierigkeiten entgegen. Von seinen anarchistischen Gesinnungsfreunden werden Mühsam bereits erhebliche Vorwürfe darüber gemacht, dass er sich nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis für Amnestiekundgebungen, die von der Roten Hilfe veranlasst werden, als Redner zur Verfügung gestellt hat und dass er in diesen Kundgebungen nicht die Forderung auf Freilassung der politischen Gefangenen in Russland vertreten hat, die von den Anarchisten und Menschewisten aufgestellt ist.<sup>58</sup> Mühsam ist diesem Verlangen seiner Freunde bisher dadurch ausgewichen, dass er ihnen erklärte, er müsse sich erst über die Ursachen der Gefangensetzung von Anarchisten und Sozialrevolutionären informieren, wobei er ihnen persönlich erklärte, dass er durchaus für die Freilassung eintritt.<sup>59</sup> Aber öffentlich hat er diese seine Anschauung bisher doch nicht vertreten, worüber seine Freunde sehr ungehalten sind und in der Zeitung bereits die Frage an ihn richten, ob er sich kaufen lassen und zum Abtrünnigen werden wolle. Nachdem bekannt wurde, dass Mühsam zu einer Reise nach Russland von Euch eingeladen sei und er auch die Absicht kundtat, dass er dieser Einladung Folge leisten wolle, sind russische Anarchisten, die in Deutschland leben, an ihn herantreten und haben mit ihm gemeinsam eine Reihe von Bedingungen aufgestellt, unter denen Mühsam die Reise unter-

---

12 Porträts, Regensburg 2004, S. 96–115. Auch in ihrer 1947 für die sowjetischen Behörden abgefassten Autobiographie erwähnt sie keine KP-Mitgliedschaft, obwohl es für sie in dem Kontext vorteilhaft gewesen wäre (siehe den vollständigen Abdruck bei Müller, Zenzl Mühsam, S.77-80). Hier mag wohl Zenzl Mühsams Engagement in KP-nahen Organisationen wie der IAH und der IRH eine Rolle gespielt haben, dass Pieck sie als „zuverlässiger“ wahrnahm als ihren Ehegatten.

58 Mühsams Engagement für die RHD rief unter deutschen Anarchisten starken Widerspruch hervor, der darin gipfelte, dass er im Oktober 1925 aus der Föderation kommunistischer Anarchisten Deutschlands (FKAD), deren prominentes Mitglied er war, ausgeschlossen wurde. Der Konflikt zwischen Mühsam und der FKAD war eskaliert, als Mühsam im August 1924 auf einer antimilitaristischen Kundgebung in Dresden die schwarze Fahne der Anarchisten um eine rote Fahne des Roten Frontkämpferbunds ergänzt hatte. Siehe Hug, Erich Mühsam, S.166f.; Ulrich Linse: Die Transformation der Gesellschaft durch die anarchistische Weltanschauung. Zur Ideologie und Organisation anarchistischer Gruppen in der Weimarer Republik, in: Archiv für Sozialgeschichte, 11, 1971, S.289-372, hier S.295f.

59 In einer öffentlichen Stellungnahme im Januar 1925 schrieb Mühsam: „Den Streitpunkt der in Rußland gefangen gehaltenen Revolutionäre habe ich deswegen nie erwähnt, weil ich mich in den Jahren meiner Haft nicht objektiv orientieren konnte [...]. Das bedeutet keineswegs, daß ich die Tatsache der Inhaftierung vieler Revolutionäre in Rußland, die 1917 Seite an Seite mit den Bolschewiki gekämpft haben, nicht [...] zutiefst bedauere und eine Amnestie auch in Rußland heiß ersehne.“ Mühsam, Briefe, Bd. 1. S.207.

nehmen soll. Obgleich mir Mühsam diese Bedingungen unter dem Verlangen der Diskretion mitgeteilt hat, halte ich mich doch [für] verpflichtet, sie Euch bekanntzugeben. Es wird verlangt, dass nicht in der Privatwohnung von Mühsam, sondern in einem neutralen Lokal, eine Verhandlung zwischen dem hiesigen Botschafter der Sowjetregierung und einer Anzahl in Deutschland lebender russischer Anarchisten über die Bedingungen erfolgen solle. Als Bedingungen wurden festgelegt: dass mit Mühsam noch zwei in Deutschland lebende russische Anarchisten nach Russland reisen, denen die gleichen Vergünstigungen in Bezug auf Reisekosten und Aufenthalt gewährt werden sollen, wie sie Mühsam zugesichert sind; dass sie völlige Freiheit in Russland haben wollen, mit den Leuten zu sprechen, die sie bestimmen; dass ihnen zensurfreie Korrespondenz zugesichert wird; dass vorher der Reiseplan mit den Namen derjenigen Personen und Orte festgelegt wird, die sie besuchen wollen, und dass ferner dieser mit dem Botschafter vereinbarte Plan in allen anarchistischen Blättern der Welt bekanntgegeben wird. Ich habe Mühsam sofort erklärt, dass das ein Verlangen sei, dem in keiner Weise Rechnung getragen werden könne, Mühsam sei nicht von der Sowjetregierung noch von der Komintern zur Reise nach Russland eingeladen worden, sondern vom E.K. der I.R.H., die selbstverständlich für ihn, ebenso wie für den Gen. Sauber, die Reise- und Aufenthaltskosten zu übernehmen bereit sei, und dass die Reise nur der Unterstützung der I.R.H.-Arbeit diene. Bei seiner Anwesenheit in Russland werde sich ganz zweifellos die Gelegenheit bieten, mit den Genossen über die Ursachen der Gefangensetzung von Anarchisten und Sozialrevolutionären zu sprechen, und er sich ausreichend darüber werde informieren können. Es müsse ihm überlassen bleiben, ob er nach Kenntnisnahme dieser Tatsache sich dann noch für die Freilassung einsetzen werde. Aber irgendwelche Zusicherungen nach dieser Richtung hin können im Voraus ihm nicht gegeben werden. Ich habe trotzdem auf ihn eingewirkt, dass er die Reise unternimmt. Dabei waren zugegen auch zwei deutsche Anarchisten, die Gebrüder Rudolf und Richard Oestreich,<sup>60</sup> beide rieten Mühsam ebenfalls, der Einladung Folge zu leisten, auch wenn irgendwelche Zusi-

---

60 Die Gebrüder Rudolf und Richard Oestreich waren bereits federführend in der anarchistischen Bewegung im Kaiserreich aktiv, Ersterer war die zentrale Figur in der FKAD. Es ist bemerkenswert, dass Rudolf Oestreich angesichts seines stark ausgeprägten Abgrenzungsbedürfnisses (selbst den Syndikalisten gegenüber, siehe Linse, *Transformation*, S.346-366) sich auf ein Treffen mit Pieck eingelassen hat. Zu den Gebrüdern Oestreich siehe Ulrich Linse: *Organisierter Anarchismus im Deutschen Kaiserreich von 1871*, Berlin 1969, u.a. S.318-326; Ders., *Transformation*.

cherungen ihm vorher nicht gegeben würden, und sie verpflichteten sich auch, in ihrer Presse etwaige Angriffe, die deswegen gegen Mühsam erhoben würden, zurückzuweisen oder jedenfalls die betreffenden Ankläger zu ersuchen, [sich] mit ihrem Urteil zurückzuhalten bis Mühsam von Russland zurück sei. Dadurch war Mühsam wohl etwas beruhigt, aber er sprach sich auch hierbei aus, dass er durchaus die Forderung veretre, dass die Anarchisten und Sozialrevolutionäre, die bei der Revolution 1917 gemeinschaftlich mit den Bolschewiki auf den Barrikaden gekämpft haben, unbedingt freigelassen werden müssen.<sup>61</sup> Er möchte unter allen Umständen auch den Schein vermeiden, dass er der anarchistischen Bewegung abtrünnig werde.

Ihr seht, dass die Reise Mühsams nach Russland mancherlei Bedenken trägt. Es ist immerhin zu befürchten, dass Mühsam in Russland enttäuscht wird über die Illusionen, die er mit seiner Reise verbindet, und er nach Deutschland zurückkehrt mit dem festen Vorsatz, seinen anarchistischen Freunden den Gefallen zu tun, in die Hetze gegen die bolschewistische Regierung in Russland mit einzustimmen. Ich fürchte, dass er nich[t] fähig sein wird, die Schwierigkeiten zu verstehen, unter denen in Russland die Sowjetmacht erhalten und der Aufbau einer kommunistischen Wirtschaft durchgeführt werden muss. Seine Freunde, die russischen Anarchisten in Deutschland, haben ihm sogar versucht einzureden, dass die Gefahr für ihn bestände, dass er in Russland ebenfalls gefangen gesetzt werde, was er aber, nach seiner Aussage, zurückgewiesen hat. Ihr müsst also sehr wohl noch einmal überlegen, ob es unter diesen Umständen angebracht ist, die Einladung aufrecht zu erhalten. Es ist gewiss nicht von Bedeutung, ob Sowjetrussland in den anarchistischen Kreisen einen Menschen mehr zum Feinde hat oder nicht. Aber mit Mühsam ist doch immerhin ein gewisser Kult getrieben worden. Er wurde zum Ehren-Rotarmisten ernannt, und viele öffentliche Kundgebungen in Russland sind für seine Person gemacht worden. Natürlich galten diese Kundgebungen dem von der bayerischen Rachejustiz verfolgten und eingekerkerten Mühsam und nicht etwa dem anarchistischen Propagandisten Mühsam. Aber in der breiten Öffentlichkeit wird dieser Unterschied doch nicht gemacht. Ihr müsst also überlegen, ob Ihr Mühsam in Russland werdet wenigstens

---

61 Die Partei der Linken Sozialrevolutionäre (PLSR) sowie ein Teil der Anarchisten unterstützte die Oktoberrevolution zunächst, die PLSR formte mit den Bolschewiki sogar eine Koalitionsregierung, die erst im Sommer 1918 auseinanderbrach und in Verbot und Verfolgung der Partei mündete. Siehe Lutz Häfner: Die Partei der Linken Sozialrevolutionäre in der russischen Revolution von 1917/18, Köln 1994.

insofern überzeugen können, dass die Gefangensetzung der konterrevolutionären Anarchisten und Sozialrevolutionäre eine notwendige Maßnahme zur Sicherung der Arbeiterschaft war, und insofern wenigstens er von der blödsinnigen Hetze abgehalten wird, die sonst die Anarchisten gegen Sowjetrußland treiben.

Gebt mir also möglichst bald Nachricht, wie Ihr zu der ganzen Angelegenheit steht und ob Ihr, falls Ihr die Einladung aufrecht erhaltet, auch damit einverstanden seid, dass seine Frau ihn begleitet.

Außerdem schicke ich Euch einige Briefe, die Mühsam auf Grund ihm zugegangener Begrüßungsschreiben an die betr. Absender richtet. Ihr vermittelt wohl diese an die zuständigen Stellen.<sup>62</sup>

Mit kommunistischem Gruß

[hdschr.:] Pieck

Anlagen.<sup>63</sup>

*Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, 539/3/432, 16-18.*

Dieser Brief ist in vielerlei Hinsicht bemerkenswert und wirft Schlaglichter sowohl auf unbekannte Aspekte der Biografie Mühsams unmittelbar nach seiner Haftentlassung als auch auf das Verhältnis zwischen KPD-Politik, „Gefangenenarbeit“, Sowjetunion und nichtkommunistischen linken Netzwerken. Zunächst einmal rückt er durch die Schilderung des Geheimtreffens mit Pieck Mühsams Einstellung zur KPD in ein neues Licht. Die von Pieck beschriebenen Bemühungen Mühsams um ein gemeinsames Treffen mit einem sowjetischen Vertreter und mit Anarchisten werden durch einen Brief des Dichters an seinen amerikanischen Genossen Alexander Berkman vom 29. Dezember 1924, wenige Tage nach seiner Freilassung, bestätigt. Darin schrieb er, „[d]ie Vertreter Moskaus“ hätten ihm zugesagt, „daß sie zu einer mündlichen Aussprache mit anarchistischen Genossen bei mir bereit sind“.<sup>64</sup> Das Treffen sei sogar bereits an-

62 Grußschreiben von sowjetischen Basisorganisationen an ausländische Revolutionäre waren ein verbreitetes internationalistisches Ritual und wurden zumeist tatsächlich den Adressaten zugestellt. Siehe Albert, *Charisma*, S.504-526.

63 Die Anlagen sind in der Akte nicht überliefert, was dafür spricht, dass sie tatsächlich weitergeleitet wurden.

64 Zit. nach: Hug, *Erich Mühsam*, S.186. Offenbar sollte dieses Treffen bei Mühsam, und nicht wie dasjenige, das von Pieck geschildert wurde, auf „neutralem Boden“ stattfinden.

gesetzt, und der offenbar ebenfalls in Berlin weilende Berkman sowie der „Genosse Steinberg“<sup>65</sup> wurden vom Verfasser gebeten, dort für eine klärende Aussprache zu erscheinen.<sup>66</sup> Diese Initiative Mühsams zeugt von seinem nach wie vor tief sitzenden Glauben an eine „Einheitsfront von links“ – so tief, dass er selbst 1925 noch meinte, Bolschewiki, Anarchisten und Sozialrevolutionäre an einen Tisch bringen zu können. Dies relativiert die nachträglichen „Reinwaschungsversuche“ seitens seiner anarchistischen Genossen wie Augustin Souchy, Mühsam sei von den „Bolschewisten“ lediglich „gelockt“ worden, habe der Versuchung aber widerstanden.<sup>67</sup> In diesem Fall verhielt es sich eher so, dass es Mühsam selbst war, der die Kommunisten „lockte“, mit dem Ziel, einen letzten Anlauf zu einer Aussöhnung der radikalen Linken zu nehmen.

Da Mühsams Tagebücher mit seiner Haftentlassung abbrechen, bedarf es weiterer Archivrecherchen in den Nachlässen seiner Korrespondenzpartner, um herauszufinden, ob diese Zusammenkunft tatsächlich stattgefunden hat. Nach Piecks Schilderung jedenfalls hat dieser versucht, ihm ein solches Treffen auszureden. Die Tatsache jedoch, dass eine private Aussprache Mühsams mit Pieck, noch dazu in Anwesenheit der anarchistischen Gebrüder Oestreich, stattgefunden hat, wirft ein neues Licht auf Pieck selbst. Dass Pieck und Mühsam im Rahmen der RHD regelmäßig zusammengearbeitet haben müssen, liegt auf der Hand. In der apologetischen DDR-Biografie über Pieck wurde dies selbstverständlich mit keinem Wort erwähnt,<sup>68</sup> aber auch die Mühsam-Forschung scheint hierzu keine weiterführenden Einblicke zu liefern. Pieck, der in seiner Weimarer Wirkperiode vor allem als halsstarrer Dogmatiker charakterisiert wird,<sup>69</sup>

---

65 Höchstwahrscheinlich ist der Linke Sozialrevolutionär Isaak Štejnberg gemeint. Štejnberg (1888-1957) war erster Justizkommissar der Sowjetregierung (1917-1918). 1923 ging er ins Exil nach Deutschland. Zu seiner Biografie siehe zuletzt: Hendrik Wallat: Oktoberrevolution oder Bolschewismus. Studien zu Leben und Werk von Isaak N. Steinberg, Münster 2013.

66 Siehe Hug, Erich Mühsam, S.186.

67 Siehe Souchy, Erich Mühsam, S.43-49.

68 Siehe Heinz Voßke/Gerhart Nitzsche: Wilhelm Pieck. Biographischer Abriss, Berlin [Ost] 1975, S.137-141; Heinz Voßke: Wilhelm Pieck. Vorkämpfer für die deutsch-sowjetische Freundschaft, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 17, 1975, H. 6, S.963-75. Eine auf neuester Quellenlage verfasste Pieck-Biografie liegt bislang nicht vor, ein entsprechendes Dissertationsprojekt wird von Marcus Schönwald an der Universität Bremen bearbeitet.

69 Siehe Weber/Herbst, Kommunisten, S.674f.

erweist sich hier als durchaus flexibler „Multifunktionär“,<sup>70</sup> der für ein politisches Manöver zum Wohle der Partei und der RHD nicht davor zurückschreckt, ein konspiratives Treffen mit Anarchisten abzuhalten.

Zugleich steht der Brief für das Unbehagen von KPD und Komintern angesichts der Prominenz westlicher politischer Gefangener in der Sowjetunion. Einerseits war ihre Popularisierung aus oben dargelegten Gründen durchaus gewollt. Andererseits waren lebende Galionsfiguren der revolutionären Bewegung, im Gegensatz zu in Sowjetrußland verehrten toten Genossen wie Liebknecht und Luxemburg, viel „unsicherer“ und taugten nur bedingt als Projektionsflächen für die tagesaktuelle politische Linie. Gerade politische Gefangene, die sich trotz IRH-Betreuung in relativer Isolation befanden, konnten nicht immer „auf Linie“ gehalten werden und vermochten somit immer potenziell zu „Renegaten“ zu werden – wie etwa der KPD-Politiker Hugo Urbahns, dessen „Patent“ im sibirischen Irkutsk mit Schrecken aus sowjetischen Zeitungen erfahren mussten, dass dieser plötzlich ein Parteifeind geworden sei.<sup>71</sup> Das Patentschaftssystem der IRH und ihrer Sektionen war explizit darauf ausgelegt, die zu betreuenden Häftlinge – so die offiziellen Richtlinien – „ideologisch zu beeinflussen und im revolutionären Geiste zu erziehen“.<sup>72</sup> In der Praxis konnte es jedoch so sein, dass die Gefangenen selbst ihre „Patent“ zuweilen in ideologische Konfusion versetzten – wie der von der RHD betreute Rätekommunist Ewald Max Wingerning, der seinen „Patent“ in Vjatka statt des erwarteten Briefs über seinen Gefängnisalltag ein über 20 Seiten langes politisches Manifest zusandte.<sup>73</sup> Angesichts dieser nur beschränkten Kontrollierbarkeit politischer Gefangener ist Piecks Skepsis nachvollziehbar. Der „Kult“, der um Mühsam in Sowjetrußland „getrieben worden“ sei, wäre unangenehm geworden, sobald Mühsam als Anarchist aufzutreten drohte. Die Selbstversicherung, dass die Verehrung dem „verfolgten und eingekerkerten Mühsam und nicht etwa dem anarchistischen Propagandisten Mühsam“ gelte, funktionierte nur solange, wie die Projektionsfläche „Mühsam“ und nicht Mühsam selbst in Rußland präsent

---

70 Kurt Schilde: „Schafft Rote Hilfe!“. Die kommunistische „Wohlfahrtsorganisation“ Rote Hilfe Deutschlands“, in: Hering/Ders. (Hrsg.), Rote Hilfe, S.31-56, hier S.51.

71 MOPR-Gouvernementskomitee von Irkutsk an ZK MOPR, 22.10.1926, GARF, 8265/3/18, 94-95. Beigelegt war ein sowjetischer Zeitungsausschnitt, in dem Urbahns als „Feind der Einheit in der KPD“ erwähnt wurde.

72 Položenie o šefstve, in: Bjuleten' CK MOPR, 1925, Nr. 5, S.3f.

73 Ewald Max Wingerning an MOPR-Zelle des Ledertrusts in Vjatka, 1.4.1926, RGASPI, 539/3/461, Bl. 164-189. Eine annotierte Publikation des Briefes ist in Planung.

war – zumal der frisch entlassene Dichter trotz seiner noch anhaltenden kritischen Sympathie mit dem Sowjetprojekt keine Anstalten machte, seine gleichzeitige Solidarität mit linken politischen Gefangenen in Russland zu kaschieren.

Mühsams gesamte politische und ethische Veranlagung sprach zudem dagegen, dass er sich im Fall einer offiziellen Russlandreise den „Ordnungen des Zeigens und Sehens“ (Anne Hartmann), die sich im Verlauf der 1920er-Jahre in Bezug auf prominente ausländische Besucher etablierten,<sup>74</sup> hätte fügen wollen. Wie jüngst von Michael David-Fox überzeugend dargelegt, waren die westlichen Intellektuellen, die in den 1920er- und 1930er-Jahren als zeitweilige Sympathisierende nach Russland fuhren, keineswegs bloß in die Irre geführte „nützliche Idioten“: Oftmals wurden sie von der Sowjetunion angezogen, weil sich bestimmte modernistische Aspekte des „sozialistischen Aufbaus“ – sei es auf dem Gebiet der Technik, der Kultur oder der Sozialfürsorge – mit ihren eigenen Anliegen überschneiden. Die Aufgabe der sowjetischen Gastgeber bestand hiernach vorrangig darin, ebendiese Interessen zu bedienen.<sup>75</sup> Mühsams persönliches Interesse jedoch – ein funktionierendes Rätssystem – hatte keine Aussicht, in der Sowjetunion der 1920er-Jahre eine Entsprechung zu finden. Dies muss Pieck bewusst gewesen sein. Explizit sprach Pieck Mühsam zudem die seitens der sowjetischen Gastgeber von ihren westlichen Gästen erwartete (und oft auch erfüllte) Bereitschaft ab, auch in den unvollkommensten „Baustellen“ des Sozialismus den Abglanz einer strahlenden Zukunft zu sehen.<sup>76</sup>

Zudem war Mühsam kein isolierter Reisender, sondern ein prominentes Mitglied der internationalen anarchistischen Bewegung. Gerade Reisen von Vertretern revolutionärer Bewegungen nach Russland gestalteten sich für die Bolschewiki schwieriger, als man zunächst annehmen mag. Die

---

74 Siehe Anne Hartmann: Ordnungen des Zeigens und Sehens. Westliche Intellektuelle und ihre sowjetischen Guides Mitte der 1930er Jahre, in: Stefan Lampadius/Elmar Schenkel (Hrsg.): *Under Western and Eastern Eyes. Ost und West in der Reiseliteratur des 20. Jahrhunderts*, Leipzig 2012, S.91-108.

75 Siehe Michael David-Fox: *Showcasing the Great Experiment: Cultural Diplomacy and Western Visitors to the Soviet Union, 1921-1941*, Oxford 2012. Repräsentativ für die ältere „Manipulations“-Perspektive: Paul Hollander: *Political Pilgrims. Travels of Western Intellectuals to the Soviet Union, China, and Cuba, 1928-1978*, Lanham/MD 1990. Als frühe Kritik daran: Hans Magnus Enzensberger: *Dossier Revolutions-Tourismus*, in: *Kursbuch*, 1970, Nr. 30, S.155-181.

76 Siehe David-Fox, *Showcasing*, S.99f.

Eindrücke, die solche Vertreter dort sammelten, mussten sich nach ihrer Rückkehr in einer pluralen linken Meinungslandschaft behaupten können. Gerade zu dieser Zeit, in der Mitte der 1920er-Jahre, kristallisierten sich die Formen der „Arbeiterdelegationen“ heraus. Diese sorgfältig organisierten Gruppenreisen von ausländischen Arbeitern und Aktivisten in die Sowjetunion hatten zum Ziel, den Besuchern diejenigen Eindrücke zu vermitteln, die das Ansehen des sowjetischen Projektes in der weltweiten pluralen Linken steigern sollten.<sup>77</sup> 1925 hatte sich die Choreografie solcher Delegationsreisen weitgehend gefestigt – inklusive mit den Teilnehmern abgestimmter Reiserouten (deren Stationen in Wirklichkeit von den Sowjetbehörden im Vorhinein „vorsortiert“ wurden),<sup>78</sup> und sorgsam vorbereiteter Gefängnisbesuche, bei denen sich gerade die nichtkommunistischen Arbeiter und Aktivisten von den „guten“ Haftbedingungen der linken Gefangenen überzeugen sollten.<sup>79</sup>

Auch Mühsam bestand in seinen Forderungen an Pieck auf einem vorher abgestimmten Reiseplan, und unter den „Personen und Orte[n]“, die er in Russland sehen wollte, waren mit Sicherheit auch Gefängnisse und inhaftierte, verbannte oder unter Hausarrest gehaltene nichtkommunistische Linke.<sup>80</sup> Doch im Gegensatz zu den „Arbeiterdelegationen“ war Mühsam nicht bereit, sich das Heft des Handelns aus der Hand nehmen zu lassen. Gekoppelt an seine geplante Reise sollte die globale anarchistische Öffentlichkeit mobilisiert werden, indem das Reisevorhaben „in allen anarchistischen Blättern der Welt“ verlautbart werden sollte. Diese Öffentlichkeit sollte Mühsam absichern – nicht so sehr seine Person (die Möglichkeit seiner Gefangensetzung in Russland habe er „zurückgewiesen“), sondern viel mehr die Unverfälschtheit seiner Eindrücke. Mehr noch – Mühsam wollte nicht alleine reisen, sondern eine regelrechte „Delegation“ nach seinen Vorstellungen zusammenstellen, zumal aus Ver-

---

77 Siehe ebenda, S.101-106; Hans Schafranek: Die Avantgarde der Einäugigen. Österreichische Arbeiterdelegationen in der UdSSR, in: Barry McLoughlin/Ders./Walter Szevera (Hrsg.): Aufbruch – Hoffnung – Endstation. Österreicherinnen und Österreicher in der Sowjetunion, 1925-1945, Wien 1996, S.13-48.

78 Siehe David-Fox, Showcasing, S.107f.

79 Siehe Schafranek, Avantgarde, S.26f.

80 So schrieb er noch ein Jahr zuvor in sein Gefängnistagebuch, er werde nach seiner Befreiung „sicherlich keine Einladung [nach Russland] annehmen“, wenn er sich nicht von Marija Spiridonova (der zunächst inhaftierten, ab 1925 nach Zentralasien verbannten legendären Führerin der Linken Sozialrevolutionäre) in die „tatsächlichen Verhältnisse“ einweisen lassen dürfe. Mühsam, Tagebücher 1910-1924, S.354 (Eintrag vom 28.5.1924).

tretern exilierter russischer Anarchisten. Was passieren konnte, wenn eine ausländische Delegation es bewerkstelligte, russische Oppositionelle an ihrer Seite zu haben, war der Sowjetregierung noch frisch in Erinnerung: Die britische Labour-Delegation von 1920, eine der ersten „Arbeiterdelegationen“, hatte für ihren Aufenthalt Dolmetscher aus den Reihen der Menschewiki engagiert.<sup>81</sup> Sie erhielt dadurch ungefilterte Kommunikationsmöglichkeiten zur verfolgten nichtkommunistischen Linken und produzierte infolge dessen nach ihrer Rückkehr einen für Sowjetrussland gänzlich unvorteilhaften Reisebericht.<sup>82</sup> Ein solches Fiasko durfte sich nicht noch einmal wiederholen, zumal von Anarchisten eine noch scharfzüngigere Kritik erwartet werden konnte als von britischen Sozialdemokraten. Insofern liegt es auf der Hand, dass Pieck Mühsams Ansinnen abwies.

Die weitere Entscheidungsfindung der IRH und der RHD zu Mühsams Russlandreise kann aufgrund der bislang vorliegenden Dokumente nicht lückenlos rekonstruiert werden. Das Exekutivkomitee der IRH antwortete am 21. Februar an Pieck: „Betreffs der Russlandreise Mühsams werden wir Dir in den nächsten Tagen endgültigen Bescheid übersenden. Bis dahin musst Du die Sache noch hinhalten.“<sup>83</sup> Der „Bescheid“ ist in den Archivbeständen der IRH nicht auffindbar. Erst zwei Monate später datiert ein Hinweis auf Mühsam in der Korrespondenz: Als Antwort auf eine (ebenfalls nicht überlieferte) Anfrage der IRH, ob man Mühsam und Fritz Sauber weitere sowjetische Ehrenmitgliedschaften angedeihen dürfe, teilte Pieck mit, er habe keine Bedenken, „die beiden Genossen als Ehrenmitglieder für irgendwelche Sowjetinstitutionen oder Sowjeteinrichtungen vorzuschlagen, sofern diese Massnahme die Rote Hilfe in Russland fördert. Sonst liegt natürlich allgemein ein ‚dringendes Bedürfnis‘ dafür nicht vor; denn schließlich haben Sauber und Mühsam eben auch nur wie viele anderen im Gefängnis gesessen. Aber weil die Propaganda in Russland doch eben sehr auf derartige Dinge eingestellt ist, so besteht natürlich auch kein Grund, sich diesen Bestrebungen zu widersetzen.“<sup>84</sup> Wei-

---

81 Siehe Fedor I. Dan: *Dva goda skitanij. Vospominanija lidera rossijskogo men'sinstva. 1919-1921*, Moskva 2006, S.13 (zuerst: Berlin 1922).

82 Siehe *British Labour Delegation to Russia 1920. Report*, Hrsg.: Trade Union Congress und The Labour Party, London 1921, v.a. S.63-92.

83 EK IRH an Pieck, 21.2.1925, RGASPI, 539/3/431, 16.

84 Pieck an EK IRH, 29.4.1925, RGASPI, 539/3/432, Bl. 69. Wenig später teilte die IRH mit, Mühsam und Sauber seien zu Ehrenmitgliedern des Moskauer Sowjets ernannt worden: EK IRH an Pieck, 2.5.1925, RGASPI, 539/3/431, Bl. 80.

tere symbolische Ehrbekundungen für Mühsam in der Sowjetunion sollten demnach zwar weiterhin erfolgen dürfen, jedoch nur aus Rücksicht auf die sowjetischen Gebräuche – das Unbehagen Piecks gegenüber dem „Kult“ um Mühsam ist aus diesen Zeilen deutlich zu spüren.

Unabhängig davon, wer wann die endgültige Entscheidung fällte, Mühsam nicht einzuladen: Fest steht, dass Mühsam nie nach Russland kam – eine Tatsache, die er seiner Ehefrau zufolge seine ganzes Leben lang bedauert habe.<sup>85</sup> Er engagierte sich noch einige Jahre in der RHD, gab aber zugleich seine offen zur Schau gestellte Solidarität mit linken nichtkommunistischen Gefangenen in der Sowjetunion nicht auf. Diesen Widerspruch konnte er auf Dauer nicht aufrechterhalten: Als Mühsam 1927 auf einer RHD-Veranstaltung eine Amnestie auch für sowjetische Gefangene forderte, führte ein darauffolgendes Wortgefecht mit Pieck dazu, dass Mühsam seine Tätigkeit für die RHD *de facto* für eingestellt erklärte. 1929 trat er aus der Organisation aus.<sup>86</sup> Die folgenden Jahre engagierte er sich als anarchistischer Publizist gegen die an Stärke gewinnenden Nationalsozialisten, wurde unmittelbar nach dem Machtantritt Hitlers verhaftet und nach monatelangen Demütigungen und Folterungen in der Nacht vom 9. auf den 10. Juli 1934 im Konzentrationslager Oranienburg ermordet.<sup>87</sup>

Hätte Mühsam schneller mit der RHD gebrochen, wenn er 1925 die Gelegenheit gehabt hätte, in die Sowjetunion zu fahren? Dies scheint wahrscheinlich. Ein Gegenbeispiel scheint vordergründig Mühsams Leidensgenosse Max Hoelz zu sein. Dieser fand nach seiner Amnestierung 1929 in der Sowjetunion Zuflucht, konnte sich aufgrund seiner rebellischen Natur nicht dauerhaft mit den stalinistischen Verhältnissen arrangieren und starb 1933 eines rätselhaften Todes.<sup>88</sup> Seine Exil-Tagebücher zeugen davon, dass er bis zuletzt versuchte, ein musterhafter „neuer Mensch“ im stalinistischen Sinne zu werden – worin er nicht aus ideologisch fundiertem Widerwillen heraus scheiterte, sondern aufgrund seines unsteten Charakters.<sup>89</sup> Insofern ist Hoelz nur ein scheinbares Gegenbeispiel zu Mühsam. Wäre der Dichter 1925 in die Sowjetunion gefahren, so nicht als „proletarischer Rebell“, sondern als ideologisch gefestigter linker

---

85 Siehe Hug, Erich Mühsam, S.190.

86 Siehe Brauns, Klassensolidarität, S.87f.

87 Siehe Hug, Erich Mühsam, S.61-77; Souchy, Erich Mühsam.

88 Zu Hoelz zuletzt: Peter Giersich/Bernd Kramer: Max Hoelz. Man nannte ihn: Brandstifter und Revolutionär, Robin Hood, Che Guevara, einen Anarchisten, den Roten General. Sein Leben und sein Kampf, Berlin 2000.

89 Siehe Hoelz, Tagebücher und Briefe.

Intellektueller, dessen auf 1917 basierende Bewunderung für die Bolschewiki sich angesichts der sowjetischen Wirklichkeit wahrscheinlich rasch zerschlagen hätte.

Wäre Mühsam jedoch um 1933 herum in die Sowjetunion emigriert, wäre ihm wohl der Märtyrertod im Konzentrationslager erspart geblieben, kaum aber das Mahlwerk des stalinistischen Terrors, in das seine Frau geriet und das sie wie durch ein Wunder überlebte. Zenzl Mühsam wurde, nachdem sie 1935 in die Sowjetunion auswandern durfte, nur ein Jahr später unter absurden Beschuldigungen verhaftet – die Pieck einige Monate nach ihrer ersten Verhaftung in einer KPD-internen Einschätzung von Zenzl als „ein[em] Mittelpunkt für die trotzkistischen Verbindungen“ vorbehaltlos stützte.<sup>90</sup> Sie verbrachte (mit kurzen Unterbrechungen) die folgenden 18 Jahre in Gefängnissen und Lagern.<sup>91</sup> 1955, nach ihrer Übersiedlung in die DDR, schrieb sie dem „verehrten Genossen Pieck“ einen Dankensbrief für die ihr zugestandene „Ehrenrente“.<sup>92</sup> Sie, die sich ihr Leben lang für das Werk ihres Mannes aufgeopfert hatte, hatte das Gefühl, dessen Andenken in der DDR geehrt zu wissen,<sup>93</sup> wenngleich die tatsächliche Mühsam-Rezeptions- und Editions-geschichte in Ostdeutschland von Vorbehalten und Zensur geprägt war.<sup>94</sup> Der „Kult“ um Mühsam in der Sowjetunion, der bei Pieck Unbehagen verursacht hatte, schien jedoch langfristig Früchte getragen zu haben: Als Zenzl 1947 zwischenzeitlich aus dem Lager entlassen wurde und mittellos auf der Straße saß, kam ein sowjetischer Offizier vorbei und fragte sie, wer sie sei. Als er erfuhr, dass er die Ehefrau des berühmten Dichters Erich Mühsam vor sich hatte, half er der alten Frau, nach Moskau zu gelangen.<sup>95</sup> Der „Kult“ hatte, wenn auch unterschwellig, in den Hochstalinismus hinein überdauert.

---

90 Pieck an Prager Auslandsleitung der KPD, 10.8.1936. Zit. nach: Reinhard Müller: Menschenfalle Moskau. Exil und stalinistische Verfolgung, Hamburg 2001, S.274.

91 Siehe Müller, Menschenfalle Moskau, S.241-286; Ders.: Zenzl Mühsam; Karl, Zenzl Mühsam, S.108-113; Uschi Otten: Überleben für das Werk Erich Mühsams. Zenzl Mühsam in der Falle des Exils, in: Simone Barck/Anneke de Rudder/Beate Schmeichel-Falkenberg (Hrsg.): Jahrhundertsschicksale. Frauen im sowjetischen Exil, Berlin 2003, S.128-141.

92 Siehe Hirte/Otten, Zenzl Mühsam, S.80.

93 Siehe ebenda, S.81.

94 Siehe Chris Hirte: Wege zu Erich Mühsam. Vortrag aus Anlaß der Gründung der Erich-Mühsam-Gesellschaft in Lübeck am 6.4.1989, Lübeck 1989; Otten, Überleben, S.138-139.

95 Siehe ebenda, S.9.

## Das „Arbeitskollektiv“ als politisches Subjekt in der späten Sowjetunion und während der marktwirtschaftlichen Reformen der 1990er-Jahre

Michail Piskunov

Seit der Frankfurter Schule des Neomarxismus wissen wir, dass Wissenschaft und Technik nicht als eigenständige Größen zu betrachten sind, sondern im Kontext der Gesellschaft, die sie hervorbringt. Diesen Gedanken kann man dahingehend ausweiten, dass auch die Formen, in denen die Gesellschaft sich die Errungenschaften von Wissenschaft und Technik aneignet, sozial determiniert sind. Am Beispiel organisatorischer Neuheiten im betrieblichen Management lässt sich das veranschaulichen. So war beispielsweise die tayloristische „wissenschaftliche Betriebsführung“ als vorgeblich neutrales System der Steigerung der Arbeitsproduktivität, Harry Braverman zufolge,<sup>1</sup> seinerzeit von den amerikanischen Arbeitern und ihren Gewerkschaften als Anschlag auf ihre Interessen angesehen worden.

Braverman schlug zu Beginn der 1970er-Jahre parallel zu den Operaisten vor, Arbeit nicht einfach nur als Abfolge technischer Handlungen anzusehen, sondern politisch zu begreifen – als Raum der Konfrontation von Interessen verschiedener, am Arbeitsprozess beteiligter Subjekte. In dieser Interpretation hört der Betrieb auf, nur einfach ein Ort der Produktion zu sein; der Produktionsprozess selbst wird zum legitimen Raum des politischen Kampfes, so wie es städtische Plätze und Wahlkabinen sind. Braverman und die Operaisten gaben der Forschung damit die neue Richtung vor, die Mikropolitik im kapitalistischen Unternehmen zu untersuchen. Donald Filtzer, Simon Clarke und Michael Burawoy, die zu den so deutlich anders gelagerten sowjetischen Betrieben forschen, griffen das in den 1980er- und 1990er-Jahren auf. Auch der nachstehende Aufsatz folgt diesem Ansatz.

Als Einstieg sei eine Episode geschildert, die Verallgemeinerungen erlaubt. Im Februar 1998 verweigerten die Arbeiter des Vyborger Zellulose- und Papierkombinats dem privaten Inhaber des Betriebes die

---

1 Siehe Harry Braverman: *Labor and Monopoly Capital. The Degradation of Work in the Twentieth Century*, New York 1974, S.85-124.

Gefolgschaft, vertrieben den ihm hörigen Direktor und besetzten das Kombinat. Die Macht im Betrieb übernahm ein Streikkomitee, das erklärte, Inhaber und Direktor hätten die Anlagen verkaufen und das Kombinat in den Bankrott treiben wollen. Das Streikkomitee agierte im Namen des „Arbeitskollektivs“ des Werkes. Es erklärte, dessen Interesse läge im Erhalt des Betriebes als zusammenhängender Produktionsstätte. Zu diesem Zeitpunkt hatte man den Arbeitern bereits anderthalb Jahre lang den Lohn vorenthalten, was den Protest als solchen verständlich macht. Bemerkenswert ist jedoch, dass sich dieser Protest als Forderung des „Arbeitskollektivs“ artikuliert, wobei der Ruf weniger nach Entlohnung als vielmehr nach dem Fortbestand des Betriebes erklang.

Der Protest im Vyborger Kombinat war in den 1990er-Jahren vermutlich der radikalste, doch keineswegs der einzige. Im Grunde ist auch in der kapitalistischen Welt die Besetzung bankrotter Betriebe durch deren Arbeiter nicht selten.<sup>2</sup> Erstaunlich ist vielmehr, dass die post-sowjetischen Arbeiter diese Besetzung als Verteidigung staatlicher Interessen ansahen. Sie zogen gedanklich eine direkte Linie vom „Arbeitskollektiv“ zum Staat, den ersteres unbedingt unterstützen müsse. Dieser Auftritt von Arbeitern in privatisierten post-sowjetischen Betrieben konfrontiert uns mit ungelösten Fragen. Im Folgenden soll untersucht werden, was der Begriff des „Arbeitskollektivs“ bedeutete, wie dieser der Herkunft nach sowjetische Begriff in die Sprache der Arbeiter eingegangen war und warum man unter den Bedingungen der forcierten Privatisierung auf ihn zurückgriff. Was stand am Ende der sowjetischen Epoche hinter diesem Ausdruck einer ideologisierten Sprache?

Die Hypothese lautet: Der Begriff „Arbeitskollektiv“ als ideologisches Gebilde vermittelte die Vorstellung vom sowjetischen Betrieb als einer mit dem Staat eng verflochtenen Quasigemeinschaft. Dies war von den Arbeitern als relativ zutreffend angenommen worden, und zwar infolge erlebter spezifischer interner Verhältnisse im sowjetischen Betrieb (unter den Bedingungen eines Defizits an Arbeitskräften), aber auch aufgrund der paternalistischen Rolle des Betriebes im Leben der Arbeiter. Die Privatisierung als äußere Bedrohung für den Betrieb konnte Arbeiter und Betriebsverwaltung daher nur zusammenschweißen, und zwar um die Idee des „Arbeitskollektivs“ herum.

---

2 Solche Aktionen beschrieb für die aktuelle Welle von Wirtschaftskrisen unlängst Dario Azzellini (Hrsg.): *An alternative Labor History. Worker Control and Workplace Democracy*, London 2015.

Der erste Teil des Aufsatzes behandelt die Genealogie des „Arbeitskollektivs“, im zweiten Teil geht es um Übereinstimmungen und Abweichungen dieses Konzepts von der sowjetischen Wirklichkeit in Produktion und Arbeit. Abschließend wird der Widerstand gegen die destruktiven Folgen der forcierten Privatisierung in den 1990er-Jahren beschrieben, der sich auf Interessen von „Arbeitskollektiven“ berief.

### *1. Zum Begriff des „Arbeitskollektivs“ in der sowjetischen Gesetzgebung und in der Ideologie*

Innerhalb der sowjetischen Epoche gehört der Begriff „Arbeitskollektiv“ zu den späten Erfindungen der Brežnev-Ära. Seinen ersten juristischen Niederschlag fand er in der Verfassung von 1977. Im ersten Abschnitt, der den politischen Aufbau der UdSSR darlegt, hinter den Paragraphen zur Rolle der Partei, der Gewerkschaften, der Jugendorganisation Komsomol und anderer gesellschaftlicher Organisationen erschienen in Artikel 8 die „Arbeitskollektive“ als Subjekte der Wirtschaftspolitik. Allerdings ist in den zwei kleinen Absätzen so gut wie nichts darüber ausgesagt, was „Arbeitskollektive“ eigentlich sind, außer dass sie „an der Erörterung und Entscheidung staatlicher und gesellschaftlicher Angelegenheiten [mitwirken]“.<sup>3</sup> Der Mechanismus, wie diese Aufgabe vom Kollektiv wahrzunehmen war, wurde nicht erläutert. Detailliert offenbarte erst das „Gesetz über die Arbeitskollektive“ von 1983 den Inhalt des Begriffes.

In der ideologischen Kampagne der sowjetischen Presse, die die Annahme dieses Gesetzes begleitete, wurde es als geplante Konkretisierung der sowjetischen Gesetzgebung in Übereinstimmung mit der Verfassung von 1977 dargestellt. Doch das trifft nicht ganz zu. Die konkreten Formen, die das in der Verfassung anklingende Konzept 1983 annahm, wa-

---

3 „Artikel 8. Die Arbeitskollektive wirken mit an der Erörterung und Entscheidung staatlicher und gesellschaftlicher Angelegenheiten, an der Planung der Produktion und der sozialen Entwicklung, an der Ausbildung und Verteilung der Kader, an der Beratung und Entscheidung von Fragen der Leitung der Betriebe und Einrichtungen, der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen und der Verwendung der Mittel, die für die Entwicklung der Produktion sowie für soziale und kulturelle Maßnahmen und den materiellen Anreiz vorgesehen sind. Die Arbeitskollektive entwickeln den sozialistischen Wettbewerb, tragen zur Verbreitung fortschrittlicher Arbeitsmethoden und zur Festigung der Arbeitsdisziplin bei, sie erziehen ihre Mitglieder im Geiste der kommunistischen Moral und sorgen für die Erhöhung ihres politischen Bewusstseins, ihres kulturellen Niveaus und ihrer beruflichen Qualifikation.“ Verfassung (Grundgesetz) der UdSSR, 7.10.1977, <http://www.verfassungen.net/su/udssr77.htm> (30.6.2015).

ren eher Folge politischer und wirtschaftlicher Veränderungen im Land, die mit dem Namen Jurij Andropov verbunden waren. Das „Gesetz über die Arbeitskollektive“ mit seinem geringfügigen Potenzial an Produktionsdemokratie war die zweite Seite der Medaille von Andropovs repressiver Politik des Kampfes gegen Arbeitsdisziplinverletzungen. Dass die Annahme dieses Gesetzes kein Zufall war, belegen mehrere Fakten. So wurde der Gesetzesentwurf im Obersten Sowjet der UdSSR von Gejdar Aliev vorgestellt, einem Mitstreiter Andropovs aus dem KGB, den Andropov zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR ernannt hatte. An der Spitze der Kommission, die die Ergänzungsanträge zum Projekt aus dem Parlament heraus prüfte, stand damals Michail Gorbatschow, seine Unterschrift steht unter der letzten Fassung des Gesetzesprojektes. Folgender Auszug aus einer Aufzeichnung der Sitzung der Sekretäre des ZK der KPdSU vom 18. Januar 1983 legt nahe, dass Gorbatschow die gesamte Arbeit am Gesetzesprojekt leitete.

„Gorbatschow: Ich bin der Ansicht, dass jetzt völlig zu Recht die Frage einer wachsenden Bedeutung der Arbeitskollektive steht. Eine der wichtigsten Bedingungen für die Erfüllung des Planes eines jeden Betriebes, einer jeden Organisation ist es, dass man sich auf das Kollektiv verlassen kann.

Andropov: Die Vorbereitung eines solchen Gesetzes sollte nicht auf die lange Bank geschoben werden.

Gorbatschow: Daran wird gerade sehr ernst gearbeitet.“<sup>4</sup>

Schließlich erwähnte ein weiterer „Mann Andropovs“, der von letzterem ebenfalls in die Höhen der Macht gehievt wurde, Leiter der Planungsbehörde Gosplan, unter Gorbatschow später Premierminister, Nikolaj Ryžkov, in seinen Memoiren das „Gesetz über die Arbeitskollektive“; er sah in ihm eine Vorleistung der Perestrojka.<sup>5</sup>

In der Präambel des Gesetzes von 1983 heißt es, das Arbeitskollektiv sei das Grundelement der sozialistischen Gesellschaft, es besitze in Übereinstimmung mit der Verfassung der UdSSR breite Machtbefugnisse im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben der Gesellschaft.<sup>6</sup>

---

4 Mitschrift (Arbeitsfassung) von der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPdSU vom 18.1.1983, Russisches Staatsarchiv für neueste Geschichte (RGANI), fond 82 (Nachlass Andropov), opis' 1, delo 2, Bl. 42.

5 Siehe Nikolaj Ryžkov: Prem'er. Proekt 2017 – mif ili real'nost'? [Der Premier. Das Projekt 2017 – Mythos oder Wirklichkeit?], Moskau 2011, S.47; Nikolaj Ryschkow: Mein Chef Gorbatschow. Die wahre Geschichte eines Untergangs, Berlin 2013, S.15-17.

6 Gesetz über die Arbeitskollektive und die Stärkung ihrer Rolle bei der Leitung von Betrie-

Das Gesetz erklärte die Vollversammlung des Arbeitskollektivs zum Ausgangspunkt jeder Macht im Betrieb, ihr seien sowohl das Betriebsmanagement als auch alle im Betrieb vertretenen gesellschaftlichen Organisationen untergeordnet. Die Vollversammlung sollte mindestens zwei Mal im Jahr zusammenkommen. Das Verfahren, wie diese Vollversammlung einzuberufen war, war im Gesetzestext nicht klar dargelegt. Dafür legte es fest, dass das Kollektiv zwischen den Vollversammlungen von der Betriebsleitung, dem betrieblichen Gewerkschaftskomitee sowie der Partei- und der Komsomolorganisation im Betrieb vertreten wird. Mithin blieb die Position des „Arbeitskollektivs“ im sowjetischen Betrieb, ungeachtet seiner nominellen Vollmachten, unnebelt. Gleichwohl, das Gesetz erkannte an, dass eine irgendwie geartete Gemeinschaft, die sich vom sowjetischen Staat und von der Partei unterschied, existierte und machte sie offiziell zum Subjekt von Rechts- und von Produktionsverhältnissen.

Die Annahme des „Gesetzes über die Arbeitskollektive“ bedeutete freilich noch nicht, dass sich an den Produktionsstätten irgendetwas grundlegend änderte. Zudem machte der Tod des Generalsekretärs des ZK der KPdSU Jurij Andropov (1984) einige seiner begonnenen Vorhaben wieder zunichte. Von den Arbeitskollektiven sprach bald nur noch Gorbacëv. Als im Juni 1987 das „Gesetz über den Staatsbetrieb“<sup>7</sup> angenommen wurde, das im Grunde das System der Produktionsselbstverwaltung einschließlich Wählbarkeit der Leiter aller Produktionsbereiche einführte, wurde in ihm das „Arbeitskollektiv“ zum Subjekt dieser Selbstverwaltung erklärt. Jetzt war es nicht mehr bloß „Grundelement der Gesellschaft“ sondern „Eigentümer des Betriebes“ (*chozjain predprijatija*). Die Wahl aller Produktionsleiter in den Betrieben sollte vom jeweils zu leitenden Kollektiv auf der Grundlage mehrerer Kandidaturen vorgenommen werden. Das heißt, der Direktor war von der Gesamtbelegschaft zu wählen, der Leiter einer Zeche (Betriebsteil) von dessen „Arbeitskollektiv“, der Brigadier vom Kollektiv der Brigade und so weiter bis zum Meister. Das „Arbeitskollektiv“ erhielt die Institution „Rat des Arbeitskollektivs“ an die Seite gestellt, der in der Zeit zwischen den Vollversammlungen in Erscheinung treten sollte: Er hatte die Umsetzung der von der Vollversammlung ange-

---

ben, Organisationen und Einrichtungen, 17.6.1983, [www.libussr.ru/doc\\_ussr/usr\\_11617.htm](http://www.libussr.ru/doc_ussr/usr_11617.htm) (30.6.2015). Siehe auch Ullrich Lohmann: Das sowjetische Gesetz über die Arbeitskollektive, in: Hans-Erich Gramatzki/Hans G. Nutzinger (Hrsg.): *Betrieb und Partizipation in Osteuropa*, Frankfurt/Main-New York 1986, S.289-307.

7 Gesetz über den Staatsbetrieb, 30.6.1987, [www.libussr.ru/doc\\_ussr/usr\\_14078.htm](http://www.libussr.ru/doc_ussr/usr_14078.htm) (30.6.2015).

nommenen Beschlüsse zu prüfen, Aufgaben des Arbeitsschutzes und der sozialen Betreuung wahrzunehmen. Sollten Entscheidungen der Betriebsverwaltung vom Rat des Arbeitskollektivs nicht akzeptiert werden, waren sie der einzuberufenden Vollversammlung vorzulegen. Hervorzuheben ist, dass in den Rat jedes beliebige Mitglied des Arbeitskollektivs gewählt werden konnte, auch Mitarbeiter der Betriebsverwaltung.

Dieses neue Recht auf Selbstverwaltung kam natürlich nicht automatisch in Gang. Donald Filtzer zufolge hatten zum Ende des Jahres 1988 gerade einmal 20 Prozent aller sowjetischen Betriebe einen Direktor gewählt, auf der Ebene der Zechen hatten nur fünf bis acht Prozent aller Betriebe gewählte Leiter.<sup>8</sup> Etwas besser stand es um die Bildung von „Räten der Arbeitskollektive“: Sie gab es in 140.000 Betrieben. Allerdings traten sie als selbstständige Organe der Arbeiterselbstverwaltung keineswegs in Erscheinung, was manchmal direkte Folge des Wahlverfahrens war. Dieses erlaubte es nämlich den Direktoren und den Administrationen der Unternehmen, ihre Leute im Rat zu positionieren. Im Jahr 1989 waren lediglich in 30 Prozent der Räte Arbeiter an deren Spitze, 33,5 Prozent der Räte wurden von Produktionsleitern der unteren Ebene geführt, 20 Prozent von Produktionsleitern der mittleren Ebene, 16,3 Prozent sogar von den Betriebsdirektoren selbst.<sup>9</sup> Der der sowjetischen Arbeiterbewegung jener Jahre nahestehende Soziologe Ilja Schablinskij kommentierte das so: „Es stellte sich heraus, dass die Räte der Arbeitskollektive in der Mehrzahl der Unternehmen keineswegs auf den Prozess der Beschlussfassung im Betrieb hemmend einwirkten oder die Produktionsabläufe störten, wie das viele Skeptiker 1987 befürchtet hatten. Sie wirkten einfach in keiner Weise und auf überhaupt nichts ein.“<sup>10</sup>

Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Arbeiterselbstverwaltung in der UdSSR auch deshalb nicht in Fahrt kam, weil der zunehmende interne Machtkampf in der sowjetischen Partielite ihre Grenzen setzte. Die Eliten traten zum Ausgang der 1980er-Jahre den Übergang zur Marktwirtschaft an, was dazu führte, dass Ende 1989 mit Beschluss des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR die Wahlen der Produktionsleiter wieder abgeschafft wurden. 1990 fand ein neues Betriebsgesetz Annahme, das von

---

8 Siehe Donald Filtzer: *Soviet Workers and the Collapse of Perestroika: the Soviet Labour Process and Gorbachov's Reform*, Cambridge 1994, S.83.

9 Siehe ebenda, S.85.

10 Igor Šablinskij: *Rabočee dviženie i rossijskaja reforma. Dokumental'no-analičeskij očerk* [Arbeiterbewegung und russländische Reform. Dokumentarisch-analytischer Abriss], Moskau 1995, S.207f.

der Arbeiterselbstverwaltung nichts übrig ließ. Der Begriff „Arbeitskollektiv“ verschwand schrittweise aus dem gültigen Gesetzeswerk.<sup>11</sup>

Wie das „Arbeitskollektiv“ seinerzeit in die herrschenden Ideologiekonstrukte eingebaut war, erschließt sich anhand der einschlägigen Argumentationshilfen der Gesellschaft „Znanie“ (Wissen) aus den Jahren 1975 bis 1985. Diese Gesellschaft übte in der späten UdSSR eine wichtige Funktion in der außerparteilichen Propagandamaschinerie aus und erweckte den Anschein, wissenschaftliche Erkenntnisse zu verbreiten. Da ihre Lektoren faktisch in jedem Dorf wirkten, darf man die Gesellschaft einen der Frontbeauftragten für die Verbreitung des herrschenden Diskurses nennen.<sup>12</sup> In ihren Materialien tragen die Passagen über das „Arbeitskollektiv“ klischeehafte Züge, die Paraphrasierungen erfolgten im Geiste der staatlichen und Parteivorgaben.

Aus der Sicht der Propagandisten war das „Arbeitskollektiv“ eine besondere Gemeinschaft von Menschen. Seine Einzigartigkeit folge aus der Tatsache, dass es aus Menschen in Betrieben sowjetischen Typs bestehe. Die Menschen im „Arbeitskollektiv“ verbänden nicht nur die gemeinsame Arbeit, es verbänden sie auch gemeinsame Interessen, die sich aus dem Volkseigentum am Betrieb ergäben. In den Ländern der kapitalistischen Welt, so hieß es, wären die Arbeiter zwar auch durch eine gemeinsame Arbeit miteinander verbunden, doch würden sie wegen des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln und der Unterschiede in den Interessen von Produzenten und Eigentümern kein Arbeitskollektiv bilden. Die Kollektivität der Arbeiter im kapitalistischen Betrieb sei mechanistisch, ganz im Gegensatz zur Bewusstheit der Mitglieder im Arbeitskollektiv des sowjetischen Betriebes.

Allerdings sei auch das Arbeitskollektiv erst im Werden, es sei eine sich wandelnde Institution der sowjetischen Gesellschaft. In dieser hatte die sowjetische Wissenschaft zu Beginn der 1970er-Jahre Veränderungen festgestellt und sie auf das wachsende Bildungsniveau und den zunehmenden materiellen Wohlstand der Sowjetbürger zurückgeführt. Diese Veränderungen würden sich nun u. a. in deren bewusstes Bestreben umsetzen, am Leben im Betrieb mehr Anteil zu nehmen. In einer der Propagandabroschüren wird das Arbeitskollektiv dem Apparat des Betriebsdirektors sogar entgegengestellt. Es heißt darin, das Kollektiv transportiere das allge-

---

11 Siehe ebenda, S.206-223; Filtzer, *Soviet Workers and the Collapse*, S.82-84.

12 Siehe Michael Froggatt: *Renouncing dogma, teaching utopia. Science in schools under Khrushchev*, in: Polly Jones (Hrsg.): *The dilemmas of De-Stalinization: negotiating cultural and social change in the Khrushchev era*, London u. a. 2009, S.250-266.

meine Volksinteresse und sei damit der Verbündete des sowjetischen Staates bei der Überwindung enger lokaler Produktionsinteressen, die sich aus der betriebliche Rechnungsführung ergäben.<sup>13</sup>

Die Idee des „Arbeitskollektivs“ war also, so scheint es, eine Art Spiegelung der politischen Philosophie des Staates, eine Spiegelung auf der Ebene des Betriebes. Sowohl die Vorstellung von den Betriebsangehörigen als Quelle der Macht der Leiter, als auch die dreiteilige Machtkonstellation Betriebsverwaltung – Partei – Gewerkschaft und schließlich auch die paternalistische Rolle, die den Betrieben im Leben der Arbeiter zugeschrieben wurde, – das alles hatte seine Parallelen im sowjetischen Staat. Das Bild vom „Arbeitskollektiv“ lässt sich auch vergleichen mit der bäuerlichen Gemeinde, in der ebenfalls die Bewirtschaftung, die Regelungen des Alltags und die politische Vertretung in einer Institution zusammenkamen. Das „Arbeitskollektiv“ des sowjetischen Betriebes war eine Art industrialisierte Dorfgemeinschaft, die gemeinsam mit zahllosen ähnlichen Gemeinschaften eine Super-Gemeinschaft bildete, die UdSSR.

Es stellt sich die Frage, wie innerhalb des sowjetischen Systems überhaupt die Idee des Arbeitskollektivs aufkam. Sie beerbte die sowjetische Auffassung vom Kollektivismus als Charakteristikum des Aufbaus eines neuen Lebens, war zugleich aber weder revolutionär noch aktivierend. Eher handelte es sich um eine normative Vorstellung, deren Wurzeln in der „Demobilisierung“ der sowjetischen Gesellschaft nach Stalins Tod zu suchen sind. Der Soziologe Aleksandr Bibkov, der sich mit der Evolution von Begriffen in der Sprache der sowjetischen Ideologie und Sozialwissenschaft befasst hat, hielt fest, dass seit dem Ende der 1950er-Jahre in der UdSSR eine Rehabilitierung des Begriffes „Persönlichkeit“ vor sich ging.<sup>14</sup> Die Entzauberung des Stalinismus führte zur schrittweisen Absage an die stalinsche Rhetorik der Mobilisierung, die um die Lexik zu „den Massen“ entstanden war. Die stalinistischen Formulierungen zu den sowjetischen Klassenverhältnissen (Arbeiter, Kolchosbauer, die Schicht der Angestellten und der Intelligenz) verloren an Präsenz in der politischen Sprache. Zugleich wurde, beginnend mit Nikita Chruščev, der Gegensatz zur kapitalistischen Welt im diskursiven Bereich in schlichte ökonomische Leistungskriterien übertragen. Das Kriterium „Verbrauch je Kopf der Bevölkerung“ eröffnete nun jungen sowjetischen Soziologen den Weg zur Er-

---

13 Siehe M. I. Skaržinskij: *Trudovoj kollektiv* [Das Arbeitskollektiv], Moskau 1976, S.24.

14 Siehe Aleksandr Bibkov: *Grammatika projadka. Istoričeskaja sociologija ponjatij, kotorye menjajut našu real'nost'* [Grammatik der Ordnung. Historische Soziologie der Begriffe, die unsere Wirklichkeit ändern], Moskau 2014, S.195-238.

forschung der sowjetischen Persönlichkeit, ihrer Arbeit, ihres Alltags und Freizeitverhaltens. Es erlaubte der erneut institutionalisierten sowjetischen Psychologie, sich mit der Formierung der Persönlichkeit im Sozialismus zu beschäftigen. Liberal eingestellte junge Soziologen wie Igor' Kon, Vladimir Jadov und Aleksej Zdravomyslov, die später die sowjetische Soziologie anführen sollten, profilierten sich als Wissenschaftler in jenen Jahren gerade bei der Problematisierung der sozialistischen Persönlichkeit. Jedoch untergrub die Verwendung des abstrakten Lexems „Persönlichkeit“ in wissenschaftlichen und ideologischen Darstellungen die offizielle Lesart von der sowjetischen Gesellschaft als einer nach wie vor Klassengesellschaft. Als solche galt sie, wenngleich die Klassen und Schichten als politische Verbündete angesehen wurden. Wurde es nun möglich, von der sozialistischen Persönlichkeit im Allgemeinen zu sprechen, so hieß das auch, dass die sowjetische Gesellschaft als mehr oder weniger homogen angesehen wurde und ihr Bild keiner weiteren Differenzierung mehr bedurfte. Ganz ähnlich, mit gewissen Eigenheiten, entwickelten sich die Dinge in der sowjetischen Psychologie. Bekanntlich wurzelte diese zum einen im tätigkeitstheoretischen Ansatz der Schule um Lev Vygotskij und Aleksej Leont'ev, zum anderen im eher praktischen Ansatz Anton Makarenkos. Während erstere tief in ernste philosophische Probleme, beispielsweise der Entstehung des Denkens, eingetaucht waren, konzentrierten sich die Anhänger des Letzteren auf konkrete Fragen der Erziehung des Menschen der künftigen Gesellschaft, was sie in unmittelbare Tuchfühlung mit ideologischen Aufgabenstellungen des Sowjetsystems brachte. Die sowjetischen Ursprünge der Ideen vom Kollektivismus und vom Kollektiv gingen, wie Oleg Charchordin nachwies, auf eben jene Schule Makarenkos zurück.<sup>15</sup> Als sich die sowjetische Psychologie in den 1950er- und 1960er-Jahren ebenfalls der Persönlichkeit zuwandte, schien eine gelungene Vereinigung der beiden ursprünglichen Ansätze in der Konzeption von den kleinen Gruppen als den Schmieden der Persönlichkeit gefunden. Schließlich stellte 1979 eine Gruppe von Psychologen unter Leitung von Artur Petrovskij die „stratometrische Konzeption des Kollektivs“ (sozial-psychologische Theorie der Strukturbildung des Kollektivs)<sup>16</sup> vor, die in der sowjetischen Wissenschaft als ein Durchbruch bewertet wurde. Petrovskij und seine Kollegen gingen davon aus, dass jedes Kollektiv eine Mehr-

15 Siehe Oleg Charchordin: *Obličat' i licemerit'.* Genealogija sovetskoj ličnosti [Entlarven und heucheln. Genealogie der sowjetischen Persönlichkeit], St. Petersburg 2002.

16 Siehe Artur Petrovskij: *Psichologičeskaja teorija kollektiva* [Psychologische Theorie des Kollektivs], Moskau 1979.

ebenen-Struktur besitzt und entsprechende innere Aktivitäten entwickelt. Dabei bilde die gemeinsame Tätigkeit, die auf der Setzung gemeinsamer Ziele gründet, den Kern des Kollektivs.

Wer nun genau das „Arbeitskollektiv“ erfand, ist nicht zu klären. Aber aus den genannten Entwicklungen der sowjetischen Sozialwissenschaften heraus ist die Rekonstruktion nicht allzu schwierig. Wenn die Kleingruppe als Kollektiv die Persönlichkeit formt, so muss, eingedenk der Fixierung sowjetischen Denkens auf Arbeit, diese Kleingruppe die berufliche Umgebung des Menschen sein, seine Arbeitskollegen. Die Gruppenziele, die die Kleingruppe organisieren, fallen in dann in eins mit jenen der Basiseinheiten der sowjetischen Wirtschaftsverwaltung, den Brigaden, Zechen und Abteilungen des einzelnen Betriebes. Vermutlich hat diese Vorstellung, im Zusammenhang mit der brežnevschen Idee vom Volksstaat, genau jenes spätsowjetische Ideologiekonstrukt hervorgebracht, das Hunderttausende harmonisch agierende, sich wechselseitig bereichernde Gemeinschaften von „Arbeitskollektiven“ – natürlich unter Führung des Partei- und Staatsapparates – vorsah.

## *2. Die Realität der sowjetischen Arbeitsorganisation*

Wer die Idee des Arbeitskollektivs am spezifisch sowjetischen Arbeitsalltag prüfen will, muss berücksichtigen, dass die sowjetische Industrie nicht für den Markt sondern für den Plan produzierte. Das Problem bestand darin, dass der sowjetische Plan niemals jene lenkende Rolle spielte, die ihm das System zuschrieb.

Die sowjetische Industrieproduktion funktionierte theoretisch nach folgendem Modell: Die Planungsbehörde fertigte einen Plan aus, die Ministerien schlüsselten diesen auf die Betriebe in ihrem Zuständigkeitsbereich auf und kontrollierten die Erfüllung, die Betriebe schickten plangemäß und entsprechend ihren Möglichkeiten Anfragen an die staatlichen Stellen für die Zulieferung, die ihrerseits entsprechend diesen Anfragen die Betriebe mit Ausgangsmaterial versorgten.<sup>17</sup> Auf jeder Stufe dieses System konnten örtliche und regionale Parteiorgane prüfend eingreifen.

Dennoch wurden die Abläufe ständig von der Realität eingeholt und gestört. Die Produktionspläne sprengten nicht selten die Möglichkeiten der Zulieferbehörden, die Betriebe mit Rohstoffen zu versorgen. Außer-

---

17 Siehe Alec Nove: *An Economic History of the USSR. 1917-1991*, London 1992, S.382-384.

dem war der Plan ja kein ein für allemal festgelegtes Gesetz, sondern wurde fortgesetzt nach oben oder unten korrigiert. Und schließlich waren die Direktoren, da nun einmal der Plan um jeden Preis zu erfüllen war, aus Eigennutz daran interessiert, die Auflagen des eigenen Betriebes von Anfang an niedrig zu halten, die Ressourcenzuführung aber möglichst reichhaltig. So täuschten die Betriebe sowohl die Planungsbehörden als auch die Versorgungsbehörden systematisch. Diese wiederum, der Manöver gewahr, versuchten sie zu unterbinden. – Wegen dieser Eigenheit bewerteten Simon Clarke, Donald Filtzer und andere Forscher das sowjetische System als eher kein Planungssystem, sondern Vertragssystem.<sup>18</sup>

Die Strategien auf den Direktorenetagen bestimmten auch die Form der sowjetischen Arbeit. 1979 stellte eine Regierungskommission aus führenden sowjetischen Wirtschaftsexperten und Sozialwissenschaftlern Premierminister Nikolaj Tichonov einen geheimen Bericht unter dem Titel „Über komplexe Maßnahmen zur Steigerung der Effektivität der Planung und zur Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts“ vor. Darin wurde die sowjetische Lohnarbeit als unzureichend effektiv und technisch unterversorgt bezeichnet. Die Zahl der nicht besetzten Arbeitsplätze in der sowjetischen Wirtschaft betrage fünf Millionen.<sup>19</sup>

Der strukturelle Mangel an Arbeitskräften in der sowjetischen Wirtschaft war kein Geheimnis, spätestens seit den 1960er- und 1970er-Jahren war er als Spezifik sowjetischer Produktion allgemein bekannt.<sup>20</sup> In vieler Hinsicht bestimmte dieser Arbeitskräftemangel den spätsowjetischen Produktionsbetrieb. Die sowjetische Propaganda versuchte zu Beginn der 1980er-Jahre, den Arbeitskräftemangel demografisch zu erklären, quasi als „zweites Echo“ des Krieges.<sup>21</sup> Indes, der Geheimbericht an Tichonov zeichnete sich gerade dadurch aus, dass er diese Erklärung als den Realitäten inadäquat ablehnte. Er sah die Ursachen für das Arbeitskräftedefizit

18 Siehe S[imon] Clarke: *Klassovaja struktura Rossii v perechodnyj period* [Die Klassenstruktur in Russland in der Übergangsperiode], in: Rubež, 1997, Nr. 10-11, S.66-86, hier S.70; Filtzer, *Soviet Workers and the Collapse*, S.5-15.

19 „O kompleksnyh merach po povyšeniju effektivnosti planirovanija i uskoreniju naučno-techničeskogo progressa [Über komplexe Maßnahmen zur Steigerung der Effektivität der Planung und zur Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts]. 23.4.1979, RGANI, fond 89, opis' 61, delo 10, Bl. 5f.

20 Siehe Donald Filtzer: *Soviet Workers and De-Stalinization: The Consolidation of the Modern System of Soviet Production Relations 1953-1964*, Cambridge 1992, S.59-92.

21 Siehe SSSR v voprosach i otvetach [Die UdSSR in Fragen und Antworten], Moskau 1980.

in zwei Zusammenhängen. Erstens im niedrigen Gesamtproduktionsumfang, der von einem Übergewichtigen Anteil nichttechnisierter Arbeit, also Handarbeit, sowie von einer auf extensive Erweiterung der Industrie setzenden Wirtschaftspolitik beeinträchtigt war. Zweitens gaben die Experten zu, dass der Mangel an Arbeitskräften in der UdSSR Ergebnis nicht abgestimmter Strategien von Betriebsdirektoren war, Arbeitskräfte so einzustellen, dass im Falle von Produktionsstörungen oder bei plötzlichen Planänderungen die fehlenden Ressourcen oder Maschinen durch zusätzliche Handarbeit wettgemacht werden konnten. Da auf solch eine Personalpolitik die Mehrzahl der Betriebe gleichzeitig zurückgriff, war Mitte der 1970er-Jahre das Arbeitskraftpotenzial erschöpft und ein allgemeiner Arbeitskräftemangel erreicht. Die Verfasser des Berichts hatten errechnet, um wie viel die Einstellungen in den Betrieben über den geplanten Arbeitskräftevorgaben lagen. „Im Verlauf mehrerer Jahre wurden die jährlichen Vorgaben des Gosplan der UdSSR durch die Pläne der Betriebe und Organisation um rund 2-2,5 Millionen Arbeitskräfte überschritten.“<sup>22</sup>

So bestimmte das Paradoxon des allgemeinen Arbeitskräftemangels in der sowjetischen Industrie insgesamt bei gleichzeitigem Arbeitskräfteteüberschuss in einzelnen Betrieben die Beziehungen des Arbeiters zu seiner Arbeit und zu seinem Arbeitsplatz. Der sowjetische Arbeiter konnte, wie zahlreiche Forscher (z. B. Michael Burawoy) bemerkten, bis zu einem gewissen hohen Grade seine Arbeit individuell beeinflussen – durch Arbeitsbummelei, „schwebende“ Arbeitszeiten, Alkohol am Arbeitsplatz, schlechte Arbeitsdisziplin usw.<sup>23</sup> Solange der Plan erfüllt werden konnte, war die Betriebsleitung geneigt, ein Auge zuzudrücken. Dabei war die Mikropolitik im Betrieb klar darauf gerichtet, den einzelnen Arbeiter zu atomisieren: Alle Formen nichtoffizieller Solidarität waren verboten, und die Gewerkschaftsgrundorganisationen, die sich vor allem mit der sozialen Betreuung befassten, wurden von den Parteikomitees und den Betriebsleitungen streng gelenkt.<sup>24</sup>

---

22 O kompleksnych merach, Bl. 8f.

23 Siehe Michael Burawoy/Pavel Krotov: *The Soviet Transition from Socialism to Capitalism. Worker Control and Economic Bargaining in the Wood Industry*, in: Simon Clarke (Hrsg.): *What about the Workers? Workers and Transition to Capitalism in Russia*, London 1993, S.56-90.

24 Siehe David Mandel: *Labour after Communism. Auto Workers and their Unions in Russia, Ukraine and Belarus*, Montreal 2004, S.15-37; S[imon] Clarke: *Čisto sovetskaja forma kapitalizma? Menedžment choldingovykh kampaĭnij v Rossii* [Eine rein sowjetische Form des Kapitalismus? Das Management von Holding-Gesellschaften in Russland], in: *Žurnal*

Letztere konnten andererseits die Arbeiter wegen des allgemeinen Arbeitskräftemangels nicht unter Druck setzen.

Zugleich wäre es problematisch, im sowjetischen Betrieb die dem kapitalistischen System eigene, antagonistische Konfrontation von Management und Arbeiterschaft auszumachen. Die Mehrzahl der Konflikte im sowjetischen Betrieb war offenbar unmittelbarer, persönlicher Art. Sowohl der Arbeiter als auch der Meister und sogar der Direktor standen isoliert im sowjetischen System; daher konnten ihre Beziehungen in jedem Einzelfall, je nach den Umständen, dem Produktionsstandort im Unternehmen und in der Industrierhierarchie, ganz unterschiedlichen Charakter annehmen.<sup>25</sup> Gerade mit der Möglichkeit, auf individuellem Wege und vermittels informeller Entscheidungen die Mehrzahl der Probleme im Betrieb zu lösen und nicht durch den Einsatz der Repressionsmaschinerie, erklärt sich die vergleichsweise geringe Zahl an Streiks<sup>26</sup> in den Betrieben der späten Sowjetunion. Daher repräsentierte das „Arbeitskollektiv“ auf gewisse Weise durchaus den sowjetischen Betrieb als Quasigemeinschaft. Der systemische Interessenkonflikt und diverse soziale Bruchstellen in der Gesellschaft setzten nicht innerhalb des Betriebes ein, sondern eine Ebene höher, dort wo die Interessen einzelner Betriebe mit den Interessen des administrativen Systems und der Partei kollidierten, die dieses System ausmachten. So gesehen ist es verständlich, warum der ideologische Begriff des „Arbeitskollektivs“ von den sowjetischen Arbeitern angenommen war und in den folgenden Jahren, als im Prozess der Privatisierung die Frage nach dem Schicksal ihrer Betriebe als soziale und Wirtschaftseinheit stand, fortgesetzt Verwendung fand. Gleichwohl lohnt es sich, einige Gedanken darauf zu verwenden, warum der sowjetische Betrieb, ungeachtet seiner paternalistischen Rolle, doch keine Industrie-Gemeinde war. Die dem Plan unterworfenen sowjetischen Fabriken verfügte, erstens, nicht über genügend Autonomie. Zweitens: Ihre einzelnen Betriebsteile konkurrierten unter Umständen miteinander um Material und Ausrüstung.

### *3. Das „Arbeitskollektiv“ in der Konfrontation mit der Privatisierung in den 1990er-Jahren*

In Russland wurde die Privatisierung auf den Weg gebracht, um von den administrativen Verhältnissen in der Wirtschaft wegzukommen. Diese

---

sociologii i social'noj antropologii, 2004, Nr. 3, S.20-44.

25 Siehe Filtzer, *Soviet Workers and De-Stalinization*, S.126-132.

26 Siehe Mandel, *Labour*, S.15-22.

sollten durch Marktverhältnisse ersetzt werden, wovon man sich eine höhere Effektivität der Betriebsführung versprach. Die Soziologen Simon Clarke und Veronika Kabalina behaupten, darin habe der Unterschied zur neoliberalen Privatisierungspolitik in den kapitalistischen Ländern am Ende des 20. Jahrhunderts gelegen. Während Letztere den Schlussakt der inneren kapitalistischen Rekonstruktion staatlicher Betriebe darstellte, sei die Privatisierung in Russland lediglich der erste Schritt einer solchen Rekonstruktion gewesen.<sup>27</sup>

Am Beginn der Privatisierung in Russland stand die ideologische Überzeugung seiner Staatsführer, es würde genügen, einige Gesetze zur freien Preisgestaltung zu erlassen und die Betriebe aus der staatlichen Bilanzierung herauszunehmen, und die Marktmechanismen würden beginnen zu funktionieren. In der Praxis führte diese Politik dazu, dass die privatisierten Unternehmen nicht nur nicht rekonstruiert wurden, sondern, im Gegenteil, sich innerhalb der Betriebe die alten Verhältnisse verfestigten. Die Privatisierung gab dem sowjetischen Direktorenkorps neue Mittel in die Hand, die man durch verschiedene mikropolitische Handstreichs zur Schaffung von Eigentum nutzen konnte.

Das „Arbeitskollektiv“ spielte bei diesen Vorgängen eine Schlüsselrolle. In Übereinstimmung mit dem „Programm der Privatisierung staatlicher und kommunaler Unternehmen“ (1993),<sup>28</sup> einem Präsidentenerlass, war gerade das „Arbeitskollektiv“ angehalten, eine von drei Formen von Aktiengesellschaften für seinen Betrieb auszuwählen. In jedem Fall aber sollte das „Arbeitskollektiv“ als Subjekt 20 bis 51 Prozent Aktienanteile bekommen. Diese Aktien gehörten ihm aber bereits nicht mehr als realer Institution, sondern lediglich als Summe aller Arbeitnehmeraktien. Jeder Arbeitnehmer erhielt infolge der Vergabe von Voucher (Kupons über Betriebsanteile) in den Jahren 1992 bis 1994 privat Aktien am Unternehmen.

Kabalina und Clark meinen, das „Arbeitskollektiv“ hätte im Privatisierungsprozess nur eine untergeordnete Bedeutung gehabt und sei lediglich ein Instrument in den Händen des Direktors gewesen, der seinen Einfluss geltend zu machen trachtete. Doch selbst eine solche Rolle setzte ein gewisses Maß an Vertrauen zwischen der Belegschaft und der Administrati-

---

27 Veronika Kabalina/Simon Clarke: Politika privatizacii i bor'ba za kontrol' nad predprijatijem v Rossii [Die Privatisierungspolitik und der Kampf um die Kontrolle über das Unternehmen in Russland], in: Rubež, 1996, Nr. 8-9, S.60-97.

28 Das Staatliche Programm der Privatisierung staatlicher und kommunaler Unternehmen in der Russischen Föderation (in der Redaktion des Präsidentenerlasses vom 24.12.1993), <http://base.consultant.ru/cons/cgi/online.cgi?req=doc;base=LAW;n=171350> (30.6.2015).

on voraus, ein Vertrauen, das auf dem gemeinsamen Interesse am Fortbestand des Betriebes gründete. Sobald das Vorgehen der Verwaltung Zweifel an der Interessengemeinsamkeit aufkommen ließ, war ihre Allianz mit dem „Arbeitskollektiv“ gefährdet.

In der folgenden Etappe der marktwirtschaftlichen Reformen stellte sich bald heraus, dass die neuen Eigentümer der Industrieunternehmen in Russland an einer kapitalistischen Rekonstruktion und Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Reinvestierung von Gewinnen in die Produktionskapazität nicht interessiert waren. Dem Wirtschaftsexperten Stanislav Men'sikov zufolge machte die Einführung neuer Produktionsanlagen im Jahr 1997 nur 2,7 Prozent der Grundwertefonds des Landes aus, 1999 nur 3,4 Prozent. Dabei entfiel auf die Privatwirtschaft nur ein Anteil von 18 Prozent der Investitionen.<sup>29</sup> Men'sikov führt ein solches räuberisches Gebaren auf die Besonderheiten der Privatisierung in Russland zurück. Da den neuen Eigentümern die Betriebe in der Regel unter Wert verkauft worden seien, habe ihre wirtschaftlich vernünftige Strategie entweder darin bestanden, aus den alten Anlagen ein Maximum an Profit herauszuholen, um den Betrieb danach zu verkaufen, oder sie investierten ein Minimum, um den Marktwert des Unternehmens geringfügig zu verbessern und es dann ebenfalls zu verkaufen. Diese Politik der Spekulation um die Privatisierung kostete Russland etwa die Hälfte seines Industriepotenzials; es ging einfach verloren.<sup>30</sup>

Ein privatisiertes Unternehmen mittlerer Größe oder ein Betrieb mit größerem Produktionszyklus hatte also in den 1990er-Jahren im Allgemeinen zwei Alternativen: die Abwehr der Privatisierungsfolgen in der einen oder anderen Weise (durch Renationalisierung oder durch Konsolidierung und Kontrolle der Produktionsabläufe in einer Holding) – oder der Bankrott, der meist wohl den Untergang des Betriebes als Produktionseinheit und die Entlassung aller oder des Großteils seiner Arbeiter bedeutete. Diese Konstellation führte ihrerseits zum Konflikt zwischen dem Eigentümer und der Belegschaft, dem „Arbeitskollektiv“.<sup>31</sup> Dabei war zu beobachten, dass der Staatsapparat und vor allem seine oberste Etage in den 1990er-Jahren geneigt waren, mit voller Kraft die neuen Eigentümer zu unterstützen und im Falle eines Bankrotts des Betriebes die Proze-

---

29 Siehe Stanislav Men'sikov: *Anatomija rossijskogo kapitalizma* [Anatomie des Kapitalismus in Russland], Moskau 2004, S.62.

30 Siehe ebenda, S.284-293.

31 Siehe Simon Clarke: *Liněnye rukovoditeli. Meždu trudom i kapitalom* [Linientreue Leiter. Zwischen Arbeit und Kapital], in: *Mir Rossii*, 2006, Nr. 4, S.129-142.

dur der Neuvergabe in Privathand umgehend anzuschieben. Damit wurde der Konflikt automatisch ein politischer. Das „Arbeitskollektiv“ bezog Position für den unbedingten Erhalt der Produktionseinheit und geriet damit in Gegenposition zum Staat und seiner Privatisierungspolitik. Besonders deutlich zeigte sich das in der Krise des Jahres 1998, als die einsetzende gesellschaftliche Revolte einen Schlusstrich unter das Regime Jelzin zog. Das eingangs geschilderte, widerständische Verhalten des Arbeitskollektivs im Vyborger Zellulose- und Papierkombinat war Teil dieser Protestwelle.

Der gesellschaftsweite Aufbruch fand seinen Ausdruck in der größten organisierten politischen Aktion der jüngsten Geschichte Russlands, im sogenannten „Schienenkrieg“. Er begann Mitte Mai 1998 mit Blockaden sämtlicher Schienenstränge im Donbass durch Bergarbeiter aus Kemorovo. Die Bergleute forderten, die Privatisierung im Bergbau abzubrechen und die ausstehenden Löhne zu zahlen. Ihnen schlossen sich die Bergarbeiter im Rostover Gebiet und in der Teilrepublik Komi an. Innerhalb einer Woche waren alle Schienenverbindungen auch bei Tula, Tjumen' und Perm' blockiert. Die Streikenden gingen recht bald auch zur Forderung über, Präsident Boris Jelzin möge abtreten. Die Staatshaushalts- und Wirtschaftskrise 1998 sorgte für eine Ausweitung des Protestes, an den Blockaden beteiligten sich nun nicht mehr nur Bergleute, sondern auch Arbeiter anderer ruinierter Unternehmen. So schlossen sich u. a. die Arbeiter des „Arbeitskollektivs“ der Motorenfabrik Jaroslavl' der Schienenblockade an. Den Arbeitern dieser Fabrik wurde ihre Teilnahme am Protest übrigens als Arbeitstag angerechnet – auf Anweisung des Direktors.<sup>32</sup>

Schließlich führte die Opposition am 7. Oktober 1990 im gesamten Land 25 Millionen Menschen in Protestaktionen – unter der Losung der Korrektur des sozialökonomischen Kurses und der aktiven Einmischung der Regierung in die Ökonomie. Es kam zu Hunderttausenden Meetings in Städten, Arbeitersiedlungen und in Betrieben, zwölf Millionen Menschen nahmen am gesamtnationalen Streik teil.<sup>33</sup> Dieser Ausstand und die Aktionen auf den Straßen trugen keinen Klassencharakter, in vielen Fällen gaben die Betriebsdirektoren selbst das Signal zur Arbeitsniederlegung und unterstützten die Forderungen der Föderation unabhängiger

---

32 Siehe Mandel, *Labour*, S.124-133.

33 Siehe Beschluss der Staatsduma der Föderalen Versammlung der Russischen Föderation vom 23.10.1998 „Über Eingaben und Anträge, die im Zusammenhang mit der Allrussischen Protestaktion vom 7.10.1998 in der Staatsduma eingingen“, [www.bestpravo.ru/ros-sijskoje/ar-zakony/i2p.htm](http://www.bestpravo.ru/ros-sijskoje/ar-zakony/i2p.htm) (30.6.2015).

Gewerkschaften nach die Abkehr vom wirtschaftsliberalen Regierungskurs. Dabei stellte diese Gewerkschaftsföderation, der Nachfolger der sowjetischen Gewerkschaften, in diesem Moment selbst nicht so sehr eine Klassenorganisation als vielmehr ein Instrument der Industrielobby für die heruntergewirtschaftete Industrie dar.<sup>34</sup> Entsprechend ist hier also, wenn wir von der Mobilisierung der Arbeiter durch diese Föderation sprechen, eine Mobilisierung der „Arbeitskollektive“ unter gewerkschaftlichem Anschein gemeint. Gleichwohl, die aufbegehrenden „Arbeitskollektive“ stellten 1998 eine Macht dar, die das politische Regime in Russland zu Veränderungen drängen und ein wenig vom neoliberalen Kurs abbringen konnte.

Freilich verstummten die „Arbeitskollektive“ in der Folgezeit recht schnell wieder. Als die Antikrisenregierung Evgenij Primakovs von Vladimir Putin abgelöst wurde, verkündete dieser im Jahre 2000 die Rückkehr des Staates zu regulierenden Aufgaben.<sup>35</sup> Im folgenden Jahrzehnt nahm die paternalistische Funktion des Staates in der Wirtschaft wieder zu,<sup>36</sup> was von einer in der neuesten Geschichte des Landes präzedenzlosen Unterstützung des Regimes durch die Bevölkerung begleitet war, der Formierung der sogenannten „Mehrheiten für Putin“.

#### *4. Fazit*

Das „Arbeitskollektiv“ als Quasigemeinschaft im sowjetischen und postsowjetischen Betrieb war der kapitalistischen Rekonstruktion noch nicht ausgesetzt, in ihm schlug sich die systemische antagonistische Spaltung in Arbeiter und Manager noch nicht nieder. Unter sowjetischen Bedingungen einst als Institut der Kontrolle über die Arbeitsdisziplin und die Planerfüllung geschaffen, war diese ideologisierte Einrichtung mit ihrer ursprünglichen Funktion überfordert. Dafür nahm sie in der Zeit der marktwirtschaftlichen Reformen aktiv eine neue Funktion wahr, die des Vertreters der Interessen des postsowjetischen Betriebes als wirtschaftliche und so-

---

34 Siehe Aleksandr Tarasov: FNPR-Corp, in: Skepsis (virtuelle Variante), [www.scepsis.net/library/id\\_2366.html](http://www.scepsis.net/library/id_2366.html) (30.6.2015).

35 Brief des Präsidenten an die Föderale Versammlung vom 8.7.2000, in: Rossijskaja Gazeta, Nr. 133, 10.6.2000.

36 Die Experten des Internationalen Währungsfonds schätzten 2014 ein, dass der staatliche Sektor in der Russischen Föderation 70 Prozent der Wirtschaft ausmache. Siehe Dve pjatyč gosudarstva otdychajut v teni [Zwei Fünftel des Staates faulenzten im Schatten], in: Kommersant, Nr. 90, 28.5.2014.

---

ziale Einheit. Das „Arbeitskollektiv“ stellte keine echte Gemeinschaft dar, mobilisierte aber nichtsdestotrotz im Moment der Gefahr für die Existenz des Betriebes Kräfte – eben wie eine Gemeinde, wie ein ganzheitlicher sozialer und wirtschaftlicher Körper. Die „Arbeitskollektive“ verloren an Bedeutung, als die Existenzgefährdung für die Mehrzahl der Betriebe in Russland wieder verschwand. Dann hörten sie entweder überhaupt auf, irgendwie in Erscheinung zu treten, oder sie versanken erneut in passives Wohlwollen gegenüber Betriebsleitungen und Staat.

Aus dem Russischen von Elke Scherstjanoi

„Erst das Essen, dann die Miete!“

## Protest und Selbsthilfe in Berliner Arbeitervierteln während der Großen Depression 1931 bis 1933<sup>1</sup>

Simon Lengemann

Die Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1933 wird primär assoziiert mit Massenarbeitslosigkeit, autoritären Präsidialkabinetten und schließlich der nationalsozialistischen Machtübernahme. Aus Sicht einer ‚Geschichte von unten‘ bleibt dabei ein entscheidender Faktor der Krise im privaten Reproduktionsbereich unterrepräsentiert: die Verelendung namentlich der städtischen Bevölkerung durch ihren Status als Mieterinnen und Mieter. Kürzungen bei Löhnen und Sozialleistungen standen mit der 4. Notverordnung vom Herbst 1931 für die meisten Altbaummieter Mehrbelastungen durch die Miete gegenüber.<sup>2</sup> Der kriegsbedingte Mangel an Wohnraum bestand im günstigsten Marktsegment der Großstädte fort, weshalb diese weiterhin der aus zwangswirtschaftlichen Elementen hervorgegangenen ‚gesetzlichen Miete‘ unterlagen. Unter den Vorzeichen der Austeritätspolitik wurde diese Schutzmaßnahme zu einem stumpfen Schwert, selbst die existenziellen Grundbedürfnisse Essen und Wohnung überforderten Geringverdienende finanziell. Sie waren somit gezwungen, sich zwischen dauerhafter Unterernährung und anwachsenden Mietrückständen – die letztlich zum Wohnungsverlust führen mussten – zu entscheiden. Die Zahl der ganzjährig in den Laubenkolonien der Berliner Peripherie Vegetierenden verdreifachte sich während der Weltwirtschaftskrise auf 123.772 Personen.<sup>3</sup> Eine polemische Beschreibung des meist resignativen Umgangs mit diesem Dilemma findet sich in einer 1933 erschienenen „Kinderfibel“: „Daß Miete bezahlt werden muß, ist ein ‚ewiger‘ Grundsatz im Sinne altpreußischer Auffassung [...], daß aber diese Zahlung ein schauerhaftes Loch ins Budget reißt, ist eine Nebenerscheinung, die sich aus dem ewigen Grundsatz ergibt. Die Miete ist bezahlt. Einmal, weil es

---

1 Der Aufsatz basiert auf meiner 2014 an der Humboldt-Universität zu Berlin eingereichten Masterarbeit „Mieter, Hausbesitzer und Wohlfahrtsamt. Berliner Arbeiterviertel in der Großen Depression 1929-1933“.

2 Siehe Karl Christian Führer: Mieter, Hausbesitzer, Staat und Wohnungsmarkt. Wohnungsmangel und Wohnungszwangswirtschaft in Deutschland 1914-1960, Stuttgart 1995, S.197.

3 Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin 1934, S.48.

sich hier um eine ordentliche Familie handelt, die eher hungern würde, als den Termin der Mietzahlung zu versäumen, zum anderen aus dem weniger erhabenen Grunde, daß sie exmittiert werden würde, wenn sie nicht zahlte. So greift eins ins andere, die ‚ewigen‘ Werte und der Gerichtsvollzieher [...], die Pünktlichkeit des Zahlens und die Unterernährung [...]. Aber dafür bleibt die sittliche Befriedigung: man ist keine Vagabundenfamilie, man kann nicht exmittiert werden“.<sup>4</sup>

Der fatalistischen Gemengelage aus Sekundärtugenden und drohender Obdachlosigkeit setzte eine neue Mieterbewegung kämpferische Alternativen entgegen. Schwerpunktmäßig in Berlin, insbesondere in den proletarisch geprägten Mietskasernenvierteln des Nordens und Ostens, erregten Mietstreiks Aufsehen und verhinderten Wohnungszwangsräumungen. Mit solidarischem Verhalten versuchten die Bewohnerinnen und Bewohner, ihren Lebensraum vor Ort gegen die Verfügungsgewalt von Kapital und Staatsmacht zu verteidigen. In ihrer Beharrlichkeit – auch auf dezentralen, nicht explizit ‚politischen‘ Lösungsansätzen – zeigten sie Verhaltensmuster, die mit dem Begriff ‚Eigensinn‘ beschrieben worden sind.<sup>5</sup> In diesem Sinne sind die Aktionen auch als Versuch zu sehen, die angefochtene Würde wiederzuerlangen: „Zu den konkreten Interessen, die auf anderen Wegen nicht hinreichend artikuliert sind, tritt das Bedürfnis, die Trennung von Person und Interesse, wie sie durch die Verkehrsform der bürgerlichen Gesellschaft tagtäglich zugemutet wird, in direkter Aktion ‚kurzzuschließen‘“.<sup>6</sup>

In einem ambivalenten Verhältnis standen diese Mieter zur KPD, die den Eigensinn einerseits befeuerte, ihn andererseits zugunsten eigener machtpolitischer Interessen einzuhegen suchte. Die Partei rief nach einer langen Phase der Passivität in der außerparlamentarischen Mieterarbeit ab Mai 1930 zur Bildung von mietshaus- und straßenbasierten Mieterräten als alternativer Organisationsform zu den zahnlosen etablierten Mieterverbänden auf. Die verschärfte Notlage der Mieter angesichts der gerade ausgebrochenen Weltwirtschaftskrise machte Erfolge bei der Agitation aus Sicht der Partei wahrscheinlicher als während der relativ mieterfreundlichen Stabilisierungsphase. Damit fügte sich diese Agitation ein in das Bestreben der KPD eine ‚Einheitsfront von unten‘ zu mobilisieren,

---

4 Ruth Fischer/Franz Heimann: Deutsche Kinderfibel, Berlin 1933, S.94f.

5 Siehe Thomas Lindenberger: Eigen-Sinn, Herrschaft und kein Widerstand, Version 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 2.9.2014, URL: <http://docupedia.de/zg/Eigensinn>.

6 Ders.: Straßenpolitik. Zur Sozialgeschichte der öffentlichen Ordnung in Berlin 1900 bis 1914, Bonn 1995, S.18.

um mit Massenaktionen auch bisher weniger erfolgreich agitierte Gruppen wie verarmte Kleinbürger und Frauen zu erfassen.<sup>7</sup> Die in der Großen Depression finanziell überforderten Teile der Mieterschaft waren bezüglich Klassenzugehörigkeit, politischer Präferenz und Geschlecht heterogen, hatten aber zumindest temporär gemeinsame Interessen gegenüber Staat und privatem Hausbesitz. Sie waren daher eine geradezu idealtypische Zielgruppe für die ‚Einheitsfront von unten‘.

### *Widerstand bei Zwangsräumungen*

Wohnungszwangsräumungen – zeitgenössisch als Exmission oder Exmittierung bezeichnet – waren nicht erst in der Großen Depression Anlass für widerständiges Verhalten in Arbeitervierteln. 1872 erregten die so ausgelösten, mehrtägigen „Blumenstraßenkrawalle“ großes Aufsehen in Berlin. Für das späte Kaiserreich konstruiert Thomas Lindenberger gar einen „Interaktionstyp ‚Exmittierungskrawall‘“.<sup>8</sup> Belastbare quantitative Daten über gestörte Zwangsräumungen liegen jedoch für keinen Zeitraum vor, ebenso wenig wie für einen Vergleich geeignete Untersuchungen anderer Städte. Die Weltwirtschaftskrise in Berlin dürfte indes einen Höhepunkt dieser Aktionsform darstellen, zumindest hinsichtlich der öffentlichen Aufmerksamkeit durch regelmäßige Berichterstattung im KPD-Zentralorgan „Rote Fahne“ (RF). Sie stellt die wichtigste Quelle auf Aktivistenseite dar, bei der freilich tendenziell von einer Übertreibung der Erfolge ausgegangen werden muss. Dies auch deshalb, weil die Aktionen explizit als Bestätigung der Parteipolitik instrumentalisiert wurden. Allerdings konnte die Zeitung durch ihre hohe Auflage erheblich dazu beitragen, Protestierende zu mobilisieren. Ihre regelmäßige Berichterstattung bewirkte eine grundsätzliche Sensibilisierung für diese Aktionsform, verstärkt noch durch den triumphalen Tenor der Artikel. In der Zeitung finden sich aber auch konkrete Aufrufe zur Verhinderung von bevorstehenden Zwangsräumungen.<sup>9</sup> Innerhalb der RF-Berichterstattung können Artikel zu konkreten Einzelfällen – meist mit Angabe von Adresse und Datum – gegenüber aggregierten Fallzahlen längerer Zeiträume als glaub-

7 Siehe Eve Rosenhaft: Die KPD der Weimarer Republik und das Problem des Terrors in der „Dritten Periode“, 1929-1933, in: Wolfgang J. Mommsen/Gerhard Hirschfeld (Hrsg.): Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1982, S.394-421.

8 Lindenberger, Straßenpolitik, S.140f.

9 Siehe Die Rote Fahne (RF), 26.11.1929, S.5; 7.2.1931, S.4; 11.3.1932, S.12.

würdiger eingeschätzt werden. Die ersten Erwähnungen von Widerstand bei Zwangsräumungen datieren vom Herbst 1929, doch erst zwei Jahre später und bis zum Winter 1932/33 treten die Berichte gehäuft auf. Insgesamt wurde in der RF über 112 Fälle erfolgreicher Proteste bei Zwangsräumungen informiert. Darüber hinaus sollen im Herbst 1931 alleine in den Bezirken Friedrichshain und Lichtenberg 110 Räumungen verhindert worden sein, für das Jahr 1932 und ganz Groß-Berlin bilanzierte die Zeitung über 1.000 solcher Fälle.<sup>10</sup> Da die Gegenprüfung einzelner Proteste durch alternative Quellen nur sehr vereinzelt möglich war, sollen die angewandten Strategien analysiert werden.

Die unspektakulärste Form der Selbsthilfe gegen Wohnungsverlust bestand darin, die Möbel der betroffenen Mieter – meist im Laufe des Exmissionstages – zurück in die angestammte Unterkunft zu bringen. Zwar wurde dadurch die gerichtlich angeordnete Räumung nicht wirklich verhindert, die Obdachlosigkeit aber mindestens aufgeschoben. Auch wenn der Vermieter daraufhin die Polizei zu Hilfe rief, scheint diese die nun ohne gültigen Mietvertrag Wohnenden zunächst nicht behelligt zu haben. Darauf deuten nicht nur Beispiele solcher ‚stillen‘ Verhinderungen in der RF hin. Die Zeitschrift „Grundeigentum“ (GE) als Organ der Berliner Hausbesitzer beklagte die nicht konsequent verfolgte Strafbarkeit von Hausfriedensbruch und Aufbrechen eines amtlichen Siegels.<sup>11</sup> Den Berichten der RF zufolge wurden diese Delikte von nicht namentlich genannten Erwerbslosen- oder Mieteraktivisten begangen. Hatten diese beim Eintreffen der Beamten die Wohnung nicht wieder verlassen, kam es zur Verhaftung.<sup>12</sup>

Spektakulärer waren gänzlich verhinderte Zwangsräumungen durch die massenhafte Solidarität der aufgrund hoher Arbeitslosigkeit schnell verfügbaren Kiezbewohnerinnen und -bewohner. Selbst bei kurzfristig bekannt gewordenen Exmissionen konnte durch Rufe in die hallenden Mietskasernenhöfe eine Menschenmenge mobilisiert werden. Diese verteilte sich vor dem betreffenden Haus, in Treppenaufgängen und der zu räumenden Wohnung selbst. Bei einer solchen Aktion in Prenzlauer Berg soll der Gerichtsvollzieher nach Rücksprache mit dem Hauswirt von der Vollstreckung Abstand genommen haben, obwohl ein Überfallkommando bereitstand. Dieses habe zwar versucht die Menge zu zerstreuen, je-

---

10 Für die aggregierten Angaben siehe RF 27.10.1931, S.3; 29.11.1931, S.5; 1.1.1933, S.5.

11 Siehe RF 17.3.1932, S.3; 21.5.1932, S.3; Karl Plumeyer: Rechtsfragen beim „Mieterstreik“, in: Das Grundeigentum (GE), 48 (1932), S.1103-1108, hier S.1105.

12 Siehe RF, 4.2.1932, S.4.

doch „ohne vom Gummiknüppel Gebrauch zu machen“.<sup>13</sup> Die Protestierenden profitierten in diesen Fällen davon, dass die grundsätzliche Bereitschaft der Polizei zu massivem Gewalteininsatz bei vordergründig unpolitischen Aufmärschen in den Wohngebieten gering war. In den traditionell konfliktreichen Nachbarschaften existierte ein kollektives Bewusstsein für die Wirkmächtigkeit massenhafter körperlicher Präsenz.<sup>14</sup> Laut der „Roten Fahne“ kam es als Ergebnis der Proteste und nachfolgender Verhandlungen zwischen Vertretern der Protestierenden und dem Vermieter oder Wohlfahrtsamt zur Verschiebung von Zwangsräumungen.<sup>15</sup> Diese Einigungen wären demnach nur möglich gewesen, weil die Drohkulisse hunderter Menschen und die dadurch hergestellte Öffentlichkeit die eigentlich klar definierten Machtverhältnisse zugunsten der betroffenen Mieter verschoben.

Auf eine Anfrage des preußischen Innenministeriums bezüglich einer solchen Berichterstattung ordnete die Berliner Polizei derlei Vorkommnisse anders ein: Im Falle des vom Ministerium zitierten Protests hätten sich zwar 600 Personen vor dem betreffenden Haus eingefunden. „Zu einer Aktion kam es jedoch nicht, da sich Mieter und Hauswirt bereits am 11. Juni [auf eine Fristverlängerung bis Monatsende – d. A.] geeinigt hatten. [...] Hier sind wiederholt Fälle in ähnlicher Art bekannt geworden. Wird eine Exmittierung geplant, so werden in der Regel von Seiten der Kommunisten Flugblätter mit der Aufforderung zur Verhinderung derselben in der jeweiligen Gegend verteilt. In den meisten Fällen ist jedoch vorher eine Einigung zwischen Mieter und Hauswirt erzielt worden, sei es, daß der Hauswirt dem Mieter bereits eine weitere Frist zugebilligt hat, oder sei es, daß das Wohlfahrtsamt durch Gewährung von Beihilfen einsprang. [...] Soll tatsächlich eine zwangsweise Räumung durchgeführt werden [...], so setzt sich der Gerichtsvollzieher mit dem zuständigen Polizeirevier in Verbindung und erhält mehrere Schutzpolizeibeamte zu seiner Unterstützung. Dieses Verfahren hat bisher den Erfolg gehabt, daß die gesetzlichen Massnahmen ohne Weiterungen durchgeführt werden konnten.“<sup>16</sup>

---

13 RF, 10.11.1931, S.3; siehe außerdem RF 19.12.1931, S.4; 14.1.1932, S.3.

14 Siehe Belinda Davis: Polizei und Gewalt auf der Straße. Konfliktmuster und ihre Folgen im Berlin des 19. und 20. Jahrhunderts, in: Alf Lüdtke/Herbert Reinke/Michael Sturm (Hrsg.): Polizei, Gewalt und Staat im 20. Jahrhundert, Wiesbaden 2011, S.81-103, hier S.85.  
15 Siehe RF 22.12.1932, S.4; 23.1.1932, S.4; 4.5.1932, S.3; 20.5.1932, S.3.

16 Stellungnahme des Berliner Polizeipräsidenten an das Preußische Innenministerium, i. A. Regierungsassessor Dr. Adrian, 14.7.1932, Landesarchiv Berlin (LAB), A Pr.Br. Rep. 030, Nr. 21726, Bl. 115f.

Bemerkenswert an dieser Schilderung ist zunächst, dass der „Roten Fahne“ zumindest in diesem Fall keine Übertreibung der Teilnehmerzahlen vorgeworfen werden kann: Ihre Angabe von 400 Personen liegt deutlich unter jener der Ordnungshüter. Andererseits wurde dort „das brutale Vorgehen des Hauseigentümers“ angeprangert, der sich jeglichen Zugeständnissen im Vorfeld verweigert hätte.<sup>17</sup>

Folgt man der Argumentation der Berliner Polizei, so wären die Erfolgsmeldungen der Mieteraktivisten nur insofern ernst zu nehmen, als sie Kundgebungen mit großen Teilnehmerzahlen organisieren konnten. Konkrete Auswirkungen für die zur Räumung Verurteilten hätten diese jedoch nicht gehabt. Gegen eine unkritische Übernahme der Darstellung durch die Staatsmacht spricht freilich die Reaktion der organisierten Hausbesitzer Berlins auf die Vorkommnisse: Die Verhältnisse seien „untragbar“, die Polizei habe „oft in peinlicher Weise“ versagt. „Sogenannte Mieterräte und Häuserschutzstaffeln bedrohten Hauseigentümer und zwangen sie, manchmal geradezu unter den Augen der Polizei, zur Rückgängigmachung der Exmission.“ In solchen Fällen müsse man die säumigen Mieter „wegen Einmischung des Wohlfahrtsamts“ oftmals noch lange Zeit in ihrer Wohnung dulden.<sup>18</sup> Nahezu übereinstimmend mit den leider sehr lückenhaften Aktenbeständen über „politische Zwischenfälle in Berlin“ ist ein Bericht der RF über die Festnahme von 30 Protestierenden, die eine zu räumende Wohnung in der Dänenstraße besetzt hielten.<sup>19</sup> Im einem anderen Fall widersprechen sich diese beiden Quellen in mehrfacher Hinsicht: Während der Polizeibericht von der Verhinderung einer Zwangsäumung und einem verletzten Polizisten sprach, vermeldete die RF die Vollstreckung und ein weiteres Beispiel des „Terror[s] sozialdemokratischer Bürokratie und Polizei“.<sup>20</sup> Darüber hinaus konnten für den Beobachtungszeitraum nur vier weitere Meldungen der Polizei bezüglich Zwangsäumungen festgestellt werden, die keine Erwähnung in der RF fanden. In diesen Fällen dürften Tatbestände wie Haus- und Landfriedensbruch sowie illegaler Waffenbesitz vorliegen.<sup>21</sup>

---

17 RF, 14.6.1932, S.4.

18 Mob verhindert Exmissionen!, in: GE 30 (1932), S.705f., hier S.705, Hervorhebung im Original.

19 Siehe RF, 11.3.1932, S.12; Berichte über pol. Vorfälle in Berlin, 10.3.1932, LAB, A Pr.Br. Rep. 030, Nr. 21598, Bl. 48.

20 RF, 5.5.1931, S.3.

21 Berichte über pol. Vorfälle in Berlin, 8.3.1932, 16.1.1932, 21.11.1932, 22.8.1931, LAB, A Pr.Br. Rep. 030, Nr. 21598, Bl. 52, 86, 114, 182.

Inwieweit physische Gewalt durch Staatsmacht und Protestierende ein Charakteristikum von ‚Exmissionskrawallen‘ im Berlin der Großen Depression war, kann auf Basis der zur Verfügung stehenden Quellen nicht eindeutig beurteilt werden. Gerade im Vergleich zu den beinahe täglichen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der Arbeiterparteien und der NSDAP dürfte jedoch Henrick Stahr zuzustimmen sein, der sie als meist „glimpflich“<sup>22</sup> verlaufend einschätzt. Zumindest für den spezifischen historischen Kontext scheint es demnach unangebracht, diese Form von Mieterselbsthilfe eindeutig als ‚Krawalle‘ einzuordnen. Die Fokussierung auf ‚Exzesse‘ in Polizeiberichten und bürgerlicher Presse, auf die etwa Lindenberger notgedrungen zurückgreift, mag jedoch auch für frühere Zeiträume verzerrend gewirkt haben.

Ohne eine gewisse Kompromissbereitschaft der Vermieter wäre es mutmaßlich häufiger zu Eskalationen gekommen; denn durch eine Einigung mit den Mietern und Aktivisten entfiel die Grundlage für einen Polizeieinsatz. Die akute Gefahr von Ausschreitungen war dabei nur ein Faktor. Besonders Hauswirte, die im gleichen Kiez oder gar Haus wie ihre Mieterinnen und Mieter lebten, mussten mit langfristigen negativen Konsequenzen rechnen, wenn sie auf einer Räumung bestanden. So wurden in der RF häufig ihre Namen und Adressen öffentlich gemacht, zusammen mit einer Geißelung von Hartherzigkeit, moralischer Verkommenheit und gegebenenfalls politischer Einstellung. Besonders riskant war dies für Kleingewerbetreibende in Arbeitervierteln: Sie wurden nicht nur öffentlich an den Pranger gestellt, sondern auch mit Boykottaufrufen belegt. „Der nationalsozialistische Hauswirt Voigt [...] bestand rigoros auf Exmission. [...] Der proletarischen Kunden des Bäckers Gerlach [der Exmitierte – d. A.] bemächtigte sich deshalb eine äußerst starke Erregung, umso mehr, als die Frau des Hausbesitzers in der Prenzlauerstr. 42 selbst eine Bäckerei betreibt, wo sie auf Arbeiterkundschaft angewiesen ist.“<sup>23</sup> In einer ohnehin von Selbstbeschränkung der Einkommensschwachen geprägten Zeit konnte ein solcher Aufruf, noch dazu durch die Ereignisse bei der Räumung für viele Menschen emotional aufgeladen, den wirtschaftlichen Ruin bedeuten.

Dennoch fanden selbstverständlich weiter Zwangsräumungen statt. Bei einer Familie aus Friedrichshain war dies sogar zweimal verhindert wor-

---

22 Henrick Stahr: „Erst das Essen – dann die Miete“. Mieterkrawalle, Mieterstreiks und ihre bildliche Repräsentation, in: Diethart Kerbs/Ders. (Hrsg.): Berlin 1932. Das letzte Jahr der Weimarer Republik. Politik, Symbole, Medien, Berlin 1992, S.90-114, hier S.92.

23 RF, 22.11.1932, S.7, Hervorhebung im Original.

den, bevor sie sich doch auf der Straße wiederfand.<sup>24</sup> Da der Wohnungsmarkt wenig Alternativen bot, mussten die einmal ‚geretteten‘ Mieter ohne staatliche Intervention ständig mit der Obdachlosigkeit rechnen. Wie akut diese Gefahr war, ist den Berichten der RF nur vage zu entnehmen: In über der Hälfte davon sprachen sie von einem Aufschub, nur acht Exmissionen wurden für aufgehoben erklärt. In den restlichen Fällen wurden keine expliziten Angaben zur zukünftigen Wohnsicherheit des betreffenden Haushaltes gemacht – die Verschiebung einer Räumung dürfte somit der Regelfall gewesen sein. Immerhin scheinen die von Exmission Bedrohten durch den kollektiven Charakter dieser Form der Selbsthilfe keinerlei Nachteile riskiert zu haben: Strafrechtliche Konsequenzen für sie wurden auch von der Gegenseite nicht ins Feld geführt, im schlimmsten Fall drohte ihnen der ohnehin gerichtlich beschlossene Wohnungsverlust. Dass trotzdem die meisten Räumungen mutmaßlich gar keines Zwanges bedurften, lag an der mit solchem Widerstand verbundenen Grenzüberschreitung und Öffentlichkeit: Wer ohnehin eine resignative Einstellung zur eigenen Misere entwickelt hatte, wird in der Regel aus Scham das drohende Elend für sich behalten haben.<sup>25</sup>

Viele der an den Protesten Beteiligten dürften sich nicht selten wie Sisyphos gefühlt haben. Zudem riskierten sie in Auseinandersetzungen mit der Polizei Verhaftungen und möglicherweise Verletzungen. Treue Gefolgsleute der KPD mögen die letztlich doch erfolgte Räumung nicht als eindeutige Niederlage angesehen haben; für sie zählte auch der propagandistische Mehrwert. Auch renitenter Eigensinn – als Idealtyp könnte von ‚Ergebnisorientierten‘ gesprochen werden – wurde durch eine vorerst verhinderte Exmission befriedigt. Doch diejenigen, die sich in erster Linie aus nachbarschaftlicher Solidarität engagierten, werden an mittelfristigen Strategien gegen die Alternativen Wohnungsverlust oder Verelendung in der Wohnung interessiert gewesen sein.

*„Erst das Essen, dann die Miete!“: Mietstreiks*

Die Mietstreiks des Jahres 1932 können als ein Versuch angesehen werden, auf der Ebene einzelner Häuser sowohl die akuten Probleme der Mieterinnen und Mieter zu beseitigen, als auch strukturelle Erleichterung

---

24 Siehe RF, 4.3.1932, S.4.

25 Siehe Lothar Uebel: Lieber draußen als zu Hause. Wie Jugendliche wohnen, in: Kreuzberg 1933. Ein Bezirk erinnert sich, hrsg. vom Kunstamt Kreuzberg, Berlin 1983, S.17-25, hier S.20.

herbeizuführen. Obwohl diese Welle der kollektiven Verweigerung von Mietzahlungen in Berlin für den deutschsprachigen Raum als am besten dokumentiert gelten kann, ist auch hier eine Beurteilung des Ausmaßes schwierig. Im Oktober 1932 erklärte die RF das Heranwachsen einer „gewaltige[n] Massenbewegung“, „Zehntausende Berliner Werktätige“ befänden sich im Mietstreik.<sup>26</sup> Bis Februar 1933 sind jedoch nur 79 Häuser eindeutig identifiziert, in welchen der Zeitung zufolge tatsächlich die Zahlungen eingestellt wurden. Diese Streiks sollen in 43 Fällen erfolgreich beendet worden sein. Aufgrund längerer Verbotsphasen und nicht genannter, jedoch vor Gerichten verhandelter Streiks, ist erstere Zahl als zu niedrig anzusehen. Sie dürfte der Realität jedoch deutlich näher kommen als die von Johann F. Geist/Klaus Kürvers veranschlagten 3.300 Häuser: Diese leiten sie aus ebenso vielen organisierten Mieterräten ab<sup>27</sup> – ein Zusammenhang, der in den Quellen nicht hergestellt wird.

Nach einer Mobilisierungsphase anlässlich einer geplanten Umstellung des Mietbeihilfensystems im Juni 1932 rückten auf einem Mieterkongress im Folgemonat konkrete Forderungen an die Hausbesitzer in den Vordergrund: Diese sollten die Mieten für Altbauten um zehn und für Neubauten um 20 Prozent senken. Als dies offenbar Teilnehmer als unzureichend kritisierten, erklärte der KPD-Funktionär Oswald Wischnewski, ein Abweichen davon sei natürlich möglich, aber strategisch unklug: „Das sind Forderungen, für die wir breite Schichten in Bewegung setzen können. Wir halten es für besser, mit populären Forderungen wirkliche Bewegung zu entfalten, als mit scheinradikal-überspitzten Forderungen keine Bewegung auszulösen.“<sup>28</sup> Das Bemühen der Partei, die von ihr initiierten Mieterproteste zu einem Werkzeug der Einheitsfront-Taktik zu machen, wird hier auch öffentlich kommuniziert. Welche Gruppen sie damit erreichen wollte, zeigt folgender Redebeitrag auf einer Mieterkonferenz: „Hier ist der Beweis, wie weit die Mieterbewegung in kleinbürgerliche Schichten eindringt: [...] Unter den 125 Anwesenden waren auch 10 Nazis und einige Funktionäre der sozialdemokratischen Wohlfahrt. Sehr viele Versammlungsbesucher waren Frauen“.<sup>29</sup>

---

26 RF, 16.10.1932, S.7.

27 Siehe Johann F. Geist/Klaus Kürvers: *Das Berliner Mietshaus 1862-1945. Eine dokumentarische Geschichte von „Meyer's Hof“ in der Ackerstraße 132-133, der Entstehung der Berliner Mietshausquartiere und der Reichshauptstadt zwischen Gründung und Untergang*, München 1984, S.431f.; Stahr, Essen, S.111.

28 RF 9.7.1932, S.3.

29 RF 2.7.1932, S.3; zur Rezeption der Rolle von Mieterinnen bei Streiks siehe auch Anm. 30.

Im September 1932 begannen im Bezirk Mitte zwei Mieterkämpfe, die in den einschlägigen Studien zur Berliner Mietstreikbewegung meist eine zentrale Stellung einnehmen.<sup>30</sup> Dafür gibt es nachvollziehbare Gründe: Sie erlangten als Kuriosa breite mediale Aufmerksamkeit, ermöglichen aufgrund der Berichterstattungsdichte auch ein chronologisches Narrativ und – sie endeten mit Erfolgen der Mieterinnen und Mieter. Ihr Ausnahmecharakter als bestreikte Häuser im Besitz der öffentlichen Hand wird dagegen nicht explizit thematisiert, obwohl das Potenzial, politischen Druck aufzubauen, dadurch deutlich größer war. Hier soll dagegen versucht werden, die strukturellen Bedingungen und Erfolgchancen der Mietstreiks gegen private Hausbesitzerinnen und -besitzer zu eruieren. Ausgangspunkt sind dabei die Forderungen, von welchen die Mieter die Wiederaufnahme der Zahlung abhängig machten. Diese unterschieden sich meist nur quantitativ, kaum hinsichtlich des zugrunde liegenden Kataloges. Eine Diskussion der früher einsetzenden Mietstreiks mit der explizit antifaschistischen Ausrichtung, SA-Lokale aus Arbeitervierteln zu drängen, kann aufgrund der inhaltlichen Unterschiede hier nicht vorgenommen werden.<sup>31</sup> Die NSDAP und ihre Organe unterstützten nur die gegen den Staat als Vermieter gerichteten Streiks, der private ‚deutsche Hausbesitz‘ wurde hofiert. Aus einer unter anderem von Heinrich-August Winkler prominent platzierten Fotografie aus den Fenstern hängender Hakenkreuzfahnen zwischen jenen der Kommunisten sollte daher kein Querfront-Charakter der Mietstreikbewegung abgeleitet werden. Sie wurde in einem stadteigenen Mietshaus aufgenommen und unterschiedlich interpretiert: Während die RF das Potenzial der ‚Einheitsfront von unten‘ hervorhob, dekontextualisierte der nationalsozialistische „Illustrierte Beobachter“ das Motiv als reine Elendsdarstellung und retuschierte die Flaggen des politischen Gegners aus dem Bild heraus.<sup>32</sup>

---

30 Siehe Uwe Rada: *Mietenreport. Alltag, Skandale und Widerstand*, Berlin 1991, S.169-182; Stahr, Essen; Pamela E. Swett: *Neighbors and Enemies. The Culture of Radicalism in Berlin, 1929-1933*, Cambridge 2004, S.45f./204: bei diesen drei Autoren wird eine führende Rolle von Mieterinnen bei Mietstreiks betont, was sie im Wesentlichen mit Artikeln der RF über den Streik in der Köpenicker Straße 34/35 belegen. Angesichts der strategischen Erwägungen der KPD bezüglich der Mobilisierung von Frauen in diesen Kämpfen sind jedoch Zweifel an dieser allgemeinen These angebracht. Zudem offenbart die weitgehende Reduzierung der Mieterinnen auf ihre Rolle als Mutter ein wenig emanzipatorisches Frauenbild.

31 Siehe Eve Rosenhaft: *Beating the Fascists? The German Communists and Political Violence, 1929-1933*, Cambridge 1993, S.120f.

32 Siehe Stahr, Essen, S.105-110; zum Verhältnis zwischen NSDAP und Vermietern vor

Fester Bestandteil der Streikforderungen waren Instandsetzungsarbeiten. Die Spanne reichte dabei von kleinteiligen Reparaturen wie der Treppenhausbeleuchtung bis zur völligen Renovierung.<sup>33</sup> Viele der bestreikten Häuser dürften in einem katastrophalen Zustand gewesen sein, da Modernisierungen jahrelang ausgeblieben waren. Über das Haus Weidenweg 12 in Friedrichshain, dessen Mieter eine „völlige Renovierung“ forderten, berichtete ein die Vorgänge untersuchender Polizeibeamter, es mache „einen trostlosen Eindruck. Das Dach ist undicht, so dass es in die Wohnungen regnet. Viele Wohnungen lassen sich nicht mehr verschliessen, da Schlösser und Schlüssel fehlen. [...] [I]m ganzen Haus befinden sich nur 6 Toiletten. Viele Personen verrichten ihre Notdurft in den Wohnungen.“<sup>34</sup> Die Forderung nach der Beseitigung von Mängeln war auch juristisch relevant: Nach dem Mieterschutzgesetz durften Wohnungnehmer bei Vernachlässigung der Instandsetzungsarbeiten durch den Hausbesitzer unter bestimmten Voraussetzungen einen Teil der Miete einbehalten.<sup>35</sup> Die an der Ausarbeitung der Mietergesetze beteiligten, etablierten Verbände lehnten eine solche lose Bezugnahme auf die Aufrechnungsklausel ab. Die genaue Befolgung des Rechtsweges habe sich in Instandsetzungsfragen als „zum Teil recht wirksam“ erwiesen. Kämpferische Mietstreiks seien daher „völlig entbehrlich“ und zudem schädlich für die Belange der Mieterschaft allgemein.<sup>36</sup> Die konsequente Verteidigung einer legalistischen Interessenvertretung der Mieter gehörte zum Selbstverständnis dieser Organisationen. Das nur vage formulierte Insistieren auf der Effizienz dieses Weges offenbart aber auch bei ihnen ein Bewusstsein dafür, dass die Verwehrung der Mietskasernen keineswegs nur früheren Versäumnissen der unorganisierten Mieter geschuldet war.

Nicht der Zustand der Wohnungen, sondern ihr Erhalt für die Mieterinnen und Mieter war Ziel der zweiten standardmäßigen Forderung: die Streichung auch vor dem Streik angehäufter Mietrückstände, die Zurück-

---

1933 siehe: Detlef Lehnert: Kommunale Politik, Parteiensystem und Interessenkonflikte in Berlin und Wien 1919-1932. Wohnungs-, Verkehrs- und Finanzpolitik im Spannungsfeld von städtischer Selbstverwaltung und Verbandseinflüssen, Berlin 1991, S.307f.

33 Siehe RF, 17.1.1933, S.10; 16.10.1932, S.7.

34 Stahr, Essen, S.111 Polizeibericht über den Streik im Haus Weidenweg 12, 17.11.1932, Polizeiwachtmeister Walter, 81. Revier, LAB, A Pr.Br. Rep. 030, Nr. 21726, Bl. 00136.

35 Siehe Reichsgesetzblatt (RGBl) I 1928, S.32 (§ 28), 38 (§ 52e, Abs. 2); RGBl I 1931, S.708f. (Art. 2, Abs. 4).

36 Helfen uns Mieterstreiks?, in: Allgemeine Deutsche Mieter-Zeitung, 24 (1932), S.1f, hier S.1.

nahme laufender Räumungsklagen und der Verzicht auf bereits gerichtlich angeordnete Exmissionen.<sup>37</sup> Diese kollektive Strategie, Wohnungsverlust zu verhindern, unterschied sich deutlich von den reinen Exmissionsprotesten. Mit dem Entzug des Vermietereinkommens wollte man ökonomischen Druck ausüben. Zudem war sie auch präventiv angelegt. Die akut bedrohten Mieter sollten durch die Streiks geschützt, gleichzeitig das Abrutschen anderer in deren prekäre Situation verhindert werden. Diese Perspektive dürfte ausschlaggebend für den Streikeintritt vieler Häuser gewesen sein, in welchen bei einer Reihe von Haushalten mit dem Erfolg einer Räumungsklage zu rechnen war. Von seinem Ortstermin im bereits erwähnten Haus Weidenweg 12 berichtete der Polizeibeamte, dort stünden zum Monatsende fünf Räumungen an. „Bemerkt wird noch, dass verschiedene arbeitslose Mieter über ½ Jahr mit Miete im Rückstand sind und vorläufig die Rückstände natürlich nicht bezahlen können.“<sup>38</sup>

Mittel- und langfristig war ein Schuldenerlass durch den Vermieter jedoch nur sinnvoll, wenn zukünftig die Miete auch ohne Inkaufnahme von Unterernährung bezahlbar war. Kernforderung aller Mietstreiks war daher die Reduzierung der Miete, in der Regel lagen die Forderungen zwischen 25 und 40 Prozent.<sup>39</sup> Die Streikenden gingen demnach in ihrer Mehrheit deutlich über die von der KPD angemahnte, vermeintlich konsenstaugliche, Mietsenkung um zehn Prozent hinaus. Darin dürfte ein Indiz für die Eigenständigkeit der Mieterkämpfe in den einzelnen Häusern zu sehen sein: Die Bewohnerinnen und Bewohner handelten auch gegenüber der sie unterstützenden KPD ‚eigensinnig‘, indem sie ihre eigenen Bedürfnisse über deren mobilisierungsstrategisches Kalkül stellten.

Angesichts der überwiegend von propagandistischen partei- beziehungsweise stramm antikommunistischen Quellen dominierten Überlieferung ist eine klare Entscheidung über dieses Verhältnis nicht möglich. Ob als Ausweis der eigenen Stärke oder der Gefahr von Mietstreiks, beide Seiten werden den Einfluss der KPD tendenziell übertrieben haben. Von den Aktivisten selbst verfasste Quellen sind kaum verfügbar. Zwei beschlagnahmte Flugblätter mögen jedoch einen Eindruck von den Basisstrukturen der Streiks vermitteln. In dem einen wird zu einer Veranstaltung mit dem KPD-Stadtverordneten Grünbeck eingeladen, in dem anderen zum gemeinsamen Kampf „mit der kommunistischen Partei gegen Mietwucher, Exmittierungen und faschistische Hauswirte“ Das eher pri-

---

37 Siehe RF, 19.10.1932, S.4; 27.10.1932, S.4.

38 Polizeibericht Weidenweg 12.

39 Siehe RF, 16.10.1932, S.8; 27.10.1932, S.4; 18.11.1932, S.4; 6.1.1933, S.4.

mitive Layout – eine Mischung aus Schreibmaschinen- und Handschrift – und die zahlreichen Rechtschreib- und Tippfehler sprechen jedoch nicht dafür, dass hier in Öffentlichkeitsarbeit geschulte Parteikader am Werk waren. Die Suche nach den Urhebern wurde von der Polizei jeweils erfolglos eingestellt.<sup>40</sup> Richtet man den Blick von der unbestritten großen Bedeutung der KPD für berlinweite Organisation und reichsweite Publizität auf die Ebene der bestreikten Häuser, so verdichten die Flugblätter folgenden Eindruck: Gerade die Aktivsten standen der KPD zumindest nahe, viele werden auch Parteimitglieder gewesen sein. Da jedoch ohne den Rückhalt eines großen Teils der Hausgemeinschaft keine überzeugende Streikfront gebildet werden konnte, war ein gewisser Grad an Selbstorganisation notwendig. Daraus resultierte eine Stärkung originärer Mieterinteressen gegenüber den Direktiven der Parteiführung. Die von Pamela E. Swett vorgenommene strenge Scheidung von „functionaries“ und „residents“ vor Ort geht dagegen fehl. Die Strukturen der KPD wurden in den Arbeitervierteln von Bewohnerinnen und Bewohnern getragen, die in den Häusern nicht nur Funktionäre, sondern auch Nachbarn waren.<sup>41</sup>

Eine eingehende Auseinandersetzung mit den Rechtsgrundlagen der Mieterkämpfe in der Zeitschrift „Grundeigentum“ kam zu einem ambivalenten Ergebnis: Der Autor des Artikels zählte eine ganze Reihe von Straftatbeständen auf, gegen die im Rahmen von Mietstreiks Verstöße möglich wären. Allerdings treffe dies nur auf einzelne Kampfmaßnahmen zu, der Mietstreik selbst sei durch den Vereinigungsfreiheit garantierenden Verfassungsparagraphen 159 als Wirtschaftskampf erlaubt. Er forderte daher eine Notverordnung, um die Vermieterinnen und Vermieter vor Streiks zu schützen.<sup>42</sup> Dieser Interpretation wird zwar schon in der folgenden Ausgabe widersprochen; doch sie beweist eine gewisse juristische Kontingenz bezüglich der Mietstreiks noch Ende des Jahres 1932. Stahr liegt daher falsch, wenn er die Beteiligung daran als eine Art Kamikaze-Aktion der Verzweiflung darstellt: „Denn wer die Miete verweigerte, dem drohte die prompte Zwangsräumung.“<sup>43</sup> Die Hauswirte reagierten mit der Beantragung einstweiliger Verfügungen bei den Amtsgerichten, die sich – soweit in den Quellen überliefert – gegen die Mieterräte richteten. Die Kläger beriefen sich dem-

---

40 220 Mieter streiken in der Liegnitzerstr., 6.10.1932 bei der Polizei eingegangen, LAB, A Rep. 358-01, Nr. 1335, o. Bl.; Hauswirt schießt auf Mieter, Übersendungsschreiben datiert 1.11.1932, LAB, A Rep. 358-01, Nr. 1358, o. Bl.

41 Siehe Swett, Neighbors, S.46.

42 Siehe Plumeyer, Rechtsfragen.

43 Stahr, Essen, S.114.

nach auf Straftatbestände beim Aufruf zum Streik: Als Aufforderung zur Einbehaltung der Miete verstoße dieser gegen das Mietrecht. Harte Strafen drohten zudem bei Verletzungen des durch Notverordnungen verschärften Presse- und Versammlungsrechts.<sup>44</sup> Strafbefehle ergingen offenbar jedoch nicht einmal gegen die als Verantwortliche ausgemachten Mieterräte. Ein im „Grundeigentum“ positiv besprochener Rechtsstreit endete mit einem Vergleich, nachdem diese Unterlassungserklärungen unterschrieben hatten.<sup>45</sup> Die RF berichtete zudem von einer Entscheidung, wonach selbst nach Erlass einstweiliger Verfügungen der Streik aufrechterhalten werden konnte. Entscheidend sei, ob die Streikenden freiwillig die Miete zurückhielten, wovon das Gericht sich in diesem Fall überzeugt hatte.<sup>46</sup>

Die generelle Rechtmäßigkeit von Mietstreiks war juristisch umstritten, scheint jedoch von den Amtsgerichten nicht verneint worden zu sein. Bei der Vorbereitung und Durchführung waren die Streikenden aber in ein enges Korsett gezwängt, um nicht den Boden der Legalität zu verlassen. Die persönlich eingegangenen Risiken waren begrenzt. Strafbefehle sind nicht überliefert, und viele Teilnehmer dürften ohnehin größere Mietrückstände aufgewiesen haben, als für eine erfolgreiche Räumungsklage notwendig war. Da die Streiks also nicht in allen Fällen auf dem Rechtsweg zu unterbinden waren, zeigten offenbar einige Hauswirte Kompromissbereitschaft. Informationen darüber finden sich bis auf Ausnahmen nur in der RF, weshalb hier eine gewisse Skepsis angebracht ist. Die Vermieter stimmten den Berichten zufolge selten weitgehenden Forderungen zu, meist stellten sie Reparaturen und die Kürzung der Miete um bis zu zehn Prozent in Aussicht; nicht näher spezifizierte Erfolge dürften günstigstenfalls diese Marke erreicht haben.<sup>47</sup> Mit einigen Streiks konnten die Mieter jedoch substanzielle Erleichterungen erreichen: Mietensenkungen von 30 bis 40 Prozent, die Niederschlagung der Schulden sowie Renovierungszusagen müssen die Renditen der betreffenden Hausbesitzer beträchtlich geschmälert haben.<sup>48</sup>

---

44 Siehe RF, 18.12.1932, S.27; siehe auch zwei zum Streik aufrufende Schriften, die allerdings nur wegen Verstößen gegen das Presserecht untersucht wurden: [Flugblatt] Achtung! An alle werktätigen Mieter der Ziethenstraße, am 07.10.1932 an die Kriminalpolizei übersandt, LAB, A Rep. 358, Nr. 1650, o. Bl.; [Zellenzeitung] Rotes Tempo, Nr. 1, Sept. 1932, LAB, A Rep. 358, Nr. 1494, o. Bl.

45 Der „Zentrale Mieterausschuß Groß-Berlin“ kneift..., in: GE, 49 (1932), S.1124.

46 Siehe RF, 6.1.1933, S.4.

47 Siehe RF, 15.11.1932, S.6; 23.11.1932, S.9; 28.12.1932, S.3; 1.1.1933, S.5.

48 Siehe RF, 19.10.1932, S.4; 20.12.1932, S.10; 28.12.1932, S.3; 1.1.1933, S.5.

Das Ende dieser partiellen Erfolgsgeschichte besiegelte nicht erst die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten, sondern eine Entscheidung des Landgerichts I vom 7. Januar 1933: Die Mieterinnen und Mieter der Friedrichshainer Paul-Singer-Straße 55 könnten sich bei ihrem Zahlungsausstand nicht auf die Vereinigungsfreiheit berufen, es handle sich nur „im bildlichen übertragenen Sinne“ um einen Streik. Der Verfassungsparagraph 159 beschränke sich auf Arbeitsverhältnisse, „denn während die Arbeitnehmer ihre weitere Arbeit einstellen, nunmehr aber auch kein Entgelt mehr erhalten, bleiben die Mieter nach wie vor im Besitz der Mietsache, während sie die Zahlung der Mieten einstellen wollen“. Das gesetzliche Zurückbehaltungsrecht wegen nicht behobener Mängel könne jeder Mieter nur individuell geltend machen. Keinesfalls erstrecke sich dies jedoch auf die gesamte Miete, denn der Vermieter habe seine vertraglichen Pflichten „im wesentlichen erfüllt“, indem er die Räume zur Verfügung stellte. Für die Forderung nach einer generellen Mietsenkung gebe es keinerlei Rechtsgrundlage, gleiches gelte für die Niederschlagung der Schulden. Auch stünden die Mieteräte wegen ihrer antagonistischen Ausrichtung nicht im Einklang mit der gesetzlichen Mietervertretung: „Es ist sittenwidrig, ein solches Amt zu führen zu dem Zweck, vom Vermieter vertragswidrige Vorteile durch ein kollektives Vorgehen zu erzwingen. Damit aber sind die Voraussetzungen des § 826 BGB. erfüllt“.<sup>49</sup>

Das Gericht entschied in diesem Fall ausschließlich über die Bestätigung von einstweiligen Verfügungen gegen die Räte. Es ist also unklar, ob diese noch eine Schadensersatzklage gewärtigen mussten. Für die Erfolgsaussichten von Mietstreiks war dieses Urteil allerdings desaströs. Da den Streiks der Charakter eines Wirtschaftskampfes abgesprochen wurde, versagte das Gericht den Mietern die Aufstellung kollektiver Forderungen. Zudem wurde ihnen de facto verboten, durch die Wahl von Vertretern aus ihrer Mitte eine funktionierende Organisationsstruktur zu schaffen. Ob die Entscheidung des Landgerichts fortan von den Amtsgerichten als Präzedenzfall angesehen wurde, muss offen bleiben. Die „Rote Fahne“ berichtete noch bis Ende Januar 1933 über Mietstreiks, Erfolge waren im neuen Jahr aber nicht mehr zu verzeichnen. Unabhängig vom tatsächlichen Mustercharakter des genannten Urteils scheinen die Hausbesitzer ihre Erfolgschancen auf dem Rechtsweg als ausreichend angesehen zu haben, sich nicht mehr auf Kompromisse mit den Streikenden einzulassen zu müssen.

---

49 „Mietestreik.“, in: Blätter für Rechtspflege im Bezirk des Kammergerichts, 2 (1933), S.15-18.

---

*Resümee*

Am 5. Februar 1933 fand in Kliems Festsälen der „Groß-Berliner Mieterkongreß“ statt. Zwar wurde dort eine Verschlechterung der Lage für Mieter unter den nun regierenden Nationalsozialisten prognostiziert. Davon abgesehen aber wiederholten sich altbekannte Parolen und Forderungen, auch zum Mietstreik wurde weiterhin aufgerufen.<sup>50</sup> Die Berliner Mieterbewegung der Weltwirtschaftskrise war damit von jener Hilflosigkeit geprägt, die angesichts ihrer bevorstehenden Zerschlagung durch die Nationalsozialisten die deutsche Arbeiterbewegung insgesamt erfasst hatte – und sie war ebenso gescheitert. Auch diese maßgeblich ‚von unten‘ getragene, an konkrete Bedürfnisse und den Eigensinn der verelendeten Bevölkerung appellierende Kampagne hatte keine wirklich breite Unterstützung oder gravierende Verbesserungen erreichen können.

Die katastrophalen Auswirkungen der Deflationspolitik wurden in der Mieterbewegung anhand der Grundbedürfnisse Ernährung und Wohnen griffig zugespitzt – und strafrechtlich kaum zu fassende Strategien für Protest und Selbsthilfe dagegen aufgezeigt. Doch die als Aufforderung zur Selbstermächtigung mutmaßlich Bert Brechts populärer „Dreigroschenoper“ (1928 uraufgeführt) entlehnte Parole „Erst das Essen, dann die Miete!“ verpuffte weitgehend im resignativen Klima der Großen Depression. Außer an den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen scheiterten die Mietstreikenden und Exmissionsverhinderer aber auch an den gewählten Kampfformen – weshalb Philipp Reicks Einordnung der Berliner Bewegung als erfolgreiches Beispiel der „Poor People’s Movements“ in Teilen unscharf ist und seine These einer Relativierung bedarf. Reick zufolge könnten „die Erwerbslosenproteste Berlins und New Yorks während der frühen 1930er-Jahre zeigen, dass sich Widerstand dann erfolgreich durchsetzen ließ, wenn er als unmittelbare oder flankierende Aktion die niederen städtischen Verwaltungsbehörden oder lokalen Volksvertretungen adressierte.“<sup>51</sup> Erstens handelte es sich bei den Mietstreiks aber – zumindest in Berliner Altbauten – nur in den erwähnten Ausnahmefällen um eine Auseinandersetzung mit städtischen und politischen Akteuren. Das Gros der Mieter hatte im privaten Hausbesitz einen Gegner, für

---

50 Betr.: Groß-Berliner Mieterkongreß am 5.2.1933, Regierungsassessor Förster, 17.2.1933, LAB, A Pr.Br. Rep. 030, Nr. 21726, Bl. 00144-00147.

51 Philipp Reick: A Poor People’s Movement? Erwerbslosenproteste in Berlin und New York in den frühen 1930er-Jahren, in: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 2015/I, S.20-36, hier S.36.

den Reicks zuzustimmenden Annahmen über die Position und Spielräume lokaler Verwaltung und Politik nicht zutrafen. Zweitens musste festgestellt werden, dass mit der Beeinflussung kleiner Beamter durch Poor People's Movements auch Grenzen des Erfolgs einhergingen. Exmissionsproteste mochten den Gerichtsvollzieher zum Rückzug bewegen; doch über diesen kurzfristigen Triumph hinaus blieben sowohl Wohnsicherheit als auch Lebensbedingungen extrem prekär. Dagegen ist Reicks Skepsis gegenüber den Potenzialen einer Institutionalisierung solcher Bewegungen auch in diesem Fall zutreffend: Angesichts der politischen Heterogenität der Mieterschaft ist es mehr als fraglich, ob eine stärkere Anlehnung an den domestizierten Eigensinn der KPD aussichtsreicher gewesen wäre. Denn außerhalb der ‚roten‘ Mietskasernenviertel Berlins war die Partei von einer Massenbasis oft weit entfernt. Diese jedoch wäre nötig gewesen, um auf politischer Ebene Zugeständnisse zu erzwingen. Das Abebben der Mietstreiks bereits im Januar 1933 verweist auf die ausgeprägte Abhängigkeit der Mieterinnen und Mieter von gesetzlichen Regelungen. Mit dem juristischen Verbot einer kollektiven Interessensvertretung durch das zitierte Urteil des Landgerichts Berlin vom 7. Januar 1933 wurde den Arbeiterinnen und Arbeitern der Import des Streiks als ureigenes ökonomisches Kampfmittel von der Fabrik in die Wohnviertel de facto unmöglich gemacht. Sechs Wochen nach dem ‚Groß-Berliner Mieterkongreß‘ wurde im GE das „Verbot der Mieterstreiks“ verkündet: Da unabhängig vom beteiligten Personenkreis seine Ziele als kommunistisch und staatsgefährdend anzusehen seien, „bietet die Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat eine Handhabe“. Im Streitfall solle man die Polizei rufen, dies „kostet den Hauseigentümer nichts und führt schneller zum Erfolg als der Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung durch das Gericht“.<sup>52</sup> Inwiefern diese Bekanntmachung angesichts der Verfolgung von organisierten Arbeitern und Andersdenkenden noch relevant war, kann auf Basis der hier ausgewerteten Quellen nicht geklärt werden. Spätestens im März 1933 existierten keine rechtlichen Graubereiche mehr für Protest und Selbsthilfe der Mieter.

---

52 Wilhelm Schnitzler: Das Verbot der „Mieterstreiks“, in: GE, 12, 1933, S.295f; siehe auch RGBI I 1933, S.83.

# Trabalho escravo? Ein historischer Vergleich auf globaler Ebene

Julia Harnoncourt

Trabalho escravo - übersetzt: Sklavenarbeit - ist die Bezeichnung eines heute bestehenden Arbeitsverhältnisses in Brasilien. Es kann mit Begriffen wie forced labour oder unfreier Arbeit im internationalen Diskurs verglichen werden. Da keine genaue sozialwissenschaftliche Definition des Begriffes existiert, wird er in diesem Artikel, angelehnt an die brasilianische Gesetzgebung, wie folgt definiert:

Unter trabalho escravo werden alle Arbeitsverhältnisse verstanden, die (a) die Bewegungsfreiheit der ArbeiterInnen nicht gewährleisten, (b) ein Arbeitspensum von ihnen abpressen, welches die Reproduktion der Arbeitskraft nicht erlaubt und/oder (c) die Lebens- oder Arbeitsverhältnisse am Arbeitsplatz solcher Art sind, dass die notwendigen Konditionen für das Überleben der ArbeiterInnen nicht gegeben sind und dieses somit gefährdet ist.

In diesem Artikel wird trabalho escravo, ein Begriff der sich offensichtlich auf die transatlantische Sklaverei bezieht, mit dieser verglichen, um das neuere Arbeitsverhältnis in einen globalen Kontext zu stellen. Der Vergleich erfolgt zum einen auf ökonomischer Ebene, stellt aber auch eine Verbindung zu einem weltweiten rassistischen System in Bezug auf globale Arbeitsverhältnisse her. Dieses Vorgehen verfolgt zwei Ziele: Erstens soll ein Beitrag zu der Diskussion um die Berechtigung des Sklavereibegriffes entstehen, da die Begründungen für oder gegen seine Verwendung vorrangig auf das Verhältnis zwischen UnternehmerIn und ArbeiterIn zurückgreift und über die globale Bedeutung dieser Arbeitsverhältnisse ein neuer Faktor aufgeworfen wird. Zweitens sind die globalen Beziehungen hinsichtlich der über die durch die transatlantische Sklaverei hergestellten Produkte und reproduzierten Machtverhältnisse gut erforscht, sodass durch den Bezug auf sie etwas Struktur in die kaum untersuchten globalen Verhältnisse von trabalho escravo gebracht werden kann. Dabei zeige ich auf, dass es sich bei unfreien Arbeitsverhältnissen nicht nur um marginale, im Untergrund existierende Formen der Arbeit handelt, sondern um ein weltweit und tief verwurzelttes Arbeitsregime innerhalb des Weltwirtschaftssystems.

*Die transatlantische Sklaverei als Vorläuferin*

In sozialwissenschaftlichen Werken über Brasilien wird immer wieder darauf hingewiesen, dass die heutigen ungleichen Verhältnisse, die auf Hautfarbe basieren, die aktuellen Arbeitsbedingungen und das Funktionieren der brasilianischen Gesellschaft in Verbindung zu seiner Geschichte als SklavInnenstaat stehen.<sup>1</sup>

Brasilien hat schließlich die längste Geschichte der transatlantischen Sklaverei; hier wurde als erstes mit der massenhaften Einfuhr afrikanischer SklavInnen begonnen<sup>2</sup> und die Sklaverei zuletzt beendet (Lei Áurea, 1888).<sup>3</sup> Innerhalb des gesellschaftlichen Systems war sie so stark verankert, dass zum Beispiel Jürgen Osterhammel von einer Sklavengesellschaft, im Gegensatz zu einer Gesellschaft mit Sklaven, spricht. Erstere wird dadurch charakterisiert, dass die Sklaverei das wichtigste Produktionsverhältnis darstellt. Die Beziehung zwischen den SklavInnen und ihren BesitzerInnen ist das wichtigste soziale Verhältnis, das auf alle anderen abfärbt, und die Sklavhalter konstituieren die herrschende Klasse. Der Begriff „Gesellschaften mit Sklaven“ beschreibt dahingegen keine spezifische Struktur; er hält lediglich die Existenz von SklavInnen in der jeweiligen Gesellschaft fest.<sup>4</sup>

Das wichtigste Produkt, das nicht nur, aber auch in Brasilien in großem Maße über unfreie Arbeitsverhältnisse produziert wurde, war vom 16. bis zum 18. Jahrhundert der Zucker. Vor der Auslagerung der Zuckerproduktion in die Amerikas, war Zucker in Europa extrem kostspielig, sodass sich ihn selbst Herrschaftshäuser nur selten leisten konnten. Im Zuge des Aufbaus der Zuckerindustrie in der Neuen Welt – Zucker war eines der ersten industriell hergestellten Produkte – verbreitete sich der Zuckerkonsum in Europa kontinuierlich; vorerst in Haushalten von Adelligen und reichen Bürgen. Im 18. Jahrhundert wurde Zucker immer günstiger und konn-

---

1 Siehe Nilma Bentes: *Negritando*, Belém 1993, S.29.

2 Wann genau ist nicht ganz klar, doch die meisten Autoren halten die erste Einfuhr afrikanischer Sklaven nach Brasilien schon in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts fest. Die massenhafte Einfuhr wird allerdings erst mit der ansteigenden Nachfrage nach Zucker angesetzt. Siehe ebenda, S.32.

3 Siehe Claus Füllberg-Stolberg: *Transatlantischer Sklavenhandel und Sklaverei in den Amerikas*, in: Ulrike Schmieder/Hans-Heinrich Nolte (Hrsg.): *Atlantik. Sozial- und Kulturgeschichte der Neuzeit*, Wien 2010, S.86-115, hier S.113.

4 Jürgen Osterhammel: *Sklaverei und die Zivilisation des Westens*, München 2000, S.26-28.

te somit von immer größeren Bevölkerungsschichten konsumiert werden, bis er ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts alltäglich wurde. Der Vollständigkeit halber soll hier noch darauf hingewiesen werden, dass die Popularisierung des Zuckers die gesamte europäische Geschmackskultur beeinflusste.<sup>5</sup>

Für Brasilien bedeutete die Zuckerproduktion nicht nur die extrem anwachsende Nachfrage nach Arbeitskräften für die Plantagen,<sup>6</sup> sondern auch eine starke Einbindung in den Weltmarkt, da der Zucker in Brasilien hauptsächlich für den Export nach Europa produziert wurde. Dieser massiven Nachfrage wurde mit Unmengen an Sklavenarbeit nachgekommen. Nach dem Zucker wurde Kaffee zum wichtigsten Exportprodukt Brasiliens. Auch hier wurde die Nachfrage durch den Einsatz massenhaft unfreier Arbeitskraft beantwortet.<sup>7</sup>

Die Produktion von Zucker und Kaffee stellen perfekte Beispiele des Dreieckshandels und somit auch der globalen wirtschaftlichen Verbindungen dar. Sklaven aus Afrika stellten die Arbeitskraft, der Boden wurde in den amerikanischen Kolonien ausgenutzt, und in den meisten Fällen wurde der Zucker vorerst in Europa raffiniert. Dieser stark anwachsende, globale Handel hatte je nach historischer Periode und geografischer Verortung entweder für Firmen, Einzelpersonen oder Staaten die Akkumulation von Kapital zum Ziel. Die Produktion innerhalb Brasiliens war praktisch auf die Nachfrage des Weltmarktes, die zu diesem Zeitpunkt vor allem von Europa dominiert wurde, ausgerichtet. Auch der Beginn der modernen Geschichte der globalen Arbeitsteilung kann hier angesetzt werden.<sup>8</sup>

Warum es überhaupt möglich war, dass Menschen so behandelt wurden, wie es Sklavinnen und Sklaven erleiden mussten, ist mit rassistischen Legitimationstheorien zu erklären, aber vor allem mit den Ersparnissen

---

5 Siehe Christoph Maria Merki: Zucker, in: Thomas Hengartner/Ders. (Hrsg.): Genussmittel. Ein kulturgeschichtliches Handbuch, Frankfurt/Main-New York 1999, S.231-256.

6 Siehe Thomas E. Skidmore: Brazil. Five Centuries of Change, New York-Oxford 2010, S.20.

7 Siehe Gerhard Pfeisinger: Der Kaiser von Brasilien und King Cotton. Die Sklavensysteme Brasiliens und der Südstaaten der USA im 19. Jahrhundert, in: Friedrich Edelmayr (Hrsg.): Die vielen Amerikas. Die Neue Welt zwischen 1800 und 1930, Frankfurt/Main-Wien 2000, S.107-126.

8 Siehe Bentes, Negritando, S.31; Claus Füllberg-Stolberg: Arbeitsorganisation und Kapitalakkumulation, in: Andrea Komlosy u. a. (Hrsg.): Ungeregelt und unbezahlt. Der informelle Sektor in der Weltwirtschaft, Frankfurt/Main 1997, S.45-62, hier S.53.

bei den Produktionskosten, die hinter der Nutzung unfreier Arbeitskraft standen. Schließlich wurden, trotz des hohen Erstaufwandes, der Atlantiküberfahrt und dem aus Sicht der UnternehmerInnen relativ hohen Einkaufspreis, mit der Abpressung der Arbeitskraft dieser ArbeiterInnen extrem hohe Gewinne erzielt. Doch nicht nur die Produktion von Primärgütern lohnte sich, auch am Sklavenhandel konnten Einzelpersonen und Unternehmen viel verdienen.<sup>9</sup> Die Gründe für Sklavenarbeit sind also mit einer kapitalistischen Kosten-Nutzen-Logik zu erklären, was auch bedeutet, dass die Sklaverei nicht im Gegensatz zum Kapitalismus steht.<sup>10</sup> Schließlich bestätigt die neuere Sklavereiforschung, dass durch das System der Plantage, die hohen Gewinne, die erzielt wurden und das neue Ausmaß des globalen Handels mit Amerika als Experimentierfeld, nicht nur die Entwicklung des Kapitalismus, sondern auch die Industrialisierung Europas vorangetrieben wurde.<sup>11</sup> Dieser Umstand ermöglicht es, die transatlantische Sklaverei als Vorläuferin heutiger unfreier Arbeitsverhältnisse zu kategorisieren.<sup>12</sup>

Bei *trabalho escravo* oder anderen zeitgenössischen, weltweit verbreiteten, unfreien Arbeitsverhältnissen handelt es sich nicht um dasselbe System der globalen Arbeitsteilung, da sich der Kapitalismus weiterentwickelte, womit sich auch die Produktionsformen veränderten. Diese beiden Systeme unfreier Arbeit lassen sich, aufgrund ihrer Ähnlichkeiten, trotzdem gut vergleichen. So sind zum Beispiel in beiden Systemen der Großteil der Waren Primärprodukte, die als *cash crops* produziert werden.<sup>13</sup>

Einer der wichtigsten Unterschiede ist der Umgang mit unfreien Arbeitsverhältnissen in der Öffentlichkeit, denn es handelt sich bei der heute existierenden unfreien Arbeit um ein gesellschaftlich nicht anerkanntes und somit unsichtbares System. Es kann von einer Art Subsystem gesprochen werden, das große Teile der landwirtschaftlichen Produktion kennzeichnet,

---

9 Siehe Amadou Lamine Sarr: Sklaverei und Sklavenhandel aus afrikanischer Sicht, in: Walter Sauer (Hrsg.): *Vom Paradies zum Krisenkontinent. Afrika, Österreich und Europa in der Neuzeit*, Wien 2010, S.15-30, hier S.19.

10 Siehe Jochen Meissner/Ulrich Mücke/Klaus Weber: *Schwarzes Amerika. Eine Geschichte der Sklaverei*, München 2008, S.31.

11 Siehe Franz Delapina: Die Erschließung der Peripherie. Zur Geschichte informeller Arbeitsverhältnisse in der außereuropäischen Welt, in: Komlosy u. a. (Hrsg.): *Ungeregelt*, S.29-44, hier S.36; Füllberg-Stolberg, *Arbeitsorganisation*, S.49.

12 Siehe Meissner/Mücke/Weber, *Amerika*, S.13.

13 Siehe José Luis Cortés López: *Esclavo y Colono. Introducción y sociología de los afroafricanos en la América Espanola del siglo XVI*, Salamanca 2004, S.203f.

wobei Machterhalt und -reproduktion auf unterschiedlichen Gewaltpraktiken basieren (z. B. physischer Gewalt oder Drohungen). Es beschränkt sich nicht nur auf *trabalho escravo*, sondern betrifft auch die Frage des Zugangs zu landwirtschaftlicher Nutzung und dessen asymmetrische Besitzverhältnisse, sowie die politische Machtsicherung in großen Teilen des ländlichen Brasiliens.<sup>14</sup> Nicht in der Produktion tätige Personen müssen von der Existenz dieses Subsystems nicht unbedingt etwas mitbekommen, doch ab und zu schimmern dessen Auswirkungen unweigerlich durch, wenn zum Beispiel Attentate an politisch aktiven ArbeiterInnen medial nicht mehr ignoriert werden können.<sup>15</sup> Dass unfreie Arbeitsverhältnisse heute illegal und nicht wie die (post)koloniale Sklaverei institutionalisiert sind, bedeutet für die UnternehmerInnen nicht nur einen Nachteil, denn diese finden Wege, sich über Gesetze hinwegzusetzen<sup>16</sup> und sich somit ein flexibleres System zu schaffen.<sup>17</sup> Flexibilität wird schließlich vom heutigen Kapitalismus verlangt, da durch den Konkurrenzkampf am Markt eine schnelle Anpassung an das sich ständig wandelnde System extrem wichtig ist.<sup>18</sup>

Die steigende Flexibilität wird auch an anderen Unterschieden dieser beiden Arbeitsverhältnisse sichtbar. Für *trabalho escravo* werden die ArbeiterInnen, im Gegensatz zur Sklaverei, nicht gekauft. Das bedeutet, der anfängliche Kapitalaufwand ist nicht notwendig, und somit müssen die unfreien ArbeiterInnen ihren Kaufpreis auch nicht amortisieren. Existiert eine ausreichend große industrielle Reservearmee, muss das Unternehmen sich nicht um die Reproduktion und das Überleben der Arbeitskraft sorgen, auch bei Altersschwäche, Krankheit oder Ähnlichem nicht. Denn die ArbeiterInnen, die als *trabalhadores escravos* arbeiten, sind leicht austauschbar, was die Flexibilität des Systems massiv verstärkt.<sup>19</sup>

---

14 Siehe Daniel C. Nepstad/Claudia M. Stickler/Oriana T. Stickler: Globalization of the Amazon Soy and Beef Industries: Opportunities for Conservation, in: *Conservation Biology*, 2006, H. 20 (6), S.1595-1603, hier S.1599.

15 Siehe César Barreira: Crônica de um massacre anunciado: Eldorado dos Carajás, in: *São Paulo em Perspectiva* 1999, H. 13 (4), S.136-143.

16 Denn selbst für die zuvor erwähnten und andere Attentate wird oft niemand belangt. Siehe z. B.: Le Breton, Binka: *Vidas roubadas. A escravidão moderna na Amazônia Brasileira*, São Paulo 2012, S.137.

17 Siehe Diego Coletto: *The Informal Economy and Employment in Brazil. Latin America, Modernization, and Social Changes*, New York 2010, S.11.

18 Siehe Edward J. Amadeo/Valeria Pero: Adjustment, stabilisation and the structure of employment in Brazil, hrsg. von der International Labour Organization 1997 (employment and training papers, 4), S.2.

19 Siehe Patrícia Trindade Maranhão Costa: *Combatendo o trabalho escravo contemporâ-*

Ein wichtiger Unterschied liegt auch im Umfang der Zwangsmigration, die eine Voraussetzung der transatlantischen Sklaverei war und in dem neuen System nicht zwangsläufig enthalten ist. Die Migration geschieht, oberflächlich gesehen, meist freiwillig.<sup>20</sup> ArbeiterInnen gehen zum Beispiel aufgrund vorgetäuschter Umstände, Anzahlungen an die Familie oder aus existenzieller Not mit den Zwischenhändlern mit. Andere reisen auf eigene Faust, in der Hoffnung anderswo Arbeit zu bekommen.<sup>21</sup>

Die von der ILO geschätzten Zahlen der heutigen weltweiten Zwangsarbeit entsprechen ungefähr denen der Sklaverei. Allerdings stehen diese Schätzungen und auch der Vergleich der Zahlen auf sehr unsicheren Beinen.<sup>22</sup> Es kann aber davon ausgegangen werden, dass ein beträchtlicher Teil der weltweiten Kapitalakkumulation auf unfreier Arbeit beruht und global gesehen fast alle Produkte auf dem Markt mit dieser zusammenhängen.<sup>23</sup> Daraus kann geschlossen werden, dass diese Arbeitsverhält-

---

neo. O exemplo do Brasil, hrsg. von der Escritório da OIT no Brasil, Brasília 2010; Claude Meillassoux: *Anthropologie der Sklaverei*, Frankfurt/Main-New York 1989.

20 Es übersteigt die Möglichkeiten eines solchen Aufsatzes, die Frage nach der realen Freiwilligkeit zu beantworten, da dafür eine Auseinandersetzung mit der Definition des Begriffes „Zwang“ nötig wäre. Doch zwischen der Migration der transatlantischen Sklaverei und des *trabalho escravo* besteht „qualitativ“ ein eindeutiger Unterschied in ihrer Zwanghaftigkeit.

21 Siehe Ricardo Rezende Figueira: *Pisando fora da própria sombra. A escravidão por dívida no Brasil contemporâneo*, Rio de Janeiro 2004, S.115, 117f.

22 Ca. zwölf Mio. Menschen wurden von Afrika in die Amerikas verschleppt. In diese Schätzung wurden allerdings alle anderen Sklaven dieser Zeit nicht mit einbezogen, selbst die nicht, die in den Amerikas geboren wurden (Meissner/Mücke/Weber, *Amerika*, S.9). Die heutige Zwangsarbeit soll zwischen zwölf und 20 Mio. Menschen betreffen, doch ist unklar, wie der Begriff genau definiert wird, und aufgrund der Illegalität können kaum reale Anhaltspunkte gefunden werden. Auch die Vergleichbarkeit der Zahlen an sich ist schon fraglich. Für Brasilien z.B. werden 25.000 Personen in *trabalho escravo* geschätzt (siehe Lisa Carstensen: *Trabalho Forçado e Tráfico de Pessoas. Uma Análise do Discurso em Instituições e Organizações Internacionais e Brasileiras*, in: *Brasília. Journal of Brazilian Studies*, 2013, H 2 [2], S.3-31, hier S.3). In einem Interview wurde mir allerdings gestanden, dass diese Zahl reine Erfindung ist. (siehe Julia Harnoncourt: *O trabalho escravo em Brasil e em Pará. Interview mit Xavier Plassat, dem Koordinator der Kampagne „Prevenção e Combate ao Trabalho Escravo da CPI“ vom 26.11.2014, Araguaínas. mp3*) Insofern halte ich diese Zahlen, nicht nur aufgrund der schwierigen Voraussetzungen, für extrem unsicher.

23 Bezüglich der industriellen Produktion werden hier vor allem Vorarbeiten für die verwendeten Rohstoffe gemeint. Zum Beispiel die Zwangsarbeit beim Abholzen der Bäume und der Herstellung der Holzkohle für die Gewinnung von Eisen, welches dann z.B. für die Automobilindustrie exportiert wird. (siehe Maranhão Costa, *Combatendo o trabalho,*

nisse einen Teil des Kapitalismus darstellen und nicht mit seiner Norm brechen.<sup>24</sup>

Modellhaft gesehen, handelt es sich um eine neue globale, postkoloniale Arbeitsteilung. Während im Dreieckshandel Menschen aus Afrika in ein anderes Land, meist in die Amerikas, zwangsmigriert wurden, um dort den Boden auszubeuten und Gewinne für Europa zu erwirtschaften, änderte sich durch die Inbesitznahme der afrikanischen Kolonien das System. Die koloniale Inbesitznahme dieser Länder wurde unter anderem durch den Vorwand des Kampfes gegen die afrikanische Sklaverei legitimiert. In Wahrheit aber stellte Zwangsarbeit einen wichtigen Faktor in den Kolonien dar. Arbeitskraft und Boden wurden nun an denselben Orten ausgenutzt und die Gewinne in den „Mutterländern“ eingeschlagen. Das heutige System hat hier seine Wurzeln. Auch heute noch wird in unfreien Verhältnissen vor allem die Arbeitskraft von Menschen in den ehemaligen Kolonien ausgebeutet, diesmal ist aber die Örtlichkeit der Nutzung nicht klar festzustellen, doch findet diese tendenziell eher in den wirtschaftlichen Peripherien statt. In den Zentren wird in unfreien Verhältnissen hauptsächlich die Arbeitskraft von MigrantInnen benutzt.<sup>25</sup> Die Gewinne werden von Firmen angehäuft, die grob ausgedrückt in den wirtschaftlichen Zentren lokalisiert sind, wobei die Frage nach der örtlichen Verankerung der Unternehmen heute in vielen Fällen schwieriger zu beantworten ist.

Dieses System kann auch so beschrieben werden, dass in einigen Teilen der Welt ein hohes Maß an Kaufkraft gegeben ist, während die billige und unfreie Arbeitskraft in anderen Räumen abgepresst wird. Somit kann trotz der Existenz von Menschen, die von einem Minimum überleben, durch die Existenz von Personen, die ein mittleres bis hohes Einkommen haben, Kapital akkumuliert und immer weiter gesteigert werden.<sup>26</sup> Dabei wird nicht nur die geografische, sondern auch die soziale Räumlichkeit mit einbezogen. So gibt es zum Beispiel oft innerhalb eines Unternehmens ein

---

S.75f.) Auch die schon erwähnte Ethanolproduktion stellt ein Beispiel für die Einbindung von unfreier Arbeit in die industrielle Produktion dar.

24 Siehe Delapina, Erschließung, S.43.

25 Siehe Linda McDowell: Life without Father and Ford: The New Gender Order of Post-Fordism, in: Transactions of the Institute of British Geographers, New Series 1991, H. 16 (4), S.400-419, hier S.417.

26 Siehe Tom Brass: Introduction. Free and Unfree Labour. The Debate Continues, in: Ders./Marcel van der Linden (Hrsg.): Free and unfree labour. The Debate Continues, Bern-Wien 1997, S.11-42, hier S.29.

paar relativ angemessen bezahlte, sichere Jobs, während der Großteil der Arbeit von nicht regulären, unterbezahlten und oft auch unfreien ArbeiterInnen ausgeführt wird.<sup>27</sup>

Wie schon erwähnt, ist der Grund für unfreie Arbeitsverhältnisse die Kapitalakkumulation.<sup>28</sup> Unfreie Arbeit ist billiger als freie. Zudem wird durch diese Form der Disziplinierung die Arbeitskraft „freier“ ArbeiterInnen günstiger, da auch diese eingeschüchtert werden. Es werden verschiedene Kategorien unter den ArbeiterInnen geschaffen und so durch das Prinzip des „divide et impera“ Streiks und ähnliche Aktionen erschwert. Durch das Einführen unfreier ArbeiterInnen von außen – auch die *trabalhadores escravos* in Brasilien werden importiert, da diese meist aus anderen Bundesstaaten stammen – wird auch die ansässige Arbeitskraft verbilligt, da die Gesamtzahl der ArbeiterInnen, auf die zugegriffen werden kann, vergrößert wird.<sup>29</sup>

Auf der globalen Ebene, im Sinne der Beziehungen zwischen unterschiedlichen geografischen Regionen, ist zu beobachten, dass wirtschaftlich schwächere und im Aufsteigen begriffene Staaten, unter die auch Brasilien fällt, eine Art Konkurrenzkampf um möglichst niedrige Kosten für Arbeitskräfte, die sie dem internationalen Kapital liefern, führen. ArbeiterInnenkämpfe werden dabei von den einzelnen Staaten oft aktiv unterdrückt.<sup>30</sup>

Für den wirtschaftlichen Aufstieg gibt es schließlich verschiedene Strategien: die spezifische Ausbildung von Arbeitskräften, der Einsatz und die Entwicklung von neuer Technologie und die Verbilligung der Arbeitskräfte. Diese Strategien können auch kombiniert werden, was zum Beispiel an den BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika), die noch bis vor kurzem als die aufsteigenden Länder schlechthin galten, be-

27 Siehe José Ricardo Ramalho: *Labor, Restructuring of Production and Development. A Point of View from Latin America*, in: *The Eucomenical Review*, 1996, H. 48 (3), S.369-378, hier S.374.

28 Siehe Tom Brass: *Labor Regime Change in the Twenty-First Century. Unfreedom, Capitalism and Primitive Accumulation*, Chicago 2013, S.82.

29 Siehe Ders.: *Some Observations on Unfree Labour, Capitalist Restructuring, and De-proletarianization*, in: Ders./van der Linden (Hrsg.), *Free and unfree labour*, S.57-75, hier S.71; Neide Estreici: *Escravos da desigualdade. Um estudo sobre o uso repressivo da força de trabalho hoje*, Rio de Janeiro 2008, S.11.

30 Siehe Ders., *Introduction*, S.30; Peter Worsley: *Drei Welten oder eine? Eine Kritik der Weltssystemtheorie*, in: Jochen Blaschke (Hrsg.): *Perspektiven des Weltsystems. Materialien zu Immanuel Wallerstein „Das moderne Weltssystem“*, Frankfurt/Main-New York 1983, S.32-79, hier S.66.

obachtet werden kann. Hier ist vor allem wichtig, dass all diese Länder diverse Methoden und Politiken entwickelten, dem Markt billige Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen.<sup>31</sup>

In Brasilien besteht sogar ein direkter Zusammenhang zwischen der verstärkten Nutzung von *trabalhadores escravos* und einer spezifischen Entwicklungsstrategie. Während der Militärdiktatur (1964-1985) wurde die Entwicklung von Agrikulturunternehmen im Amazonasgebiet, in Zusammenhang mit massivem Landraub und dem darauf folgenden Einsatz unfreier Arbeit, zu dem wichtigsten Entwicklungskonzept, das auf verschiedenen Ebenen – der Ausbeutung, des Status' der verschiedenen Regionen und der entwickelten Legitimationstheorien – in quasi-kolonialer Art funktionierte. Innerhalb dieses Zeitrahmens kann auch der Beginn von *trabalho escravo*, wie er heute in der Landwirtschaft und im Amazonasgebiet funktioniert, angesetzt werden.<sup>32</sup>

Aber nicht nur Regierungen ehemaliger Kolonien bzw. wirtschaftlich schwächerer oder im Aufsteigen begriffener Länder bevorzugten Unternehmen gegenüber ArbeiterInnen, auch internationale Gesetze begünstigen einen solchen Umgang: So werden Besitzrechte international geschützt, während „ökologische, soziale und menschenrechtliche Aspekte im Rahmen internationaler Unternehmenstätigkeit“ freiwillig bleiben und nicht rechtlich bindend sind.<sup>33</sup> Das liegt daran, dass auf dem gesamten globalen Markt, in systemimmanenter Weise, das Kapital und nicht menschliche Bedürfnisse den Vorrang haben.<sup>34</sup>

Ein gutes Beispiel, das wieder einen Bogen zur Sklaverei schlägt, ist der Zuckerrohranbau, der an zweiter Stelle in der Nutzung von *trabalho es-*

---

31 Siehe Alexandre Ardichvili/Elena Zavyalova/Vera Minina: Human Capital Development: comparative analysis of BRICS, in: *European Journal of Training and Development*, 2012, H. 36 (2/3), S.213-233; Abdias do Nascimento/Elsa Larkin Nascimento: Dance of Deception. A Reading of Race Relations in Brazil, in: Charles V. Hamilton u. a. (Hrsg.): *Beyond Racism. Race and Inequality in Brazil, South Africa, and the United States*, Colorado-London 2001, S.105-156, hier S.106; Milo Vandemoortele u. a.: *Building blocks for equitable growth: lessons from the BRICS*. ODI (Working Paper, 365), London 2013.

32 Siehe José Souza de Martins: *A reprodução do capital na frente pioneira e o renascimento da escravidão no Brasil*, in: *Tempo Social*, 1995, H. 6, S.1-25.

33 Karin Fischer/Christian Reiner/Cornelia Staritz: Einleitung. Globale Güterketten, weltweite Arbeitsteilung und ungleiche Entwicklung, in: Dies. (Hrsg.): *Globale Güterketten. Weltweite Arbeitsteilung und ungleiche Entwicklung (Historische Sozialkunde/Internationale Entwicklung, 29)*, Wien 2010, S.7-23, hier S.19f.

34 Siehe Ramalho, *Labour*, S.374.

cravo steht.<sup>35</sup> Bis heute sind hier die Arbeitsverhältnisse außerordentlich hart und bis zum heutigen Tage ist sie in Brasilien besonders wichtig, nur geht es nicht mehr um Zucker als Süßungsmittel, sondern vor allem um die Produktion von Ethanol, mit welchem, außer medizinischen Produkten, hauptsächlich Biokraftstoff hergestellt wird. Brasilien ist neben den USA der wichtigste Hersteller von Biokraftstoff.<sup>36</sup>

Wie letztendlich Staaten reagieren, wenn es um ein wirtschaftlich wichtiges Produkt und die Arbeitsverhältnisse, mit denen es hergestellt wird, geht, zeigt exemplarisch der „Zuckerkompromiss“<sup>37</sup> von 2009, und dies sogar in Zusammenhang mit einer Regierung, deren Schwerpunkt auf „dem Sozialen“ lag, wie der „Regierung Lula“.

Für diesen Kompromiss hatten sich Gewerkschaften sowie VertreterInnen der Unternehmen und der Regierung zusammengesetzt, um über die Arbeitsverhältnisse in der Zuckerproduktion zu verhandeln. Das Ergebnis hielt unter anderem fest, dass keine ZwischenhändlerInnen mehr benutzt werden sollten, um die ArbeiterInnen zu rekrutieren. Auch diverse Gesundheitsmaßnahmen, wie Pausen, Sicherheitskleidung, die Existenz einer Toilette, Arztbesuche usw. sollten gewährleistet und gewerkschaftliche Tätigkeiten erlaubt werden. Doch war von Anfang an klar, dass die Unternehmen diesen Kompromiss nicht einhalten würden, da er sogar von Firmen unterschrieben wurde, die bekannt dafür sind, dass sie *trabalho escravo* einsetzen. Für die Unternehmen ist dieser Kompromiss sogar von Vorteil, da sie nun eine offizielle Bestätigung dafür haben, dass bei ihnen rechtlich korrekte Arbeitsverhältnisse vorherrschen würden, was ihnen den Export erleichtert.<sup>38</sup>

Neben der besonders katastrophalen Behandlung der ArbeiterInnen in diesem Sektor stellen die häufigen Unfälle und die Auswahl der Anbauflächen, auf denen ansonsten Lebensmittel angebaut werden könnten, wich-

35 Am meisten *trabalho escravo* wird in der Rinderzucht verwendet. Auch in der Produktion von Café und Holz bzw. Holzkohle wird ein ähnliches Ausmaß an *trabalho escravo* verwendet, wie im Zuckerrohranbau. Siehe Reporter Brasil (Hrsg.): lista suja. Online verfügbar unter <http://reporterbrasil.org.br/listasuja/resultado.php> (zuletzt geprüft am 17.5.2014).

36 Siehe Thomas Chianca/Eduardo Marino/Craig Russon: Independent Evaluation of ILO's Support to the Bahia Decent Work Agenda: 2008-2010, hrsg. vom International Labour Office, Geneva 2011, S.9.

37 Originaltitel „Compromisso Nacional da Cana de Açúcar“.

38 Siehe Gabriel da Silva Teixeira: A política numa política do Trabalho Escravo: alguns apontamentos sobre o Compromisso Nacional da Cana de Açúcar, in: *Brasiliana - Journal of Brazilian Studies*, 2013, H. 2 (2), S.57-89.

tige Kritikpunkte dar. Trotz alledem verteidigte Brasiliens Präsident Lula da Silva die Firmen massiv. Mit nationalen, antiamerikanischen Argumenten betonte er vor allem die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Behauptung gegenüber den USA in der Ethanolproduktion. Gleichzeitig reduzierte er das Problem auf eines in der Beziehung zwischen ProduzentInnen und ArbeiterInnen, anstatt die Systemimmanenz solcher Produktions- und Arbeitsverhältnisse anzuerkennen.<sup>39</sup>

### *Rassismus und unfreie Arbeit*

In Bezug auf die Sklaverei scheint der Zusammenhang mit Rassismus vollkommen evident. Doch selbst wichtige Wissenschaftler, wie Jürgen Osterhammel, behaupten, dass sich der Rassismus in Verbindung mit Sklaverei erst mit Beginn der Abolitionsbewegung entwickelte, also erst ab dem Zeitpunkt, an dem eine Legitimationstheorie notwendig wurde.<sup>40</sup> Ich stimme mit dieser These nicht überein, was vermutlich an einer unterschiedlichen Definition von Rassismus liegt.

Unter Rassismus verstehe ich alle Verhältnisse die – explizit oder implizit – nach kulturellen oder körperlichen Merkmalen Einteilungen in Menschengruppen vornehmen, um diesen dann Charaktereigenschaften zuzuschreiben, die genauso wie die zuvor erwähnten Merkmale als unveränderlich angesehen werden. Diese Einteilung hat die ungleiche Verteilung von Ressourcen, Rechten und Macht zur Folge.<sup>41</sup>

Somit mag Osterhammel Recht haben, dass der sogenannte wissenschaftliche Rassismus<sup>42</sup> erst mit der Notwendigkeit entstand, Sklaverei und andere rassistische Praktiken, wie zum Beispiel die Ausrottung gesamter Völker, zu legitimieren. Doch existierte Rassismus als intrinsische, systemimmanente Ideologie schon lange zuvor, dafür musste sie nicht erst the-

---

39 Siehe ebenda.

40 Siehe Osterhammel, Sklaverei, S.42.

41 Diese Rassismusdefinition ist angelehnt an Wulf D. Hund: Rassismus im Kontext. Geschlecht, Klasse, Nation, Kultur und Rasse, in: Irmtrud Woyak/Susanne Meinel (Hrsg.): Grenzenlose Vorurteile. Antisemitismus, Nationalismus und ethnische Konflikte in verschiedenen Kulturen, Frankfurt/Main-New York 2002, S.17-40.

42 Dieser Begriff wird hier nicht unter Anführungszeichen gesetzt, da der Wissenschaftsbegriff an sich noch keine Wertigkeit, im Sinne seiner Wahrhaftigkeit, darstellt, sondern sich wissenschaftliche Praktiken und Ergebnisse im Laufe der Jahrhunderte immer wieder ändern, und er somit an das angepasst werden muss, was in der jeweiligen Zeit als Wissenschaft wahrgenommen wird.

oretisiert werden.<sup>43</sup> So schreibt zum Beispiel Claude Meillassoux in seiner systematischen Kategorisierung der Sklaverei, dass diese immer mit rassistischen Bezeichnungen der Versklavten in Zusammenhang stand. Es wurden ihnen Merkmale wie Unwissenheit, geistige Unterlegenheit, Amoralität, Wildheit, Kannibalismus, Tierähnlichkeit, Hässlichkeit, Faulheit usw. zugeschrieben.<sup>44</sup> Die konstruierte Andersartigkeit, im Sinne einer fremden Herkunft, war also schon vor und auch nach der Entwicklung des wissenschaftlichen Rassismus Legitimation für Freiheitseinschränkungen und Sklaverei.<sup>45</sup>

Immer wieder wird die (post)koloniale Sklaverei in Brasilien als Begründung für den heutigen Rassismus herangezogen,<sup>46</sup> und auch wenn die Sklaverei an sich wohl nicht der Grund für den heutigen Rassismus ist, so trägt diese Vergangenheit sicherlich auf multiple Weise zu den heutigen Vorurteilen und Realitäten bei. Hier sollen nur zwei Beispiele genannt werden: Die Landverteilungsgesetze in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts benachteiligten die ehemaligen Sklaven und Sklavinnen massiv und reproduzierten somit Machtverhältnisse und soziale Positionierungen. Aufgrund des Fehlens von Umverteilungspolitikern und vor allem einer realen Landreform, über die Jahrzehnte hinweg, zeigen diese noch immer Wirkung.<sup>47</sup> Zum anderen wurde, als die Sklaverei als rückschrittlich und als Widerspruch zum Kapitalismus zu gelten begann, die konstatierte mangelnde Modernität in einer typischen Opfer-Täter-Umkehr, noch einmal der ehemaligen Sklavenbevölkerung als Merkmal übergestülpt. Nicht diejenigen, die die Sklaverei benutzten, wurden also als Hindernis für Brasiliens Modernität angesehen, sondern die bloße Existenz von Schwarzen, den Nachfahren der SklavInnen.<sup>48</sup> Die Festschreibung als Nachkomme der Sklavenbevölkerung resultierte und resultiert nicht nur aus dem sozialen Status, sondern basiert auf der zugeschriebenen Hautfarbe.<sup>49</sup>

---

43 Siehe Osterhammel, Sklaverei, S.46-48.

44 Siehe Meillassoux, Anthropologie, S.74f.

45 Siehe Michael Zeuske/Norbert Finzsch: What Came after the Emancipation? A Micro-Historical Comparison between Cuba and the United States, in: Marcel van der Linden (Hrsg.): Humanitarian Intervention and Changing Labour Relations. The Long-Term Consequences of the Abolition of the Slave Trade (Studies in Global Social History, 7), Leiden-Boston 2011, S.285-318, hier S.314.

46 Siehe Nascimento/Nascimento, Dance, S.111.

47 Siehe Jacob Gorender: Brasil em preto & branco, São Paulo 2000, Kap. VI.

48 Hier siehe Michael Hanchard: Black Cinderella? Race and the Public Sphere in Brazil, in: Ders. (Hrsg.): Racial Politics in Contemporary Brazil, Durham-London 2005, S.59-81, hier S.64.

49 Zur Rechtlosigkeit siehe ebenda, S.74. Ich halte es für wichtig, darauf hinzuweisen, dass

Bis heute ist das Einkommen der BrasilianerInnen unterschiedlicher Hautfarbe extrem ungleich verteilt.<sup>50</sup> Doch nicht nur beim Einkommen lässt sich eine Kluft erkennen, sondern auch bei den beruflichen Tätigkeiten. So führen „Nicht-Weiße“ viel öfter Arbeiten in der Landwirtschaft, in der Konstruktion und im Sektorservice durch, welche kaum eine bis keine Qualifikationen erfordern.<sup>51</sup> Dies sind auch genau die Bereiche, in denen es besonders hohe Anteile an *trabalho escravo* gibt.<sup>52</sup> Die Benachteiligung am Arbeitsmarkt liegt, so die brasilianische Rassismusforschung, zum Teil an konstruierter Fremdheit.<sup>53</sup>

In Bezug auf *trabalho escravo* ist, obwohl dies von mehreren Seiten immer wieder geleugnet wird, ebenso ein rassistischer und nach Klassen eingeteilter Diskurs zu erkennen. Vor allem geht es hier darum, der meist schwarzen, armen Landarbeiterbevölkerung die Fähigkeit zur effektiven Produktion abzuerkennen und ihnen in paternalistischer Weise abzusprechen, für sich selbst entscheiden zu können.<sup>54</sup> Dieser Diskurs wird nicht nur von UnternehmerInnen geführt, sondern selbst von Hilfsorganisationen.<sup>55</sup> Er ist allerdings sehr unterschwellig, da eine offene Legitimation in vielen Fällen gar nicht notwendig erscheint. Es erfolgt eine Naturalisierung der Macht- und Arbeitsverhältnisse, was bedeutet, dass diese als natürlich und sogar verdient angesehen werden, sowohl vonseiten der ArbeiterInnen selbst als auch der UnternehmerInnen.<sup>56</sup>

---

auch die konkrete Farbgebung ein soziales Konstrukt ist. So kann sich zum Beispiel in Brasilien die Hautfarbe einer Person, je nach Bundesstaat, in dem sie sich aufhält, in der gesellschaftlichen Wahrnehmung ändern. Außerdem sind auch die Farben schwarz, rot, gelb und weiß als Teintbezeichnungen mit Kolonialismus, Beherrschungsversuchen und -legitimationen verbunden und waren keineswegs von Anfang an evident. Mehr dazu siehe: Wolf D. Hund: Rassismus. Die soziale Konstruktion natürlicher Ungleichheit, Münster 1999, S.15-38.

50 Siehe Lucila Bandeira Beato: Inequality and Human Rights of African Descendants in Brazil, in: *Journal of Black Studies*, 2004, H. 34 (6), S.766-786.

51 Siehe Carlos A. Hasenbalg: Race and Socioeconomic Inequalities in Brazil, in: Pierre-Michel Fontaine (Hrsg.): *Race, Class and Power in Brazil*, Los Angeles 1985, S.25-41, hier S.31.

52 Siehe Reporter Brasil: lista suja.

53 Siehe Hanchard, Cinderella, S.74; Zeuske/Finzsch, Emancipation, S.314.

54 Siehe Airtton dos Reis Pereira: *Conflitos de terra e violência no sul do Pará (1975-1990)*, in: *Encontros Nacional da História Oral. Testemunhos 2010*, S.1-16, hier S.11f.

55 Siehe Caio Cavicchini/Evelyn Kuriki/Ivan Paganotti: *Chains. Documentary on the Struggle Against Slave Work in Brazil 2005*. Weitere Beteiligte: Caio Cavicchini und Ivan Paganotti (Regie). DVD.

56 Siehe Ângela Maria de Castro Gomes: *Repressão e mudanças no trabalho análogo a de escravo no Brasil: tempo presente e usos do passado*, in: *Revista Brasileira de História*, 2012, H. 32 (64), S.151-167, hier S.165.

Innerhalb Brasiliens wird die Verbindung zwischen *trabalho escravo* oder anderen schlechten Arbeitsverhältnissen mit Rassismus immer wieder ge-  
leugnet, stattdessen wird von Klassenverhältnissen gesprochen. Dabei  
wird aber vergessen, dass sich hier zugeschriebene Rasse und Klasse weit-  
gehend überschneiden.<sup>57</sup>

Dieses Phänomen der Überschneidung kann auch als institutioneller  
Rassismus beschrieben werden. Institutioneller Rassismus hängt nicht  
von persönlichen Beziehungen ab, stellt aber einen wichtigen, eingebun-  
denen Teil eines sozialen Systems dar, der sich allerdings nicht offensicht-  
lich zeigt. Seine spezifischen Gründe können meist nicht nachverfolgt  
werden, was aber die Realität des Problems nicht mindert. Für Brasilien  
bezieht sich dieses Problem eben nicht nur auf Einkommensverhältnisse  
und Zugang zu Bildung, sondern wirkt sich auch auf die real verfügbaren  
staatsbürgerlichen Rechte aus.<sup>58</sup>

Da sich zugeschriebene Rasse und Klasse nicht ganz überschneiden,  
trägt der Rassismus in den einzelnen Ländern und im Sinne der neuen glo-  
balen Arbeitsteilung massiv zu der leichteren Kontrollierbarkeit und der  
Verbilligung der Arbeitskräfte bei. Rassistische Vorurteile helfen nicht nur  
dabei, Klassenverhältnisse zu legitimieren oder zu naturalisieren, sondern  
erschweren ebenso durch selbst- und fremdzugeschriebene Unterschei-  
dungen die Solidarität zwischen den ArbeiterInnen.<sup>59</sup> Dies gilt nicht nur  
für die neueren Formen der unfreien Arbeit, sondern galt ebenso für die  
Aufrechterhaltung des Systems der Sklaverei.

### *Resümee*

Schlussendlich können die transatlantische Sklaverei und *trabalho es-  
cravo* sehr wohl auf der globalen Ebene verglichen werden. Beide lassen sich  
zum Beispiel mit dem Begriff der globalen Arbeitsteilung beschreiben.

---

57 Siehe Dik van Arkel: Why Are Historical Labour-market Studies relevant to the under-  
standing of Racism?, in: Marcel van der Linden/Jan Lucassen (Hrsg.): Racism and the La-  
bour Market. Historical Studies, Bern 1995, S.22-53, hier S.28; Howard Winant: Rethin-  
king Race in Brazil, in: Journal of Latin American Studies, 1992, H. 24 (1), S.173-192, hier  
S.177f.

58 Siehe Ellis Cashmore (Hrsg.): Encyclopedia of Race and Ethnic Studies, London 2004,  
S.204; Ricardo Rezende Figueira: A Persistência da Escravidão Ilegal no Brasil, in: Brion  
Maybury-Lewis/Sonia Ranincheski (Hrsg.): Desafios aos Direitos Humanos no Brasil Con-  
temporâneo, Brasília 2011, S.49-64, hier S.58f.

59 Siehe van Arkel, Labour-market, S.28.

Auch wenn die Sklaverei, im Gegensatz zu neueren Systemen, offiziell und öffentlich ausgeübt wurde, sind beide zutiefst von Rassismus durchdrungen und können nur in Zusammenhang mit diesem existieren. Der Unterschied liegt darin, dass bei der Sklaverei der Rassismus offen zur Schau getragen werden konnte, während er bei *trabalho escravo* nicht eingestanden wird. Eine Gemeinsamkeit besteht auch in der Herstellung, da es sich bei den meisten durch unfreie Arbeit hergestellten Erzeugnissen um *cash crops* handelt, und in beiden Fällen ist die Produktion auf den internationalen Markt ausgerichtet. In Bezug auf die heutige Produktion in Brasilien wird sogar von einer Deindustrialisierung gesprochen, die dadurch hervorgerufen wird, dass der Markt momentan hauptsächlich nach landwirtschaftlichen Produkten verlangt.<sup>60</sup>

Massive Unterschiede bestehen, neben der unterschiedlichen Flexibilität der Systeme, beim Migrationszwang und der Offensichtlichkeit der Durchdringung einer ganzen Gesellschaft. Ein System wird also als Sklavengesellschaft klassifiziert, während *trabalho escravo* nur als eine Art Subgesellschaft charakterisiert werden kann, was durch Unterschiede in der Legalität und der gesellschaftlichen Anerkennung erklärt wird. Diese Subgesellschaft ist trotz des fehlenden offensichtlichen Zusammenhangs in multiplen, wechselseitigen Verbindungen (über Gewinne, die Produkte, den Preisdruck am Weltmarkt, internationale Gesetze etc.) nicht nur in der Gesellschaft Brasiliens und in anderen betroffenen Ländern, sondern auch in der globalen, verankert. *Trabalho escravo* und ein Großteil anderer unfreier Arbeit können daher nur als Teil des globalen Wirtschaftssystems betrachtet und erforscht werden.

---

60 Siehe Julia Harnoncourt: *O trabalho escravo, a economia e o sistema global*. Interview mit Jonas Andrade und Fernando Michelotti, 31.10.2014, Marabá. mp3.

# Biografisches

## Radikal, gemäßigt, vergessen: Alfred Henke (1868-1946) Zweiter Teil (1918-1946)<sup>1</sup>

Gerhard Engel

Der erste Teil dieser biografischen Skizze, veröffentlicht im vorangegangenen Heft des JahrBuchs, schilderte den Weg des sozialdemokratischen Zigarrenarbeiters Alfred Henke an die Spitze der „Bremer Bürger-Zeitung“, deren politisches Profil mit besonderer Konsequenz auf den revolutionären Flügel der deutschen Vorkriegssozialdemokratie ausgerichtet war. Anfänglich Wortführer der sich herausbildenden Bremer Linksradikalen, schloss sich Henke als Reichstagsabgeordneter 1915 den Kriegskreditverweigerern des sogenannten Parteizentrums an. Er wurde Mitbegründer der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und ein markanter Vertreter ihres linken, revolutionären Flügels.

### *Alfred Henke in der Revolutionszeit*

Henke und seine USPD-Organisation im Bunde mit den Linksradikalen dominierten die erste Phase der Bremer revolutionären Ereignisse im November 1918.<sup>2</sup> Am 4. November forderte er vor fast 5.000 Teilnehmern einer öffentlichen Versammlung seiner Partei, dem monarchischen und kapitalistischen System müsse die Herrschaft der Massen, „des Bolschewismus“, folgen. Die Errichtung einer sozialistischen Republik sei das Gebot der Stunde. Die von Henke verfasste und von den Versammelten angenommene Resolution war in ihren Forderungen fast deckungsgleich mit dem Aufruf der Reichskonferenz der Spartakusgruppe und der Linksradikalen vom 13. Oktober 1918.<sup>3</sup> Am 7. November trat Henke an die

---

1 Der erste Teil erschien im JahrBuch-Heft 2015/II, S.67-85.

2 Siehe Peter Kuckuk: Bremen in der Deutschen Revolution 1918/1919, Bremen 1986. Dieser bisher unübertroffenen Untersuchung der Revolution in Bremen sind im Wesentlichen die folgenden Angaben zur Rolle Henkes entnommen.

3 Siehe Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, R. 2, Bd. 3, Berlin 1966, S.466f.

Spitze des Bremer Arbeiter- und Soldatenrates. Eine Woche später setzte der Rat auf Initiative Henkes den Senat und die Bürgerschaft als politische Organe ab.

Doch in den folgenden Wochen wurde Henke vom Antreiber zum Getriebenen der Revolution. Mehr und mehr verstärkte sich der Einfluss der von Knief geführten „Internationalen Kommunisten Deutschlands“ (IKD) auf die zum Weitertreiben der Revolution entschlossenen Arbeiter.<sup>4</sup> Angetreten für die Herrschaft der Räte und die Diktatur des Proletariats, stellte sich Henke zwar zunächst gegen die Einberufung einer Nationalversammlung, dann jedoch erklärte er, theoretisch sei diese abzulehnen, aber die Praxis erzwingt sie als notwendiges Übel. Schließlich stimmte er mit der Mehrheit des Arbeiter- und Soldatenrates am 29. November für die Einberufung der Nationalversammlung. Er folgte damit der Linie der Reichskonferenz der deutschen Bundesstaaten vom 25./26. November, an der er für Bremen teilgenommen hatte<sup>5</sup> und deren Votum sich der Reichsrätekongress vom 16. bis 20. Dezember anschloss. Andererseits agitierte und agierte er weiter für die Rätewacht und die Weiterführung der Revolution. Er verband radikale Agitation mit pragmatischem Taktieren. Den Arbeiter- und Soldatenrat moderierte er mehr, als dass er ihn antrieb.<sup>6</sup> In allen wesentlichen Fragen gab er dem Drängen der IKD nach. Mit seinem Linksschwenk versuchte er, das Überlaufen von Mitgliedern der USPD zu den IKD zu verhindern.

Nach heftigem Sträuben<sup>7</sup> übernahm Henke am 10. Januar 1919 den Vorsitz des Rates der Volksbeauftragten in der gerade ausgerufenen Räterepublik Bremen. Am 17. Januar rief er zum Proteststreik gegen die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht mit der Forderung auf, die Reichsregierung zu beseitigen. Doch aus Einsicht in die Chancenlosigkeit der Räterepublik<sup>8</sup> und um Repressalien der Reichsregierung von

---

4 Siehe Gerhard Engel: Johann Knief – ein unvollendetes Leben, Berlin 2011, S.370-388, 392-406.

5 Siehe Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19. Eingeleitet von Erich Matthias. Bearbeitet von Susanne Miller unter Mitwirkung von Heinrich Potthoff, Düsseldorf 1966, S.150.

6 Siehe David W. Morgan: The Socialist Left and the German Revolution. A History of the German Independent Social Democratic Party 1917-1922, Ithaka-London 1975, S.165.

7 Z. B. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), Sg. Y 30/0427, Bl. 52.

8 Bei den Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung hatte die USPD in Bremen nur 18,7 Prozent Stimmen errungen, die SPD aber 41,5, eine klare Mehrheitsentscheidung für eine parlamentarische und gegen eine Rätedemokratie. Siehe Kuckuk, Bremen, S.200.

Bremen abzuwenden, setzte er sich für Wahlen zu einer Bremer „Nationalversammlung“ ein. Ohne Frage stand Henke auf dem äußersten linken Flügel der USPD und trat für die Weiterführung der Revolution über ihr bürgerlich-demokratisches Stadium hinaus ein. Er hatte aber stets verständliche Vorbehalte dagegen, diesen Kampf auch in aussichtsloser Situation zu führen.<sup>9</sup> Henkes letzte Aktivität als Vorsitzender des Bremer Rates der Volksbeauftragten bestand in Verhandlungen mit der konterrevolutionären Division Gerstenberg. Da diese ergebnislos blieben, konnte das Blutvergießen in Bremen am 4. Februar 1919 nicht verhindert werden.

Henke war am Vorabend aus Bremen nach Weimar abgereist, wo am 6. Februar die Konstituierung der Nationalversammlung anstand, in die Henke als Mandatsträger der USPD im Wahlkreis Hamburg-Bremen-Stade gewählt worden war.<sup>10</sup> Die Abgeordnetenimmunität schützte ihn vor der politischen Strafverfolgung der Verantwortungsträger der Bremer Räterepublik durch die Justiz der Weimarer Republik.

In der Nationalversammlung erlebte Henke den Höhepunkt seiner parlamentarischen Laufbahn. Nach der Ermordung Hugo Haases folgte er im November 1919 dem Gründer der USPD gemeinsam mit Curt Geyer als Fraktionsvorsitzender. In allen bedeutenden Debatten ergriff er mit ausführlichen, sorgfältig recherchierten und scharf-polemischen Reden das Wort. Seine Reden waren geharnischter Protest gegen die Gefahr der Wiederbelebung des deutschen Militarismus.<sup>11</sup> In den Verfassungsdebatten im März und Juli 1919<sup>12</sup> argumentierte er, Freiheit und Gleichheit seien unmöglich, solange die kapitalistische Produktionsweise vorherrsche. Den Verfassungsentwurf charakterisierte er als „bürgerlich-kapitalistisch“. Mit Blick auf die im März 1919 deutlich sichtbare Radikalisierung der sozialistischen Arbeiterbewegung setzte er seine Hoffnungen auf die Weiterführung der im November 1918 begonnenen Revolution: „Das Proletari-

---

9 Siehe Hartfrid Krause: USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt/Main-Köln 1975, S.120.

10 Siehe Wilhelm Heinz Schröder: Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Reichstagskandidaten 1898-1918. Biographisch-statistisches Handbuch, Düsseldorf 1986, S.127. Henke musste sich später für seine „Flucht“ öffentlich rechtfertigen. Siehe Verhandlungen der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Stenographische Berichte, Bd. 326, S.124f.

11 Siehe Verhandlungen der Nationalversammlung, Bd. 326, S.305-308.

12 Siehe ebenda, Bd. 326, S.485-490; Bd. 328, S.1463-1466, 1471-1473, 1752-1755, 1767. Siehe hierzu auch Dieter Engelmann/Horst Naumann: Zwischen Spaltung und Vereinigung. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands in den Jahren 1917-1922, Berlin 1993, S.117.

at ist im Sturmschritt auf dem Wege zur Eroberung der politischen Macht [...] Es wird sein Ziel erreichen, und nie waren wir dem Moment näher als jetzt.“<sup>13</sup> Anstelle einer Demokratie, die nur Tarnmantel eines kapitalistischen Staates sei und verneble, dass der Staat Organ der Klassenherrschaft sei, verlangte er einen Staatsaufbau nach den Prinzipien einer Räte-demokratie. „Unsere Überzeugung ist“, rief er aus, „daß die wahre Demokratie in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung einfach nicht verwirklicht werden kann, weil die Besitzverhältnisse das verhindern. Solange der politischen Befreiung nicht auch die wirtschaftliche Befreiung gefolgt ist, besteht keine wahre Demokratie.“<sup>14</sup> Von diesem Gesichtspunkt war folgerichtig Henkes Stellungnahme zur Sozialisierung der Wirtschaft bestimmt.<sup>15</sup> Im Dezember 1919 fasste er seine Sozialisierungsforderung mit dem Marx-Wort „Expropriation der Expropriateure“ zusammen.<sup>16</sup>

In der Debatte über den Friedensschluss zwischen Deutschland und den Alliierten im Juli 1919 begründete Henke „unter dem Zwange der Gewalt“ die Zustimmung der Fraktion der USPD. Er geißelte den imperialistischen Charakter des Friedensvertrages und erklärte, gegen diesen Frieden sei die internationale Solidarität des proletarischen Freiheitskampfes für eine Weltrevolution erforderlich.<sup>17</sup>

In vielen Parlamentsreden erwies sich Henke als kompromissloser Verteidiger der sozialen Belange der Arbeiter und kleinen Gewerbetreibenden, besonders in Debatten über die Steuerpolitik, ein Gebiet, auf das er sich mehr und mehr spezialisierte, über den Staatshaushalt oder über Wohnungspolitik.<sup>18</sup> Haushaltsdebatten nutzte Henke zu Generalabrechnungen mit den mehrheitssozialdemokratisch geführten Regierungen von Gustav Bauer und Hermann Müller. Henke, der sich selbst als „proletarischen Klassenkämpfer“ bezeichnete und zum Kommunistischen Manifest bekannte, polemisierte mit extremer Schärfe gegen die Mehrheitssozialdemokraten in Regierungsverantwortung. Ihre Partei trennten von der USPD „zwei verschiedene Weltanschauungen“. Die Politik der Regierungssozialisten zur Entwaffnung der revolutionären Arbeiter und der direkten und indirekten Förderung der Konterrevolution griff Henke mit dem Satz an: „Leute, die sich früher auf Bebel, auf Liebknecht, auf Marx,

---

13 Verhandlungen der Nationalversammlung, Bd. 326, S.487.

14 Ebenda, Bd. 328, S.1472.

15 Siehe ebenda, Bd. 326, S.565-570; Bd. 331, S.4069-4071.

16 Ebenda, Bd. 331, S.4069.

17 Siehe ebenda, Bd. 326, S.1412f.

18 Siehe v. a. ebenda, Bd. 329, S.2442-2449.

auf Engels, auf Lassalle während der Kriegszeit [...] berufen haben, um die Arbeiter in dem Wahne zu erhalten, daß es sich um vaterländische Interessen handele, denen sie dienen sollten, während es sich in Wirklichkeit um die Verteidigung der Profitinteressen und des Kapitalismus gehandelt hat, diese Leute schämen sich heute nicht, das Andenken aller dieser Männer dadurch zu beschmutzen, daß sie solche Handlungen ausüben.“ Eine Einigung zwischen USPD und SPD sei daher prinzipiell unmöglich, wohl aber mit den Arbeitern, die noch der SPD folgen. Im Glauben, die USPD werde den Massenanhänger der SPD doch noch auf ihre Seite ziehen und zu einem neuen revolutionären Ansturm ansetzen können, erklärte Henke im Oktober 1919: „Heute ist mehr wie jemals zuvor notwendig ein unbeschränkter, unbeirrter Klassenkampf des Proletariats.“ Dieser Klassenkampf richte sich „wie gegen die anderen bürgerlichen Parteien, so heute auch gegen die rechtssozialistische Partei, und diese wird am Ende des Kampfes genauso wie die bürgerlichen Parteien im Abgrund verschwinden“.<sup>19</sup>

Henkes Ton wurde noch schärfer, als er am 14. Januar 1920 die Regierung wegen des Blutbades unter den Demonstranten anklagte, die vor dem Reichstagsgebäude gegen die Annahme des Betriebsrätegesetzes demonstriert hatten. Die Blutschuld liege nicht bei den ihr Demonstrationsrecht wahrnehmenden Organisatoren der Demonstration, zu denen neben der USPD auch die KPD und die Zentrale der revolutionären Betriebsräte gehört hatten, sondern bei der Regierung, die 42 Arbeiter töteten und 105 verletzen ließ. Die Führer der Mehrheitssozialisten seien zu „Soldknechten des Kapitals, zu parlamentarischen Vertretern des Kapitals geworden“.<sup>20</sup>

Für die USPD begründete Henke am 18. Januar 1920 die Ablehnung des Betriebsrätegesetzes.<sup>21</sup> Er forderte anstelle dem Kapitalismus höriger, wirtschaftsfriedlicher Betriebsräte revolutionäre Betriebsräte, die umfassende Rechte bei der Leitung der Betriebe und ihrer Sozialisierung auszuüben imstande seien.

Unermüdlich focht Henke gegen alle immer noch in Kraft befindlichen Ausnahmegesetze einer „Diktatur der Minderheit“ gegen die Arbei-

19 Siehe ebenda, Bd. 330, S.2993-3004, Zitate S.2993, 2996, 3001; Bd. 333, S.5497-5509.

20 Ebenda, Bd. 331, S.207-4209, Zitat S.4209. Siehe hierzu Axel Weipert: Vor den Toren der Macht. Die Demonstration am 13. Januar 1920 vor dem Reichstag, in: *JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 11 (2012), H. II, S.16-32; Engelmann/Naumann, Spaltung, S.144.

21 Verhandlungen der Nationalversammlung, Bd. 332, S.4478-4484, Zitate S.4481, 4482.

terklasse, die eine Rätedemokratie wolle, eine „Diktatur der Mehrheit“.<sup>22</sup> Dafür müsse sie für den Zusammenschluss ihrer revolutionären Kräfte in einer Partei sorgen, in einer revolutionären Partei freilich, die in ihrem Programm stehen hat: „Eroberung der politischen Macht zum Zwecke der Überführung der Produktionsmittel aus den Händen weniger in den Besitz der Allgemeinheit und die ernstlich und ehrlich für die Erreichung dieses Zieles kämpft.“<sup>23</sup> Seine sozialistisch-humanistische Gesellschaftsutopie fasste Henke in die Worte: „Es kann uns nur liegen an der Achtung und Wertschätzung des deutschen Volkes durch alle jene Menschen, die ein Vorwärts in der Kultur erstreben, die ein möglichst baldiges Ende aller Kriege wollen, die eine gesündere Wirtschaftsordnung wollen, und mag sie Sozialismus heißen.“ Es gehe um einen Gesellschaftszustand, in dem „die Menschen sich nicht gegenseitig totschiessen, sondern friedlich und vernunftgemäß miteinander auszukommen versuchen; und wenn noch ein Wettstreit unter ihnen zur Geltung kommen soll, so soll es der Wettstreit sein, sich in nützlicher Arbeit zu überbieten, sich in wirklichen Kulturleistungen zugunsten der Menschen zu überbieten, aber nicht in Mord und Gewalttaten.“<sup>24</sup>

Vier Tage vor dem Kapp-Putsch warnte Henke, der Republik drohe akute Gefahr von rechts.<sup>25</sup> Als der Putsch von den Arbeitern abgewehrt war, sah Henke die Chance, die Bewegung gegen den Putsch von rechts zu nutzen, um die unterbrochene Revolution von links wieder aufzunehmen. Die Arbeiter hätten die Republik nicht der Regierung wegen gerettet, sondern weil ihnen die Republik jene Staatsform sei, in der sie weiter um die Macht kämpften. Henke las eine Philippika gegen das von der Regierung aufgebaute Schreckgespenst einer „Spartakistenherrschaft“. „Gewiß ist“, stellte er fest, „auch die Spartakisten und Kommunisten wollen nichts anderes als die Befreiung der Arbeiter vom Joche des Kapitalismus. Auch sie wollen zu Ende führen, was im November 1918 begonnen hat; sie wollen verhindern, daß der Kapitalismus noch einmal oben auf kommen kann, sie sind Wortführer der Arbeiterklasse im allgemeinen, die nicht mehr für den Kapitalismus arbeiten will.“ Zum Hauptproblem der deutschen Innenpolitik erklärte er die Bekämpfung des Militarismus, des alten wie des von Gustav Noske protegierten neuen.<sup>26</sup>

---

22 Siehe ebenda, S.4642-4647.

23 Ebenda, S.4644.

24 Ebenda, S.4646.

25 Siehe ebenda, S.4812-4817.

26 Siehe ebenda, S.4919-4924, 4942-4953, Zitat S.4924. Zur Wirkung der Rede Henkes am

Henkes stets scharfe Attacken gegen die staatstragende Mehrheitssozialdemokratie gipfelten in seiner Reichstagsrede im Juli 1920 in der Einschätzung, die Arbeiter seien niemals „demagogischer belogen worden [...] als von den Rechtssozialisten“. Man müsse den sozialdemokratischen Führern „die staatsmännische Maske vom Gesicht ziehen und den Proletariern zeigen, was hinter diesen sogenannten Sozialdemokraten steckt“. Eine Arbeiterpartei, die den Klassenkampf aufgebe, sich aber als sozialdemokratisch bezeichne, habe „das Recht verwirkt, diesen Namen fernerhin zu führen“. Henke kämpfte wortgewaltig für den Alleinvertretungsanspruch der USPD bei der Wahrung der Arbeiterinteressen.<sup>27</sup>

In seinen Parlamentsreden in der Nationalversammlung erwies sich Alfred Henke als einer der am weitesten links stehenden Abgeordneten des Hauses. Er erscheint gewissermaßen als ein Kompensator für das Fehlen der die Nationalversammlung boykottierenden Kommunisten, deren klassenkämpferische Diktion er weitgehend aufnahm und denen er auch verbal Sympathie entgegenbrachte. Auf dem äußersten linken Flügel der USPD teilte er deren unrealistische Einschätzung revolutionärer Siegeschancen und focht mit der ihm eigenen Wortradikalität unverdrossen für die Weiterführung der Revolution bis zur politischen Machtübernahme durch das Proletariat. Doch vom Boykott des Parlaments hielt er nichts. Parlamentarismus war für ihn ein Mittel, politische Kämpfe auszutragen. Wenn es aber um den Ausbau der Demokratie gehe, so sei dieser freilich nicht im Parlament erreichbar, sondern nur durch das Zusammenwirken von Parlamentspolitik und außerparlamentarischer Aktion der Arbeiter.<sup>28</sup>

Henke nahm, abgesehen vom außerordentlichen Parteitag im März 1919, an allen Parteitagen und Reichskonferenzen der USPD<sup>29</sup> teil. Hier ist auffällig wenig von dem Wortradikalismus seiner Parlamentsreden zu hören, die offenbar mehr als aufrüttelnde Kampfpappelle an die revolutionären Anhänger der Partei fungierten denn als differenzierte Analyse der Verhältnisse. Während der Reichskonferenz der USPD im September 1919 etwa konterkarierte er seinen im Parlament herausgestellten revolu-

---

18. März 1920 auf die Fraktion der SPD siehe Die SPD-Fraktion in der Nationalversammlung 1919-1920. Eingeleitet von Heinrich Potthoff. Bearbeitet von Heinrich Potthoff und Hermann Weber, Düsseldorf 1986, S.225-231.

27 Verhandlungen des Reichstages, Bd. 344, S.95-97.

28 Siehe Verhandlungen der Nationalversammlung, Bd. 332, S.4812.

29 Während die Parteitage das oberste Beschlussorgan der Partei waren und die Leitungsgremien wählten, hatten Reichskonferenzen die Aufgabe, bei Bedarf zwischen den Parteitagen strittige Probleme zu debattieren, freilich ohne darüber Beschlüsse zu fassen.

tionären Optimismus durch die Einschätzung, die Lage in Deutschland sei unübersichtlich, wegen des Verlustes ihrer besten Führer und des Zustroms neuer, nur von Stimmungen angetriebener Revolutionäre erwachsen große Schwierigkeiten. So sei es „gar nicht ausgeschlossen, daß wir wieder eine Situation erhalten, in der die parlamentarische Betätigung das einzige Mittel unserer Wirksamkeit ist“.<sup>30</sup>

Auf dem außerordentlichen Parteitag in Leipzig gegen Ende 1919 hielt Henke das Hauptreferat zur Gewerkschaftsfrage. Er setzte sich für den gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiter gegen die Ausbeutung und für bessere soziale Lebensbedingungen ein. Im Kriege seien die Gewerkschaften Stützpfiler der MSPD geworden; jetzt müsse der Wechsel vom Burgfrieden zur Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital bekämpft werden, indem die USPD die Gewerkschaften revolutioniert, ihren Mitgliedern hilft, mit der Bürokratie abzurechnen und die Gewerkschaftsorganisationen als Basis von Massenaktionen auszugestalten. Henke plädierte für marxistische Bildungsarbeit in den Gewerkschaften. Er wandte sich entschieden gegen den Syndikalismus und gegen einen Kurs auf Arbeiterunionen anstelle der alten Gewerkschaften, wie er auch von Kommunisten verfolgt werde.<sup>31</sup>

In den 1919 einsetzenden Debatten über die Haltung der USPD zur Kommunistischen Internationale betonte Henke seine Solidarität mit Sowjetrußland, lehnte aber die Moskauer Internationale von vornherein ab. Mit dieser Position trat er z. B. – freilich ohne Erfolg – auf dem ersten bayerischen Bezirkskongress der USPD im Oktober 1919 auf. In seiner Bremer Parteiorganisation dagegen gelang es ihm im November einen Antrag durchzusetzen, wonach der russischen Revolution und der III. Internationale Sympathien entgegenzubringen seien, dass sich die USPD aber nicht dieser Internationale anschließen sollte.<sup>32</sup>

Seine Begründung für die Ablehnung der 21 Aufnahmebedingungen, die der II. Kongress der Kommunistischen Internationale im August 1919

---

30 Bericht über die Reichskonferenz der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 9. und 10. September 1919 im Abgeordnetenhaus zu Berlin. Zusammengestellt nach einer Broschüre und Zeitungsberichten von Hartfrid Krause, Glashütten im Taunus 1975, S.15.

31 Siehe das Referat in: Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages in Leipzig vom 30. November bis 6. Dezember 1919, Berlin (1920), S.402-416.

32 Siehe Robert F. Wheeler: USPD und Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution, Berlin 1975, S.153-156.

beschlossen hatte,<sup>33</sup> trug Henke ausführlich in der Reichskonferenz der USPD im September 1920 vor. Er verwahrte sich gegen den Anschluss an eine Internationale, in der eine an der Macht befindliche Partei die Räte-demokratie durch eine Parteidiktatur ersetzt habe. Was diese Partei für ihre Herrschaftssicherung für erforderlich halte, könne nicht für andere Parteien unter anderen Kampfbedingungen verbindlich sein. Besonders vehement polemisierte Henke gegen zentralistische Parteistrukturen. Zentralismus sei das Tarnwort für Despotie. Mitgliedsparteien einer Internationale müssten autonom und gleichberechtigt sein. Wer in der USPD für den Anschluss an die Kommunistische Internationale unter den 21 Bedingungen eintrete, habe bereits vorher als „verkappte Kommunisten“ an der Zersetzung der USPD gearbeitet. Wer in die Kommunistische Internationale wolle, müsse die KPD wollen, also eine andere Haltung zum Parlamentarismus, zur Gewerkschaftspolitik und zu demokratischen Parteistrukturen. Nicht der Anschluss der USPD an die Moskauer Internationale sei nötig, sondern ein Zusammenschluss aller zum revolutionären Kampf bereiten Parteien, die unter Beachtung der Verhältnisse ihrer einzelnen Länder nach einer gemeinsamen Kampfmethod strebten.<sup>34</sup>

Folgerichtig gehörte Alfred Henke im Oktober 1920 – gestützt auf ein Mehrheitsvotum seiner Bremer Parteiorganisation – zur Minderheit des außerordentlichen Parteitag der USPD in Halle, die sich dem Anschluss ihrer Partei an die Kommunistische Internationale versagte und den Weg in die entstehende Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands ablehnte. In der verbleibenden USPD blieb Henke freilich ein Repräsentant ihres linken, revolutionären Flügels, nun jedoch mit schwindendem Einfluss.

Auf internationalem Parkett beteiligte sich Henke aktiv an den Bemühungen der revolutionären Parteien, die sowohl die wiederbelebte sozialdemokratische II. Internationale als auch die neu entstandene kommunistische III. Internationale ablehnten, einen eigenen internationalen Zusammenschluss zu organisieren. Die Zentralleitung der USPD entsandte ihn gemeinsam mit Robert Dißmann im November 1920 nach Wien zum Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutsch-Österreichs, um deren Teilnahme an der Gründung einer weiteren Internationale si-

---

33 Siehe Hermann Weber: Die Kommunistische Internationale, Eine Dokumentation, Hannover 1966, S.56-62.

34 Siehe die Rede Henkes in: Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Protokoll der Reichskonferenz vom 1. bis 3. September 1920 in Berlin, Berlin (1920), S.103-108.

cherzustellen.<sup>35</sup> Schließlich gehörte Henke im Februar 1921 zu den zehn Vertretern der USPD auf der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Wien, die jene nur bis Mai 1923 bestehende Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien ins Leben rief, die als Internationale II ½ in die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung einging.<sup>36</sup>

Im Deutschen Reichstag, im Juni 1920 gewählt, war Henke einer der Hauptredner der USPD, die als zweitstärkste Fraktion zunächst über 81 Mandate, nach dem Ausscheiden der zur VKPD gewechselten Abgeordneten noch über 54 Sitze verfügte.<sup>37</sup> Wie zuvor in der Nationalversammlung propagierte er, immer wieder auch in deutlicher Abgrenzung von der SPD, in seinen Reden die Sozialisierung und die politische Machtergreifung durch die Arbeiterklasse als deren Voraussetzung.<sup>38</sup> Seine Reden sind durchzogen von scharfer Polemik gegen die unsoziale Steuerpolitik, gegen die Umverteilungsprozesse von unten nach oben, gegen die Aushöhlung sozialer Errungenschaften der Novemberrevolution und gegen die Klassenjustiz, mit der jeder Widerstand der Arbeiter unterdrückt werde.<sup>39</sup> Im Unterschied zu seinen früheren Reden bekannte Henke freilich im November 1920, dass der Kampf zur Eroberung der politischen Macht „kein so einfacher gradliniger Kampf“ sei. Ein großes Hindernis stelle die „kolossale Macht des Kapitalismus“ dar, und er schloss: „Ist der ganze Sozialismus heute noch nicht erreichbar [...], so ist er doch zum Teil möglich, und wir zeigen den Arbeitern den Weg.“<sup>40</sup> Der zum Anschluss an die Kommunistische Internationale bereite Abgeordnete der USPD Wilhelm Koenen bezeichnete diesen Standpunkt der „Rechtsunabhängigen“ als eine „verdächtige Annäherung an die Rechtssozialisten“.<sup>41</sup>

Nichtsdestoweniger behielt Henke auch nach der Vereinigung des linken Flügels seiner Partei mit der KPD als Sprecher der verkleinerten USPD-Fraktion seine prinzipielle Kapitalismuskritik bei, so wenn er die

---

35 Siehe Wheeler, USPD, S.271.

36 Siehe Protokoll der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Wien vom 22. bis 27. Februar 1921. Mit einer Einleitung zum Nachdruck von Konrad von Zwehl, Berlin-Bonn 1978, S.133.

37 Siehe Henkes Bericht der Reichstagsfraktion in: USPD. Protokoll der Verhandlungen des Parteitages in Leipzig vom 8. bis 12. Januar 1922, Leipzig o. J., S.77-86.

38 Siehe z. B. die Rede Henkes vom 20. Dezember 1920, in: Verhandlungen des Reichstags, Bd. 345, S.1144-1150.

39 Siehe z. B. die Reden Henkes am 11. März und 2. Juni 1921, in: ebenda, Bd. 348, S.2815-2820; Bd. 349, S.3746-3755.

40 Ebenda, Bd. 345, S.1149.

41 Ebenda, S.1157.

Belastung der Arbeiter durch die Kriegsfolgen (Steuern, Lohnabbau bei ständigen Preiserhöhungen usw.) offenlegte und anprangerte, wie das Kapital Steuern hinterzieht, Gelder ins Ausland verschiebt und zugleich über die Notlage der Industrie lamentiert. Der SPD warf er vor, diese Gegensätze durch kosmetische Operationen in der Gesetzgebung zu verschleiern, weil ihr „jegliches sozialistisches Empfinden abhanden“ komme.<sup>42</sup> Im Juni 1921 bescheinigte Henke den Rechtssozialisten im Reichstag „Grundsatzlosigkeit“ ihrer Sozialpolitik, die das Proletariat täusche und von ihm „auf das schärfste“ bekämpft werde.<sup>43</sup>

Nach den blutigen Märzkämpfen 1921 protestierte Henke gegen die brutale Rache der Polizei und Justiz an den beteiligten Arbeitern. Zugleich richtete er scharfe Angriffe gegen die SPD. Die Märzaktion der KPD sei ein „Widerspiel der total verkehrten Politik der Mehrheitssozialdemokraten“ gewesen. Ihre grundsatzlose Politik, stellte er fest, „mußte mit Notwendigkeit zu einem überschwenglichen Radikalismus in Deutschland führen“, die Sozialdemokratie trage also Mitschuld und Verantwortung für das, „was die kommunistischen Arbeiter aus Anlaß der unsinnigen Parole getan haben“. Henke forderte unbedingte Solidarität mit den verurteilten „verirrten Klassengenossen“.<sup>44</sup>

Im Januar 1922 polemisierte Henke heftig gegen die sozialdemokratische Koalitions- und die gewerkschaftliche Arbeitsgemeinschaftspolitik. Regierungsämter seien keine Machtpositionen. Er warnte die Arbeiter vor den „falschen Führern“, die sie auf ein falsches Gebiet verleiteten, vor allem vom Weg des Klassenkampfes wegführten, sodass es bei den Arbeitern zu einem Zustand käme, „zu dem auch die Führer der Rechtssozialisten selbst gekommen sind, zum Zerfall, zur Versumpfung hinsichtlich der sozialistischen Lehre“.<sup>45</sup>

Henke klagte unter dem Beifall der kommunistischen Fraktion die rechtssozialdemokratischen Führer an, mit ihrer Militär- und Sicherheitspolitik in Gestalt der von ehemaligen kaiserlichen Offizieren getragenen Reichswehr „eine reaktionäre, eine konterrevolutionäre und antirepublikanische Einrichtung“ geschaffen zu haben statt einer republikanischen Volkswehr.<sup>46</sup>

---

42 Siehe die Reden Henkes am 18. Dezember 1920 und 10. März 1921, in: ebenda, Bd. 346, S.1875-1878; Bd. 348, S.2815-2820, 2830-2833, Zitat S.2830.

43 Ebenda, Bd. 349, S.3752.

44 Ebenda, S.3754f.

45 Ebenda, Bd. 352, S.5688f.

46 Ebenda, S.5694.

Als die sozialdemokratische Fraktion im März 1922 einem Steuerkompromiss mit den bürgerlichen Parteien zustimmte, nannte Henke dies „eine Folge ihres knochenweichen Reformismus“. Sich dabei obendrein auf Marx und Engels zu berufen, komme „fast einer Leichenschändung gleich“.<sup>47</sup>

### *Von Bremen nach Berlin*

Als Henke derart mit den Rechtssozialisten ins Gericht ging, hatte er seinen Lebensmittelpunkt bereits von Bremen nach Berlin verlegt. In der Hansestadt war er nach wie vor journalistisch tätig, und bis Ende 1922 nahm er auch sein Mandat als Mitglied der Bremer Bürgerschaft wahr, das er zuletzt im Juni 1920 gewonnen hatte. Mit Henke als Spitzenkandidat eroberte die Bremer USPD 31,5 Prozent der Stimmen und stellte weit vor der Deutschen Demokratischen Partei und der SPD die mit 37 Sitzen stärkste Fraktion.<sup>48</sup> Sein Ruf als Sachwalter von Arbeiterinteressen in Bremen und seinem Umfeld war so groß, dass er in den Reichstagswahlen der Weimarer Republik bis 1930 trotz seines Umzuges nach Berlin stets den Wahlkreis Weser-Ems für sich und seine Partei gewann.

Dass Henke sein über Jahrzehnte bestens vertrautes Wirkungsfeld an der Wasserkante dennoch verließ, hatte mehrere Gründe. Als er Ende Februar 1919 von der ersten Sitzungsperiode der Nationalversammlung nach Bremen heimkehrte, waren die Redakteursposten in der „Bremer Arbeiter-Zeitung“ (BAZ) von anderen besetzt. Er schrieb zwar weiter für diese Zeitung der USPD, trat als Redner in den Versammlungen der Partei hervor und beteiligte sich an Debatten der Bremer Bürgerschaft, aber er hatte keinerlei feste Anstellung. Im Oktober 1919 vertraute ihm die Zentrale der USPD die Redaktion der neuen, in Berlin erscheinenden kommunalpolitischen Zeitschrift „Die Sozialistische Gemeinde“ an, eine Aufgabe, die er bis in den Herbst 1921 von Bremen aus erfüllte. Er schrieb nicht nur selbst Artikel und Kommentare für dieses Blatt, sondern erwarb durch das Redigieren der Beiträge seiner Autoren ein umfangreiches und aktuelles kommunalpolitisches Wissen.<sup>49</sup> In diesen Jahren wur-

---

47 Ebenda, Bd. 353, S.6340.

48 Siehe Karl-Ludwig Sommer: Arbeiterbewegung und Republik in den 20-er Jahren, in: Hartmut Müller (Hrsg.): Bremer Arbeiterbewegung 1918-1945 „Trotz alledem“, Berlin 1983, S.34-36.

49 Siehe BAZ, 28. und 30.8.1919; Staatsarchiv Bremen (StAB), 7,123-12, unpag.; Die Sozialistische Gemeinde. Kommunalpolitische Zeitschrift der Unabhängigen Sozialdemokratie, Jg. 1-4 (1919-1922).

de sich Henke zunehmend bewusst, dass sein politischer Radikalismus gescheitert und eine Stellung zwischen der KPD und der angestammten Sozialdemokratie auf Dauer nicht zu halten war. Die USPD Bremens verlor ihren Wählervorsprung gegenüber der SPD zwischen den Bürgerschaftswahlen 1920 und 1921.<sup>50</sup>

Sicher spielte für den Familienmenschen Henke auch der Wunsch eine bedeutende Rolle, mit Frau und Kindern sorgenfrei zu leben und dafür eine zukunftsichernde Stellung einzunehmen. Ihm kam daher offenbar gelegen, dass sich sein Berliner Fraktionskollege Fritz Zubeil im Herbst 1921 unter den Reichstagsabgeordneten der USPD nach erfahrenen Parteigenossen umsah, um sie für eine kommunalpolitische Tätigkeit in jenen nach der Schaffung Groß-Berlins im Oktober 1920 entstandenen Stadtbezirken der Hauptstadt zu gewinnen, in denen die USPD bei den Kommunalwahlen besonders gut abgeschnitten hatte.<sup>51</sup> Henke griff zu und wurde Berliner Kommunalbeamter.

Im drittgrößten Berliner Stadtbezirk Reinickendorf mit einer starken Industriearbeiterschaft hatten die drei Arbeiterparteien die Mehrheit in der Bezirksverordnetenversammlung.<sup>52</sup> Da sie sich nicht auf einen Kandidaten einigen konnten, war der linksliberale Karl Julius Reichhelm zum Bezirksbürgermeister gewählt worden, der USPD als stärkster Fraktion stand aber die Position seines Stellvertreters zu. So wurde Alfred Henke am 1. Oktober 1921 als Stadtrat und Stellvertretender Bürgermeister von Berlin-Reinickendorf eingestellt. Als Stadtrat mit einem Jahresgehalt von 80.000 Mark wurden ihm die Ressorts für Schule, Bildung und Kunst sowie Gesundheitswesen zugeordnet.<sup>53</sup> Seine formelle Wahl erfolgte am 18. Januar 1922.<sup>54</sup> Der prominenteste Mitarbeiter an seiner Seite war der von

50 Siehe 110 Jahre Bürgerschaftswahlen im Lande Bremen 1854 bis 1963, in: Statistische Monatsberichte Land Freie Hansestadt Bremen, H. 5/6, Bremen 1966, S.134.

51 Siehe Wilhelm Dittmann: Erinnerungen, hrsg. von Jürgen Rojahn, Bd. 2, Frankfurt/Main-New York 1995, S.811. Wilhelm Dittmann lehnte ab, Carl Herz (Hamburg Altona) wurde 2. Bürgermeister in Berlin-Spandau, 1926 Bezirksbürgermeister von Berlin-Kreuzberg. Siehe Paul Frölich: Im radikalen Lager. Politische Autobiographie 1890-1921, hrsg. von Reiner Tosstorff, Berlin 2013, S.83.

52 Zur ökonomischen und sozialen Struktur von Reinickendorf zwischen 1920 und 1933 siehe Axel Reibe: Reinickendorf, Berlin 1988, S.78-83; Michael Zaremba: Reinickendorf im Wandel der Geschichte, Berlin 1999, S.124-130; Christoph Hamann: Stadterkundungen zum Widerstand 1933-1945 in Berlin-Reinickendorf, Berlin 1996, S.9, 12-14.

53 Landesarchiv Berlin (LAB), A Rep 060-05, Nr. 2, unpag.

54 Erster Verwaltungsbericht für die neue Stadtgemeinde Berlin für die Zeit vom 1. Oktober 1920 bis 31. März 1924, H. 28: Verwaltungsbezirk Reinickendorf, Berlin o. J., S.11.

ihm 1922 als Stadtarzt und Leiter des Gesundheitsamtes gewonnene und vielfältig mit der Arbeiterbewegung verbundene Arzt und Sexualpädagoge Dr. Max Hodann.<sup>55</sup>

Umfangreiche kommunalpolitische Erfahrungen aus der jahrelangen Arbeit als Abgeordneter in der Bremer Bürgerschaft erleichterten Alfred Henke die Einarbeitung in das neue Metier und deren Koordination mit den Aufgaben des Reichstagsabgeordneten. Zugleich waren bedeutende politische Entscheidungen für die eigene Position in der Landschaft der Arbeiterparteien zu treffen. Als die akute Gefährdung der Republik durch zunehmende rechtsextreme Terrorakte, die am 21. Juni 1922 in der Ermordung des Reichsaußenministers Walter Rathenau gipfelten, offensichtlich war, rollte eine Welle von Protesten durch das Land, getragen von allen Arbeiterparteien und unterstützt von den bürgerlichen Parteien der Mitte. Die einsetzende Debatte über ein Gesetz zum Schutz der Republik führte zu einer deutlichen Annäherung der USPD an die SPD. Die Mehrheit der USPD fühlte sich ohnehin zwischen den polarisierenden Parteien der Kommunisten und Sozialdemokraten eingeklemmt. Ihre parlamentarischen Auftritte nahmen resignative Züge an.

Im Juli 1922 verschärfte Henke seinen polemischen Ton gegenüber der KPD, die „Todsünden zum Schaden des Proletariats auf sich geladen hat“ und sich mit ihrer „Alles-oder-Nichts“-Politik gegen den gesetzlichen Schutz der Republik wandte. Zugleich lobte er die SPD, die in Gesprächen zu erkenne gebe, dass sie in diesen Tagen gelernt und damit Hindernisse aus dem Weg geräumt habe, die den Zusammenschluss des Proletariats aufgehalten hätten. Für seine Fraktion erklärte er, sie erfülle das mit Freude, und man wolle auf dem Weg des Zusammenschlusses und der kommenden Einheit des Proletariats, „hinweg über alles Trennende“, weitermarschieren. Beifall und Bravorufe von USPD- und SPD-Abgeordneten begleiteten Henkes letzte große Parlamentsrede für die USPD.<sup>56</sup>

Auf dem Parteitag im September 1922 stimmte Henke dem Beitritt der USPD zur SPD zu, ohne in der durchaus kontroversen Debatte das Wort zu nehmen. Er wurde zum Delegierten des anschließenden Vereinigungsparteitags in Nürnberg gewählt. Auch hier ergriff er nicht das Wort. 1924 in Berlin, 1925 in Heidelberg und 1929 in Magdeburg nahm er an den Parteitagen der SPD als zeitweiliges Mitglied des Parteiausschusses bzw. der

---

55 Siehe Wilfried Wolff: Max Hodann (1894-1946). Sozialist und Sexualreformer, Hamburg 1993, bes. S.9, 34. Ein literarisches Denkmal für Hodann errichtete Peter Weiss in seinem Roman „Die Ästhetik des Widerstands“.

56 Siehe Verhandlungen des Reichstags, Bd. 356, S.8720-8726.

Programmkommission bzw. als Reichstagsabgeordneter teil. An den Debatten beteiligte er sich auch hier nicht. Offenbar mochte er sich nach dem Scheitern des von ihm an hervorragender Stelle mitgestalteten Projekts USPD nicht mehr exponieren. Ihm konnte kaum verborgen bleiben, dass ihm zwar Ämter und das Reichstagsmandat verblieben waren, er aber zugleich mit dem „Makel“ behaftet war, fünf Jahre lang in einer alternativen Sozialdemokratie auf deren linkem Flügel gestanden zu haben. Henkes revolutionäre Lebensperiode war zu Ende gegangen.

In eingeschränktem Maße blieb ihm die Tribüne des Reichstags. Dreimal, im Mai 1923, im August 1925 und im Juli 1926 hatte er Gelegenheit, sich zu grundlegenden Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik zu äußern.<sup>57</sup> Er kritisierte die sozial ungerechte Steuerpolitik und die Machenschaften der Konzerne, um aus der Inflation Gewinn zu ziehen. Er beklagte das mangelnde „Verantwortungsgefühl der Wirtschaftsführer“, die „trostlosen Finanzverhältnisse, besonders der Kommunen“, und forderte Verbesserungen der sozialen Lage der arbeitenden Bevölkerung durch eine stärkere Belastung der hohen Einkommen und Vermögen. Im Unterschied zu den Reden des Fraktionsvorsitzenden der USPD fehlte den sachkundigen Analysen des Redners der SPD jeder Appell an die Arbeiter, für die eingeforderten Reformen außerparlamentarisch aktiv zu werden. Jeder Hinweis auf Klassenkampf und Revolution ist vermieden. Sein Appell vom 2. Juli 1926 klingt hilflos: „Wir rufen, da wir in dieser Stunde leider nichts weiter machen können, in das Land hinaus, in die Ohren der breiten Massen [...] Die Massen mögen also alles tun, was sie zu tun in der Lage sind [...] Wir werden auf dem Posten sein.“<sup>58</sup>

Seine wohl denkwürdigste Rede – ein Hohelied auf den prinzipiellen Antifaschismus der Arbeiterschaft – hielt Henke in diesen Jahren am 14. Mai 1923. Er verurteilte scharf den Antisemitismus als „Teil der Weltanschauung aller Faschisten“. Er analysierte die besonders in Bayern durch die „Hitler-Garden“ heraufbeschworenen Gefahren für die Existenz der Republik. Die Nationalsozialisten seien „Sumpfgewächse eines gesellschaftlichen Sumpfes, der sich unter dem im November 1918 zusammengebrochenen Staats- und Herrschaftsregime gebildet hat. Ein Sumpfgewächs [...] in einem Sumpfe, wie er sich nur im Boden einer kapitalistischen Gesellschaft bilden konnte.“ Geradezu prophetisch rief Henke aus: „Wenn die Faschisten in Deutschland einen Erfolg haben würden, dann

57 Siehe ebenda, Bd. 359, S.10919-10925; Bd. 387, S.4008-4014; Bd. 390, S.7837-7841.

58 Ebenda, Bd. 390, S.7841.

würde die deutsche Bourgeoisie vor ihnen genauso auf dem Bauche liegen wie die italienische vor Herrn Mussolini. Darum ist es an der Zeit, dieser großen Gefahr mit größter Energie zu begegnen.“ Nur die Arbeiter könnten das Unheil abwenden. Sie hätten zwar die Gewalt nicht zum Prinzip ihres Handelns erhoben, aber: „Die Arbeiterschaft wird vor diesen Banden nicht weichen, sondern es wird für sie heißen: Kampf diesen Gewalthaufen gegenüber, bis sie verschwunden sind.“<sup>59</sup>

Seine letzte Reichstagsrede hielt Henke im Juli 1927 zur Zoll- und Steuerpolitik mit der Ankündigung, der Tag der Abrechnung mit Regierung und Kapital werde im nächsten Wahlkampf kommen.<sup>60</sup> Danach verstummt der Abgeordnete Alfred Henke auf den hinteren Bänken der Fraktion endgültig bis zu seinem Ausscheiden aus dem Reichstag im November 1932.

Über Henkes Wirken als Kommunalpolitiker in Berlin-Reinickendorf ist infolge des Verlusts der einschlägigen Ressortakten fast nichts bekannt. In der lokalen Presse des Stadtbezirks ist von Henke nicht die Rede. Aus seiner Arbeit als für das Schulwesen zuständigen Stadtrat wissen wir etwas aus einer Schulfestschrift. Darin erinnert sich der zeitgenössische Direktor, dass ein Stadtrat Vorsitzender des Schulkuratoriums geworden sei, „der den Aufgaben der Höheren Schulen seinem Werdegang nach denkbar fern stand“, ihn „aber als den Leiter des Realgymnasiums stets korrekt, zurückhaltend“ behandelt habe.<sup>61</sup>

Über gute Ergebnisse der Arbeit des Stadtrats geben indirekt die Verwaltungsberichte Auskunft. Der Arbeiterbezirk Reinickendorf stach hervor durch einen bemerkenswerten Ausbau des Gesundheitswesens, die Kapazitätserweiterung klinischer Einrichtungen, die Einführung der sozialen Krankenhausfürsorge, den Ausbau der Schwangeren-, Säuglings-, Kleinkinder- und Tuberkulosefürsorge und andere soziale Leistungen. Im Schulbereich gelang es, weitgehend kostenfreie Lernmittel für die Volks- und Mittelschüler zu sichern. Werkunterricht wurde eingeführt und der Schwimmunterricht gefördert, ebenso der schulische Theaterbesuch. In Henkes Amtszeit fallen der Aufbau einer Stadtbibliothek und eine bedeutende Vermehrung der Volksbüchereien und ihrer Leserzahlen.<sup>62</sup>

---

59 Siehe ebenda, Bd. 360, S.11047-11056.

60 Siehe ebenda, Bd. 393, S.11412-11415.

61 Friedrich-Engels-Schule 1905-1955, vormalig Manfred von Richthofen-Schule, Realgymnasium Reinickendorf, Berlin 1955, S.13, 20.

62 Siehe z. B. Verwaltungsbericht der Stadt Berlin 1924-1927, H. 28.: Verwaltungsbezirk Reinickendorf, Berlin 1931, S.12f., 18.

*Alfred Henke im Dritten Reich und sein Tod 1946*

Der Beginn der Nazidiktatur beendete die kommunalpolitische Laufbahn Alfred Henkes. Bereits am Morgen nach der Reichstagsbrandprovokation vom 27. Februar 1933 wurde sein politisch exponiertester Mitarbeiter, Stadtarzt Dr. Max Hodann, verhaftet.<sup>63</sup> Knapp einen Monat später meldete die lokale Presse, die der SPD angehörenden Reinickendorfer Stadträte Alfred Henke, Paul Hecht und Alexander Meyer seien beurlaubt worden.<sup>64</sup> Bei der Bezirksverordnetenwahl am 12. März 1933 hatten KPD und SPD zusammen noch über 3.000 Stimmen mehr erhalten als die NSDAP. Zwei Wochen später erhob sich die Hitlerpartei über das Wählervotum zur absoluten Mehrheit, indem den kommunistischen und sozialdemokratischen Bezirksverordneten die Mandate aberkannt wurden.<sup>65</sup> Am 1. April traten „Staatskommissare“ an die Spitze der Reinickendorfer Verwaltung.<sup>66</sup> Einer von ihnen, SA-Obersturmbannführer Dr. Walter Pauls, usurpierte Henkes Ämter als Stellvertreter des Bürgermeisters und Stadtrat.<sup>67</sup> Noch bevor am 7. April 1933 die „rechtlichen“ Rechtfertigungen in Gestalt des Gesetzes über die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums in Kraft traten, war die Verwaltung des Arbeiterbezirks Reinickendorf von Arbeitervertretern, auch von Alfred Henke, „gesäubert“.

Im Unterschied zu seinem Parteifreund und Ratskollegen Alexander Meyer, den ein Dienststrafverfahren zur „Dienstentlassung bzw. Aberkennung des Ruhegehalts“ traf,<sup>68</sup> wurde Henke, der am 1. März 1933 das Pensionsalter erreicht hatte, nach der Beurlaubung offenbar zunächst pensioniert. Doch 1934 entzogen ihm die faschistischen Machthaber die Pension. Henke verblieben monatlich 75,30 Reichsmark Altersrente, für die er jahrelang bei einer Versicherung eingezahlt hatte.<sup>69</sup> Physische Repressalien blieben Henke erspart. Als die Gestapo im August 1944 während der Ak-

---

63 Nord-Berliner Tagespost, 28.2.1933; Hans-Jürgen Bergmann: Max Hodann, in: Bernhard Meyer/Hans-Jürgen Mende (Hrsg.): Berliner jüdische Ärzte in der Weimarer Republik, Berlin 1996, S.134f.

64 Nord-Berliner Tagespost, 23.3.1933.

65 Zaremba, Reinickendorf, S.129.

66 Siehe Nord-Berliner Tagespost, 3. und 7.4.1933; Gertraud Eva Schrage: Auf dem Weg in die neue Zeit. Die Bürgermeister, Amtsvorsteher und Bezirksverordnetenvorsteher von 1874 bis heute, in: 100 Jahre Rathaus Reinickendorf, Berlin 2011, S.51f.

67 LAB, A Rep. 050-08, Nr. 65, unpag.; Schrage, Auf dem Weg, S.53.

68 Nord-Berliner Tagespost, 4.4.1933.

69 Henke an Kaisen, 11.12.1945, in: StAB, 7,97/3-1.

tion „Gewitter“ alle früheren Mandatsträger der SPD und KPD verhaftete, war er wegen seines hohen Alters und der Untauglichkeit für Lagerarbeiten von der Generalrazzia ausgenommen.<sup>70</sup>

Als „Stadtrat i. R.“ bzw. „Stadtrat a. D.“ verbarg sich Henke in einer „inneren Emigration“. Das Ehepaar Henke zog 1935 von Tegel nach Heiligensee, wo es in einem Zweifamilienhaus das Erdgeschoss bewohnte.<sup>71</sup> Anna Henke umsorgte ihren gesundheitlich zunehmend labilen Mann, der häufig bettlägerig war. Über die Kontakte mit den verheirateten Kindern, mit der Familie des früheren Bremer Parteigenossen und Journalistenkollegen Hans Hackmack sowie mit einer befreundeten Familie in Hamburg wurde eine bescheidene Beziehung zur Außenwelt aufrechterhalten. Hin und wieder erleichterten Päckchen das Leben in einem Hause, in dem es winters an Heizmaterial mangelte.<sup>72</sup>

Am 26. November 1943 überlebten Anna und Alfred Henke knapp einen Bombenangriff, der ihr Haus zerstörte. Ihr gesamtes Hab und Gut einschließlich der Bibliothek Henkes waren fast total verloren. Ihre Tochter Edith nahm sie für einige Wochen auf.<sup>73</sup> Ende Dezember 1943 fanden sie eine zeitweilige Unterkunft in der Borsigsiedlung beim Maschinenbauer Wilhelm Kohler, Ziegenorter Pfad 20, ehe sie am 3. März 1944 in die Abgeschiedenheit des Altmarkdorfes Wannefeld bei Gardelegen evakuiert wurden. Dort lebten sie auf dem Hof von H. Drefenstedt in einem Raum, der Küche, Wohn- und Schlafräum zugleich war.<sup>74</sup> Henke, seit Langem an einer perniziösen Anämie erkrankt, litt unter der „Qual“, „unter den Bauern zu leben, die den Städtern feindlich und mißtrauisch, hart und geizig gegenüberstehen, wenn man nicht für sie zu schufteln vermag“.<sup>75</sup>

Alfred Henke erlebte den 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung, wiewohl sich sein Gesundheitszustand weiter verschlechterte und die materielle Not fast noch größer wurde. Die Rentenzahlung aus Berlin blieb aus. Seine Anträge, ihm wenigstens einen Teil der von den Nazis geraubten Pension zu zahlen, blieben ohne Antwort. Anna Henke konnte die Lebens-

---

70 Siehe BArch, R 58/494, Bl. 4, sowie BArch, R 58/775, Bl. 1f.

71 Berliner Adressbücher 1934 und Folgejahre.

72 Siehe StAB, 7,123-12, besonders den Brief Anna Henkes an die Familie Hackmack, o. D. (wohl Juli 1939) sowie den Brief Henkes an Jenny Hackmack, Osterwoche 1941.

73 Siehe Briefe Henkes vom 30.11./1.12.1943 und 5.1.1944, in: StAB, 7,123-13; Henke an Kaisen, 11.12.1945, in: StAB, 7,97/3-1.

74 LAB, B Rep. 021, EMK, Auskunft vom 7.3.2014; Kreisarchiv Salzwedel, Melderegister der Gemeinde Wannefeld, Nr. 1167/1168.

75 Henke an Kaisen, 11.12.1945, in: StAB, 7,97/3-1.

mittelnot nur wenig durch „Hamstern“ lindern. Henke schrieb, seine Not und Armut überträfen noch bei Weitem die im Proletarierhaushalt seiner Kindheit und Jugend erlebte. Er litt unter der geistigen Isolation durch das Fehlen von Büchern. Dennoch schrieb er: „Ich würde sicher manches noch zu sagen haben und habe auch bereits versucht zu Worte zu kommen.“ Aber auf einen Artikel zum 125. Geburtstag von Friedrich Engels für die Berliner Zeitung der SPD fehle jedes Echo.<sup>76</sup>

Henkes historischer Optimismus blieb jedoch ungebrochen. Er stützte sich auf die Tatsache, dass vielerorts Vertreter der Arbeiterbewegung an der Spitze des Wiederaufbaus und der Arbeiterpresse standen. An den sozialdemokratischen Bremer Senatspräsidenten Wilhelm Kaisen schrieb er: „Uns Sozialdemokraten, hinter denen, wie ich hoffen darf, aufs Neue zahlreiche Frauen und Männer [...] stehen, bedeutet beides ein gutes Omen, geeignet, uns freudig in die Zukunft blicken zu lassen.“ Henke bewegte das weitere Schicksal der Arbeiterbewegung, so z. B. die Positionen der SPD und KPD zur Bodenreform und zur Demokratie in einem neuen Deutschland. Und er äußerte zum diskutierten Zusammenschluss der SPD mit der KPD: „Im Interesse der Arbeiterklasse läge eine solche Einheit gewiß, damit sie ihren politischen Einfluß konzentriert auf die sich ihr darbietenden Punkte richten kann.“<sup>77</sup>

Seinen letzten Brief schrieb Henke am 11. Februar 1946 an seinen früheren Bremer Parteisekretär Wilhelm Pieck, nun Vorsitzender der KPD, mit der Bitte um Hilfe beim Auffinden seiner ältesten Tochter Eleonore, die mit ihrer Familie in der Sowjetunion lebte, und seines Sohnes Erich, der als Soldat an der Ostfront vermisst gemeldet war.<sup>78</sup>

In den Tagen danach versank Alfred Henke in einer zunehmenden Agonie.

Der Gardelegener Sozialdemokrat Dieter Rieke berichtet in seinen Erinnerungen, er habe Henke in diesen Tagen aufgesucht und ihm Grüße der Gardelegener Genossen überbracht. Anna Henke habe ihm die Tagebücher ihres Mannes mit der Bitte übergeben, sie dem Parteivorstand der SPD zu übermitteln.<sup>79</sup>

76 Henke an Hamburger Familie, Weihnachten 1945, in: StAB, 7, 123-13.

77 Henke an Kaisen, 11.12.1945, in: StAB, 9, S 3, unpag.

78 Anna Henke an Hamburger Familie, 14.3.1946, in: StAB, 7, 123-13.

79 Dieter Rieke: *Geliebtes Leben. Erlebtes und Ertragenes zwischen den Mahlsteinen deutscher Geschichte*, Berlin 1999, S.82f., 85f. Anna Henke berichtete über diesen Besuch in ihrem sehr detaillierten Bericht über die letzten Lebenstage und den Tod ihres Mannes nichts. Die Tagebücher sind unauffindbar.

Alfred Henke starb am 19. Februar 1946. Nur seine Frau Anna begleitete ihn drei Tage später zum Friedhof in Wannefeld, wo er unter einem Holzkreuz begraben wurde. Sie berichtete wenige Wochen später, der SPD-Vorstand in Gardelegen habe sich, als er um einen Trauerredner gebeten wurde, erschüttert gezeigt, dass „eine solche Persönlichkeit hier gewohnt hatte und so einsam sterben mußte“, denn man hätte Henke doch, z. B. durch eine Krankenhauseinweisung, helfen können.<sup>80</sup> Hier treffen sich das Zeugnis Anna Henkes und die Erinnerungen Dieter Riekes. Er schloss seine Erinnerungen an Alfred Henke mit den Worten: „In Gardelegen berichtete ich meinen politischen Freunden über das Schicksal von Alfred Henke. Sie nahmen kaum Notiz davon, es gab andere Probleme und Sorgen [...]. Was gilt da schon das Gedenken an einen verstorbenen Reichstagsabgeordneten?“<sup>81</sup> Nur der Bremer „Weser-Kurier“, dessen Lizenzträger Hans Hackmack geworden war, teilte den Tod Alfred Henkes in einem kurzen Nachruf mit.<sup>82</sup>

Jahrzehnte später benannte man in Bremens Stadtteil Arsten eine Straße nach Alfred Henke. 2003 wurde die Grabstelle in der Altmark mit einem Gedenkstein versehen. Es bedarf aber mehr als eines Straßennamens und eines Grabsteins, um Alfred Henkes Leben in das kollektive Gedächtnis der linken Bewegungen unserer Zeit zu heben. Das Urteil seiner früheren linksradikalen Kampfgefährten, Henke sei als ein stets Schwankender der von ihm vertretenen Arbeiterpolitik in den Rücken gefallen, bedarf der differenzierenden Korrektur. Dabei sollte von einer beachtenswerten Bemerkung Franz Mehrings über die Unabhängigen Sozialdemokraten ausgegangen werden: „Als Personen darf man ihren Mitgliedern nichts Übles nachsagen; es sind sehr tüchtige Kräfte darunter, und sie alle wollen gewiß das Beste. Aber als Partei sind sie unter keinem günstigen Stern geboren.“<sup>83</sup>

---

80 Anna Henke in ihrem Bericht vom 14.3.1946.

81 Rieke, *Leben*, S.84.

82 *Weser-Kurier*, 27.2.1946.

83 Offenes Schreiben Franz Mehrings an die Bolschewiki vom 3. Juni 1918, zit. nach: *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. 3, Berlin 1966, S.461 (Dok. 11).

# Eine transnationale Freundschaft im Zeitalter der Extreme: Leo Trotzki und die Pfemferts

Marcel Bois

Es muss ein trüber Tag im Januar des Jahres 1933 gewesen sein. Gerade einmal fünf Personen hatten sich auf dem Friedhof in Berlin eingefunden. „Gesprochen wurde nicht. Jeder legte einige Blumen auf den Sarg und wartete, bis das Grab zugeschaufelt war“, erinnerte sich einer der Anwesenden.<sup>1</sup> Bestattet wurde die russische Kommunistin Zinaida Volkova. Sie hatte – an Lungentuberkulose und schweren Depressionen leidend – am 5. Januar im Alter von gerade einmal 31 Jahren Selbstmord begangen.<sup>2</sup>

Nicht einmal Zinaidas Eltern konnten zur Trauerfeier kommen. Sie lebten im türkischen Exil, auf einer vor Istanbul gelegenen Insel. Eine Reise nach Deutschland war unmöglich, denn seit Jahren verweigerten die meisten europäischen Staaten dem Vater Leo Trotzki die Einreise.<sup>3</sup> Obwohl in der russischen Heimat entmachtet, erschien er den Regierungen des Kontinents wohl noch immer als gefährlicher Agitator.

Sämtliche Formalitäten rund um die Beerdigung erledigte daher Alexandra Pfemfert.<sup>4</sup> Sie hatte sich um Zinaida gekümmert, seitdem die

---

1 Siehe Karl Retzlav: Spartakus. Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters, 2., durchges. Aufl., Frankfurt/Main 1972, S.353.

2 Hierzu ausführlich: Pierre Broué: Trotzki. Eine politische Biographie, Bd. 2, Köln 2003, S.838-848. Siehe auch: Der Polizeipräsident in Berlin, Polizeiamt Lichtenberg-Friedrichshain an Leo Sedoff, 18.03.1933, Trotsky-Archive, Houghton Library, Harvard University, Cambridge (im Folgenden: TA Harvard), bMS Russ 13.4, D 90: „Ihre Schwester Senaide Volkoff, geb. Bronstein wurde am 5. Januar 1933 gegen 14 Uhr in der Wohnung der Witwe Beck, Berlin-Karlshorst, Treskowallee 74 tot aufgefunden.“

3 Zum Versuch, ein Visum für Deutschland zu erhalten, siehe beispielsweise Trotzki's Korrespondenz mit dem Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld, 28.02.-16.04.1929, TA Harvard, bMS Russ 13.1, 4307-4313. Siehe außerdem das Telegramm von Leo Trotzki an Paul Löbe, 1929, TA Harvard, bMS Russ 13.1, 8929: „Herrn Reichstagspräsidenten Loebe, Berlin. Bedauere keine Gelegenheit gefunden haben mich praktisch Vorzuge demokratischen Asylrechts belehren Trotzky“. Lediglich im November 1932 wurde Trotzki die Einreise nach Dänemark genehmigt, wo er in Kopenhagen eine Rede zum fünfzehnten Jahrestag der Russischen Revolution hielt. Der Text der Rede ist veröffentlicht in: Permanente Revolution, 2. Jg, Nr. 34, 5. Dezemberwoche 1932. Ein Nachdruck erschien unter dem Titel: Leo D. Trotzki: Die russische Revolution. Kopenhagener Rede 1932, Wien 1975.

4 Franz Pfemfert an Leo Trotzki, 10.02.1937, TA Harvard, bMS Russ 13.4, D 93. Siehe auch Julijana Ranc: Alexandra Ramm-Pfemfert. Ein Gegenleben, Hamburg 2004, S.100f.

Trotsky-Tochter im Herbst 1931 nach Berlin gekommen war. Auch hatte sie sich intensiv um eine ärztliche Betreuung für die junge Frau bemüht. Gemeinsam mit ihrem Mann Franz Pfemfert gehörte sie nun zu den Trauergästen.<sup>5</sup>

Obwohl sie sich nie persönlich begegnet waren, verband die Eheleute Pfemfert seit den späten 1920er-Jahren eine Freundschaft mit Leo Trotzki.<sup>6</sup> Die beiden Männer einte die Tatsache, dass sie an den Rand der kommunistischen Bewegung gedrängt worden waren: Trotzki, führender Akteur der Oktoberrevolution und der jungen Sowjetrepublik, hatte den Fraktionskampf in der KPdSU gegen Stalin verloren und lebte nun im Exil. Pfemfert war einstmals eine wichtige Figur des deutschen Linkskommunismus. Mittlerweile hatte er diverse Organisationen durchlaufen und sich mit verschiedenen Akteuren überworfen. Seine zeitweise einflussreiche Zeitschrift „Die Aktion“ erschien nur noch unregelmäßig.

Abgesehen von ihrem scharfen Antistalinismus standen sie sich jedoch politisch eher fern. Die Pfemferts tendierten zu rätekommunistischen und syndikalistischen Positionen, Trotzki hingegen orientierte sich weiterhin am Parteikommunismus. Dennoch wurden sie zu Vertrauten. Das Ehepaar kümmerte sich um Trozskis persönliche Angelegenheiten in Deutschland. Alexandra übersetzte die Werke des russischen Dissidenten ins Deutsche.

Das Verhältnis zwischen Trotzki und den Pfemferts soll im Folgenden dargestellt werden.<sup>7</sup> Es ist die Geschichte einer ungewöhnlichen, nicht ganz unpolitischen Beziehung im oftmals bemühten Zeitalter der Extreme. Sie steht exemplarisch für Freundschaften innerhalb der kommunistischen Bewegung, die in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen über Ländergrenzen hinweg wuchsen.

Der russische Revolutionär und das deutsch-russische Intellektuellenpaar waren nicht nur Teil eines transnationalen Netzwerks linksoppositioneller Kommunistinnen und Kommunisten, sondern sie stellten gewissermaßen dessen Knoten dar: Trotzki, der polyglotte Dissident, pflegte eine umfangreiche schriftliche Korrespondenz mit diversen Akteuren des internationalen Kommunismus. In seinem Haus auf der türkischen

---

5 Siehe Retzlaw, Spartakus, S.353. Die drei anderen waren Anton Grylewicz, Karl Retzlaw und Trozskis Sohn Lev Sedov, der zu dieser Zeit ebenfalls in Berlin lebte.

6 Siehe Ranc, Ramm-Pfemfert, S.78.

7 Die Darstellung basiert auf Marcel Bois: *Kommunisten gegen Hitler und Stalin. Die linke Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Eine Gesamtdarstellung*, Essen 2014, v. a. S.284-292.

Insel Prinkipo gingen Oppositionelle aller Länder ein und aus. Die Berliner Wohnung der Pfemferts war hingegen lange Zeit ein Sammelpunkt expressionistischer Künstlerinnen und Künstler – bis sie später zum Verbindungspunkt zwischen ihrem russischen Freund und der Opposition in der Sowjetunion wurde.<sup>8</sup>

### *Forschungsstand*

Seit einiger Zeit ist ein Boom der Biografik zu beobachten, der auch kommunistische Oppositionelle umfasst.<sup>9</sup> In diese Entwicklung sind auch jene Arbeiten einzuordnen, die über die Pfemferts erschienen sind. Lange Zeit in Ost und West vergessen, können deren Lebenswege mittlerweile als gut erforscht bezeichnet werden: So legte Julijana Ranc im Jahr 2004 eine beeindruckende Monografie über Alexandra vor.<sup>10</sup> Zu Franz existiert zwar bislang keine biografische Schrift, jedoch ist ein umfangreicher Band mit Dokumenten seines Lebens veröffentlicht worden.<sup>11</sup> Hinzu kommen zahlreiche Arbeiten über „Die Aktion“, deren Kopf Pfemfert mehr als zwei Jahrzehnte lang war. Die Tatsache, dass die Zeitschrift als eines der wichtigsten Blätter des deutschen Expressionismus gilt, führte dazu, dass sie schon wesentlich früher Objekt der Forschung wurde als ihr Herausgeber.<sup>12</sup> Schon in den 1960er-Jahren erschienen erste Bände im

---

8 Zu transnationalen Netzwerken in der kommunistischen Bewegung siehe Bernhard H. Bayerlein: *Das neue Babylon – Strukturen und Netzwerke der Kommunistischen Internationale und ihre Klassifizierung*, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 2004, S.181-270. Zu selbigen im Linkskommunismus siehe Bois, *Kommunisten*, S.515-523.

9 Zu nennen sind beispielsweise: Jens Becker: *Heinrich Brandler. Eine politische Biografie*, Hamburg 2001; Mario Keßler: *Ruth Fischer. Ein Leben mit und gegen Kommunisten (1895-1961)*, Köln u. a. 2013; Ralf Hoffrogge: *Werner Scholem. Eine politische Biografie (1895-1940)*, Konstanz 2014.

10 Ranc, *Ramm-Pfemfert*.

11 Siehe Lisbeth Exner/Herbert Kapfer (Hrsg.): *Pfemfert. Erinnerungen und Abrechnungen. Texte und Briefe*, München 1998; Darin folgende einführende Beiträge: Dies.: *Vergessene Mythen. Franz Pfemfert und „Die Aktion“*, S.13-60, sowie Ders.: *Verfolgung und Paranoia. Franz Pfemfert nach der „Aktion“*, S.63-123.

12 Siehe Herwig Denker: *Der pazifistische Protest der „Aktion“*, Dissertation, Freiburg 1962; Paul Raabe: *„Ich schneide die Zeit aus“*. *Expressionismus und Politik in Franz Pfemferts „Aktion“ 1911-1918*, München 1964; Lothar Peter: *Literarische Intelligenz und Klassenkampf. „Die Aktion“ 1911-1932*, Köln 1972; Herbert Günter Dallmann: *Die Aktion/Franz Pfemfert*, in: *Europäische Ideen*, 1980, H. 48, S.61-75; Franz Pfemfert: *„Ich setze diese Zeitschrift wider diese Zeit“*. *Sozialpolitische und literaturkritische Aufsätze*, hrsg. von Wolfgang Haug, Darmstadt-Neuwied 1985; John D. Halliday: *Karl Kraus, Franz Pfemfert*

Reprint, alle Ausgaben dann im Jahr 1983. Von 1981 bis zu seinem Tod im Jahr 2013 setzte der Hamburger Verleger Lutz Schulenburg „Die Aktion“ sogar fort.

Während die Literatur zu Leo Trotzki ganze Regalmeter füllt,<sup>13</sup> ist die Zahl der Arbeiten über seine politischen Verbündeten in Deutschland überschaubar. Hierbei handelte es sich zunächst, in der zweiten Hälfte der 1920er-Jahre, um den von Hugo Urbahns geführten Leninbund, ab 1930 dann um die Vereinigte Linke Opposition der KPD – Bolschewiki/Leninisten, die erste eigenständige trotzkistische Strömung in Deutschland. Ihnen sind jeweils nur einzelne Monografien gewidmet.<sup>14</sup> Das Verhältnis zwischen Trotzki und den Pfemferts wird in diesen Arbeiten meist ignoriert, Franz und Alexandra erscheinen bestenfalls in Fußnoten.<sup>15</sup> Anders als beispielsweise Julijana Ranc nehmen die jeweiligen Autoren auch keine Kenntnisse davon, dass die Pfemferts schon sehr früh einen Anteil daran hatten, dass Trotzki in Deutschland politisch wieder Fuß fassen konnte, nachdem er lange in der kommunistischen Bewegung als „Unperson“ gegolten hatte.<sup>16</sup>

---

and the First World War. A comparative study of „Die Fackel“ and „Die Aktion“ between 1911 and 1928, Passau 1986; Ursula Walburga Baumeister: Die Aktion 1911-1932. Publizistische Opposition und literarischer Aktivismus der Zeitschrift im restriktiven Kontext, Erlangen-Jena 1996; Riccardo Bavaj: Von links gegen Weimar. Linkes antiparlamentarisches Denken in der Weimarer Republik, Bonn 2005, S.378-397; Gleb J. Albert: Ein Mann, ein Blatt: Franz Pfemfert und „Die Aktion“ 1911-1932, in: versa. Zeitschrift für Politik und Kunst, 2007, Nr. 7, S.48-62.

13 Dementsprechend sei hier nur auf zwei Standardwerke verwiesen, nämlich die bereits zitierte Biografie von Pierre Broué und auf Isaac Deutschers dreibändige Arbeit über das Leben Trotzki: Der bewaffnete Prophet. 1879-1921, Stuttgart 1962; Der unbewaffnete Prophet. 1921-1929, Stuttgart 1962; Der verstoßene Prophet. 1929-1940, Stuttgart 1963.

14 Siehe Rüdiger Zimmermann: Der Leninbund. Linke Kommunisten in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1978; Wolfgang Alles: Zur Politik und Geschichte der deutschen Trotzkisten ab 1930, Diplomarbeit, Frankfurt/Main 1978 (im Folgenden wird die 2. Auflage der veröffentlichten Fassung zitiert: Köln 1994); Annegret Schüle: Trotzkismus in Deutschland bis 1933. „Für die Arbeitereinheitsfront zur Abwehr des Faschismus“, Köln 1989.

15 So zum Beispiel bei Zimmermann, Leninbund, S.220, Anm. 27. Ähnlich bei Alles, Politik, S.7, Anm. 3f. Schüle, Trotzkismus, hat sogar darauf verzichtet, die von Pfemfert herausgegebene Zeitschrift „Die Aktion“ auszuwerten – obwohl Trotzki dort regelmäßig publiziert hat. Einzig Peter Berens wies vor einigen Jahren darauf hin, dass Franz Pfemfert „als Erster [...] Sympathien für Trotzki“ gezeigt und bereits seit dem Jahr 1925 dessen Schriften veröffentlicht habe. Peter Berens: Trotzkisten gegen Hitler, Köln 2007, S.17.

16 Siehe Ranc, Ramm-Pfemfert, S.71-101.

Auch wenn die Gestapo das Archiv der Pfmeferts zerstört hat,<sup>17</sup> konnte für die folgende Darstellung auf unveröffentlichte Quellenbestände zurückgegriffen werden. Zu nennen ist hier in erster Linie der Trotzki-Nachlass, der sich an der Harvard University im US-amerikanischen Cambridge befindet. Er umfasst einen umfangreichen Briefwechsel zwischen dem russischen Dissidenten und den Pfmeferts.<sup>18</sup>

### *Das Ehepaar Pfmefert*

Die Eheleute Pfmefert gehörten zweifelslos zu den schillerndsten Persönlichkeiten des intellektuellen linkskommunistischen Milieus der Weimarer Republik. Franz Pfmefert, der 1879 im ostpreußischen Lötzen geboren wurde, stammte aus einfachen Verhältnissen: Der früh verstorbene Vater war Bäcker, die Mutter arbeitete in einer Geflügel- und Fischhandlung. Nach dem Tod des Vaters wuchs Pfmefert zeitweilig bei der Mutter in Berlin und zeitweilig beim Großvater in Lötzen auf. Trotz seiner einfachen Herkunft bewegte er sich später wie selbstverständlich in den Kreisen der Berliner Bohème. Sein Freund, der Zürcher Arzt und Schriftsteller Fritz Brupbacher, formulierte diesen Umstand einmal wie folgt: „Pfmefert ist eine Art Naturkind mitten unter ge- und verbildeten Berlinern. Er, der Nicht-Intellektuelle, ist der beste Repräsentant des Besten, was die Intellektuellen dieser Jahre in sich trugen.“<sup>19</sup>

In Berlin, im berühmten „Café des Westens“, lernte Pfmefert die vier Jahre jüngere, aus Russland stammende Jüdin Alexandra Ramm kennen, die um 1901 in die deutsche Hauptstadt gekommen war.<sup>20</sup> Die beiden heirateten 1911 und damit in jenem Jahr, in dem die erste Ausgabe der von Pfmefert herausgegebenen Zeitschrift „Die Aktion“ erschien. Von Anfang an arbeitete Alexandra an dem Blatt mit. Sie schrieb kleine Artikel,

17 Siehe ebenda, S.8.

18 Briefe von Franz Pfmefert an Leo Trotzki, 30.09.1929 bis 22.01.1933, TA Harvard, bMS Russ 13.1, 4010-4132, sowie einzelne Briefe aus der Zeit nach 1933: bMS Russ 13.4, D 15, D 17 u. D 93. Briefe von Leo Trotzki an Franz Pfmefert, 16.04.1930 bis 19.10.1931, bMS Russ 13.1., 9700-9719; Briefe von Alexandra Pfmefert an Leo Trotzki, 14.03.1929 bis 05.06.1933, bMS Russ 13.1, 3811-3985; Briefe von Leo Trotzki an Alexandra Pfmefert, 22.04.1929 bis 23.12.1933, bMS Russ 13.1., 9508-9678; Trotzki und Alexandra Pfmefert korrespondierten fast ausschließlich auf Russisch miteinander. Wesentliche Teile dieses Briefwechsels finden sich in deutscher Übersetzung im Anhang von Ranc, Ramm-Pfmefert, S.249-406.

19 Fritz Brupbacher: 60 Jahre Ketzer. Selbstbiographie, Zürich 1935, S.240.

20 Zum genauen Zeitpunkt ihrer Ankunft in Berlin siehe Ranc, Ramm-Pfmefert, S.31.

Rezensionen und erledigte die Übersetzungen aus dem Russischen. Innerhalb kürzester Zeit entwickelte sich die Zeitschrift zum Organ führender Künstler und Schriftsteller des Expressionismus, wie Ramm-Biografin Ranc betont: „Tatsächlich kommt die Liste der Aktions-Mitarbeiter einem Lexikon der damals jungen Künstlergeneration gleich.“<sup>21</sup> Autoren wie Georg Heym, Heinrich Mann, Gottfried Benn, Oskar Kanehl und Erwin Piscator bot „Die Aktion“ ebenso ein Forum wie den Malern und Grafikern Ernst Ludwig Kirchner, Lyonel Feininger, Oskar Kokoschka und George Grosz. Zum guten Ruf der Zeitschrift trugen auch die „Aktionsabende“ bei, an denen Autoren des Heftes Lesungen abhielten. Im Jahr 1917 eröffnete Alexandra Ramm-Pfemfert zudem in Berlin-Wilmersdorf die „Aktions-Buch- und Kunsthandlung“. Hier fanden in den ersten Jahren regelmäßige Ausstellungen statt, etwa von Karl Schmidt-Rottluff und Egon Schiele. So war die Buchhandlung „mehr Plauder- und Schmökerzentrum und mehr Sammelpunkt einer intellektuellen Elite als ein Kaufladen“.<sup>22</sup>

Aus diesem Grund ist vor allem Franz heute in erster Linie als Schlüsselfigur des Expressionismus bekannt. Doch die Pfemferts verstanden „Die Aktion“ keinesfalls als reines Künstlerblatt. Vielmehr wurden in der Zeitschrift von Beginn an auch politische Fragen erörtert, wie schon der Untertitel verdeutlichte: Zunächst lautete er „Zeitschrift für freiheitliche Politik und Literatur“, später dann „Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst“. Früh, im Jahre 1911, warnte Pfemfert in der Zeitschrift vor einem möglichen Weltkrieg. Und als Rosa Luxemburg aufgrund ihrer antimilitaristischen Reden im Februar 1914 verurteilt wurde, widmete er der Revolutionärin ein Sonderheft. Unter der Rubrik „Die Aktions-Buchhandlung empfiehlt“ warben die Pfemferts in der Zeitschrift regelmäßig für Bücher anarchistischer (Bakunin, Kropotkin) und sozialistischer Theoretiker (Marx, Engels, Bebel, Mehring, Lenin, Luxemburg). Zudem war „Die Aktion“ die erste deutschsprachige Zeitschrift, die die Verfassung der jungen Sowjetunion veröffentlichte.<sup>23</sup>

Bemerkenswert ist, dass das Blatt während des Ersten Weltkrieges weiter erscheinen durfte. Offensichtlich umging Pfemfert mit großem Geschick die staatliche Zensur. Durch den Abdruck von Kriegsgedichten,

---

21 Ebenda, S.40. Dallmann, *Aktion*, S.62, schreibt: „Kaum ein Name, der später in den Kürschner kam und der nicht in der Pfemfertschen *Aktion* seine ersten bedeutenden Blüten trieb.“

22 Dallmann, *Aktion*, S.63.

23 Siehe Baumeister, *Aktion*, S.267.

die Montage von kriegsverherrlichenden Meldungen aus anderen Zeitungen und durch Sondernummern, die sich der Kultur jeweils eines „feindlichen“ Landes widmeten, gelang es ihm seine Linie beizubehalten ohne selbst das Wort zu ergreifen.<sup>24</sup> Darüber hinaus bemühte sich Pfemfert, Soldaten an der Front kostenlos mit seinem Blatt zu beliefern. Erwin Piscator erinnerte sich: „Wie oft hatte ich nachts ‚Die Aktion‘ in der Hand – und wollte sie hinüber bringen in die Gräben zu den Engländern, Kanadiern. Seht ihr, das gibt es auch! Ein anderes Deutschland! Das andere Deutschland verkörperte Pfemfert.“<sup>25</sup>

Nach dem Krieg nahm Pfemfert am Gründungsparteitag der KPD teil und wurde auch ihr Mitglied.<sup>26</sup> Ob seine Frau der Partei ebenfalls beitrug, ist nicht überliefert. Zumindest hielt sie sich aber in deren politischem Umfeld auf.<sup>27</sup> „Die Aktion“ widmete sich anfangs ausführlich der kommunistischen Bewegung. So dokumentierte Pfemfert dort das Programm des Spartakusbundes oder berichtete über die Gründung der Kommunistischen Internationale.<sup>28</sup> Vor dem Hintergrund, dass die KPD-Parteizeitung „Rote Fahne“ von März bis Dezember 1919 verboten war, ist es nicht unwahrscheinlich, dass die zu Spitzenzeiten in einer fünfstelligen Auflagenhöhe erscheinende „Aktion“ zumindest für einen Teil der Parteimitglieder zu einer wichtigen Informationsquelle wurde.<sup>29</sup>

Doch lange hielt es Pfemfert nicht in der KPD. Hatte er schon früh seine Zugehörigkeit zur Opposition verkündet,<sup>30</sup> verließ er schließlich nach dem Heidelberger Parteitag (1920) die Partei und schloss sich der neugegründeten Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD) an.<sup>31</sup>

24 Siehe Ranc, Ramm-Pfemfert, S.44f.; Albert, Mann, S.55f.

25 Zit. nach: Albert, Mann, S.56. Er gibt als Quelle an: Lutz Schulenburg: Franz Pfemfert. Zur Erinnerung an einen radikalen Intellektuellen, in: Die Aktion, 2004, Nr. 209, S.9-98, hier S.45f.

26 Siehe Die Aktion, 9. Jg., H. 35/36, 06.09.1919, Sp.612. Im Verlauf des Jahres 1919 berichtete „Die Aktion“ sehr positiv über die kommunistische Bewegung. Erst im Dezember 1919 erklärte Pfemfert in einem kurzen Beitrag: „Natürlich stehe ich [...] in der ‚Opposition‘.“ Die Aktion, 9. Jg., H. 49/50, 13.12.1919, Sp.801.

27 Siehe Ranc, Ramm-Pfemfert, S.48.

28 Siehe Die Aktion, 9. Jg., H. 2-5, 01.02.1919, Sp.51-56; H. 18, 10.05.1919, Sp.268-273.

29 Baumeister, Aktion, S.272, spricht von einer Auflagenhöhe von 30.000 bis 40.000 Exemplaren. Dallmann, Aktion, S.63, setzt die Zahl wesentlich niedriger an: „[...] die Auflage der Zeitschrift dürfte auch in ihren besten Tagen unter 10.000 Exemplaren gelegen haben, in der Nachkriegsperiode waren es deutlich weniger.“

30 Siehe Die Aktion, 9. Jg., H. 49/50, 13.12.1919, Sp.801.

31 Zu deren Geschichte siehe Hans Manfred Bock: Syndikalismus und Linkskommunis-

„Franz Pfemfert steht links von sich selbst“, witzelte man damals.<sup>32</sup> Tatsächlich sollte der Organisationswechsel fortan zu einer Art Konstante in Pfemferts politischem Handeln werden. Schon im Jahr 1921 musste er die KAPD wieder verlassen, weil er deren Nähe zur Komintern ablehnte. Kurz darauf gründete er gemeinsam mit Otto Rühle und Oskar Kanel die rätekommunistische Allgemeine Arbeiter-Union-Einheitsorganisation (AAU-E), zu deren „halboffiziellem Organ“<sup>33</sup> die „Aktion“ wurde. Auch hier kam es bald zu Fraktionskämpfen, die zur Aufspaltung in mehrere Gruppen führte, die alle den Namen AAU-E trugen. Im Jahr 1926 schloss sich Pfemfert schließlich dem von Iwan Katz gegründeten Spartakusbund linkskommunistischer Organisationen an, oft auch als „Spartakusbund Nr. 2“ bezeichnet.<sup>34</sup>

### *Trotzki wird zur „Unperson“*

Zu dieser Zeit war Leo Trotzki längst zur „Unperson“ im deutschen Kommunismus geworden. Das war keineswegs immer so: In den ersten Jahren nach der Russischen Revolution genoss er hohes Ansehen unter den KPD-Mitgliedern. Er galt als bedeutende Führungsfigur der Oktoberrevolution – „man nannte ihn stets zusammen mit Lenin in einem Atemzug“, schreibt Hermann Weber. Trotzki's Schriften wurden selbstverständlich von der KPD übersetzt und herausgegeben. Noch im Februar 1924 zierte sein Porträt – neben jenen von Lenin, Luxemburg und Liebknecht – den Tagungsraum, in dem der Bezirk Mittelrhein seine Regionalkonferenz abhielt. Und Ende September 1924 kündigte die „Rote Fahne“ einen „Trotzki-Abend“ an.<sup>35</sup>

Doch in der Sowjetunion hatte bereits eine Kampagne gegen den „Trotzkismus“ begonnen. In den Auseinandersetzungen nach Lenins Tod beschuldigte Bucharin Trotzki, vom „Leninismus“ abzuweichen. Stalin erinnerte an die menschwistische Vergangenheit Trotzki's und warf ihm vor, die „alten opportunistischen Gepflogenheiten“ noch nicht überwun-

---

mus von 1918-1923. Zur Geschichte und Soziologie der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten), der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands und der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Meisenheim am Glan 1969.

32 Dallmann, Aktion, S.72.

33 Baumeister, Aktion, S.273.

34 Hierzu Bois, Kommunisten, S.236-241.

35 Siehe Hermann Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Bd. 1, Frankfurt/Main 1969, S.93f.

den zu haben.<sup>36</sup> Zeitgleich setzte die Stalinisierung der ausländischen kommunistischen Parteien ein, also ihre zunehmende Entdemokratisierung und Unterordnung unter die sowjetische Partei.<sup>37</sup> In diesem Zusammenhang wurde die Anti-Trotzki-Kampagne auch auf die KPD übertragen. Und sie wirkte: Robert J. Alexander schätzt, dass es bereits im Jahr 1925 niemanden mehr innerhalb der deutschen Partei gegeben habe, der sich auf Trotzki berief.<sup>38</sup> Selbst in den Reihen der Opposition hatte der Gründer der Roten Armee einen schweren Stand. Pierre Broué meint, dass zeitweilig die einzigen Trotzlisten in Deutschland die sowjetischen Oppositionellen im diplomatischen Exil gewesen seien.<sup>39</sup> Zwar erinnert sich Karl Retzlaw, dass er im Jahr 1925 „eine kleine Gruppe“ gebildet habe: „Wir waren nur sechs bis zehn Genossen, die sich mehrmals in der Woche trafen, um über deutsche und russische Parteiangelegenheiten zu sprechen. [...] In unseren Diskussionen bejahten wir weiterhin Trotzki's Theorie der ‚Permanenten Revolution‘. So entstand eigentlich die erste ‚Trotzki-Gruppe‘ in Deutschland. Jedoch von einem ‚Trotzkismus‘ war noch keine Rede. Verbindung mit Trotzki hatten wir nicht; wir suchten sie nicht, Trotzki auch nicht. Wir erfuhren nicht mal, daß Trotzki im Sommer 1925 mehrere Wochen in Berlin war.“<sup>40</sup>

Doch abgesehen von solchen kleinen Zirkeln war der sowjetische Dissident tatsächlich innerhalb der deutschen Partei verpönt, selbst unter seinen späteren Bündnispartnern. Die KPD-Linken hielten ihn lange für einen „Rechten“<sup>41</sup> und taten sich daher im „Kampf gegen den Trotzkismus“ besonders hervor. „Gerade diese ‚Linksradikalen‘“, meint Broué, „veranstalten in der Partei gegen das geringste Anzeichen von ‚Trotzkismus‘ eine

---

36 Siehe Broué, Trotzki, Bd. 1, S.417; Robert V. Daniels: Das Gewissen der Revolution. Kommunistische Opposition in der Sowjetunion, Berlin 1978, S.272; Manfred Behrend: Leo Trotzki – Verdienste und Fehler eines großen Revolutionärs, in: Hintergrund. Marxistische Zeitschrift für Gesellschaftstheorie und Politik, 11. Jg., 1998, H. 4, S.6-43, hier S.26. Trotzki hingegen verwehrt sich gegen den Gebrauch des Begriffs „Trotzkismus“. Siehe Siegfried Bahne: Der „Trotzkismus“ in Geschichte und Gegenwart, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 15. Jg., 1967, S.56-86, hier S.63.

37 Hierzu exemplarisch: Weber, Wandlung.

38 Siehe Robert J. Alexander: International Trotskyism 1929-1985. A Documented Analysis of the Movement, Durham-London 1991, S.407.

39 Siehe Pierre Broué: La thèse de Maurice Stobnicer sur les trotskystes allemands, in: Les Cahiers du C.E.R.M.T.R.I., 1983, Nr. 29, Juni, S.1-10, hier S.2.

40 Retzlaw, Spartakus, S.306.

41 Zimmermann, Leninbund, S.27.

Treibjagd.“<sup>42</sup> Die führende Linkskommunistin Ruth Fischer referierte Anfang Februar 1925 bei einer Parteiarbeiterkonferenz in Essen, die unter der Losung „Gegen den Trotzismus in jeder Form“ stand.<sup>43</sup> In Berlin-Wedding brachte sie eine Resolution ein, die den Ausschluss Trotzki aus der Komintern forderte.<sup>44</sup> Auch der Oppositionelle Hans Weber erklärte im August 1926 im Namen seiner Gruppe: „Mit dem Trotzismus werden wir nie gemeinsam gehen.“<sup>45</sup> Und selbst Georg Jungclas, der später in der Bundesrepublik zu einem der führenden deutschen Trotzisten werden sollte, erinnert sich, noch 1926 starke Bedenken gegenüber dem sowjetischen Dissidenten gehabt zu haben.<sup>46</sup> Zu dieser Zeit gab es nur einen bekannten deutschen Kommunisten, der zu Trotzki hielt: Franz Pfemfert.

*„Die Aktion“ publiziert Trotzki*

Mit der einsetzenden Stalinisierung der KPD wurde „Die Aktion“ zu einer wichtigen Plattform für Gegner dieses Prozesses. Pfemfert selbst polemisierte schon, als noch die Linken um Ruth Fischer, Arkadij Maslow und Werner Scholem die Führung der KPD stellten, gegen die Entdemokratisierung der Partei. So legte er seiner Zeitschrift beispielsweise das satirische Blatt „Die Bolschewisierung. Zeitschrift für Theorie und Praxis des Maslowismus. Herausgegeben von der ‚Zentrale der Bolschewisierung‘“ bei.<sup>47</sup> Diverse kommunistische Oppositionelle kamen in der „Aktion“ zu Wort. Beispielsweise wurde dort im September 1926 die „Erklärung zur russischen Frage“ im vollen Wortlaut veröffentlicht. Hierbei handelte es sich um einen Text von fast 700 Parteifunktionären. Diese forderten die KPD-Führung auf, Diskussionen über die Entwicklung in der Sowjetunion wie-

---

42 Pierre Broué: Die deutsche Linke und die russische Opposition 1926-1928, in: Schüle, Trotzismus, S.7-34, hier S.9.

43 Siehe Beatrix Herlemann: Kommunalpolitik der KPD im Ruhrgebiet 1924-1933, Wuppertal 1977, S.61. In ihrem Referat kritisierte Fischer Trotzki „Unterminierungsversuche in der Komintern“.

44 Siehe Broué, Linke, S.9.

45 Protokoll von der VBL-Sitzung des 3. Bezirks, 09.08.1926, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin (SAPMO-BArch), RY 1, I 3/1-2/32, Bl. 67-76, hier Bl. 71.

46 Siehe Georg Jungclas: Von der proletarischen Freidenkerjugend im Ersten Weltkrieg zur Linken der siebziger Jahre. Eine politische Dokumentation. 1902-1975, Hamburg 1980, S.48. Erst nach seinem Parteiausschluss im Jahr 1928 habe er sich an Trotzki orientiert.

47 Die Aktion, 15. Jg., H. 15/16, 28. 08.1925.

der zuzulassen.<sup>48</sup> Auch Texte von Gruppen wie der Weddinger Opposition oder der Katz-Gruppe dokumentierte Pfemfert in seiner Zeitschrift.<sup>49</sup>

Vor allem aber veröffentlichte er schon früh Beiträge von Trotzki und setzte damit ein deutliches Zeichen gegen die Anti-Trotzki-Kampagne. Im Februar 1925 erschien beispielsweise der von Alexandra Ramm übersetzte Text „1917. Die Lehren des Oktober“ in der „Aktion“.<sup>50</sup> Einleitend bemerkte Pfemfert: „Lenin und Trotzki, Trotzki und Lenin! – jahrelang ist diese Namenszusammenstellung in der KPD-Presse aller Sektionen üblich und Pflicht gewesen, jahrelang hatte es als historische Wahrheit zu gelten, daß ‚Lenin der Kopf und Trotzki das Schwert‘ der Oktoberrevolution gewesen seien. Und was ein guter Parteimann sein wollte, der hatte in seiner Schlafstube beide Führer photographiert über dem Bett hängen. Jetzt hat das aufzuhören!“ Stattdessen habe die sowjetische Parteiführung nun „in Hunderten von Reden und Artikeln ‚festgestellt‘, daß Trotzki: ein ‚Konterrevolutionär‘, ‚Parteischädling‘, ‚Menschewik‘ sei, ‚100 Chamberlains sind weniger gefährlich als 3 Trotzki‘, keift der Phrasenmacher Sinowjew soeben in der ‚Prawda‘! Also: hinweg mit Trotzki! ist heute die Parteilosung, die, vielleicht schon morgen: ‚Hinweg mit Sinowjew‘ lauten kann“, schrieb Pfemfert nahezu prophetisch.

Den Abdruck des Artikels begründete er folgendermaßen: „Da Trotzki's Arbeit auch für uns wichtig ist, gebe ich in den nachfolgenden Spalten *ungekürzt* den deutschen Text der Broschüre, die der *äußere* Anlass zu dem grotesken Wutgeheul der Moskauer Führerclique ist.“<sup>51</sup> Dies blieb auch in der Folge wichtige Motivation, Texte von Trotzki zu veröffentlichen. Als eine der „wichtigsten Anklagen gegen den Moskauer Führerabsolutismus“ brachte Pfemfert beispielsweise im Jahr 1928 die letzte Rede, die der Dissident hielt, bevor er aus der Sowjetunion ausgewiesen wurde.<sup>52</sup>

48 Die Aktion, 16. Jg., H. 9, September 1926, Sp.218-224. Zum „Brief der 700“ ausführlich Bois, Kommunisten, S.212-227.

49 Beiträge von und über oppositionelle Gruppen aus dem Jahr 1926: Zur Lage unserer Partei (16. Jg., H. 1-3, Ende März 1926, Sp.16-19); Stalin und Hindenburg gegen die KPD (H. 4, Anfang Mai 1926, Sp.51-54); Ein Zwischenspiel (H. 5, Anfang Juni 1926, Sp.101-106); Kleiner Briefkasten: Beitrag von Karl Korsch (H. 8, August 1926, Sp.197-200); Die Weddinger Opposition zum Brief der 700 (H. 9, September 1926, Sp.224f.); Unter falscher Flagge (H. 9, Sp.226f.).

50 Siehe Alexandra Pfemfert an Leo Trotzki, 24.03.1929, in: Ranc. Ramm-Pfemfert, S.251. Hier schreibt sie, dass sie die Übersetzerin des Textes ist.

51 Leo Trotzki: 1917. Die Lehren des Oktober, in: Die Aktion, 15. Jg., H. 2/3, 15.02.1925, Sp.45-87, hier Sp.45. Hervorhebungen im Original.

52 Letzte Rede des Genossen Trotzki, in: Die Aktion, 18. Jg., H. 1, Februar 1928, Sp.7-11, hier Sp.7.

*Der Beginn der Freundschaft*

Ein persönlicher Kontakt zwischen den Pfemferts und Trotzki entstand allerdings erst im Jahr 1929. Alexandra, die als Übersetzerin arbeitete, hatte vom Verlag S. Fischer erfahren, dass Trotzki eine Autobiografie schreiben wolle. In der „Berliner Zeitung am Mittag“ recherchierte sie seine Adresse und schrieb ihm: „Hochverehrter Lew Dawidowitsch! Vielleicht erreicht Sie dieser Brief [...] Ich möchte schon lange Ihre Bücher ins Deutsche übersetzen. Ich lebe seit langem in Berlin und bin mit Franz Pfemfert verheiratet (er gibt Die Aktion heraus, falls Ihnen das was sagt). Ich habe viel übersetzt, fast einen ganzen Band Lenin. Bei C. L. Hirschfeld ist unlängst Pokrowskis Russische Geschichte in meiner Übersetzung erschienen. Bisweilen habe ich auch Sie übersetzt. Ich erlaube mir die Bemerkung: Ihre Bücher sind schlecht übersetzt (bisweilen skandalös schlecht).“<sup>53</sup>

Offenbar überzeugten Trotzki das Schreiben und die später zugesandten Arbeitsnachweise. Denn tatsächlich erhielt Alexandra Ramm, die unter ihrem Mädchennamen arbeitete und veröffentlichte,<sup>54</sup> den Zuschlag für die Übersetzung des Buches, woraus sich eine jahrelange enge Zusammenarbeit entwickelte. In der Folge übertrug sie weitere Schriften Trotzki ins Deutsche, etwa „Die Geschichte der russischen Revolution“ und „Die permanente Revolution“. Franz Pfemfert war bei der Verlagssuche behilflich. Einige der Schriften veröffentlichte er auch in seinem eigenen Verlag.<sup>55</sup> Seinen Kontakten zu ausländischen Verlagen ist es auch zu verdanken, dass „Mein Leben“ in zahlreichen europäischen Ländern erscheinen konnte.<sup>56</sup>

Franz las die Manuskripte der Übersetzungen Korrektur, wobei ihm seine Frau jedoch nicht viel Spielraum für Verbesserungsvorschläge ließ. Scherzhaft klagte er in einem Brief an Trotzki, dass Alexandra „wie eine Kückenmutter über jedes Wort“ wache.<sup>57</sup> Auch Trotzki musste sich oft-

---

53 Alexandra Pfemfert an Leo Trotzki, 14.03.1929, in: Ranc, Ramm-Pfemfert, S.249f. Broué, Trotzki, Bd. 2, S.750, meint fälschlicherweise, die Freundschaft rühre aus der Vorkriegszeit.

54 Siehe auch Keßler, Fischer, S.354, Anm. 143, der darauf verweist, dass Ramm nach ihrer Heirat keinen Doppelnamen verwendete.

55 Siehe Leo Trotzki: Wer leitet heute die Kommunistische Internationale, hrsg. von Franz Pfemfert, Berlin 1930; Ders.: Die permanente Revolution, Berlin 1930.

56 Siehe Kapfer, Verfolgung, S.68.

57 Franz Pfemfert an Leo Trotzki, 12.08.1932, in: Exner/Kapfer (Hrsg.), Pfemfert, S.316-318, hier S.316.

mals mit Ramm über strittige Formulierungen auseinandersetzen. Ranc schreibt, dass die Zusammenarbeit der beiden dadurch gekennzeichnet gewesen sei, dass „hier eine überaus akkurate und selbstbewusste Übersetzerin an einen überaus akkuraten und selbstbewussten Autor geraten war. Beide legten größten Wert auf eine besonders genaue, dabei aber auch stilistisch optimale Übersetzung, und jeder gab auch in Detailfragen nur soweit nach, wie er es von seinem Standpunkt aus für vertretbar hielt.“<sup>58</sup> Der russische Revolutionär wusste diese intensive Arbeit durchaus zu schätzen und bedankte sich im Vorwort seiner 1930 erschienenen Autobiografie ausdrücklich dafür. „Indem ich dieses Buch dem deutschen Leser übergebe“, schrieb er dort, „möchte ich feststellen, dass Alexandra Ramm nicht nur die Übersetzerin des russischen Originals gewesen ist, sondern darüber hinaus auch dauernd um das Schicksal des Buches Sorge getragen hat. Ich spreche ihr an dieser Stelle meinen aufrichtigen Dank aus.“<sup>59</sup>

Ramm war tatsächlich viel mehr als nur eine Übersetzerin: Sie versorgte den auf der Insel Prinkipo weilenden Trotzki mit deutschen und russischen Tageszeitungen, politischen Zeitschriften, Broschüren und wichtigen Büchern.<sup>60</sup> Zum Verhältnis der beiden schreibt Ranc: „Bedenkt man, dass er von Zeitgenossen einhellig als ein eher distanzierter Mensch wahrgenommen wurde und zeitlebens nur sehr wenige persönliche Freunde hatte, zeugt es [...] von besonderem Vertrauen, dass er sie auch in privaten Angelegenheiten um Rat und Hilfe bat.“<sup>61</sup>

Die Pfemferts dienten Trotzki mehrere Jahre lang als wichtige Verbindungsstelle zu seinen in der Sowjetunion verbliebenen Genossen. Ihre Wohnung wurde gewissermaßen zum Knotenpunkt des transnationalen Netzwerks der kommunistischen Opposition. Zahlreiche Briefe und Postkarten aus sibirischen Lagern fanden ihren Weg über die Pfemferts nach Prinkipo.<sup>62</sup> Politische Freunde Trotzkis fanden bei ihnen eine Anlaufstelle. So waren im Lauf der Zeit Max Eastman und Max Shachtman aus den USA ebenso zu Gast wie die französischen Trotzkiisten Alfred Rosmer und Pierre Naville. Alexandra Ramm verwaltete darüber hinaus einen Teil des Autorenhonorars, das Trotzki vom Fischer-Verlag erhielt. Von dem Geld bezahlte sie Bücher oder händigte auf sein Bitten bestimmte Sum-

---

58 Ranc, Ramm-Pfemfert, S.75.

59 Leo Trotzki: Mein Leben. Versuch einer Autobiographie, Berlin 1961, S.11.

60 Siehe Ranc, Ramm-Pfemfert, S.72.

61 Ebenda, S.98.

62 Siehe Kapfer, Verfolgung, S.69.

men an politische Freunde wie Kurt Landau oder den mittellosen Dissidenten Gavriil I. Mjasnikov aus.<sup>63</sup>

„Wir dürfen wohl sagen, dass Leo Trotzki sich auf unseren Rat, wo es sich um Fragen unpolitischer Natur handelte, absolut verlassen hat“, schrieb Franz Pfemfert später.<sup>64</sup> Beispielsweise konnten die beiden Trotzki davor bewahren, den Letten Valentin Olberg als Privatsekretär anzustellen. Bei einem Treffen in Berlin erschien ihnen dieser dermaßen suspekt, dass sie Trotzki umgehend vor dem jungen Mann warnten. Trotzki beherrzte die Warnungen. Später stellte sich heraus, dass Olberg mit großer Wahrscheinlichkeit für den sowjetischen Geheimdienst GPU arbeitete.<sup>65</sup>

Zudem nahmen sich die Pfemferts nicht nur Trotzkis Tochter Zinaida an, sondern sie kümmerten sich auch um dessen Sohn Lev Sedov, der zwischen 1931 und 1933 in Berlin studierte.<sup>66</sup> „Ich und meine Frau standen seit dem Jahre 1929 mit Trotzki in Kontakt und es war selbstverständlich, dass er und seine Frau uns baten, Sohn und Tochter in Berlin zu betreuen“, erinnerte sich Franz Pfemfert. „Für den Sohn Leo Sedoff haben wir uns um die Einreiseerlaubnis nach Deutschland (durch den Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn) bemüht, als er eine Augenkrankheit hatte, ermöglichte es meine Frau, dass er von einem bekannten Augenspezialisten untersucht wurde.“<sup>67</sup>

Über eine Begegnung mit besagtem Sedov notierte die Schriftstellerin Thea Sternheim, die Frau von Pfemferts Freund Carl Sternheim, in ihr Tagebuch: „Abends mit Pfemferts in den im Atrium laufenden ‚Dreigroschenoperfilm‘. Mit uns [...] der 26jährige Sohn Leo Trotzki, Sedov, ein großzügig sympathisch aussehender junger Mensch mit hellbraunem Haar und blauen Augen, der aber in Ketten Cigaretten raucht und strahlend erklärt, deren mindestens 50 Stück pro Tag zu bedürfen.“ Dessen schlechte Deutschkenntnisse kamen Sternheim offenbar gelegen:

63 Siehe Ranc, Ramm-Pfemfert, S.78f.

64 Franz Pfemfert an Leo Trotzki, 10.02.1937, TA Harvard, bMS Russ 13.4, D 93.

65 Franz Pfemfert an Leo Trotzki, 01.04.1930, TA Harvard, bMS Russ 13.4, D 15. Siehe auch Ranc, Ramm-Pfemfert, S.94. Zu Olbergs undurchsichtiger Tätigkeit: Hans Schafranek: Das kurze Leben des Kurt Landau. Ein österreichischer Kommunist als Opfer der stalinistischen Geheimpolizei, Wien 1988, S.383-400.

66 Belegbuch für Studenten von Leo Sedoff, Technische Hochschule Berlin, TA Harvard, bMS Russ 13.4, D 397. Demnach war Sedov vom Wintersemester 1931/32 bis einschließlich Wintersemester 1932/33 an der heutigen TU Berlin für Elektrotechnik eingeschrieben, wo er Vorlesungen und Übungen besuchte. Interessantes Detail: Unter Staatsangehörigkeit ist „staatenlos“ eingetragen.

67 Franz Pfemfert an Leo Trotzki, 10.02.1937, TA Harvard, bMS Russ 13.4, D 93.

„Da er kaum Deutsch, aber fließend Französisch spricht, Franz Pfemfert also von vornherein aus der Unterhaltung ausschaltet, verfallen wir alsbald in ein wohlwollendes, fast interessantes Gespräch. Er ist wirklich sympathisch.“<sup>68</sup>

Zwischen den Zeilen lässt sich hier unschwer herauslesen, dass Sternheim keinen gesteigerten Wert auf die Gegenwart von Franz legte. Tatsächlich galt dieser als schwieriger Zeitgenosse. „Ein dürres Männchen mit verbissenem Altweibergesicht und einer leicht ins Schrilke umschlagenden dünnen Stimme, von dem es hieß, er sei tuberkulös“, beschrieb ihn später der Schriftsteller Henry Jacoby. Pfemfert war Kettenraucher und oft kränkelnd. „Manchmal sagte man, es ginge bergab mit ihm, bis er dann wieder auf Kosten des anarchistisch-marxistischen Arztes Fritz Brupbacher zur Erholung in die Schweiz reiste. Niemand hätte damals geglaubt, daß er erst mit 75 Jahren [...] sterben würde.“<sup>69</sup>

Der Leninbund-Vorsitzende Hugo Urbahns schrieb einst an Trotzki, Pfemfert sei „ein völliger Aussenseiter. [...] Ich bin der Meinung, dass man mit Pfemfert sehr vorsichtig sein muss.“<sup>70</sup> Der Herausgeber der „Aktion“ hatte, wie der Literat Richard Huelsenbeck formulierte, „etwas von der Rechthaberei Robespierres“. Thea Sternheim meinte gar, „bei Pfemfert ist wie bei allen auf eine Theorie festgelegten Leuten die geistige Entwicklung stehen geblieben“.<sup>71</sup> Auch Günter Dallmann erinnerte sich: „Pfamfert war ein fanatisch besessener, Zeit seines aktiven Lebens ein Monomane der literarischen und politischen Fehde, niemals zu Kompromissen geneigt, in einer starren Freund-Feind-Haltung verharrend.“<sup>72</sup> Hierzu passten auch die häufigen Organisationswechsel des „Aktions“-Herausgebers.

Gelegentlich ging Pfemferts politischer Rigorismus auch ins Persönliche über. So zerstritt er sich beispielsweise im Jahr 1925 mit Otto Rühle, weil dieser die Psychoanalyse anders einschätzte als er. Während Pfemfert sie als „bürgerliche Wissenschaft“ ablehnte, war Rühle der Ansicht,

68 Eintrag von 25. Februar 1931, in: Thea Sternheim: Tagebücher 1903-1971, hrsg. von Thomas Ehrsam und Regula Wyss, Bd. 2: 1925-1936, Göttingen 2002, S.330.

69 Henry Jacoby: Von des Kaisers Schule zu Hitlers Zuchthaus. Erlebnisse und Begegnungen. Geschichte einer Jugend links-außen in der Weimarer Republik, Frankfurt/Main 1980, S.79.

70 Hugo Urbahns an Leo Trotzki, 25.03.1929, TA Harvard, bMS Russ 13.1, 5616.

71 Beide Zitate nach: Baumeister, Aktion, S.273. Baumeisters Quellen stammen aus den Beständen des Deutschen Literaturarchivs Marbach. Es handelt sich um: Thea Sternheim: Tagebuch, Eintrag vom 04.03.1926, und Richard Huelsenbeck, Mns. der Memoiren (1955), S.55.

72 Dallmann, Aktion, S.64.

dass es sich um eine progressive Theorie handle. Das Ergebnis war eine lebenslange Feindschaft zwischen den beiden ehemaligen Genossen.<sup>73</sup>

„Pfmfert war ein schwieriger Mensch“, bilanziert auch Birgit Schmidt, „einer, der sich im Laufe seines Lebens mit allen anlegte, sich mit (fast) allen zerstritt und dann nie wieder ein Wort mit ihnen wechselte. Er war sozusagen gleichermaßen die kleinste kommunistische, rätekommunistische und anarchistische Partei, die es je gegeben hat, und dazu die unversöhnlichste.“<sup>74</sup> Selbst Trotzki, der sonst keiner ideologischen Konfrontation aus dem Weg ging, bat Pfmfert einmal darum, in ihrer Korrespondenz politische Fragen auszuklammern.<sup>75</sup> Möglicherweise war dies die Grundlage für die langanhaltende Freundschaft.

### *Verhältnis zum Trotzkiismus*

Angesichts dessen entbehrt die gelegentlich in der Literatur geäußerte Vermutung, Pfmfert oder seine Frau seien Trotzkiisten gewesen, jeglicher Grundlage.<sup>76</sup> Die beiden standen zwar in engem Kontakt mit einigen in Deutschland agierenden Trotzkiisten, allen voran Lev Sedov und Erwin Ackerknecht.<sup>77</sup> Aber insgesamt hielten sie sich sowohl vom Leninbund als auch von den später eigenständig agierenden trotzkistischen Strömungen fern. Das belegt ein Brief Pfmferts an Trotzki: „Es wäre mir sehr erwünscht, denn es würde mir jeden ‚Konflikt‘ ausschalten, wenn die Genossen von der ‚Opposition‘ in Franz Pfmfert nichts als den Verleger Ihrer, L[eo] T[r]otzkis Broschüren sehen wollten, etwa wie den Malik-Verlag oder Fischer etc.“<sup>78</sup> Auch Alexandra Ramm stand dem Leninbund distanziert gegenüber. Im Sommer 1929 beispielsweise befragte sie Trotzki kritisch zu dessen Artikeln in den dortigen Zeitungen: „Lohnt es sich für Sie, im Volkswille zu publizieren? Das ist eine Öffentlichkeit, die eigentlich keine ist.“<sup>79</sup>

73 Siehe Albert, Mann, S.59.

74 Birgit Schmidt: Die Einmannpartei. Dem Rätekommunisten Franz Pfmfert zum 50. Todestag, in: Jungle World, 26.5.2004.

75 Siehe Franz Pfmfert an Leo Trotzki, 14.08.1929, in: Exner/Kapfner (Hrsg.): Pfmfert, S.299-302.

76 Siehe Kapfer, Verfolgung, S.69. Auch Albert, Mann, S.59, meint, dass Pfmfert kein Trotzkiist gewesen sei.

77 Interview mit Herrn Professor Dr. med. Erwin H. Ackerknecht in Zürich, 29.03.1971, Institut für Zeitgeschichte München, ZS 2077, Bl. 1.

78 Franz Pfmfert an Leo Trotzki, 08.03.1930, TA Harvard, bMS Russ 13.1, 4045.

79 Alexandra Ramm-Pfmfert an Trotzki, [Ende Juni/Anfang Juli 1929], in: Ranc, Ramm-Pfmfert, S.269.

Zudem sei an Trotzki's Weigerung erinnert, mit Pfemfert über politische Fragen zu diskutieren. Auch das spricht nicht unbedingt für eine Zugehörigkeit des Publizisten zur trotzkistischen Bewegung. Vielmehr war Trotzki nur einer von vielen dissidenten Kommunisten, denen Pfemfert sein Blatt öffnete. Genauso bot „Die Aktion“ anarchistischen, sozialrevolutionären oder anarchosyndikalistischen Strömungen ein Forum. Dies entsprach Franz Pfemferts Grundhaltung. Er verkörperte, so Gleb J. Albert, „den Archetypus eines radikalen Intellektuellen, der sein Leben lang an den Grundprinzipien der Freiheit festhielt und keine Rücksicht auf ideologische Dogmen, tagespolitische Realitäten und Parteistrukturen nahm“.<sup>80</sup> Ähnliches gilt für seine Frau, deren Respekt und Loyalität Trotzki gegenüber keineswegs mit einer bedingungslosen politischen Anhängerschaft zu verwechseln ist. Das sei, wie Ranc schreibt, „ihrem ‚antiautoritären‘ Charakter ohnehin diametral entgegengesetzt gewesen“.<sup>81</sup>

Diese Einschätzung bestätigte auch Alexandras Schwester Maria: „Es stimmt nicht, daß Franz Pfemfert in der ‚Aktion‘ eine trotzkistische Anschauung vertrat. Er war auch später niemals Trotzkist, seine und Alexandra Pfemferts [...] Freundschaft mit Trotzki beruhte hauptsächlich auf ihrer Teilnahme und Sympathie für den großen Revolutionär und bedeutenden Schriftsteller, ein Opfer von Stalin“.<sup>82</sup>

Das Verdienst der Eheleute Pfemfert lag ganz woanders. Sie sorgten dafür, dass Trotzki in Deutschland gelesen werden konnte. Sie machten seine Schriften einem deutschsprachigen Publikum zu einer Zeit zugänglich, als die Kommunistische Partei sie längst aus ihrem „Angebot“ verbannt hatte.<sup>83</sup>

### *Kurzer Ausblick: 1933 bis 1941*

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Januar 1933 endete auch die Geschichte der „Aktion“. Schon in den Jahren zuvor hatte Franz Pfemfert die Zeitschrift aufgrund finanzieller und gesundheitlicher Prob-

---

80 Albert, Mann, S.61.

81 Ranc, Ramm-Pfemfert, S.77.

82 Maria Schaefer an Paul Raabe, 10.11.1963, zit. nach Ranc, Ramm-Pfemfert, S.91.

83 Allein seine Autobiografie „Mein Leben“ erschien mit einer Auflage von 15.000 Exemplaren, ein halbes Jahr nach der Veröffentlichung wurden weitere 5.000 Exemplare nachgedruckt. Siehe Ranc, Ramm-Pfemfert, S.506, Anm. 5. Die im Aktionsverlag publizierte Schrift „Die permanente Revolution“ erzielte ebenfalls eine Auflagenhöhe von 5.000 Stück. Siehe Bois, Kommunisten, S.476.

leme nur noch unregelmäßig erscheinen lassen können. Nach dem Reichstagsbrand mussten er und Alexandra schließlich fluchtartig das Land verlassen. Bei ihnen hatten bereits mehrere Hausdurchsuchungen stattgefunden. Zudem erhielten sie den Hinweis, die SA habe ein Mordkommando auf sie angesetzt. Ihre umfangreiche wissenschaftliche und literarische Bibliothek ließen sie ebenso zurück wie Archiv und Korrespondenz des Aktionsverlages. Die Dokumente wurden allesamt von den Nazis beschlagnahmt.<sup>84</sup> Einzig einige Dokumente Trotzki versuchten sie zu retten. „Die Pfemferts sind davon und wollten vorher noch einen Koffer voll Lenin-Briefen und dem ‚Testament‘ Lenins, alles Trotzki Besitz, bei mir verwahren“, notierte der mit ihnen befreundete Camill Hoffmann, der als Presseattaché der tschechoslowakischen Botschaft tätig war. „Ich konnte aller Verantwortung wegen nicht darauf eingehen. Nun ist der Koffer bei einfachen, ahnungslosen Leuten.“<sup>85</sup>

Genau wie ihr Freund Leo Trotzki mussten nun auch die Pfemferts im Exil leben. Sie gingen zunächst ins tschechische Karlsberg, von wo aus sie dann im Jahr 1936 nach Paris übersiedelten. Spätestens jetzt nahmen sie die kurz nach der Flucht eingeschlafene Korrespondenz mit Trotzki wieder auf, Alexandra Ramm übersetzte außerdem dessen Werk „Stalins Verbrechen“.<sup>86</sup> Ansonsten lebten die beiden in ständiger materieller Not und waren kaum noch politisch aktiv. Zumindest trafen sie einige Freunde und Bekannte aus Berliner Zeiten wieder, etwa Thea Sternheim und Lev Sedov.

Allerdings mussten sie hier erneut den Tod eines Trotzki-Kindes miterleben. Lev Sedov, der seit seiner Ankunft in Paris im Jahr 1933 vom sowjetischen Geheimdienst beschattet wurde, verstarb am 16. Februar 1938 unerwartet nach einer erfolgreich verlaufenen Blinddarmoperation. Die genauen Umstände sind bis heute nicht geklärt. „Liebe Genossin und lieber Genosse Trotzki“, schrieb Franz Pfemfert am 20. Februar, „tief erschüttert stehen wir nun zum zweiten Male an der Bahre eines Ihrer Kinder. Es ist unheimlich, wie ein hirnloses Schicksal nicht aufhört, gegen Sie zu wüten.“<sup>87</sup>

---

84 Siehe Kapfer, *Verfolgung*, S.71f.; Ranc, *Ramm-Pfemfert*, S.107f.

85 Camill Hoffmann: *Politisches Tagebuch 1932-1939*, hrsg. und kommentiert von Dieter Sudhoff, Klagenfurt 1995, S.83, zit. nach: Kapfer, *Verfolgung*, S.70.

86 Ranc, *Ramm-Pfemfert*, S.121, 553.

87 Alexandra Pfemfert und Franz Pfemfert an Leo Trotzki und Natalija I. Sedowa, 20.02.1938, in: Ranc, *Ramm-Pfemfert*, S.405f.

Wieder konnten die Eltern bei der Beerdigung nicht anwesend sein. Sie lebten mittlerweile in Mexiko. Dahin siedelten schließlich auch die Pfemferts im Frühjahr 1941 über. Zwölf Jahre nach der ersten Kontaktaufnahme wäre dies endlich die Möglichkeit gewesen, Trotzki persönlich kennenzulernen. Doch Franz und Alexandra kamen zu spät. Sie trafen nur noch Natal'ja Sedova an. Ihren Mann hatte einige Monate zuvor ein sowjetischer Agent ermordet.

# Aleksandr G. Šljapnikov in der Verbannung und in Haft 1934 bis 1937<sup>1</sup>

Barbara C. Allen

Der russische Kommunist und Gewerkschaftsführer Aleksandr Gavrilovič Šljapnikov (1885-1937) kam durch seine Erfahrungen als Metallarbeiter in Russlands Fabriken und durch die Teilnahme an Streiks und Demonstrationen zu den Bolschewiki. Er erwarb die Fertigkeiten eines umsichtigen Verschwörers im revolutionären Untergrund und machte sich mit der westeuropäischen Gewerkschaftsarbeit und Parteipolitik während der Zeit als Emigrant in Frankreich, Deutschland, England und Skandinavien von 1908 bis 1916 vertraut. Im Ersten Weltkrieg arbeitete er eng mit Vladimir I. Lenin zusammen und stellte illegale Verbindungen zwischen Lenin und den Bolschewiki in Russland her, indem er seine umfangreichen Kontakte in Russland und im Ausland nutzte. Die sozialistische Feministin Aleksandra Kollontaj, mit der er vor der Revolution fast fünf Jahre in einer eheähnlichen Beziehung lebte, half ihm bei der Organisation seiner Arbeit und beim Schreiben.

Nach seiner Rückkehr nach Russland Ende 1916 war Šljapnikov in Petrograd der führende Bolschewik, als dort im Februar 1917 die Revolution ausbrach. Er leitete von 1917 bis 1921 die Metallarbeitergewerkschaft, wurde nach der Oktoberrevolution 1917 Volkskommissar für Arbeit und diente während des russischen Bürgerkriegs an der Front. Desillusioniert von den schwindenden Befugnissen und Ressourcen der Gewerkschaften und der zunehmenden Macht der Wirtschaftsbürokraten gegenüber den Arbeitern führte er die Arbeiteropposition an, die sich für eine Leitung der Wirtschaft durch die Arbeiter und deren Gewerkschaften einsetzte. Die führenden Funktionäre der Kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiki) betrachteten diese Bewegung als eine Gefahr für die Partei und organisierten die Niederlage der Arbeiteropposition. Sie wurde auf dem 10. Parteitag der Kommunistischen Partei im März 1921 kritisiert, innerparteiliche Splittergruppen wurden verboten. Danach begann Šljapnikov, beachtliche Erinnerungen an die Revolution niederzuschreiben<sup>2</sup>, blieb

---

1 Dieser Artikel basiert auf dem letzten Kapitel meines Buches Alexander Shlyapnikov: 1885-1937: Life of an Old Bolshevik, Leiden 2015.

2 A. G. Šljapnikov: Kanun semnadcatogo goda. Semnadcatyj god. Bd. 1 und 2, Moskva 1992; Bd. 3, 1994.

aber dennoch eine politische Person. Häufig wurden von den Kontrollorganen der Partei Untersuchungen gegen ihn wegen oppositioneller Tätigkeit durchgeführt.

Nach dem Ausschluss aus der Partei 1933 schloss sich Šljapnikov nicht den ehemaligen Oppositionellen an, die sich zur Lobpreisung Stalins auf dem sogenannten Parteitag der Sieger (dem 17. Parteitag) vereinigt hatten. Dieser Parteitag feierte im Januar-Februar 1934 eine reiche Ernte und die Fertigstellung verschiedener großer Industrieprojekte. Sergej M. Kirov, Parteisekretär von Leningrad, war eine populäre Person auf diesem Parteitag; seine Ermordung im gleichen Jahr aber führte zu einer neuen, verstärkten Repressionskampagne gegen ehemalige Oppositionelle. Vor 1991 vermuteten viele westliche Historiker, dass Kirov auf dem Parteitag als moderater Rivale von Stalin in Erscheinung trat, was Stalin zum Anlass nahm, Kirov zu ermorden und eine finale Kampagne gegen seine alten Rivalen Grigorij E. Zinov'ev und Lev B. Kamenev sowie deren Anhänger zu entfesseln. Neu geöffnete Archive lieferten keine Informationen zur Bestätigung der Hypothese, dass Kirov gedroht hatte, Stalin abzulösen. Stattdessen wurde die Behauptung gestützt, dass es in den 1930er-Jahren keine radikalen und moderaten Splittergruppen in der sowjetischen Führung gab.<sup>3</sup>

Zweifache Verbannung, zwei Verhaftungen mit Verhören und Gefängnisaufenthalten bestimmen Šljapnikovs privates und politisches Leben in der Zeit nach dem Parteitag der Sieger und endeten mit seiner Hinrichtung im Jahre 1937. Der Große Terror von 1936 bis 1938 bewegte sich spiralförmig nach außen. Er traf nicht nur Kommunisten wie Šljapnikov, sondern ganze soziale und ethnische Gruppen und führte nach offiziellen Angaben zu 2,5 Millionen Verhaftungen und etwa 682.000 Exekutionen. Archive haben viel Datenmaterial über die Zahl der betroffenen Menschen geliefert, über Stalins Rolle als Anführer bei diesem Terror, die Umsetzung durch den NKVD, die Reaktionen gewöhnlicher Menschen und die Funktionsweise der Gulags. Dennoch gibt es immer noch unbeleuchtete Aspekte dieser komplexen und verwirrenden Ereignisse.

Im Westen vor dem Zusammenbruch der UdSSR veröffentlichte Memoiren und danach herausgegebene Dokumente bieten verschiedene Perspektiven auf den Großen Terror. Evgenija Ginzburg überlebte Inhaftierung, Verhöre und Zwangsarbeit im unwirtlichen arktischen Norden.

---

3 Siehe dazu Oleg V. Khlevniuk: *In Stalin's Shadow: the Career of 'Sergo' Ordzhonikidze*, New York 1995; Ders.: *Master of the House: Stalin and His Inner Circle*, New Haven 2008.

Sie verfasste zweibändige Memoiren: „Journey into the Wirlwind“ (dt.: „Marschroute eines Lebens“) und „In the Wirlwind“ (dt. „Gratwanderung“) und beschreibt darin die willkürliche, wahnsinnige Brutalität des Großen Terrors. Der Archetyp aber des alten Bolschewiken, der in jenen Jahren unterging, ist Nicolas Rubaschow, die Hauptfigur in Arthur Koestlers Roman „Darkness at Noon“ (dt.: „Sonnenfinsternis“). Die Untersuchungsführer nutzten die Logik der Loyalität gegenüber der Partei, um Rubaschow zu überreden, in einem öffentlichen Prozess sonderbare Verbrechen zu gestehen. Koestler bezeichnete Rubaschow als „Synthese“ jener Altbolschewiki, die in den Schauprozessen von 1936 bis 1938 Geständnisse ablegten. Dazu gehörten Nikolaj I. Bucharin, Karl Radek, Zinov’ev, Kamenev und mehrere Dutzend andere.<sup>4</sup> Koestlers fesselnde Darstellung der psychischen Verfassung Rubaschows überzeugte viele, dass damit gezeigt wird, welche Gefühle Altbolschewiki gegenüber ihrer Partei hegten.

Stephen F. Cohen zweifelte Koestlers Beschreibung an und behauptete, dass Bucharin „Doppelzüngigkeit“ und „versteckte Andeutungen“ benutzte, um Anklagepunkte in seinem Prozess zunichte zu machen. Igal Halfin hingegen historisierte in seiner Untersuchung über die Leningrader Universität während des Großen Terrors Koestlers literarischen Ansatz und argumentierte, dass „eine radikale Instrumentalisierung ihrer Subjektivitäten Parteimitglieder selbstlos“ machte. Da das Gefühl für das eigene Ich fehlte, hätte man jegliche Maßnahmen durchführen können, die von der Partei als notwendig erachtet wurden. Als Beweis dienten Halfin die veröffentlichten Zeugenaussagen der Altbolschewiki während der Schauprozesse und unveröffentlichte Geständnisse jüngerer Kommunisten. Wegen der offensichtlichen Stichhaltigkeit seiner Argumentation sowie der vielen Dokumente aus den Archiven haben Historiker nachfolgend ihre Aufmerksamkeit dem Massencharakter des Terrors zugewandt, doch richtet Wendy Goldman in ihrem kürzlich erschienenen Buch über die Repression in Moskauer Fabriken den Fokus wieder auf die Motive der Einzelnen, sich dem Terror zu widersetzen oder dessen Eskalation zu ermöglichen.<sup>5</sup>

---

4 Siehe Evgenia Ginzburg: *Journey into the Whirlwind*, New York 1967; Dies.: *Within the Whirlwind*, New York 1981; Arthur Koestler: *Darkness at Noon*, New York 1986; Grigorii Zinoviev: *The Case of the Trotskyite-Zinovievite Terrorist Center: Report of Court Proceedings*, People’s Commissariat of Justice, Moskau 1936.

5 Siehe zum obigen Stephen Cohen: *Bukharin and the Bolshevik Revolution: A Political Biography, 1888-1938*, Oxford 1980, S.377; Igal Halfin: *Stalinist Confessions: Messianism and Terror at the Leningrad Communist University*, Pittsburgh 2009, S.2; David R. Shea-

Von mir gesichtete Beweisstücke aus sowjetischen Geheimpolizeiarchiven, einschließlich Šljapnikovs Tagebuch, seine persönliche Korrespondenz und originale Verhörprotokolle des NKVD zeigen, dass es unterschiedliche Reaktionen der Altbolschewiki auf den Terror gab.<sup>6</sup> Tausende Altbolschewiki, die während des Terrors umkamen, waren niemals öffentlich angeklagt worden. Šljapnikov und andere Schlüsselfiguren, die aufgrund der Moskauer Arbeiteropposition im Geheimen vor Gericht gestellt wurden, betrachteten es als nicht im Interesse der Partei, sich selbst zu verleumdern.<sup>7</sup> Während des Verhörs argumentierte Šljapnikov logisch und leugnete, um so die Anklagepunkte antisowjetischer Agitation und konterrevolutionärer Organisation von 1935 und die 1936 hinzu gekommene Anklage wegen Terrorismus anzuzweifeln. Er wehrte sich dagegen, andere in Verbrechen gegen den sowjetischen Staat hineinzuziehen. Weil er seine Selbstachtung als Bolschewik beibehielt, stellte er stalinistische Erwartungen an angemessenes kommunistisches Verhalten infrage.

### *In den Norden verbannt*

Der Verhaftung Šljapnikovs 1935 war im März 1934 eine kurzzeitige Verbannung in den hohen Norden vorausgegangen. Das zeigt, wie schwach vor der Ermordung Sergej Kirovs die Position ehemaliger Oppositioneller war.

1930 hatte auf Anweisung des Politbüros der Bau des Weißmeer-Ostsee-Kanals (BBK) begonnen, der im Sommer 1933 fertiggestellt wurde. Da hochwertiges Baumaterial knapp war (besonders Metall), erreichte der Kanal nie die angestrebten Ziele. Zu flach für große Schiffe, war er nicht einmal von strategischer Bedeutung. Doch diente der Kanalbau als Prototyp sowjetischer Zwangsarbeit in großem Maßstab unter Führung der

---

rer: Policing Stalin's Socialism: Repression and Social Order in the Soviet Union, 1924-1953, New Haven 2009; Paul Hagenloh: Stalin's Police: Public Order and Mass Repression in the USSR, 1926-1941, Washington 2009; Wendy Z. Goldman: Terror and Democracy in the Age of Stalin: The Social Dynamics of Repression, Cambridge 2007; Ders.: Inventing the Enemy: Denunciation and Terror in Stalin's Russia, Cambridge 2011.

6 Ich forschte 1995 im Zentralarchiv des Föderalen Sicherheitsdienstes (Central'nyj Arhiv Federal'noj služby bezopasnosti, im Folgenden: CAFSB) in den Akten R27744 (Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes der UdSSR), d. 3257, Bd. 1, und R33718, d. 499061 (Moskauer Gruppe der Arbeiteropposition), 56 Bde., Bde. 3-5, 12-14 und 36-43.

7 A. N. Jakovlev veröffentlichte 1991 eine Zusammenfassung des Falles gegen die Moskauer Gruppe der Arbeiteropposition. Siehe Aleksandr N. Jakovlev (Hrsg.): Reabilitacija: političeskie processy 30-50-ch godov, Moskva 1991, S.104-22.

Geheimpolizei. 1934 ging der Bau anderer Projekte weiter. Sie hatten neben dem wirtschaftlichen noch ein weiteres Ziel: die „Umschmiedung“ (perekovka) von Häftlingen, die durch harte körperliche Arbeit zu „Neuen Sowjetischen Menschen“ transformiert werden sollten. Der Begriff „Umschmiedung“ stammte aus der Metallurgie.<sup>8</sup> Der menschliche Körper und Geist sollten auf verschiedene Art und Weise den Mangel an Metall und anderen Baumaterialien kompensieren; spirituelle Regeneration würde Materialrückständigkeit ausgleichen.

Den altbolschewistischen Metallarbeiter Šljapnikov forderten sowjetische Führer gleich nach seinem Parteiausschluss auf, am BBK-Projekt teilzunehmen. Aber sein Auftrag wurde zur administrativen Verbannung. Er hatte Arbeit gesucht, für die er die Erlaubnis der Partei brauchte, obwohl er 1933 aus der Partei ausgeschlossen worden war.<sup>9</sup> Anfang März 1934 nahmen die Verhandlungen über die Arbeitsstelle eine unheilvolle Wende. Am 7. März wurde Šljapnikov unerwartet aufgefordert, innerhalb von 48 Stunden nach Sibirien aufzubrechen. Mit Bestürzung interpretierte er das als Urteil, in die Verbannung zu gehen; Appelle an die alten Genossen im Politbüro Vjačeslav M. Molotov, Michail I. Kaliniņ und Kliment E. Vorošilov hatten keinen Erfolg. Am 13. März erhielt Šljapnikov von der Geheimpolizeiabteilung der Vereinigten staatlichen politischen Verwaltung (Ob’edinennoe gosudarstvennoe političeskoe upravlenie, OGPU) den Befehl, Moskau innerhalb von drei Tagen zu verlassen, um seine Arbeitsstelle beim BBK anzutreten. Šljapnikov fand seinen Status seltsam und verwirrend, war er doch nicht verhaftet, sondern der Polizei unterstellt worden. Die OGPU hatte ihre Aufgabenbereiche nach und nach erweitert: über die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung hinaus bis hin zur Verwaltung der Wirtschaft. Šljapnikov hatte keinerlei Erfahrung mit deren neuen Machtbefugnissen und erkundigte sich nach dem recht-

---

8 Siehe Oleg V. Khlevniuk: *The History of the Gulag: From Collectivization to the Great Terror*. New Haven 2004, S.24, 35, 84, 335; Nick Baron: *Soviet Karelia: Politics, Planning, and Terror in Stalin’s Russia, 1920-1939*, London 2007, S.129-149; Julie Draskoczy: „The Put’ of Perekovka: Transforming Lives at Stalin’s White-Sea Baltic Canal“, in: *Russian Review*, 71 (2012), S.30-48. Siehe auch Wladislaw Hedeler (Hrsg.): *Vom Schmieden neuer Menschen*. Artikel aus der Lagerzeitung des Karlag „Putjowka“, Leipzig 2011.

9 Von Šljapnikov unterschriebener Brief an das Sekretariat des Zentralkomitees, 17. Januar 1934, Russländisches Staatliches Archiv für Sozial- und Politikgeschichte (Rossijskij gosudarstvennyj archiv social’no-političeskoi istorii, RGASPI), f. 671, op. 1; d. 22, Bl. 165; Irina A. Šljapnikova/Anatolij A. Černobaev (Hrsg.): „My ne rešaem nyne daže svoej sud’by“: vospominanija i pis’ma A. G. Šljapnikova, 1934 g“, in: *Istoričeskij arhiv*, 2002, H. 1, S.3-31, hier S.3f.

lichen Status und anderen Dingen, bekam aber nur unklare Antworten. Ihm wurden die Bürgerrechte nicht entzogen, da er weder verbannt noch Gefangener war und ihm Verwaltungsaufgaben auf der Baustelle zugewiesen wurden. Er erhielt einen Reisekostenzuschuss von 500 Rubel und es wurde erwartet, dass er die Reise selbst organisiert. Nachdem er seinen Arzt konsultiert hatte, fuhr er am 20. März kurz nach Mitternacht mit dem Zug ab.<sup>10</sup> Während der Fahrt in den Norden, seiner Verbannung und seiner Rückreise führte er Tagebuch, welches später vom NKVD in den Verhören benutzt wurde. An seinem Zielort, dem Zwangsarbeiterkomplex Weißmeer-Ostsee-Kanal, war er beunruhigt, weil er etliche alte Bekannte unter den Gefangenen vorfand. Šljapnikov glaubte die gegen sie vorgebrachten Beschuldigungen nicht und war durch die Begegnungen mit ihnen emotional stark belastet.

Nachdem Šljapnikov Aufgaben in der Abteilung „betriebliche Planung“ zugewiesen worden waren, teilte er sich ein Büro mit Verwaltungsangestellten und wurde so Zeuge zahlreicher Interaktionen innerhalb der Belegschaft des Lagers. In seinen Tagebucheintragungen versah er typische stalinistische Begriffe mit ironischen Anführungszeichen, wie z. B. „Umschmiedung“ verziehe Humanmaterial zu „neuen Menschen“. Durch seine Erfahrungen während der Tätigkeit für die oberste Planungsbehörde der RSFSR „Gosplan“ war Šljapnikov vertraut mit den Mängeln der sowjetischen Wirtschaft, die er auch während seiner Untersuchungen zur Funktionsweise des Lagers aufdeckte. Dazu gehörten unvollständige und ungenaue Daten, die noch mehr verfälscht wurden, je höher sie in der Befehlskette gereicht wurden und die schließlich in eine übertrieben optimistische Perspektive mündeten (ein fundamentaler Fehler in der stalinistischen Wirtschaft). Er schlug ein Projekt zur Erlangung genauerer und vollständigerer Daten vor. Höherrangige Kader waren einverstanden, aber Šljapnikov erhielt die Anweisung, nach Moskau zurückzukehren, bevor er sich an die Arbeit machen konnte. Allein in seinem Schlafwagenabteil, strömten seine Emotionen in seine Tagebuchaufzeichnungen, wo er sich als jemanden beschreibt, der „bedrängt und verfolgt wird [...] von Menschen, welche die Führung des ‚Leninismus‘ und der Partei an sich gerissen haben, ihre Leistungen vor dem Hintergrund der Reaktion der Welt stolz herumzeigen, aber die wirkliche Armut der Arbeiterklasse und Kolchosbauern verheimlichen“<sup>11</sup>.

10 Siehe Šljapnikova/Černobaev, *My ne rešaem*, S.5-9; Durchschlagpapier mit Šljapnikovs originaler Unterschrift, 7. März 1934, RGASPI, f. 74, op. 2, d. 49, Bl. 171.

11 Siehe Šljapnikova/Černobaev, *My ne rešaem*, S.19-25.

*In Haft*

Obwohl Šljapnikov bis zu seiner Verhaftung am 1. Januar 1935 in Moskau blieb, erhielt er keine neue Anstellung. Stattdessen schrieb er weiter an seinen Memoiren und richtete seine besondere Aufmerksamkeit auf die internationalen Ereignisse im Jahre 1934.

Seit 1919 litt Šljapnikov an der Ménièreschen Krankheit (welche Schwindel, Tinnitus und periodische Schwerhörigkeit hervorruft), die sich während der Verbannung verschlimmert hatte. Deshalb beantragte er beim Rat der Volkskommissare eine Rente, erhielt aber keine Antwort. Er wandte sich an Kalinin, Nikolaj I. Ežov und andere, die ihm aber alle mitteilten, nur Stalin könne darüber entscheiden. So schrieb Šljapnikov Ende November an Stalin. Weder schmeichelte er Stalin noch entschuldigte er sich, sondern er bestand auf seinem „unbestrittenen Recht“ auf eine Rente und bat um Erlaubnis, nach Frankreich zu fahren und sich dort medizinisch behandeln zu lassen. Er verband damit die Hoffnung, seine Fähigkeit wiederherstellen zu können, für die „revolutionäre proletarische Sache“ zu arbeiten.<sup>12</sup>

Stalin reagierte niemals auf Šljapnikovs Bitte vom November 1934. Einige Tage nach Absenden des Appells wurde Kirov von Leonid V. Nikolaev ermordet. Welche Rolle Stalin beim Mordauftrag gespielt hatte, wurde mehrfach untersucht, aber ein unwiderlegbarer Beweis wurde nicht entdeckt, lediglich eine Ansammlung von Indizienbeweisen.<sup>13</sup> Sofort nach dem Mord erließ Stalin ein Dekret des Politbüros zur Beschleunigung der Verfahren gegen jene Personen, die nach dem Gesetz vom 1. Dezember 1934 wegen Terrorismus angeklagt waren. Dem folgte die Verhaftung der engen Vertrauten von Zinov'ev in Leningrad, dann Mitte Dezember die von Zinov'ev selbst und von Kamenev. Bis Februar 1935 wurden im Zusammenhang mit dem Mord an Kirov mehr als tausend Menschen festgenommen.

---

12 Siehe ebenda, S.26-28; RGASPI, f. 671, op. 1, d. 22, LL. 166-7; CAFSB, R33718, d. 499061, Bd. 14, Bl. 108 (Paket von Dokumenten) Briefe und Postkarten von Šljapnikov an Medvedev Juni – Dezember 1934; alle mit regulärer Post geschickt.

13 Zu den zahlreichen Büchern zu diesem Thema gehören Amy Knight: *Who Killed Kirov?: The Kremlin's Greatest Mystery*, New York 1999; Robert Conquest: *Stalin and the Kirov Murder*, Oxford 1988; John Arch Getty/Oleg V. Naumov: *The Road to Terror: Stalin and the Self-Destruction of the Bolsheviks, 1932-1939*, New Haven 1999, S.140-157; Matthew Lenoe: *The Kirov Murder and Soviet History*, New Haven 2010 (die umfangreichste Sammlung von ins Englische übersetzten Dokumenten über die Ermordung von Kirov).

Šljapnikov verhafteten NKVD-Offiziere in seiner Datscha in der Nacht vom 1. zum 2. Januar 1935. Sie durchsuchten diese und die Wohnung in Moskau und beschlagnahmten sein Tagebuch und die persönliche Korrespondenz. Šljapnikov wurde in der Lubjanka in Untersuchungshaft gehalten.<sup>14</sup> Seine NKVD-Vernehmungsbeamten verfassten Protokolle auf Grundlage der von ihnen gestellten Fragen und Šljapnikovs Antworten. Dieser unterschrieb die Protokolle und machte handschriftliche Korrekturen. Die NKVD-Beamten in den Jahren 1935 bis 1937 waren etwa 30 Jahre alt, meist ohne höhere Bildung und kannten nur die Parteigeschichte, die sie intensiv in verfälschten Texten studiert hatten. Sie waren nicht speziell für Vernehmungen ausgebildet, sondern wurden aufgrund ihres offensichtlichen Talents ausgesucht. Die meisten waren Männer, aber es waren auch einige Frauen darunter.<sup>15</sup>

In dieser Phase bestanden die Beweise aus Šljapnikovs Tagebuch von 1934 und seiner Korrespondenz mit dem ehemaligen Arbeiteroppositionellen Sergej P. Medvedev, der 1934 verbannt worden war. Der Vernehmer behauptete, das Tagebuch enthielte „konterrevolutionäre Bewertungen gegen die Partei“, wie Šljapnikovs Beschreibung von Frauen und Kindern aus der Leningrader Arbeiterklasse, die „ausgemergelte Gesichter, blasse, blutleere Lippen“ hätten, und wie sein Verweis auf „niedrige Löhne, die den Arbeitern aufgezwungen wurden und [...] die Ausbeutung intensivierten“. Šljapnikov sagte, er habe nur aufgeschrieben, was er sah. Der Vernehmer fragte ihn, warum er Medvedevs Brief vom August 1934, der „gegen die Partei gerichtete Einschätzungen“ enthalte, nicht an höhere Stellen weitergeleitet habe, worauf Šljapnikov erwiderte, er habe angenommen, der Brief sei durch die Zensur gegangen und so „denjenigen bekannt, die ihn kennen sollten“<sup>16</sup>.

Weil Šljapnikov leugnete, verschaffte sich der NKVD Zeugenaussagen anderer gegen ihn. Der als Zinov’evist angeklagte Georgij I. Safarov sagte aus, er und Šljapnikov hätten in den vergangenen drei Jahren besprochen, „gemeinsame konterrevolutionäre Arbeit“ durchzuführen, was Šljapnikov abstritt. Nikolaj V. Sergievskij informierte über ein Treffen, das am 6. Dezember 1934, am Tage von Kirovs Beerdigung, in Šljapnikovs Wohnung

---

14 CAFSB, R33718, d. 499061, Bd. 3, Bl. 1-8.

15 Email bzw. Telefongespräch der Autorin mit Nikita Petrov, Moskau, 31. Juli bzw. 1. August 2012. Siehe auch *Kto rukovodil NKVD, 1934-1941*, hrsg. von N. V. Petrov und K. V. Skorkin, Moskva 1999.

16 CAFSB, R33718, d. 499061, Bd. 3, ll. 13-14 (handschriftlich), Bl. 15-17 (maschinenschriftlich).

stattfand. Šljapnikov bestritt, dass dies ein Treffen seiner „Organisation“ war, es sei nur eine Zusammenkunft von Genossen „auf eine Tasse Tee“ gewesen. Er gab zu, dass sie über Kirovs Ermordung sprachen und er, Šljapnikov, gesagt hätte, was auch immer die genauen Motive des Mörders gewesen seien, persönliche oder politische, der Mord habe „einen politischen Charakter, da Genosse Kirov Mitglied des Politbüros und der Regierung gewesen war“<sup>17</sup>.

Die Ermittler versuchten nachzuweisen, dass Šljapnikov eine konterrevolutionäre Organisation mit Zweigorganisationen außerhalb Moskaus geführt hatte und wollten deren Mitgliederzahl herausbekommen. Šljapnikov bestritt, dass seine Treffen und die Korrespondenz mit Genossen irgendeinen Organisations-Charakter besaßen. Er betonte: „Ich baue meine Beziehungen zu Genossen nicht auf dem Prinzip auf, ob sie an der ehemaligen Arbeiteropposition teilgenommen haben oder nicht.“ Die Ermittlungsbeamten suchten nach Anzeichen von Verschwörung und bedrängten Šljapnikov zu erklären, wie oder von wem ein Besucher aus Rostov im Dezember 1934 seine Adresse erfahren hatte. Šljapnikov wies darauf hin, dass dieser sie im Telefonbuch habe nachschlagen können.<sup>18</sup>

Doch die Vernehmungsbeamten waren entschlossen, eine gut organisierte konterrevolutionäre Organisation mit Zentrum in Moskau und Untergruppen und Zweigorganisationen in anderen Städten zu beschreiben. Auf die Behauptung hin, er habe sich mit Zinov'ev zu einem Block zusammengetan, erklärte Šljapnikov nachdrücklich, diejenigen, die gegen ihn aussagten, würden lügen.

Am 15./16. Januar wandte sich Šljapnikov an den Generalstaatsanwalt der UdSSR Ivan A. Akulov und den Volkskommissar für Innere Angelegenheiten Genrich G. Jagoda. Anstatt zu gestehen, beklagte er, das Protokoll enthalte nur verkürzte Fassungen seiner Antworten und sein Antrag, seine Antworten selbst aufzuschreiben, sei abgelehnt worden. Er machte

---

17 CAFSB, R33718, d. 499061, Bd 3, Bl. 18-22 (handschriftlich), Bl. 30-31 (maschinenschriftlich). Safarovs Zeugenaussagen und die anderer Zinov'evisten befinden sich in RGASPI, f. 671, op. 1, d. 121, Bl. 84-94. Nach Archivdokumenten und Jakovlev 1991 war Sergievskij ein geheimer Informant des NKVD (siehe Jakovlev [Hrsg.], Reabilitacija, S.121), aber Irina Šljapnikova zeigte 2012, dass Šljapnikov von Anfang an wusste, dass Sergievskij um Informationen gebeten worden war, weil dieser ihm das mitgeteilt habe (Gespräch). Sie sah zufällig Akten, die mir nicht zugänglich waren.

18 CAFSB, R33718, Bd. 3, Bl. 26-9 (handschriftlich), Bl. 30-31 (maschinenschriftlich), Bl. 32-37 (handschriftlich), Bl. 38-41 (maschinenschriftlich), Bl. 42-43, 46-49 (handschriftlich) und Bl. 44-45, 51-53 (maschinenschriftlich), Verhöre am 8./9. Januar; Bl. 59-66.

sich lustig über den Anklagepunkt, nach dem er basierend auf der „alten Plattform von 1920-21“ konterrevolutionäre Arbeit geleistet hätte. Seit dieser Zeit hätte sich die sowjetische Wirtschaft in großem Maße transformiert. Außerdem, betonte Šljapnikov, sei es lächerlich, dass er ein „Zentrum“ und „Anführer“ für Genossen sein könne, welche seit vorrevolutionärer Zeit seine Freunde und langjährige, unabhängige Parteimitglieder seien. Er bestand auf seinen gesetzlichen Rechten und wollte diejenigen persönlich befragen, die gegen ihn ausgesagt hatten. Auch sprach er andere vom Verdacht frei.<sup>19</sup>

Bezüglich der Selbstbeichtigungen Safarovs beteuerte Šljapnikov, er und Safarov seien nur „flüchtig miteinander bekannt“, und er habe das Gefühl, dieser sei unzuverlässig. Šljapnikov erklärte, für Zinov’ev wäre es unlogisch gewesen, wenn er Safarov mit der Aufforderung zu ihm gesandt hätte, mit ihm einen Block zu bilden, denn Zinov’ev hätte die Frage selbst stellen oder jemanden schicken können, den Šljapnikov weit besser kannte. Ein weiterer logischer Fehler läge in der Vorstellung, er hätte sich der Zinov’evistischen Opposition 1932, als diese bereits zerschlagen war, angeschlossen, obwohl er Mitte der Zwanzigerjahre, als sie außerordentlich aktiv war, einen Beitritt nicht für angemessen gehalten hätte. Den Vorwurf eines Informanten, er wäre ein „bürgerlicher Demokrat“, bezeichnete Šljapnikov als „verleumderisch“. Trotzig erklärte er: „Ich bin noch nicht so weit, dass ich mir selbst ins Gesicht spucke.“<sup>20</sup>

Obwohl sich Šljapnikov niemals der Vereinigten Opposition angeschlossen hatte, gab er zu, bis 1929 mit ihr sympathisiert zu haben. 1929 habe sich seine Einstellung aber geändert, weil sich das Zentralkomitee für die Industrialisierung eingesetzt hatte, die auch er befürwortete. Šljapnikov äußerte Unverständnis für seinen Parteiausschluss 1933 und schloss mit einer langen Unschuldsbeteuerung.<sup>21</sup>

Trotzdem fand der NKVD genügend Gründe, Šljapnikov am 15. Januar 1935 anzuklagen, nach Artikel 58 §§ 10 und 11 des Strafgesetzbuches der UdSSR „einer der Anführer der konterrevolutionären Organisation der sogenannten Arbeiteropposition gewesen zu sein“, welche „illegale,

19 CAFSB, R33718, d. 499061, Bd. 3, Bl. 73-76 (handschriftlich), Bl. 77-92 (maschinschriftlich), 15-16. Januar 1935.

20 CAFSB, R33718, d. 499061, Bd. 3, ll. 83-87. Er fügte hinzu, „A te slušajut, da čai kušajut“ (Sie hören zu und trinken Tee), ein idiomatischer Ausdruck, gemeint ist: „Es kümmert sie nicht.“

21 CAFSB, R33718, d. 499061, Bd. 3, Bl. 88-92.

gegen die Sowjetmacht gerichtete Arbeit leistete“.<sup>22</sup> Dadurch blieb er weiterhin in Haft. Zinov’ev, Kamenev und sieben weiteren wurde am 15./16. Januar heimlich der Prozess gemacht; sie wurden der Organisation eines „Zentrums“ und der „moralischen Mittäterschaft“ beim Mord an Kirov für schuldig befunden. Šljapnikov wurde mitgeteilt, dass Kamenev ihn mit der Planung „gemeinsamer illegaler Arbeit“ in Verbindung gebracht habe. Er bestritt das. Trotzdem überredeten ihn die Vernehmungsbeamten, eine Erklärung zu unterzeichnen, in der eine Zinov’evistische Organisation verurteilt wurde.

Diese Erklärung begann typischerweise so: „S. M. Kirovs niederträchtige Ermordung war ein direkter Schlag der Zinov’evistischen konterrevolutionären Untergrundorganisation gegen das leninistische Zentralkomitee, was ein seit Jahren wie ein Parasit am gesunden Organismus der Partei haftendes Geschwür zum Vorschein brachte.“ Dann ging es aber ganz anders weiter: „Obwohl ich mich der Vereinigten Opposition nicht anschloss, habe ich sie trotzdem 1925-1928 unterstützt und verteidigt und unterhielt Bekanntschaften mit einigen von denen, die sich gerade selbst als abstoßende, konterrevolutionäre Monster entlarvt haben.“ Šljapnikov betonte: „Ich hatte keinerlei Beziehung zu der Zinov’evistischen konterrevolutionären Organisation und wusste nichts von ihrer Existenz. [...] Ich habe weder ein Zentrum geschaffen, noch habe ich die Peripherie unterstützt.“<sup>23</sup> So machte Šljapnikov einige Zugeständnisse, verteidigte jedoch seine eigene Unschuld und die seiner engen Genossen.

Nach getrennten Gegenüberstellungen mit zwei Anklägern, Safarov und Illarion V. Vardin (Mgeladze) wies Šljapnikov ausführlich auf Widersprüche und Unstimmigkeiten hin, die er in deren Aussagen gefunden hatte. Er bat die Ermittler, Dokumente von 1921/22 zu prüfen. Diese konnten jedoch Geständnisse vorweisen und hatten kein Interesse, eine echte Untersuchung auf der Grundlage von Beweismaterial durchzuführen. Unter dem Druck, hinsichtlich der Partei ein Geständnis abzulegen, beteuerte Šljapnikov, im Gegensatz zu Rubaschow: „Ich bin bereit alles zu tun, was für die Partei notwendig ist [...], aber die Ideologie der Menschewiki kann ich nicht akzeptieren.“<sup>24</sup>

Von Mitte Februar bis Mitte März wurde die Befragung Šljapnikovs für einen Monat unterbrochen, und er wurde in das Butyrka-Gefängnis verlegt. In dieser Zeit wurde mit Sergej Medvedev ein Šljapnikov nahestehen-

22 Ebenda, Bl. 9.

23 CAFSB, R33718, d. 499061, Bd. 4, Bl. 93-98.

24 CAFSB, R33718, d. 499061, Bd. 4, Bl. 104-115; Bd. 3, Bl. 54-55, 67-69.

der Genosse verhört, der aber noch weniger kooperativ war und den Vernehmungsbeamten noch feindseliger gegenüberstand.<sup>25</sup> Medvedevs Chef-Befrager war die Lettin Lidia I. Braslina.<sup>26</sup> Nikolaj Sergievskij, der wichtigste Informant über die Moskauer Gruppe der Arbeiteropposition in den Jahren 1933/34, hatte ihr zwar Berichte geliefert, jedoch keine Beweise für eine aktive Untergrundorganisation. Unter dem Druck, Ergebnisse zu liefern, ließ Braslina Sergievskij Anfang März vorladen und stellte ihm ein Ultimatum. Er sollte falsches Beweismaterial über Šljapnikovs und Medvedevs konterrevolutionäre Aktivitäten zusammenstellen, woraufhin er sich an die Parteikontrollkommission (PKK) wandte und um Rat bat.<sup>27</sup>

Als Šljapnikovs Verhöre Mitte März weitergingen, scheint er eingestanden zu haben, das Wort „gegen die Partei gerichtet“ zur Beschreibung seiner eigenen und Medvedevs Meinung, wie er sie in persönlichen Briefen geäußert hatte, zu benutzen. Er bestand aber darauf, ihre Korrespondenz oder die Verbindungen zwischen ihm und seinen engsten Genossen hätten nicht den Charakter einer „Organisation“ gehabt. Auch bestritt er weiterhin, dass Kamenev und Zinov'ev versucht hätten, ihn und seine Genossen 1933 in einen Block hineinzuziehen. Er bekannte sich schuldig, Medvedevs Briefe 1934 nicht den Parteigremien übergeben zu haben, weigerte sich aber entschieden zu sagen, er oder seine engsten Genossen hätten „systematische Gruppendiskussionen [...] in einem offensichtlich anti-sowjetischen Geist“<sup>28</sup> geführt. In einer an Akulov und Jagoda gerichteten handschriftlichen Erklärung beharrte Šljapnikov: „Es ist an der Zeit, die Lügen über eine Blockbildung zu beenden, denn es gab keine, es gab nicht einmal entsprechende Andeutungen.“<sup>29</sup>

---

25 L. I. Braslina und N. Ivanov verhörten Medvedev am 31. Januar; 4., 5. und 15. Februar sowie am 11. und 14. März, CAFSB, R33717, d. 499061, Bd. 5.

26 In den Protokollen finden sich nur die ersten zwei Initialen Braslins. Irina Šljapnikova, die mehr NKVD-Akten über den Fall ihres Vaters einsehen konnte als ich, sagte mir, dass Braslina eine Frau war und nannte ihren Vornamen und die Nationalität (Telefongespräch mit der Autorin, Oktober 2000; Gespräche mit der Autorin, Moskau 2012). Nikita Petrov von Memorial bestätigte das 2012 in einer E-Mail und einem Telefongespräch (siehe FN 14). Er fügte hinzu, dass eine Reihe weiterer Frauen als Vernehmungsbeamte des NKVD tätig waren und eine den Rang eines Obersts innehatte. Im Dezember 1935 wurde Braslina zum Leutnant befördert (ebenda).

27 Maschinenschriftliche Kopie einer Äußerung Sergievskijs an Matvej F. Škirjatov. 11. März 1935, RGASPI, f. 671, op.1, d. 87, Bl. 106.

28 CAFSB, R33718, d. 499061, Bd. 4, ll. 111-116 (handschriftlich), Bl. 117-125 (maschinenschriftlich).

29 CAFSB, R33718, d. 499061, Bd. 4, Bl. 126-127, 17. März 1935 (handschriftlich von

Im Verhör gestand Šljapnikov, dass er und Genossen verschiedene Aspekte der Politik von Partei und Regierung kritisiert hatten, behauptete aber, ihre Kritik sei nicht konterrevolutionär gewesen. Er gab zu, 1930 Zweifel an den Methoden gehabt zu haben, wie die Kollektivierung realisiert wurde, seien doch die ersten Anweisungen dazu unklar gewesen und hätten zu Exzessen geführt. Daher habe er gemeint, die Kollektivierung sei „zu schnell“ gewesen und habe „nicht die Besonderheiten der Regionen berücksichtigt“. Außerdem hätte er 1931/32 „angezweifelt, dass das Tempo der Industrialisierung durchführbar“ sei. 1933 aber seien seine Zweifel zerstreut gewesen. Trotzdem räumte Šljapnikov ein, dass Medvedev 1934 in einem Brief mit der Kritik an der sowjetischen Außenpolitik „auf einen antisowjetischen Weg“ geraten sei, dies aber nur, weil er diese Politik nicht verstand. Schließlich gestand Šljapnikov symbolisch den Fehler ein, „seine Zweifel und Meinungsverschiedenheiten nicht den Parteigremien mitgeteilt zu haben“<sup>30</sup>.

Obwohl Šljapnikov informiert wurde, dass an diesem Punkt die Ermittlung zu Ende sei, kehrten die Befragungsbeamten Ende März noch zwei Mal zurück. Sie versuchten, die Existenz einer Organisation aufzuzeigen und fragten nach Šljapnikovs finanzieller Unterstützung für Medvedevs Töchter während der Verbannung ihres Vaters. Der Vernehmer behauptete, Šljapnikov und Medvedev hätten „gemeinsame Geldmittel“ gehabt. Šljapnikov erwiderte trocken, davon höre er das erste Mal.<sup>31</sup>

Am 26. März 1935 verurteilte eine Sonderberatung des NKVD Šljapnikov wegen „konterrevolutionärer Aktivität“ zu fünf Jahren Haft in dem Sondergefängnis in Verchneural'sk, wo Zinov'ev, Kamenev und andere führende Oppositionelle inhaftiert waren.<sup>32</sup> Immer noch gibt es nur wenige Informationen über die Politisolators wie Verchneural'sk, wo kommunistische Oppositionelle zusammen mit Menschewiki und rech-

---

Šljapnikov auf einem Blatt 3,5 x 6 Zoll), Bl. 128-129 (maschinenschriftlich).

30 CAFSB, R33718, d. 499061, Bd. 4, Bl. 130-132 (handschriftlich), Bl. 133-136 (maschinenschriftlich). Hier unterzeichnete er wieder jede Seite, aber nicht jeden Absatz. Am Ende bemerkte er, dass er das Protokoll gelesen hat und es korrekt sei. Er bestätigte auch, dass er darüber informiert wurde, dass die Befragung am 17. März 1935 beendet war.

31 CAFSB, R33718, d. 499061, Bd. 4, Bl. 150f. (handschriftlich, unterzeichnet von Šljapnikov am Ende jeder Seite), Bl. 152-154 (maschinenschriftlich). Šljapnikov wurde auch zu Fanny Jezierska (1887-1945) befragt, die, wie er zugab, seit 1912 mit ihm bekannt war und von der er wusste, dass sie beim NKVD (ehemals OGPU) angestellt war. Er fügte hinzu, dass er sie das letzte Mal 1928 in Berlin gesehen hatte.

32 CAFSB, R33718, d. 499061, Bd. 4, Bl. 155, Exzerpt, verifiziert am 18. März 1955 durch Major Syčev, Mitarbeiter in der 6. Verwaltung. Der Satz soll vom 2. Januar 1935 stammen.

ten ukrainischen Nationalisten inhaftiert waren. Der Zinov'evist Boris Šachov-Cukerman, der im August 1936 den Antrag auf Entlassung stellte, beschrieb Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen politischen Gruppen und bestätigte, dass die Trotzlisten mehr als andere zum Protest neigten, bis hin zum Hungerstreik. Obwohl sein Plan, vorzeitig entlassen zu werden, seine Betrachtungsweise verzerrt, klingen einige Bemerkungen über Šljapnikov glaubhaft. Šachov stellte ihn heraus als einen der wenigen, die mutig genug waren, laut und deutlich ihre Meinung zu äußern. Er erinnerte sich daran, dass der ehemalige Führer der Arbeiteropposition Kamenev verhöhnte, Zinov'ev den Vorwurf machte, sich selbst und andere verleumdet zu haben, und dass Šljapnikov sarkastisch gefragt habe, wenn Zinov'ev und Kamenev „mich als Feind betrachten, warum sollte ich dann sagen, ich bin ihr Freund?“<sup>33</sup>

Während seines Gefängnisaufenthaltes verschlechterten sich Šljapnikovs Schwerhörigkeit, Gleichgewichtsstörungen und andere Symptome des Ménière-Syndroms. Zeitweise litt er an Sehschwäche und Mobilitätsbeschwerden. Keiner der Ärzte, die er im Gefängnis von Verchneural'sk oder in Magnitogorsk konsultierte, wagte es, dem NKVD seine Entlassung aus gesundheitlichen Gründen vorzuschlagen. Šljapnikov dachte daran, in einen Hungerstreik zu treten, verwarf aber diese Option, weil er erkannte, dass das Politbüro auf diesen feindseligen Akt nur ablehnend reagieren würde. Nachdem er im Herbst 1935 in das Butyrka-Gefängnis in Moskau zurückgebracht worden war, wandte er sich schriftlich an das Politbüro mit der Bitte um seine Freilassung. Dabei versicherte er dessen Mitgliedern, er könne für die Partei und die internationale Revolution arbeiten, und lobte überschwänglich Stalins internationale Politik der „proletarischen Einheitsfront“. Šljapnikov gab zu, sich mit „verachtenswerten Menschen“ umgeben zu haben und schuldig zu sein, „Gruppeninteressen“ verteidigt zu haben. Er bestritt aber, an „Untergrundorganisationen, sibirischem Banditentum oder einem Aufstand im Hinterland der Roten Armee“ teilgenommen oder diese unterstützt zu haben. Er bot an, seine Schuld öffentlich zu gestehen, bat aber darum, nicht als „Feind“ vor Gericht gestellt zu werden und es „den Feinden der kommunistischen Partei nicht zu erlauben, über meinen Namen und mein Verhalten Spekulationen“ zu machen.

---

33 23. August 1936 an Ežov und Jagoda, RGASPI, f. 671, op.1, d.258, Bl. 108-119. Šachov-Cukerman war vor seiner Verhaftung (ebenda, l. 120) Staatsanwalt des Nördlichen Kraj. Auf einer Gedenkveranstaltung im Juli 2012 in Moskau bemerkten russische Historiker, dass Archivare des CAFSB sagten, sie könnten die Dokumente aus Verchneural'sk nicht ausfindig machen.

onen anzustellen“. Zum Schluss unterstrich er seinen schlechten Gesundheitszustand, der bis zur Genesung einen öffentlichen Auftritt verhindern würde.<sup>34</sup>

Führende Funktionäre der Partei hätten entscheiden können, Šljapnikov zu entlassen, um vor einem potenziellen Schauprozess seine Gesundheit wiederherzustellen. Und obwohl Šljapnikov gehofft hatte, wieder ein freies Leben mit seiner Familie in Moskau führen zu können, wandelte der NKVD im Dezember 1935 sein Urteil in Verbannung nach Astrachan um.<sup>35</sup> In Astrachan fand er eine Gemeinschaft politischer Verbannter vor. Mit vielen von ihnen scheint er gut ausgekommen zu sein.<sup>36</sup> Als er in Astrachan angekommen war, wandte er sich an Ežov und bat um „medizinische Hilfe“ für seine Frau und seine Kinder.<sup>37</sup> Šljapnikov wurde ein kurzer Aufenthalt des ältesten Sohnes Jurij gestattet, der seinen Vater im Frühjahr 1936 etwa zwei Wochen besuchen konnte. Jurij erinnerte sich, dass Šljapnikov damals als Assistenz-Direktor der Transportabteilung der Stadt arbeitete, was bedeutete, dass er Pferde und einige Fahrzeuge beaufsichtigte. Jurij begleitete ihn auf seinen Runden. In seinen Erinnerungen an die gemeinsam verbrachte Zeit war der Vater immer beschäftigt, saß nie untätig herum.<sup>38</sup> Šljapnikov bat, ihn nach Moskau zur medizinischen Behandlung fahren zu lassen und ihn nach Kazan' zu überführen, wo er ein günstigeres Klima zu finden hoffte, um von seiner Krankheit zu genesen.<sup>39</sup> Doch er musste in Astrachan bleiben. Šljapnikov wurde mehr Verantwortung übertragen; im Sommer 1936 arbeitete er als ranghoher Ökonom bei der Verwaltung der Dampfschiffahrt „Untere Wolga“. Seine Verbannung wurde durch den Beginn des Großen Terrors abgebrochen.

Anfang 1936 hielt man den Chef des NKVD Jagoda für nicht eifrig genug bei der Suche nach Feinden, und so nahm Ežov, unter Führung Stalins, den Fall der Zinov'evisten und Trotzlisten wegen der Ermordung

---

34 Kopie eines Briefes von Šljapnikov an das Politbüro, 20. Oktober 1935, Butyrka-Gefängnis, von Braslina verifiziert, RGASPI, f. 82, op. 2, d. 198, Bl. 133-138.

35 Protokoll Nr. 170 (Exzerpt), Sonderberatung beim NKVD SSSR (Osoboe soveščanie), 10. Dezember 1935, CAFSB, R33718, d. 499061, Bd. 3, Bl. 117.

36 So Jurij Šljapnikov im Gespräch mit der Autorin, 25. Juni, 1. Juli 2004.

37 Telegramm an Ežov, 15. Januar 1936, RGASPI, f. 589, op. 3, d. 9103, Bd. 3, Bl. 114.

38 So die Aussage von Jurij Šljapnikov, in: Iurii Aleksandrovich Shliapnikov interview by Barbara C. Allen, digital audio recording, Lawrenceville, New Jersey, 10 January 2007, Stanford 2007, S.2, 7f. Die Aufnahmen und Abschriften sind bei der Hoover Institution Library and Archives, Stanford University, hinterlegt.

39 Brief Šljapnikovs an das Sekretariat des ZK, 26. Mai 1936, RGASPI, f. 671, op. 1, d. 22, Bl. 168.

Kirovs und anderer politischer „Verbrechen“ wieder auf. Erneut wurden im Frühjahr 1936 Trotzisten verhaftet. Im Gegensatz zu Šljapnikov waren Zinov'ev und Kamenev seit ihrer Verhaftung im Dezember 1934 im Gefängnis geblieben. Unter Druck gestanden sie, Morde an Parteiführern, einschließlich Kirov und Stalin, geplant zu haben. Die Geständnisse haben sie vielleicht abgelegt, um ihr Leben zu retten, oder auch aus Loyalität gegenüber der Partei. Letzteres war Bucharins Motivation, wie er in einem Brief an Stalin vom Dezember 1937 darlegte. Im August 1936 wurden die Geständnisse im ersten großen öffentlichen Schauprozess des Großen Terrors kräftig herausgestellt.<sup>40</sup>

Šljapnikovs erneute Verhaftung folgte im September. Der Astrachaner NKVD schickte ihn als einen „Staatsverbrecher unter Sonderbewachung“ nach Moskau.<sup>41</sup> Im Oktober und November wurde er verhört, er hatte aber seiner Aussage von 1935 „nichts hinzuzufügen“. Gefragt, warum er Zinov'ev gemeinsam mit Medvedev besucht habe, erwiderte er: „Medvedev war mein engster Genosse, und wir schauten oft gemeinsam bei Leuten vorbei.“ Er bestritt alle Vorwürfe konterrevolutionärer Tätigkeit.<sup>42</sup>

Trotzdem wurde Šljapnikov am 11. April 1937 entsprechend Artikel 58, §§ 8 und 11 des Strafgesetzbuches angeklagt, eine konterrevolutionäre Gruppe namens Arbeiteropposition angeführt, mit dem „Konterrevolutionären trotzkistisch-zinov'evistischen terroristischen Block“ in Verbindung gestanden und „versucht zu haben, mit Ruth Fischer zwecks gemeinsamen Kampfes gegen die Politik und die Maßnahmen der Komintern einen Block zu bilden“. Er wurde auch beschuldigt, Gruppen, die Stalin ermorden wollten, angeführt zu haben. Da Šljapnikov sich als nicht schuldig erklärte, konstatierte die Anklage, dass sie durch Zeugenaussagen anderer zustande gekommen sei.<sup>43</sup>

40 CAFSB, R27744, d. 3257, Bl. 14; Irina Šljapnikova im Gespräch mit der Autorin, Moskau 2000; siehe auch Getty/Naumov, *Road*, S.247-260, 556-560; Dies.: *Yezhov: The Rise of Stalin's 'Iron Fist'*, New Haven 2008, S.187-194.

41 Bericht angefertigt vom Chef der Geheimen Politischen Abteilung der Hauptverwaltung der Staatssicherheit (Glavnoe Upravlenie Gosudarstvennoj Bezopasnosti, GUGB) Georgij A. Molchanov, CAFSB, R27744, d. 3257, Bl. 1-4; Bl. 7.

42 CAFSB, R27744, d. 3257, Bl. 16-23. Šljapnikov machte geringfügige Korrekturen im Protokoll, unterschrieb auf jeder Seite und am Ende. Er unterschrieb mit „aufgezeichnet nach meinen Worten, von mir durchgelesen“. Der Name des Vernehmers scheint Hauptmann G. B. (unleserlich) zu sein, Chefassistent der Geheimen Politischen Abteilung der Hauptverwaltung der Staatssicherheit.

43 Am 11. April 1937 unterzeichnet von Braslina, Leutnant der Staatssicherheit, Serbinov, Hauptmann der Staatssicherheit, Kurskij, Chef der 4. Abteilung der GUGB und Rozovskij,

Am 2. September 1937 trat das Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR in einer geschlossenen Sitzung zusammen, um Šljapnikovs Fall zu behandeln. In seiner Abschlusserklärung sagte Šljapnikov, er „stehe der Sowjetmacht nicht feindlich gegenüber“. Vielleicht als letzte ironische Bemerkung bekannte er sich nur schuldig, „eine liberale Einstellung gegenüber denjenigen zu haben, die ihn umgeben“. Trotzdem befand ihn das Gericht noch am selben Tag für schuldig und verurteilte ihn zum Tode durch sofortiges Erschießen. Laut entsprechenden Dokumenten wurde er in einem Gemeinschaftsgrab auf dem Donskoj-Friedhof (Donskoe kladbišče) in Moskau verscharrt.<sup>44</sup>

### *Zusammenfassung*

Nach kurzer Verbannung im Jahre 1934 offenbarte Šljapnikov in seinem Tagebuch pessimistische Gedanken über die stalinistische Repression und den falschen Umgang mit den Arbeitern, aber die Hoffnung auf den Sieg des Sozialismus oder die Verbesserung seiner eigenen Situation gab er nicht auf. Während der Verhöre 1935 und 1936 interpretierte er sein Beziehungsnetz weder als Verschwörung, noch gab er zu, sich terroristisch betätigt oder sich jemals mit Zinov'ev, Kamenev oder anderen verschworen zu haben. 1935 beugte er sich kurzzeitig dem Druck und zeigte einige Aussagen seines engsten Genossen Medvedev an. Seine durch die Bedingungen im Gefängnis verursachten gesundheitlichen Probleme führten Ende 1935 zudem zu einer gewissen Unschlüssigkeit, als er anbot, seiner Vergangenheit öffentlich abzuschwören, wenn auch nicht ganz. Doch 1936 blieb er standhaft. Es gab keinen „Schauprozess“ gegen die Arbeiteropposition, entweder, weil sie nicht in die Beschreibung einer Gegnerschaft passte, die Stalin konstruieren wollte, oder weil Šljapnikov und seine engsten Genossen dem Druck widerstanden, sich selbst die Würde zu nehmen und andere im „Dienst der Partei“ zu verleumden. Für sie war die Partei nicht Stalin und seine Clique, sondern eine revolutionäre, von Arbeitern organisierte politische Institution. Diese feste Überzeugung half ihnen, Stalins Rhetorik und Beschreibung der Vergangenheit der Partei zu widerstehen und sich eine Art Alternative zu seiner Version von Sozialismus darzustellen.

Aus dem Englischen von Rosemarie Eichler

---

Oberassistent des Generalstaatsanwaltes der UdSSR, CAFSB, R27744, d. 3257, Bl. 98.

44 CAFSB, R27744, d. 3257, Bl. 102-104; A. Miščakov: Za inakomyслиe k rasstrelu: najdeno mesto zachoronjenja pervych dissidentov – Šljapnikova i Vujovicha, in: Večernaja Moskva, 12.7.1991, S.4. Siehe auch Rasstre'nyje spiski. Moskva 1935-1953. Donskoe kladbišče (Donskoj krematorij). Kniga pamjati žertv političeskich repressij, Moskva 2005, S. 522.

## Diskussion

### Die Grenzen der Parteidisziplin: Wilhelm Dittmann und die Spaltung der SPD im Ersten Weltkrieg

Felix Lieb

Zum 100. Jahrestag des Ausbruches des Ersten Weltkrieges ist der deutsche Buchmarkt mit einer Fülle von Neupublikationen überschwemmt worden. Allen Bestsellern – stellvertretend genannt sei hier vor allem Herfried Münklers „Der Große Krieg“<sup>1</sup> – ist dabei allerdings gemein, dass die enormen parteipolitischen Implikationen des Krieges nur am Rande Erwähnung finden. Die SPD, die gerade erst seit 1912 die größte Fraktion im Reichstag stellte, erfuhr jedoch während des Krieges eine einschneidende Transformation. Dies führte zu ihrer folgenreichen Spaltung, seit der Gründung der USPD im April 1917 zog sich ein tiefer Riss durch die deutsche Sozialdemokratie, erst 1922 kam es zur Wiedervereinigung der (M)SPD mit den noch vorhandenen Resten der USPD.<sup>2</sup>

Bei einer oberflächlichen Betrachtung der Parteispaltung besteht die Gefahr, diese nach einem zu simplen Links-Rechts-Schema erklären zu wollen. Münkler behauptet in seiner äußerst knappen Darstellung der Parteispaltung beispielsweise, dass die USPD durch die Abspaltung eines „linke[n] Parteiflügel[s]“ entstanden sei.<sup>3</sup> Solche Analysen<sup>4</sup> folgen unbeabsichtigt der Argumentation in Carl E. Schorskes Darstellung „Die große Spaltung“<sup>5</sup> aus dem Jahr 1955. Seiner Auffassung nach war die Zustimmung der SPD-Fraktion zu den ersten Kriegskrediten am 3. bzw. 4. Au-

---

1 Herfried Münkler: Der Große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918, Berlin 2013.

2 Zur Geschichte der USPD siehe insbesondere Hartfrid Krause: USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt am Main-Köln 1975; David W. Morgan: The Socialist Left and the German Revolution. A History of the German Independent Social Democratic Party, 1917-1922, Ithaca-London 1975.

3 Siehe Münkler, Krieg, S.632.

4 Weitere Beispiele sind u. a. Jörn Leonhard: Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkrieges, München 2014, S.385; Oliver Janz: 14 – Der Große Krieg, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung Bonn 2013, S.197f.

5 Siehe Carl E. Schorske: Die große Spaltung. Die deutsche Sozialdemokratie 1905-1917, Berlin 1981 [1955].

gust 1914 nicht mehr als der Abschluss einer jahrzehntelangen Aufspaltung der SPD in eine revolutionäre und in eine reformistische Partei.<sup>6</sup> Zwar erfolgte die Zustimmung im Reichstag am 4. August 1914 geschlossen, doch verschleierte dieses Abstimmungsverhalten nur fundamentale Meinungsverschiedenheiten zwischen den Abgeordneten, denn bei einer fraktionsinternen Abstimmung tags zuvor lehnten bereits 14 Mitglieder die Kredite ab.<sup>7</sup> Dieses von Schorske entwickelte Argumentationsmuster findet sich in jenen aktuellen Darstellungen wieder, für die die USPD vor allem eine „linke“ Abspaltung von der SPD darstellt. Es erweckt allerdings den Anschein, als seien im August 1914 innerparteiliche Fronten gebildet worden, die sich im weiteren Verlauf nicht mehr ändern sollten. In dieser Lesart wird der Einfluss des Krieges und des Kriegsverlaufs auf die Entscheidung zur Nichtbewilligung weiterer Kredite weitestgehend übersehen.<sup>8</sup>

Die Bruchlinien in der SPD während der ersten Jahre des Ersten Weltkrieges bedürfen einer genaueren Rekonstruktion. Dabei stellen sich folgende Fragen: Wie kam es nach anfänglicher Geschlossenheit zur Spaltung? An welchen Fragen entzündeten sich die grundlegenden Meinungsverschiedenheiten, wenn sich der Bruch der Partei eben nicht am bekannten Links-Rechts-Schema der Vorkriegszeit orientierte?

Zu ihrer Beantwortung steht in diesem Beitrag der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Dittmann im Mittelpunkt. Er unterstützte zu Kriegsbeginn noch den Burgfrieden, um ab 1915 umso vehementer dessen Fortsetzung zu bekämpfen. Als Gründungsmitglied sowohl der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft (SAG) 1916 als auch der USPD 1917 war er aktiv an der Loslösung der innerparteilichen Opposition beteiligt.<sup>9</sup>

---

6 Siehe ebenda, S.13f., 403.

7 Siehe Susanne Miller: Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974, S.59f.

8 Die Wortwahl in den neuen Darstellungen ist umso überraschender, als die einschlägige Forschung Schorskes These bereits mehrfach widerlegt und auf die kriegsbedingten Ursachen der Spaltung hinwies. So z. B. Miller, Burgfrieden; Krause, USPD; Wolfgang Kruse: Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedensschlusses 1914/1915, Essen 1993.

9 Zur Person siehe Georg Kotowski: Dittmann, Wilhelm Friedrich Karl, in: Neue Deutsche Biographie. Vierter Bd.: Dittel-Falck, Berlin 1959, S.3f.; Jürgen Rojahn: Einleitung, in: Wilhelm Dittmann: Erinnerungen, bearb. und eingel. von Jürgen Rojahn, Bd. 1, Frankfurt/Main-New York 1995, S.1\*-286\*; <<https://www.dhm.de/lemo/biografie/wilhelm-dittmann>> [22.05.2015]. 1874 in Eutin geboren, trat Dittmann während seiner Tischlerlehre in die SPD ein und stieg dort rasch in verschiedene Ämter in Partei und Parteipresse auf.

Wilhelm Dittmann hat im Laufe seines Lebens zahlreiche Zeugnisse hinterlassen. 1995 wurden seine Memoiren<sup>10</sup> veröffentlicht, mittlerweile ist auch die Auswertung seines persönlichen Nachlasses möglich. Im Zuge der russischen Archivöffnungen wurde dieser im Russischen Staatsarchiv für soziale und politische Geschichte (RGASPI) in Moskau entdeckt. Das Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) in Bonn verfügt neben kleineren Originalbeständen auch über Verfilmungen dieser umfangreichen Moskauer Unterlagen, bestehend vor allem aus Notizen, Manuskripten, Redeentwürfen, Korrespondenzen und Dokumenten aus seiner Abgeordnetenarbeit.<sup>11</sup> Vom Zeitpunkt der ersten Kreditbewilligung bis zur Gründung der SAG im Frühjahr 1916 werden hier diese Materialien daraufhin untersucht, welche Ereignisse zur Eskalation der innerparteilichen Spannungen führten und welche Wendepunkte seine Abkehr von der Politik der Parteiführung hin zu offener Opposition bewirkten.

### *1. Vor und nach dem 4. August 1914*

Mit dem Attentat auf Franz Ferdinand am 28. Juni 1914 wurde die Gefahr eines europäischen Krieges akut. Dennoch zeigte sich die Spitze der SPD nur vorübergehend aufgeschreckt, der Stimmungsumschwung erfolgte erst mit der Übergabe des Ultimatums an die serbische Regierung am 23. Juli, wobei die deutsche Öffentlichkeit dies überwiegend als Reaktion auf eine Provokation Russlands auffasste.<sup>12</sup> Der Parteivorstand rief zwei Tage später zu Massendemonstrationen gegen einen drohenden Krieg auf, die Teilnehmerzahl schätzt Wolfgang Kruse auf 750.000 Menschen.<sup>13</sup>

---

Seit 1912 saß Dittmann für den Wahlkreis Remscheid-Lennep-Mettmann im Reichstag und war nach der Parteispaltung eines der drei USPD-Mitglieder im Rat der Volksbeauftragten. Nach der Wiedervereinigung von USPD und SPD gehörte er von 1922 bis 1933 dem Vorstand der SPD an. Nach seinem Exil in der Schweiz kehrte er 1951 nach Deutschland zurück und starb 1954 in Bonn.

10 Siehe Dittmann, *Erinnerungen*.

11 Archiv der sozialen Demokratie Bonn (künftig: AdsD), Nachlass (NL) Wilhelm Dittmann, 1/WDAD000025, 1/WDAD000040; Fonds 215, Nr. 22, 44, 58, 61, 63, 201, AdsD, Mikrofilm (MF) Wilhelm Dittmann, Originale im Russischen Staatsarchiv für sozio-politische Geschichte (RGASPI) Moskau.

12 Siehe Miller, *Burgfrieden*, S.37; Thomas Raithel: „Augusterlebnisse“ 1914 in Deutschland und Frankreich, in: Nils Freytag/Dominik Petzold (Hsrg.): *Das „lange“ 19. Jahrhundert. Alte Fragen und neue Perspektiven*, München 2007, S.245-260, hier S.248.

13 Siehe Kruse, *Krieg*, S.30-43. Jörn Wegner hält sogar mehr als eine Million Teilnehmer für realistisch: *Die Antikriegsproteste der deutschen Arbeiter am Vorabend des Ersten Welt-*

Selbst nach dem Kriegsausbruch waren die führenden Köpfe der SPD noch davon überzeugt, eine russische Aggression gegen Deutschland sei hauptverantwortlich für den Krieg gewesen.<sup>14</sup> Auch Dittmann hatte sich täuschen lassen und erst später erkannt, dass es die bewusste Taktik der Reichsleitung gewesen war, das zaristische Russland als Kriegsschuldigen darzustellen, sodass „der Eindruck von einem Verschulden der deutschen Regierung am Ausbruch des Krieges [...] nicht aufkommen [konnte]“.<sup>15</sup> Das bedeutet allerdings nicht, dass er eine deutsche Mitschuld leugnete. Jedoch blieb er wie der überwiegende Teil seiner Partei zunächst der Ansicht, dass Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg sich für den Frieden eingesetzt habe. Eine mit „Meine Haltung bei Kriegsausbruch“ betitelte, undatierte Notiz belegt, dass er dem Reichskanzler dies möglicherweise sogar noch im Rückblick zugutehielt: „Von beiden Seiten Tendenzen zum Krieg. Imperialismus hüben wie drüben! [...] Bethmann versuchte zu bremsen. Gegen seinen Willen entfesselt.“<sup>16</sup>

Die entscheidende Voraussetzung für eine Unterstützung der deutschen Kriegsführung durch die SPD war mit der russischen Generalmobilmachung am 31. Juli gegeben. Zu Recht wurde bereits darauf hingewiesen, dass damit in der Partei ein bedeutsamer Meinungsumschwung ausgelöst wurde und die vorhandene kritische Haltung zum Zarenreich voll zum Ausdruck kam.<sup>17</sup> Am 3. August beschloss die Fraktion mit 78 gegen 14 Stimmen, den Kriegskrediten zuzustimmen.<sup>18</sup> Diese Entscheidung darf allerdings nicht als aggressiv-nationalistisch motiviert missverstanden werden. Vielmehr wurde sie zumindest seitens der späteren Opposition primär aus dem Glauben heraus gefällt, sie diene angesichts der Bedrohung durch einen angeblichen russischen Angriff der Vaterlandsverteidigung.<sup>19</sup>

---

krieges und ihre Entwaffnung durch die SPD-Führung, in: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 2014/II, S.39-52, hier S.47.

14 Siehe Roger Chickering: *Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg*, München 2002, S.77.

15 Dittmann, *Erinnerungen*, S.239.

16 *Meine Haltung bei Kriegsausbruch*, o.D., AdsD, MF Dittmann, Nr. 63, Bl. 253-255, hier Bl. 253. Hervorhebung im Original.

17 Siehe u. a. Dieter Groh: *Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges*, Frankfurt/Main 1973, S.647.

18 Siehe Miller, *Burgfrieden*, S.59f.

19 Siehe Dieter K. Buse: *Breaking and Remaking a Party. The Division and Militancy of German Social Democracy Reconsidered, 1914-1918*, in: *Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK)*, 40 (2004) 1, S.1-21, hier S.5.

In seiner ab 1920 im Auftrag des USPD-Vorstandes verfassten Geschichte des Krieges und der Revolution äußert Dittmann die Ansicht, dass die Entscheidung vom 3./4. August für ihn nicht zwangsläufig auch einen bedingungslosen Burgfrieden konstituierte, der für die gesamte Kriegsdauer einzuhalten sei: „Die 14 Dissidenten brachten [...] der organisatorischen Einheit und Geschlossenheit der Fraktion und der Partei [...] ein großes Opfer. Dazu würden sich diese Genossen aber schmerzlich verstanden haben, wenn damals bereits die Zustimmung zu den Krediten [...] als Bekenntnis zur nationalistischen Parole aufgefaßt worden wäre. Erst später [...] kam allmählich jene Deutung der Erklärung vom 4. August auf [...]. Jetzt hieß es, die Erklärung verpflichte die Partei zum ‚Durchhalten‘, zum ‚Burgfrieden‘ und zur Bewilligung aller weiteren Kriegskredite, ganz gleich, ob der Krieg zu Eroberungszwecken fortgesetzt werde oder zur bloßen Verteidigung.“<sup>20</sup>

Dittmann war wie auch Karl Kautsky anfangs der Auffassung, dass eine Zustimmung zur deutschen Kriegspolitik möglich sei, wenn Deutschland den Krieg sofort einstelle, sollte das Ziel der Verteidigung erreicht sein. Verbunden damit war ein ausdrücklicher Verzicht auf Annexionen. Unter diesen Bedingungen war Dittmann anfänglich zur Kreditbewilligung bereit gewesen.<sup>21</sup> Auf Kautskys Drängen hin wurde ein dementsprechender Satz in die Fraktionserklärung aufgenommen, die anlässlich der Kreditbewilligung im Reichstag verlesen werden sollte. Demnach werde sich die Fraktion gegen die Regierung wenden, sollte der Krieg von Deutschland zu einem Eroberungskrieg gemacht werden. Nach einer Intervention der Regierung wurde der Satz jedoch aus der Erklärung gestrichen.<sup>22</sup>

Der Partei- und Fraktionsvorsitzende Hugo Haase begründete vor dem Reichstag am 4. August 1914 die Zustimmung der Fraktion zu den Krediten. Er selbst hatte starke Vorbehalte, daher war er in seiner Rede deutlich darum bemüht, die Entscheidung mit der bisherigen Politik der Partei in Übereinstimmung zu bringen.<sup>23</sup> Er betonte zwar im Namen der Fraktion: „Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich“, merkte aber auch an, dass sie sich dabei im

---

20 Einigkeit macht stark!, Januar 1920, AdsD, MF Dittmann, Nr. 61, Bl. 460-521, hier Bl. 476f.

21 Siehe Dittmann, *Erinnerungen*, S.242.

22 Siehe Friedhelm Boll: *Frieden ohne Revolution? Friedensstrategien der deutschen Sozialdemokratie vom Erfurter Programm 1891 bis zur Revolution 1918*, Bonn 1980, S.132.

23 Siehe Miller, *Burgfrieden*, S.63. Zu Auswahl und Haltung Haases: *Einigkeit*, MF Dittmann, Bl. 473-475.

Einklang fühle mit dem Prinzip der Internationale, wonach jedes Volk ein Recht auf nationale Selbstständigkeit und Selbstverteidigung besitze. Von Kautskys Zusatz zur Fraktionserklärung blieb lediglich die Forderung nach einem Verhandlungsfrieden übrig, falls das „Ziel der Sicherung“ erreicht sei.<sup>24</sup>

In der Erklärung schlug sich das Bemühen, sich loyal zum Vaterland zu zeigen, ebenso stark nieder wie der Versuch, dies mit der Loyalität zu den Parteigrundsätzen zusammenzuführen. Ungewollt zog dies einen internen Streit um die Interpretation nach sich, der bereits die inhaltlichen Scheidelinien der Fraktionsspaltung 1916 andeutete. Die spätere Parteiopposition fasste die Erklärung so auf, dass sie nicht einen Verzicht *auf*, sondern die Pflicht *zur* Opposition bedeutete, sollte der Krieg zu einem Eroberungskrieg werden. Relativ bald zeigte sich jedoch, dass sie mit dieser Haltung in der Minderheit war. Dittmann schätzte rückblickend die Motive zur Zustimmung offenbar falsch ein, wenn er schrieb: „Die Grundstimmung, von der aus am 3. und 4. August Kriegskrediten [...] zugestimmt wurde, läßt sich etwa folgendermaßen formulieren: ‚[Wir befinden] uns in einer Situation der Notwehr. [...] Uns bleibt nichts übrig, als die Abwehr, um den Krieg zum Stehen zu bringen und dann auf seine schnelle Beendigung zu dringen.‘ Man wollte weder den Sieg der einen oder der anderen Seite, sondern wünschte, daß überhaupt keine Entscheidung durch die Waffen erfolge“.<sup>25</sup>

Mit der Niederlage der deutschen Armeen an der Marne im September 1914 war der vom deutschen Generalstab vorgesehene rasche Sieg in weite Ferne gerückt.<sup>26</sup> Dennoch wurde der Krieg fortgesetzt. Als anlässlich der zweiten Kreditabstimmung Karl Liebknecht am 2. Dezember 1914 als erster SPD-Abgeordneter die Zustimmung verweigerte und sich dabei auf Beschlüsse der Parteitage und der Internationale berief, kam es zu Uneinigkeiten in der Fraktion, ob er für diesen Disziplinbruch lediglich verurteilt oder gleich aus der Fraktion ausgeschlossen werden sollte. Die Mitglieder einigten sich schließlich auf eine Verurteilung, verbunden mit dem Beschluss, dass zukünftige Ab-

---

24 Siehe Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, Bd. 306, 13. Legislaturperiode, 2. Session 1914/1918, S.8f.

25 Einigkeit, MF Dittmann, Bl. 481f. Hervorhebung im Original.

26 Siehe Wilhelm Deist: Die Kriegführung der Mittelmächte, in: Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich/Irina Renz (Hrsg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg, erneut aktualisierte und erweiterte Studienausgabe Paderborn 2014, S.249-271, hier S.249-251.

stimmungen im Plenum immer geschlossen zu erfolgen hätten. Wer dies nicht wollte, dem wurde aber zumindest die Möglichkeit eröffnet, der Abstimmung fernzubleiben.<sup>27</sup>

## *2. Die Kriegszieldebatte im Frühjahr 1915 und das Aufleben der innerparteilichen Opposition*

Im Frühjahr 1915 gewann angesichts der verbesserten militärischen Lage die öffentliche Diskussion der Kriegsziele zunehmend an Fahrt und bestätigte viele Oppositionelle in ihrer Einschätzung, der Krieg werde mittlerweile zu Eroberungszwecken geführt.<sup>28</sup> Nach Dittmanns Auffassung hingegen konnte auch ein selbst verschuldeter Krieg der Verteidigung dienen, denn selbst bei einer deutschen Hauptverantwortlichkeit für den Kriegsausbruch könne nicht geleugnet werden, dass Deutschland an beiden Fronten bedroht werde.<sup>29</sup> Teile der Partei vertraten jedoch hinsichtlich des Kriegsziels bereits Ende 1914 sehr viel weitergehende Ansichten. So veröffentlichte Philipp Scheidemann in der von Dittmann redigierten „Bergischen Arbeiterstimme“ eine Grußbotschaft zum Jahreswechsel 1914/1915 an die Soldaten im Felde, in der er an ihren „unerschütterlichen Willen zum Durchhalten bis zum Siege!“ appellierte.<sup>30</sup> Seine Aussagen stehen stellvertretend dafür, dass aus Sicht der Fraktionsmehrheit das Ziel der Landesverteidigung mittlerweile zwar erreicht war, sie wollte aber durch die Unterstützung eines darüber hinausgehenden militärischen Vorgehens ihre Loyalität zur kaiserlichen Kriegspolitik unter Beweis stellen. Für Dittmann war gerade das unzulässig: „Burgfrieden und Einstellung des Kampfes gegen Scharfmacher und Kriegstreiber, das war das Verhängnis! Ja, noch mehr: Presse und Führer [der Partei] wurden von Nationalismus und Chauvinismus mitgerissen, halfen Kriegsstimmung schüren. Darin, nicht in Kreditbewilligung bei Kriegsbe-

---

27 Siehe Rojahn, Einleitung, S.169\*f.; Miller, Burgfrieden, S.97-99. Zum Fraktionsbeschluss: Notizen Wilhelm Dittmanns aus der Fraktionssitzung vom 2.2.1915 (betr. u. a. „Fall Liebknecht“ und „Fall Weill“, Auseinandersetzungen Hugo Haase/Max Cohen-Reuß), 2.2.1915, AdsD, NL Dittmann, 1/WDAD000040, Bl. 1-26, hier Bl. 2f. (Kopie).

28 Siehe Walter Mühlhausen: Die Sozialdemokratie am Scheideweg – Burgfrieden, Parteikrise und Spaltung im Ersten Weltkrieg, in: Wolfgang Michalka (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse, München 1994, S.649-671, hier S.653.

29 Siehe Dittmann, Erinnerungen, S.247.

30 Siehe Bergische Arbeiterstimme. Organ für das arbeitende Volk des Kreises Solingen, 31.12.1914. Hervorhebungen im Original.

ginn, lag die Versündigung gegen den Geist der Resolution [vom 4. August 1914].“ Weiter unterstützt werden dürfe der Krieg nur dann, wenn er lediglich der Verteidigung diene und die deutsche Regierung Eroberungspläne zurückweise.<sup>31</sup> Die Parteimehrheit hingegen tat sich wesentlich leichter damit, das zur Landesverteidigung vermeintlich Notwendige (unter eventuellem Einschluss eines Siegfriedens) höher zu gewichten als eine unbedingte Ablehnung annexionistischer Tendenzen.

Anlässlich der Reichstagsitzung am 20. März 1915, auf welcher den dritten Kriegskrediten zugestimmt werden sollte, verschärften sich diese Gegensätze. Die Kredittranche wurde erstmals ins Reichsbudget integriert, jedoch verbot ein Parteitagsbeschluss von 1908 der SPD-Fraktion grundsätzlich, einer gegnerischen Regierung den Haushalt zu genehmigen.<sup>32</sup> Die Fraktion folgte aber mehrheitlich der Argumentation Friedrich Eberts, dass eine Ablehnung des Budgets aufgrund der Kriegslage für Volk und Partei verhängnisvoll sein könnte, daher ein Ausnahmefall gegeben sei und beschloss die Annahme mit 69 gegen 30 Stimmen.<sup>33</sup> Dittmann lehnte wie die gesamte Minderheit Eberts Vorgehen als klaren Verstoß gegen die Prinzipien der Sozialdemokratie ab.<sup>34</sup> Als die Vorlage im Reichstagsplenum beschlossen wurde, stimmten lediglich erneut Liebknecht und erstmals auch Otto Rühle dagegen. Allerdings verließen bereits 30 Abgeordnete vor der Abstimmung den Saal, darunter Haase und Dittmann.<sup>35</sup> Letzterer begründete dies in seinen „Erinnerungen“ damit, dass der Krieg damals nach seiner Überzeugung in einen deutschen Eroberungskrieg umzuschlagen begann, sodass die Bewilligung weiterer Unterstützung vom sozialdemokratischen Standpunkt aus nicht mehr gerechtfertigt war.<sup>36</sup>

Betrachtet man die (Nicht-)Bewilligung des Budgets unter dem Aspekt der Parteidisziplin, so fällt auf, dass die Parteiopposition ihr eigenes Verhalten nicht als deren Bruch auffasste. Sie wollte ihre weitere Zustimmung

---

31 o. T. (Fragment, handschriftliche Notiz), o.D., AdsD, MF Dittmann, Nr. 58, Bl. 292-295, hier Bl. 292f. Hervorhebungen im Original.

32 Siehe Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Nürnberg vom 13. bis 19. September 1908 sowie Bericht über die 5. Frauenkonferenz am 11. und 12. September 1908 in Nürnberg, Berlin 1908, S.550.

33 Siehe Miller, Burgfrieden, S.102.

34 Einigkeit, MF Dittmann, Bl. 520f.

35 Siehe Miller, Burgfrieden, S.103f. Zur Stimmenthaltung Dittmanns siehe Dittmann, Erinnerungen, S.313.

36 Siehe Dittmann, Erinnerungen, S.313.

zu den Krediten vom jeweiligen Einzelfall abhängig machen. Das oppositionelle Verständnis der Parteidisziplin war demnach vor allem inhaltlich begründet und schloss anders als bei der Parteimehrheit eine bedingungslose Rücksichtnahme auf die Geschlossenheit der Parteiorganisationen nicht mit ein.

Noch weiter angefacht wurde der Streit um die Haltung der SPD durch die immer deutlicher artikulierten Annexionsforderungen in der deutschen Öffentlichkeit. Im Frühjahr 1915 wurden Stimmen laut, die erhebliche Zweifel an der These vom „Verteidigungskrieg“ gegen den Zarismus aufkommen ließen. Zunächst forderten am 10. März 1915 fünf große deutsche Wirtschaftsverbände in einer Petition an den Reichskanzler die faktische Angliederung Belgiens und Nordfrankreichs an das Reichsgebiet.<sup>37</sup> Am 15. März 1915 sprach der Präsident des Preußischen Herrenhauses, Wilhelm von Wedel-Piesdorf, über die gelungene Abwehr der Angriffe auf Deutschland. Man dürfe sich nicht mit einem Verständigungsfrieden zufriedengeben, sondern müsse sich gegen spätere Angriffe sichern.<sup>38</sup> Dittmann wertete diese Aussage als „offenes, unzweideutiges Pronunziamento für den Eroberungskrieg, [...] ein[en] Befehl an den Reichskanzler“, und leitete daraus die Verpflichtung für die SPD ab, den Worten vom 4. August 1914 Taten folgen zu lassen und sich nun für eine Beendigung des Krieges einzusetzen. Indirekt forderte er damit auch, den Burgfrieden aufzusagen.<sup>39</sup> Auch in den Gremien der Partei erhob er seine Stimme gegen den Kurs der Parteiführung und warf ihr auf einer gemeinsamen Sitzung von Fraktion, Parteiausschuss und Parteivorstand am 16. August 1915 vor, mit ihrer Politik für die Weiterführung eines annexionistischen Krieges mitverantwortlich zu sein: „Durch unser blindes Durchhalten in der Unterstützung des Krieges schaffen wir erst die Möglichkeiten zur Durchsetzung der Annexionen. Die Annexionisten pflügen mit unserem Kalbe! Nachdem der Krieg als Eroberungskrieg fortgeführt wird, haben wir jede moralische und politische Stärkung der Kraft, mit der er geführt wird, zu verweigern! Für die parlamentarische Haltung der Fraktion folgt daraus die Pflicht, neue Kriegskredite abzulehnen.“<sup>40</sup>

---

37 Siehe Miller, Burgfrieden, S.105; Wolfgang J. Mommsen: Bürgerstolz und Weltmachtstreben. Deutschland unter Wilhelm II. 1890-1918, Berlin 1995, S.627.

38 Siehe Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Herrenhauses in der Session 1913 und in der Session 1914/15, Session 1914/1915, Siebzehnte Sitzung am 15. März 1915, Sp.685.

39 Siehe Dittmann, Erinnerungen, S.295.

40 Zit. nach: ebenda, S.352.

Flankiert wurde die Abgrenzung vom Kurs der Parteiführung im Sommer 1915 auch durch erste publizistische Maßnahmen. Die Opposition begann sich sowohl personell als auch inhaltlich aufzuspalten. Die Gruppe um Liebknecht, die ein Unterschriftenflugblatt an Partei- und Fraktionsvorstand verschickte und aus der später die Spartakusgruppe hervorgehen sollte, forderte neben einer Aufkündigung des Burgfriedens auch die Eröffnung des Klassenkampfes. Das von Haase, Kautsky und Eduard Bernstein verfasste „Gebot der Stunde“ beschränkte sich hingegen auf eine pazifistische Anklage des Krieges und verzichtete auf direkte Angriffe gegen die Politik der Fraktionsmehrheit.<sup>41</sup> Diese Kritik an der Partei schien aber noch möglich, ohne ihr Auseinanderbrechen riskieren zu müssen. Vielmehr wollten beide Gruppen die Einheit der Partei nach außen hin bewahren, durchaus aus Furcht, eine Spaltung der Fraktion könne eine solche Spaltung der Gesamtorganisation nach sich ziehen.<sup>42</sup>

Für beide Oppositionsgruppen hatte das Ausscheren aus der Parteidisziplin zunächst auch keine formalen Konsequenzen, über die Parteipresse warf der Vorstand von Partei und Fraktion den Verfassern des „Gebots“ dennoch vor, die Spaltung der Bewegung in Kauf zu nehmen.<sup>43</sup> Um ihrem übergeordneten Ziel gerecht werden zu können, die Einheit der Parteiorganisationen zu wahren, interpretierte die Parteimehrheit die sozialdemokratischen Prinzipien dahingehend, dass die Aufrechterhaltung des Burgfriedens weiterhin für die Vaterlandsverteidigung notwendig sei. Für die Opposition war dieses Argument mit Beginn der Annexionsdebatte jedoch hinfällig geworden, nach ihrer Auslegung der Parteigrundsätze hätte die Burgfriedenspolitik zu diesem Zeitpunkt bereits eingestellt werden müssen.

### *3. Der Streit um die sozialdemokratische Friedensinterpellation und die Kreditverweigerung im Dezember 1915*

Die oppositionelle Minderheit unter den Reichstagsabgeordneten ließ sich nicht daran hindern, über die Fraktion zu versuchen, die Regierung zu Friedensverhandlungen zu bewegen. Gustav Hoch beantragte am 17. August 1915, die Fraktion solle in der Budgetkommission des Reichstages Bethmann Hollweg befragen, ob er willens sei, eine Erklärung zur deutschen Bereitschaft zu Friedensverhandlungen auf der Grundlage eines

---

41 Siehe Miller, Burgfrieden, S.107-109.

42 Siehe Morgan, Socialist Left, S.43.

43 An die Parteipresse!, 21.6.1915, AdsD, MF Dittmann, Nr. 201, Bl. 37.

Annexionsverzichts abzugeben.<sup>44</sup> Die Fraktionsmehrheit arbeitete eine eigene Interpellation aus, in der lediglich die Frage gestellt wurde, unter welchen Bedingungen Bethmann Hollweg zu Friedensverhandlungen geneigt sei.<sup>45</sup> Letztere wurde gegen gerade einmal fünf Stimmen angenommen. Darüber hinaus setzte die Mehrheit durch, jedes selbstständige Auftreten der Minderheit im Reichstagsplenum als unzulässigen Verstoß gegen die Einheit der Partei zu behandeln. In der Fraktion ließ Ebert erkennen, was er in diesem Zusammenhang unter „Fraktionsdisziplin“ verstand, nämlich volle Unterordnung unter die Ansichten der Mehrheit. Alles andere würde die Auflösung des organisatorischen Gefüges bedeuten, die von der Fraktionsopposition gewünschte Aktionsfreiheit im Plenum führe zu nichts anderem als der „Aufhebung der Fraktionsdisziplin“.<sup>46</sup>

Die von der Fraktion angenommene Interpellation wurde am 9. Dezember 1915 im Reichstag diskutiert. Bethmann verweigerte eine konkrete Antwort, proklamierte verdeckt seine eigenen Kriegsziele und forderte Sicherungen, dass die Feinde Deutschlands „[w]eder im Osten noch im Westen [...] über Einfallstore verfügen, durch die sie uns von morgen ab aufs Neue und schärfer als bisher bedrohen.“<sup>47</sup> Aus der Sicht Dittmanns verkündete er damit Eroberungen als deutsches Kriegsziel.<sup>48</sup> Das alleine sollte aber noch nicht zum Eklat in der sozialdemokratischen Fraktion führen. Denn deren Redner Otto Landsberg interpretierte die Worte des Kanzlers „als Bereitschaft zum Abschluß eines ehrenhaften Friedens“. Außerdem schloss Landsberg mit einer Drohung an die alliierten Kriegsgegner: „[W]er das Messer erhebt, um Stücke vom Körper des deutschen Volkes zu schneiden, der wird [...] auf das in der Verteidigung einige deutsche Volk stoßen, das ihm das Messer aus der Hand schlagen wird.“<sup>49</sup>

Verlauf und Folgen dieser Interpellationsdebatte provozierten endgültig die Abweisung der Kredite durch die oppositionelle Minderheit nicht nur in der Fraktion, sondern noch im selben Monat auch im Reichstag.<sup>50</sup> Im Vorfeld der Reichstagssitzung am 21. Dezember 1915 hatte die Fraktion erwartungsgemäß erneut abgelehnt, der Fraktionsminderheit Aktions-

---

44 Siehe Miller, Burgfrieden, S.119; Boll, Frieden, S.159.

45 Siehe Boll, Frieden, S.159f.; Friedensinterpellation des Fraktionsvorstandes, o.D. [30.11.1915], AdsD, MF Dittmann, Nr. 44, Bl. 71.

46 Siehe Dittmann, Erinnerungen, S.395.

47 Siehe Stenographische Berichte, Reichstag, Bd. 306, S.437.

48 o. T., o. D., AdsD, MF Dittmann, Nr. 22, Bl. 30f.

49 Siehe Stenographische Berichte, Reichstag, Bd. 306, S.444f.

50 Siehe Boll, Frieden, S.147.

freiheit im Plenum zu gewähren. Haase hatte jedoch angekündigt, dass er und weitere Abgeordnete gegen die Vorlage stimmen würden und auch beabsichtigten, dies mit einer eigenen Erklärung zu begründen. Im Plenum bezeichnete Ebert dann die angeblich gegen Deutschland gerichteten Vernichtungsabsichten als Grund für die Zustimmung der SPD-Fraktion. Friedrich Geyer verlas eine Rede im Namen von 20 Fraktionsmitgliedern, die offen gegen die Kredite stimmten. Darin forderte er die deutsche Regierung auf, Friedensverhandlungen einzuleiten, da keine Gefahr mehr für die Grenzen des Reiches bestehe.<sup>51</sup>

Hinter diesem Abstimmungsverhalten stand jedoch keinesfalls die Absicht, die Fraktion zu spalten. Motiviert wurde es damit, die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung im Plenum nutzen zu wollen, um damit die Politik der Regierung anklagen und den eigenen abweichenden Standpunkt kundtun zu können.<sup>52</sup> Bereits am Tag vor der Abstimmung im Plenum bemühte sich Dittmann, in der Fraktion diesen Standpunkt darzulegen, er kritisierte aber auch die äußerst starre Auslegung der Parteidisziplin: „Es denkt niemand an eine Spaltung der Fraktion, geschweige denn in der Partei. [...] [Ich weiß aber auch], daß eine rein schematisch aufgefaßte Disziplin ihre Grenzen hat. Die Genossen im Lande fordern stürmisch, daß die Fraktion gegen neue Kredite auftritt, weil wir es jetzt mit einem Eroberungskrieg zu tun haben.“<sup>53</sup>

Dennoch begann mit der Ablehnung der Kredite durch die Abgeordneten der SPD die organisatorische Spaltung der Fraktion, die schon drei Monate später durch die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft (SAG) abgeschlossen wurde.<sup>54</sup> Wesentliche Voraussetzung für diesen Schritt waren die zwei sich gegenüberstehenden Interpretationen der „Parteidisziplin“. Beinahe wie eine vorweggenommene Rechtfertigung der SAG-Gründung wirkte ein Artikel Dittmanns in der „Bergischen Arbeiterstimme“ zu Beginn des Jahres 1916: „[D]ie Beschlüsse der Parteitage [...] beweisen, daß für die Abgeordneten keine andere Pflicht der Unterordnung, der Disziplin, besteht, wie für jeden anderen Parteigenossen: die Disziplin gegenüber den Beschlüssen der Parteiorganisation und deren höchster Vertretung, dem Parteitage. [...] Bei einem Konflikt

---

51 Siehe Lothar Wieland: Die Verteidigungslüge, Pazifisten in der deutschen Sozialdemokratie 1914-1918, Bremen 1998, S.75.

52 Siehe Boll, Frieden, S.160f.

53 Zit. nach: Erich Matthias/Eberhard Pikart (Bearb.): Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918. Zweiter Teil, Düsseldorf 1966, S.116f.

54 Siehe Krause, USPD, S.58f.

zwischen der Disziplin gegenüber Parteitagebeschlüssen und der Disziplin gegenüber Fraktionsbeschlüssen hat der Abgeordnete die Parteidisziplin über die Fraktionsdisziplin zu stellen. [...] Die Grundlage für die Einheit und Geschlossenheit der Fraktion und ihre Beschlüsse sollen eben die Grundsätze und Richtlinien des Parteiprogramms und die Beschlüsse der Parteitage bilden.“<sup>55</sup>

Im Jahr 1915 zeigte sich deutlich, dass die SPD im Krieg vor allem an unterschiedlichen Auslegungen der Fraktionserklärung vom 4. August 1914 zerbrach. Sie hatte keine klaren Kriterien für eine sozialdemokratische Kriegsunterstützung definiert und im Unklaren gelassen, ab wann eine solche mit den Parteigrundsätzen nicht mehr vereinbar ist. Aus Sicht der Minderheit war mit dem „Ziel der Sicherung“ ein unbedingter Verzicht auf Annexionen verbunden. Die Mehrheit war bereit, das „Vaterland nicht im Stich zu lassen“, solange eine Unterstützung der deutschen Kriegsführung durch den Burgfrieden noch vermeintlich nötig war. Dabei war es das oberste Anliegen der Parteispitze, ein einheitliches Auftreten der Fraktion zu erzwingen.

#### *4. Gründung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft (SAG) im März 1916*

Der endgültige Bruch der Fraktion erfolgte erst mit der Bewilligung eines Notetats am 24. März 1916, den die Minderheit der SPD-Abgeordneten erneut verweigerte. Die Fraktion beschloss in ihrer Sitzung vor dem Zusammentreten des Reichstags, auf eine Debatte zum Notetat zu verzichten. Die 20 Kreditverweigerer vom Dezember 1915 hatten sich jedoch schon am Tag davor in Abwesenheit Haases darauf verständigt, das Budget abzulehnen. Haase sollte dies in einer Rede begründen. Während er seine Erklärung im Plenum verlas, kam es zu tumultartigen Szenen, woraufhin ihm der Parlamentspräsident das Wort entzog.<sup>56</sup> Zur Beratung dieser Vorfälle trat die Fraktion direkt im Anschluss zusammen und ihr Vorstand schlug vor, Haase und seinen Unterstützern ihre Rechte als Fraktionsmitglieder zu entziehen. Dieser Antrag wurde mit 58 Stimmen angenommen. Die Betroffenen verließen noch am selben Tag die Fraktion und gründeten die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft als ihre eigene,

55 „Parteidisziplin über Fraktionsdisziplin“, gedr. Artikel in „Bergische Arbeiterstimme“, 5.1.1916, AdsD, NL Dittmann, 1/WDAD000025, o. Bl.

56 Siehe Heinrich Potthoff/Susanne Miller: Kleine Geschichte der SPD 1848-2002, 8., akt. und erw. Auflage Bonn 2002, S.78; Krause, USPD, S.64; Miller, Burgfrieden, S.125.

unabhängige Vertretung im Reichstag. Haase und Georg Ledebour wurden zu Vorsitzenden, Dittmann zum Schriftführer gewählt.<sup>57</sup>

Nichtsdestotrotz war auch für die Mitglieder der neu entstandenen SAG die Einheit der Sozialdemokratie ein zentraler Wert. Sie sahen aus ihrem Verständnis „echter“ Sozialdemokratie heraus jetzt aber keine andere Möglichkeit mehr, als auf den Burgfriedenskurs der Parteiführung mit einer Entscheidung gegen die Parteiorganisation zu reagieren. Am Anfang seines 1920 begonnenen Manuskripts zur Geschichte von Krieg und Revolution macht Dittmann die Kriegspolitik der Mehrheit verantwortlich für die Fraktions- und später auch Parteisplaltung: „Einigkeit macht stark!“ Für die Wahrheit dieses Wortes war die einige, geschlossene Organisation der deutschen Sozialdemokratie jahrzehntelang der sinnenfällige Beweis. [...] Die Kriegspolitik der Parteimehrheit wurde zum Sprengpulver für die Partei. Zuerst sprengte sie die Geschlossenheit der Reichstagsfraktion und dann auch die der ganzen Parteiorganisation.“<sup>58</sup>

### 5. Fazit

Von der Spaltung der Fraktion war es kein besonders weiter Weg mehr zur Gründung der USPD. Nachdem die oppositionellen Teile der Partei auf einer gemeinsamen Konferenz im Januar 1917 ihr weiteres Vorgehen beraten wollten, erklärte der Parteiausschuss am 18. Januar, dass sich die Parteiminderheit mit dieser Konferenz selbst von der Partei getrennt habe.<sup>59</sup> Auf einer zweiten Konferenz in Gotha am 6. und 7. April 1917 wurde schließlich die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands gegründet, Hugo Haase und Georg Ledebour wurden zu den neuen Parteivorsitzenden, Wilhelm Dittmann und Luise Zietz zu den neuen Parteisekretären gewählt.<sup>60</sup>

Die beiden neu organisierten Strömungen – USPD und Spartakusgruppe – waren aus den Konstellationen der Vorkriegssozialdemokratie nicht eindeutig abzuleiten. Die innerparteiliche Opposition formierte sich aufgrund der Entscheidung der Parteimehrheit, durch den Burgfrieden die Grundsätze der internationalen Arbeiterbewegung den nationalen Interessen unterzuordnen.<sup>61</sup> Der inhaltliche Streitpunkt, an dem sich der Par-

---

57 Siehe Miller, Burgfrieden, S.126f.

58 Einigkeit, MF Dittmann, Bl. 460-462. Hervorhebungen im Original.

59 Siehe Krause, USPD, S.79f.; Miller, Burgfrieden, S.151-153.

60 Siehe Potthoff/Müller, Geschichte, S.78; Miller, Burgfrieden, S.168.

61 Siehe Krause, USPD, S.43, 53f.

teikonflikt entzündete, trat nach dem Jahreswechsel 1914/1915 immer deutlicher zu Tage und drehte sich um die Frage, ob Deutschland einen Verteidigungs- oder einen Eroberungskrieg führe. Die Parteioppositionellen verbanden – anders als der überwiegende Teil der Partei – mit der allgemein akzeptierten Pflicht zur Landesverteidigung die Schlussfolgerung, dass Deutschland den Krieg beenden müsse, sollte keine eindeutige Gefahr für seine territoriale Integrität mehr bestehen. Nachdem öffentlich immer lauter nach Annexionen gerufen wurde, war für sie der Zeitpunkt gekommen, den Burgfrieden aufkündigen zu müssen.

Unabhängig von dieser inhaltlichen Debatte besaßen Mehrheit und Opposition ein abweichendes Verständnis der „Parteidisziplin“. Das führte zu innerparteilichen Loyalitätskonflikten, die von den Meinungsverschiedenheiten über die Frage „Eroberungs- oder Verteidigungskrieg?“ lediglich angestoßen wurden und letztlich in der Verhärtung der Fronten resultierten. Jene Fraktionsmitglieder, die später den Weg in die USPD fanden, brachten wie Dittmann mit ihrer Kreditablehnung ihre Überzeugung zum Ausdruck, dass das höchste Gut einer Partei die Loyalität zu ihren Grundsätzen ist. Parteivorstand und -mehrheit setzten dem ein Verständnis der Parteidisziplin entgegen, das sehr viel stärker vom Bestreben motiviert war, trotz schärfster inhaltlicher Kontroversen die Einheit der Parteiorganisationen aufrechtzuerhalten.

Aus einer empfundenen Pflicht zur Landesverteidigung befand sich Dittmann am 4. August 1914 unter den Unterstützern einer Kreditbewilligung. Wäre der Kriegsverlauf ein anderer gewesen und es öffentlich nicht zur Diskussion um mögliche Annexionen gekommen, wäre ein wichtiger Grund entfallen, sich später gegen die Kriegspolitik der SPD-Spitze zu wenden. Insofern konnte man am 4. August 1914 noch nicht erwarten, später aus der Fraktionsdisziplin auszuscheren. Die Tatsache, dass unter den 14 Abweichlern vom 3. August 1914 nur neun Gründungsmitglieder der SAG waren und einige dieser Abweichler mit der Spartakusgruppe sogar eine zweite oppositionelle Gruppierung bildeten, ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass die innerparteilichen Scheidelinien nicht identisch waren mit denen aus der Vorkriegszeit und sich diese außerdem im Laufe des Krieges weiter verschoben haben. An Dittmanns Verhalten lässt sich sehr gut ablesen, dass der entscheidende Wendepunkt in der Geschichte der sozialdemokratischen Opposition im Weltkrieg gerade nicht der 4. August 1914 war. Erst als es durch die verbesserte militärische Lage zur Erörterung der Annexionsfrage kam, provozierte dies einen Meinungsumschwung im Lager der Parteiminderheit.

Dieter K. Buse hat bereits darauf hingewiesen, dass die Spaltung der SPD im Krieg das Resultat zweier Prozesse war, zum einen eines parteiinternen, ausgetragen durch erbitterte Debatten um die Prinzipien der Sozialdemokratie, zum anderen bewirkt durch externe Einflüsse, also durch die Kriegssituation, die Maßnahmen der Regierung etc.<sup>62</sup> Diese beiden Prozesse standen jedoch nicht als gleichwertige Ursachen der Parteispaltung nebeneinander. Den letzten und damit entscheidenden Anstoß zu den verschiedenen Etappen der Spaltung gab es erst innerhalb des innerparteilichen Referenzrahmens. Es waren meist Maßnahmen der Parteimehrheit zur Aufrechterhaltung der „Parteidisziplin“, die ein Hervortreten der Parteiopposition auslösten. Die Eskalation des Parteikonflikts spielte sich meist nach einem ähnlichen Muster ab: Externe Einflüsse wie ein Wandel im Kriegsverlauf oder die massive Diskussion der deutschen Kriegsziele setzten die Fraktion unter fortlaufenden Entscheidungsdruck. Die fortgesetzte Uneinigkeit über die richtige Haltung der Partei zur Möglichkeit eines raschen Verständigungsfriedens weitete sich dann Schritt für Schritt zu einem massiven Loyalitätskonflikt zwischen den sozialdemokratischen Abgeordneten aus. Die gegenseitigen Angriffe wurden schärfer und die Maßnahmen, mit denen man den eigenen Standpunkt verfocht, immer entschiedener. Nur so lässt sich letztlich erklären, warum die Parteimehrheit mit solcher Konsequenz die Parteidisziplin zu wahren suchte und warum sich die Opposition schließlich gezwungen sah, erst eine eigene Fraktion und dann eine eigene Partei zu gründen.

---

62 Siehe Buse, *Breaking*, S.7f.

# Information

## Neue Forschungen zu drei Achtundvierzigerinnen

### Irina Hundt

Die Biografik als wissenschaftliche Gattung hat weiterhin einen schweren Stand. Christian Klein charakterisierte biografische Forschung 2002 als „Bastard der Geschichtswissenschaft“ und prognostizierte optimistisch eine Wende in der Erwartung der Wiederkehr des „verlorene[n] Sohn[es] der Geisteswissenschaften“ in „nicht allzu ferner Zukunft“.<sup>1</sup> Doch das ist so leider immer noch nicht eingetreten. In einer besonders schwierigen Lage befindet sich heutzutage die Erforschung weiblicher Individualbiografien, die Anfang/Mitte der 1990er-Jahre zusammen mit der allgemeinen historischen Frauenforschung einen vielversprechenden Aufschwung erlebt hatte.

Umso erfreulicher ist in den letzten Jahren das Erscheinen mehrerer fundierter und in Darbietungsform unterschiedlicher Publikationen zu Vertreterinnen für die verschiedenartigen weiblichen Lebensmodelle im Vormärz und in der Revolution von 1848/49. Zu nennen sind die umfangreichen Artikel über das Wirken von Mathilde Franziska Anneke (verfasst von Marion Freund) und Louise Aston (verfasst von Jenny Warnecke und Walter Wehner) im vierten Band der Reihe „Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49“,<sup>2</sup> die in den USA verteidigte Dissertationsschrift über Luise Büchner von Cordelia Scharpf,<sup>3</sup> eine kurze, lokalgeschichtliche Studie über Mathilde Anneke von Karin Ho-

---

1 Christian Klein: Biographik zwischen Theorie und Praxis. Versuch einer Bestandsaufnahme [Einleitung], in: Grundlagen der Biographik. Theorie und Praxis des biographischen Schreibens, Stuttgart-Weimar 2002, S.1-22, hier S.1, 22.

2 Siehe Marion Freund: Mathilda Franziska Anneke (1817-1884). „Ihr Auftreten, ihre Gesen, ihre Redekunst waren einfach großartig“, in: Walter Schmidt (Hrsg.): Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49, Bd. 4, Berlin 2013, S.31-60; Jenny Warnecke/Walter Wehner: Louise Franziska Aston (1814-1871).Radikale Schriftstellerin des Vormärz und Vorkämpferin der Frauenemanzipation, in: ebenda, S.61-118.

3 Siehe Cordelia Scharpf: Luise Büchner: eine evolutionäre Frauenrechtlerin des 19. Jahrhunderts, Oxford/Bern/Berlin u.a. 2013. Siehe dazu meine Rezension in: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2015/1, S. 54-157.

ckamp<sup>4</sup> die Biografie Louise Otto-Peters' von Johanna Ludwig<sup>5</sup> und die Edition aller überlieferten Briefe von und an Jenny Marx, herausgegeben von Rolf Hecker und Angelika Limmroth, gekoppelt an eine biografische Abhandlung von Angelika Limmroth.<sup>6</sup> Auf die letztgenannten deutschen Bucheditionen soll im Folgenden eingegangen werden.

Während Louise Aston als Verkörperung eines radikalen Bruchs mit gesellschaftlichen Konventionen betrachtet und Luise Büchner als „eine evolutionäre Frauenrechtlerin“<sup>7</sup> bezeichnet wird, stehen die drei anderen Frauen für Lebensentwürfe, die stark an das Wirken ihrer Ehemänner geknüpft waren. Die aus Liebe und im Einklang mit den politischen Überzeugungen ihrer Männer verheirateten Mathilde Anneke und Louise Otto-Peters werden heute zwar als eigenständige Frauenrechtlerinnen dargestellt, allerdings ohne dass ihre Verbundenheit mit dem politischen Kampf der Ehemänner und anderer männlicher Gleichgesinnter, die Unterstützung von und die Zusammenarbeit mit ihnen, auch in Sachen der frauenemanzipatorischen Ideenentwicklung, gebührend thematisiert werden. Im Unterschied dazu fand Jenny Marx bislang ausschließlich im Zusammenhang mit ihrem berühmten Mann Beachtung.

In letzter Zeit zeichnet sich jedoch allmählich die Tendenz ab, nach der die klischeeartige Charakterisierung von Frauen mit verschiedenen Lebensentwürfen eine Korrektur erfährt und eine objektivere und vielschichtigere Betrachtungsweise an die Stelle der Einseitigkeit tritt. Dies wird in erster Linie durch die weitere Erschließung neuen Quellenmaterials möglich. In den neuesten Frauenforschungen kann man z. B. aber auch die Erweiterung und Vertiefung von Forschungsproblemfeldern wie etwa das der Rezeptionsgeschichte beobachten. Angesichts solcher Entwicklungen sind die Buchpublikationen zu Mathilde Anneke, Louise Otto-Peters und Jenny Marx von besonderem Interesse, handelt es sich bei ihnen doch um Protagonistinnen, über die schon viel Literatur vorliegt.

Den Schwerpunkt der kleinen, engagiert geschriebenen und nahezu alle Sekundärliteratur berücksichtigenden Broschüre der Archivarin Karin

---

4 Karin Hockamp: „Von vielem Geist und großer Herzengüte.“ Mathilde Franziska Anneke (1817-1884), Hattingen/Stadt Sprockhövel 2012.

5 Johanna Ludwig: *Eigner Wille und eigne Kraft. Der Lebensweg von Louise Otto-Peters bis zur Gründung des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins 1865. Nach Selbstzeugnissen und Dokumenten*, Leipzig 2014.

6 Rolf Hecker/Angelika Limmroth (Hrsg.): *Jenny Marx. Die Briefe*, Berlin 2014; Angelika Limmroth: *Jenny Marx. Die Biographie*, Berlin 2014.

7 Scharpf, Luise Büchner, S.507.

Hockamp bildet die Rezeption der aus dem Ruhrgebiet stammenden und zu den bedeutenden Repräsentantinnen der frühen deutschen Frauenbewegung und der Revolution von 1848/49 gehörenden Mathilde Franziska Anneke (1817-1884) in ihrer Heimat. Die gebürtige Sprockhövelerin Anneke zählte noch Mitte der 1970er-Jahre in der Lokalgeschichte zu den vergessenen und unbekannteren Frauen, und auch in den 1990er-Jahren wurde über sie, wie die Autorin betont, aus politischen und misogynen Gründen das diffamierende Bild eines „Flintenweibes“ verbreitet. Heute erfährt Mathilde Anneke eine Ehrung, die in ihrem Umfang und in ihrer Vielseitigkeit Seltenheit beanspruchen darf. Ihre Würdigung als eine historische sozialistische Persönlichkeit in Westdeutschland ist bemerkenswert. Eingeleitet mit einem Grußwort der Bürgermeisterin der Stadt Hattingen, wo Mathilde Anneke ihre Kindheitsjahre verbrachte, und vom Bürgermeister der Stadt Sprockhövel, wo sie im heutigen Ortsteil Hiddinghausen geboren wurde, vermittelt die Publikation die Einsicht, dass Anneke in ihrer Heimat heute gefeiert wird und die Lokalgeschichte sich mit ihrem Namen schmückt. Motive dafür sieht die Autorin auch in aktuellen Gesellschaftsproblemen: „In Zeiten, in denen Menschenwürde, soziale Gerechtigkeit und gleiche Chancen auf Bildung und Wohlstand auch in unserer Gesellschaft in erschreckendem Maße zur Disposition stehen, Werte und Maßstäbe einem dramatischen Wandel unterliegen, kann nicht genügend auf den radikalen Humanismus der Mathilde Franziska Anneke und auf ihr lebenslanges Streben nach einer besseren Welt hingewiesen werden.“<sup>8</sup>

Hockamp skizziert und belegt mit vielen Zitaten die Facetten des Wirkens Mathilde Annekes als Dichterin, Schriftstellerin und Journalistin, als Teilnehmerin am revolutionären Geschehen (leider wird ihre Beteiligung an den bewaffneten Kämpfen von 1849 nur kurz erwähnt), als Exilantin und Frauenrechtlerin, Sozialistin und Pädagogin in den USA, aber auch als Ehefrau und Mutter. Es wäre nur etwas mehr Differenzierung des frauenemanzipatorischen Einsatzes der aufgezählten Zeitgenossinnen anhand aktueller Forschungsergebnisse wünschenswert gewesen. 1843 war es nämlich nicht nur die Französin Flora Tristan, die das Recht der Frauen auf gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben öffentlich einforderte. Dies tat beispielsweise auch eine junge Deutsche aus Meißen, Louise Otto, die sich in der von Robert Blum im September 1843 initiierten Polemik in den „Sächsischen Vaterlands-Blättern“ unmissverständlich

---

8 Hockamp, Von vielem Geist, S.8.

äußerte, auch danach mehrmals in der Presse darüber schrieb und in ihrer „Frauen-Zeitung“ von 1849 bis Mitte 1853 dieselbe Position vertrat. In diesem einzigartigen Frauenorgan, das erst 1865 eine Fortsetzung als „Neue Bahnen“ erfuhr, verfolgte die Herausgeberin das Schicksal Mathilde Annekes und anderer Revolutionärinnen und informierte ihre Leserinnen und Leser darüber.

Es hieß bei der Forschung zur Frauengeschichte über das Ziel hinaus zu schießen, wollte man alles das, was früher nur Männern zugeschrieben wurde, jetzt – umgekehrt – ungeprüft den Frauen zuschreiben. Das betrifft z. B. die Tätigkeit Mathilde Annekes als Mitgründerin des „kommunistischen Kränzchens“ in Köln<sup>9</sup> und als Mitherausgeberin der „Neuen Kölnischen Zeitung für Bürger, Bauern und Soldaten“. Dass Karl Marx Mathilde Anneke nach dem Verbot der „Neuen Rheinischen Zeitung“ im Mai 1849 „sozusagen als seine politische Erbin“ einsetzte,<sup>10</sup> gehört zu den schönen, jedoch durch keine Quelle belegten journalistischen Legenden.

Der erwähnten Louise Otto-Peters (1819-1895) ist ein voluminöses Buch der Leipziger Journalistin, Verlagslektorin, Initiatorin und Mitgründerin der Louise-Otto-Peters-Gesellschaft, Johanna Ludwig, gewidmet. Leider konnte die Autorin das Erscheinen ihres im Ergebnis langjähriger Recherchen entstandenen Werkes nicht mehr erleben; im Herbst 2013 starb sie, kurz bevor das Manuskript in Satz ging. Die abschließenden Arbeiten wurden von ihrem Mann Wolfgang und dem Sohn Jorg Ludwig durchgeführt.

Unter der reichen Literatur zu Leben und Werk der „Mutter der deutschen Frauenbewegung“ befinden sich schon einige biografische Abhandlungen, doch diese neue nimmt einen besonderen Platz ein: Unter Berücksichtigung der neuesten Louise-Otto-Peters-Forschungsergebnisse und mit geschickten Collagen aus zahlreichen, meist von Johanna Ludwig entdeckten autobiografischen Texten, diversen anderen zeitgenössischen Dokumenten und literarisch-publizistischen Zitaten präsentiert die Autorin eine Lebensgeschichte, die mit verschiedenen Tagesablaufdetails einer Lebenschronik ähnelt. Diese Methode, die schon Sigrid Damm in ihren Goethe-Büchern erfolgreich anwandte, beeindruckt, und es ist tief zu bedauern, das die vorliegende Arbeit nur bis zum Jahr 1865 geführt werden konnte, sodass die biografische Darstellung jener 30 Jahre, in denen

---

9 Siehe dazu Erhard Kiehnbäum: „Bleib gesund mein, liebster Sohn Fritz...“ Mathilde Franziska Annekes Briefe an Friedrich Hammacher 1846-1849 (Berliner Verein zur Förderung der MEGA-Edition E. V., Wissenschaftliche Mitteilungen, H. 4), Berlin 2004, S.15-20.

10 Hockamp, Von vielem Geist, S. 26f.

Louise Otto-Peters als Vorsitzende der ersten frauenpolitischen Organisation, des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins, wirkte, weiterhin als Herausforderung für künftige Forschung bestehen bleibt.

Johanna Ludwig hatte schon in der DDR ihre Heldin für sich entdeckt und angefangen, sich mit ihrer Lebensleistung und ihrer Persönlichkeit auseinanderzusetzen. Nach der Wende entwickelte sich aus dieser Nebenbeschäftigung eine Forschungstätigkeit mit Passion und Vehemenz. Nach mehreren Jahren konnte man bei der Autorin sogar eine gewisse Identifizierung mit ihrer Heldin beobachten. Diese „Seelenverwandtschaft“ kommt in einigen Passagen klar zur Geltung, als ob Louise Otto-Peters ihre Biografie – ruhig und sanft, wie es auch die Art von Johanna Ludwig war – selbst erzählen würde. Das wird durch häufiges Zitieren von Gedichten bekräftigt, zu denen die Verfasserin ebenfalls eine Affinität hatte. Und das entsprach, wie bekannt, dem Selbstverständnis von Louise Otto-Peters, die sich in erster Linie als Dichterin fühlte. Dieser Selbsteinschätzung der Probandin folgend erschließt Ludwig eine der in der Forschungsliteratur noch wenig berücksichtigten, schöpferischen Seiten der Führerin der Frauenbewegung.

Da die Schriftstellerin Louise Otto noch bis vor kurzem vorwiegend als Romanautorin behandelt wurde, blieb auch eine weitere Facette ihres großen literarischen Schaffens fast unbeleuchtet. Sie trat auch als Verfasserin mehrerer Erinnerungen und Arbeiten autobiografischen Charakters hervor, die sie in ihre frauentheoretischen Werke einflocht oder in diversen Periodika veröffentlichte. Zahlreiche Erinnerungen und Erinnerungsentwürfe befinden sich auch unter ihren überlieferten Autografen. Zu den Verdiensten Johanna Ludwigs gehört daher die Auswertung zahlreicher Selbstaussagen und anderer Zeitzeugnisse, Presse- und Archivdokumente. In streng chronologischer Folge bietet uns Ludwig eine mit vielen neuen Fakten angereicherte Darstellung. Zum ersten Mal werden das Leben und die Tätigkeiten Louise Otto-Peters' im enorm breiten Kreis von Verwandten und Freunden dargestellt: Freundinnen, schreibenden Kolleginnen, Mitarbeiterinnen an der „Frauen-Zeitung“, politischen Mitstreitern und Freunden, Sozialisten und Demokraten, vor allem aus Sachsen, Österreich und Baden. Eine zentrale Stelle nimmt die Geschichte der Bekanntschaft, der Liebe und des gemeinsamen Wirkens Louise Ottos mit ihrem Mann, dem Schriftsteller, Redakteur und Revolutionär August Peters (1817-1863) ein. Sie erstreckt sich über fast das ganze Buch.

Nach der vergleichenden Skizze von Wilfried Sauters<sup>11</sup> und der Darstellung von Irina Hundt<sup>12</sup> wird hier neues Material für eine weitere Analyse dieses komplizierten und ambivalenten Verhältnisses dargeboten. Hervorzuheben ist die erstmalig ausführliche Schilderung der Tätigkeit Louise Otto-Peters' Ende der 1850er-/Anfang der 1860er-Jahre und der gemeinsamen Leitung des wichtigsten demokratischen Presseorgans Sachsens in den 1860er-Jahren, der „Mitteldeutschen Volks-Zeitung“, durch die Eheleute Peters. Die Fülle des neu erschlossenen Materials inspiriert zu neuen Problemstellungen und weiteren Denkansätzen, bietet Anregung für weitere Forschung. Es ist eine empfehlenswerte Lektüre, wie sie heute nicht oft geboten und von den Lesern bestimmt mit Dankbarkeit angenommen wird. Johanna Ludwigs Mann und Sohn gelang es, dieser sehr persönlich gehaltenen Biografie eine schöne, sorgfältige Buchgestaltung zu geben, eine bibliophile Augenweide für die heutigen, darin nicht verwöhnten Buchliebhaberinnen und Buchliebhaber. Insgesamt ist dieses Buch ein schönes Vermächtnis einer Autorin, die aus den Reihen der Forscherinnen der früheren Frauenbewegung zu früh verschieden ist.

2014 wurde auch an eine Frau erinnert, die, wenngleich nicht so unmittelbar wie Mathilde Anneke und Louise Otto-Peters, ebenfalls an den revolutionären Ereignissen von 1848 teilnahm und mit vollem Recht zu den Achtundvierzigerinnen gezählt werden kann, an Jenny Marx (1814-1881). Anlässlich ihres 200. Geburtstages wurde sie mit vielen Publikationen geehrt, darunter einer Doppel-Edition: mit der erstmaligen Präsentation all ihrer überlieferten Briefe in Verbindung mit einer biografischen, teilweise auf neuem Material basierenden und mit einigen neuen Aspekten versehenen Darstellung, die die Briefedition ergänzt.

Diese Doppelpublikation erhebt den Anspruch, ein anderes als das gewohnte Bild der Ehefrau von Karl Marx zu geben, nämlich das Bild einer Frau, die ihre Motivationen und Handlungen nicht nur aus ihrem uneingeschränkten Verständnis für die welthistorische Bedeutung des Wer-

---

11 Siehe Wilfried Sauter: *Amazonen oder Spartanerinnen? Louise Ottos Verständnis von (Männer- und) Frauenrollen in der demokratischen Bewegung und im bewaffneten Kampf der Revolution von 1848/49*, in: Johanna Ludwig/Elvira Pradel/Susanne Schötz (Hrsg.): *Louise-Otto-Peters-Jahrbuch I. Forschungen zur Schriftstellerin, Journalistin, Publizistin und Frauenpolitikerin Louise Otto-Peters (1819-1895)*. Unter Mitarbeit von Hannelore Rothenburg, Beucha 2004, S.14-28.

12 Siehe Irina Hundt (Hrsg.): *Im Streben „nach Einfluß aufs Ganze“*. Louise Ottos Tagebücher aus den Jahren 1849-1857, in: Johanna Ludwig/Susanne Schötz/Hannelore Rothenburg (Hrsg.): *Louise-Otto-Peters-Jahrbuch III*, Beucha 2010, S. 19f., 22ff., 26f., 29f., 38.

kes ihres Mannes schöpfte (Ulrich Teusch<sup>13</sup>) oder gar Opfer eines egoistischen Mannes (Eva Weissweiler<sup>14</sup>) war, sondern die eine selbstbewusste und selbstständig agierende Persönlichkeit war. In beiden Vorworten wird ihre Eigenständigkeit mit Ausdruck betont: „Jenny Marx war für ihre Zeit eine über die Maßen emanzipierte und couragierte Frau.“<sup>15</sup> „Sie begnügte sich nicht mit einem Schattendasein hinter dem ‚großen Karl Marx‘, sondern trat neben ihn und war – zusätzlich zu Haushalt und Kindererziehung – aktiv beteiligt an der Arbeit ihres Mannes und der sozialistischen Bewegung, vertrat eigene Meinungen und war weit entfernt davon, ihren Mann oder die ‚Partei Marx‘ blind zu vergöttern. Sie gehörte zu den mutigen, starken Frauen des 19. Jahrhunderts und war, auch nach unseren heutigen Maßstäben, eine äußerst moderne Frau: gebildet, eigenständig, engagiert, selbstbewusst, bereit, auch außerhalb der Familie Verantwortung zu übernehmen und Stellung zu beziehen.“<sup>16</sup>

Es gibt sehr wenige zeitgenössische Quellen, die belegen könnten, wie weit diese Einschätzung zutrifft. Auch hat Jenny Marx im Unterschied zu Anneke und Otto kaum publiziert, bekannt sind nur einige kleinere Veröffentlichungen zu ihren Lebzeiten in den Jahren 1844, 1852, 1866, 1871, 1875, 1877, 1879 (leider fehlt eine Analyse dieser Publikationen). Jedoch liefern die hier zusammengetragenen Briefe zahlreiche Fakten, die die Wertung der Herausgeber bzw. der Autorin rechtfertigen. Sie fügen sich zu einem wesentlich vielseitigeren und glaubwürdigeren Bild, als es bisher bekannt war. Die Briefe zeigen, dass die Hochschätzung, die Jenny Marx von Persönlichkeiten wie Heinrich Heine, Arnold Ruge, Friedrich Engels u. a. erfuhr, nicht *der Ehefrau von Karl Marx* galt, sondern einer Frau „mit so scharfem und so kritischem Verstande, mit einem politisch so sicheren Takt, mit solch einer leidenschaftlichen Energie, solch großer Kraft der Hingabe, in der revolutionären Bewegung“.<sup>17</sup> Der Effekt der Erschließung der Briefe von Jenny Marx kann mit dem der Briefe von Rahel Levin, verh. Varnhagen von Ense, verglichen werden. Nur wurden dort nicht nur die Einmaligkeit der Persönlichkeit und ihrer Korrespondenz

13 Siehe Ulrich Teusch, *Jenny Marx. Die rote Baronesse*, Zürich 2011, S.78.

14 Siehe Eva Weissweiler: *Tussy Marx. Das Drama der Vattertochter. Eine Biographie*, Köln 2002, S.11-157.

15 Hecker/Limmroth, *Jenny Marx*, S.22.

16 Limmroth, *Jenny Marx*, S.11f.

17 Friedrich Engels: Rede am Grabe von Jenny Marx, 5. Dezember 1881, in: *Karl Marx/Friedrich Engels: Werke*, Bd. 19, S.293f., hier S.294 (von Limmroth, *Jenny Marx* auf S.16 zitiert).

vom Ehemann zeitig erkannt, sondern auch die Briefe gesammelt, sorgfältig aufbewahrt und weitergegeben.

Bei den Marxens aber ging vieles im Laufe der Zeit verloren, anderes haben Familienmitglieder bewusst vernichtet. Dennoch gelang es den Herausgebern, eine beeindruckende Menge an Briefen von und an Jenny Marx (insgesamt 329, dazu weitere persönliche Dokumente wie Briefentwürfe und -fragmente, Denksprüche usw.) zusammenzuführen. Ein Drittel davon wird zum ersten Mal veröffentlicht.

Eigentlich müsste die Publikation „Die Briefwechsel“ heißen, der von den Herausgebern bevorzugte Titel „Die Briefe“ leuchtet nicht ganz ein. Angelika Limmroth zufolge war Jenny Marx eine „passionierte und brillante Briefschreiber[in] mit originellen Wortschöpfungen und einem – je nach Adressat und Seelenzustand – differierenden Briefstil“,<sup>18</sup> was die überlieferten Teile aus den Korrespondenzen mit zahlreichen Persönlichkeiten belegen: z. B. mit Friedrich Engels (69 Briefe), mit Karl Marx (37 Briefe), mit den Töchtern Jenny, Laura und Eleanor (32 Briefe), mit Ferdinand von Westphalen (elf Briefe), mit Ferdinand Lassalle (zehn Briefe). Zum ersten Mal erfahren wir, welch breites internationales Kommunikationsnetz Jenny Marx geistreich und unabhängig von ihrem Mann pflegte. Auch zahlreiche Frauen gehörten zu ihren Briefpartnern, unter ihnen die ihr besonders vertrauten Caroline Schöler (fünf Briefe) und Ernestine Liebknecht (13 Briefe). Limmroth geht darauf in zwei Kapiteln ein.

Gestützt auf neue Forschungsergebnisse der letzten Jahre sieht die Biografin die Wurzeln des eigenständigen Agierens von Jenny Marx nicht nur in deren persönlichen Eigenschaften, sondern auch in der Geschichte der Vorfahren, in der Familientradition, in der familiären Erziehung und Bildung, im Einfluss des hoch gebildeten, weltoffenen, liberalen, sozial denkenden und toleranten Vaters und dessen Freundeskreises, zu dem der bekannte Trierer Rechtsanwalt und Rabbiner Heinrich Marx gehörte. Dieser Mann, Jennys künftiger Schwiegervater, wurde auch zu ihrem vertrauten Freund und geistigen Mentor. Ihr „heller Verstand“ und kritischer Geist reiften darüber hinaus im engen Verbund des „Jugendtrios“ aus den Geschwistern Edgar und Jenny von Westphalen und Karl Marx. Die Diskussionen und die kritische Auseinandersetzung mit der politischen Gegenwart wurden in diesem Trio mit inniger Freundschaft ausgetragen, die dann bei Jenny und Karl in Liebe umschlug. Der Grundstein für die Beziehung zwischen beiden wurde in jenen Jahren gelegt und blieb uner-

---

18 Limmroth, Jenny Marx, S.102, 218f.

schüttert, trotz der Strapazen und des Elends in der Emigration und trotz seelischer Belastungen aufgrund des Todes von Kindern.

In der Tradition des Nestors der Marx-Engels-Forschung Heinrich Gemkow<sup>19</sup> stehend, dem sie ihr Werk widmete, schildert Angelika Limmroth die Lebensgeschichte von Jenny Marx knapp und präzise auf dem Hintergrund der historischen Ereignisse und der Entwicklungen in der sozialistischen und Arbeiterbewegung. Sie zeigt, wie sich das politische Engagement der Heldin durch ihr ganzes Leben zog. Es tangierte die Veranstaltungen des Brüsseler „Deutschen Arbeiter-Vereins“ im Jahre 1846, das Entstehen des „Manifests der Kommunistischen Partei“, die Herausgabe der „Neuen Rheinischen Zeitung“, die politischen Aktionen der Jahre 1847/48 und die Pariser Kommune. Aus der Lektüre der Korrespondenzen erwächst ein ganz besonderer Erkenntnisgewinn. Die Textdarbietung der Briefe erfolgt auf Grundlage der Editionsprinzipien der MEW, teilweise auch der MEGA. Eine behutsame Adaption an moderne Rechtschreibung und Zeichensetzung gewährleistet die Lesefreundlichkeit. Der Anhang zur Edition enthält einige Faksimiles der Handschriften, ein reduziertes Literaturverzeichnis (leider ohne die für die Erläuterungen und das Vorwort verwendete Sekundärliteratur), ein Verzeichnis der Abkürzungen und ein Personenverzeichnis. Im Anhang zur Biografie werden eine sehr interessante Abhandlung über die erhalten gebliebenen Gemälde und Fotos von Jenny Marx, die Genealogie der Familie Longuet, der einzigen Nachkommen von Jenny und Karl Marx, sowie eine Zeittafel und drei Verzeichnisse geboten. Im Großen und Ganzen ist das eine gelungene Würdigung für Jenny Marx. – Man wünscht sich solche Briefausgaben auch für andere bedeutende Protagonistinnen der früheren Frauenbewegung.

---

19 Siehe Heinrich Gemkow: *Unser Leben. Eine Biographie von Karl Marx und Friedrich Engels*, Berlin 1983; siehe auch *Vom mühseligen Suchen und glückhaften Finden. Rückblicke und Erlebnisse von Marx-Engels-Forschern und Historikern der Arbeiterbewegung*; Kolloquium anlässlich des 75. Geburtstages von Prof. Dr. Heinrich Gemkow am 28. Juni 2003 in Berlin; T. 1 und 2, Berlin 2003.

## Berichte

„An die Arbeit! Minderheiten und Erwerbserfahrungen im 19. und 20. Jahrhundert.“ Nachwuchssymposium in Heidelberg

Bertold Scharf

Der Arbeitsbereich „Minderheitengeschichte und Bürgerrechte“ an der Professur für Zeitgeschichte der Universität Heidelberg (Prof. Dr. Edgar Wolfrum) veranstaltete am 25. und 26. Juni 2015 ein Nachwuchssymposium mit dem Titel „An die Arbeit! Minderheiten und Erwerbserfahrungen im 19. und 20. Jahrhundert“. Der Arbeitsbereich befindet sich in der Gründungsphase und erhält derzeit eine Anschubfinanzierung von der Manfred-Lautenschläger-Stiftung, die, neben der Stiftung Heidelberg und der Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft, auch die Tagung unterstützte. Anlass dafür war ursprünglich die Debatte über Armuts- und Arbeitsmigration im Rahmen der Osterweiterung der EU und die sich daraus ergebenden Fragen. Das Symposium sollte gezielt Doktorandinnen und Doktoranden ansprechen, die ihre Arbeit noch nicht abgeschlossen haben bzw. erst am Beginn der Arbeit stehen. Jenseits dessen wurden allerdings auch einige Vortragende gewonnen, die ihre bereits beendeten Forschungsprojekte vorstellten. Das Symposium war in fünf Panels aufgeteilt, eine Keynote-Speech und eine Podiumsdiskussion zur aktuellen Armuts- und Arbeitsmigration ergänzten diese.

Das erste Panel befasste sich mit Fremd- und Zwangsarbeit in der NS-Zeit. *Katarzyna Woniak* (Berlin) stellte die großen Unterschiede in der Behandlung von verschiedenen „Fremdarbeitern“ heraus und beschrieb die Resultate der Ermittlungen gegen polnische Zwangsarbeiter\_innen nach einer Straftat. Sie betonte, dass die Justiz bis zuletzt einen starken Verfolgungswillen gezeigt und auch Todesurteile verhängt habe, obwohl es ab 1943 durch einen Erlass möglich war, die Sanktionierung ganz der Polizei zu überlassen. Im Anschluss schilderte *Alice Habersack* (Erkelenz) sehr anschaulich die schlechten Lebensbedingungen der Zwangsarbeiter\_innen am Beispiel des Lagers „Baggerloch“ in Heidelberg. *Verena Meier* (Heidelberg) versuchte anhand des Kriegseinsatzes in der Pulverfabrik Liebenau nachzuweisen, dass die Ausbeutungspolitik sowohl utilitaristisch als auch rassistisch begründet gewesen sei, sich die Argumentationen im Laufe der Zeit aber gewandelt hätten.

Im zweiten Panel stellte *Kristina Jäger* (Osnabrück) mit den Entsendungen von Arbeitskräften durch Unternehmen eine privilegierte Form der Arbeitsmigration vor, die bis jetzt in der Forschung keine allzu große Beachtung gefunden hat. Die zweite Vortragende musste leider kurzfristig absagen.

Das dritte Panel zu Grenzen, Räumen und Nationen begann mit dem Vortrag von *Lutz Vogel* (Dresden) zur Einbürgerungspolitik Sachsens im 19. Jahrhundert. Diese wandelte sich gerade auch im Hinblick auf die Reichsgründung 1871, was sich in einer steigenden Ablehnungsquote von Gesuchen böhmischer Provenienz niederschlug. *Marius Weigl* (Klagenfurt) beschrieb ausführlich die „Zigeunerpolitik“ in Österreich-Ungarn von 1863 bis 1918.

Die ganz großen Linien der Migrationspolitik umriss *Ulrich Herbert* (Freiburg) in seiner Keynote-Speech und zog ein aus seiner Sicht weitgehend positives Fazit der derzeitigen Entwicklung Deutschlands hin zu einem Einwanderungsland.

Im dritten Panel zu Arbeitsethos, Normen und Wertvorstellungen führte *Bertold Scharf* (Kiel) aus, dass sich historische Vorstellungen zu „Behinderung“ sowohl auf als „anders“ wahrgenommene Körper als auch auf die (vorgebliche) Minderung der Leistungsfähigkeit der Betroffenen bezogen hätten und erläuterte dies an In- und Exklusionsmechanismen in der Arbeitswelt der DDR. *Harriet Scharnberg* (Münster) beschrieb, wie die NS-Propaganda „jüdische“ von „deutscher“ Arbeit anhand des Gemeinsinnes trennte und thematisierte am Beispiel des „Illustrierten Beobachters“ die in den Medien durchaus widersprüchliche Darstellung von „jüdischer Arbeit“.

Im letzten Panel zu Geschlecht und Gender stellte *Mirjam Schnorr* (Heidelberg) ihr Promotionsprojekt zu „asozialen“ Frauen in Baden und Württemberg in der NS-Zeit vor. Anschließend analysierte *Stefan Benedik* (Graz), wie sich im Sprechen über zentraleuropäische Arbeitsmigrant\_innen die Geschlechterbilder in den letzten Jahrzehnten bis heute widerspiegelten. In Graz waren sie sehr stark auf ein traditionelles, teilweise romantisierendes Familienbild mit dem Vater als Bettler und gleichzeitig Ernährer ausgerichtet. Zudem problematisierte er den Armutstourismus aus Österreich in die slowakische Stadt Hostice.

Zum Abschluss der Tagung fand eine Podiumsdiskussion zu „Armut-“ oder Arbeitsmigration aus aktueller Perspektive statt. Aufgrund der kurzfristigen Absage der einzigen Teilnehmerin bestand das Podium ausschließlich aus Männern. *Marcus Engler* (Sozialwissenschaftler, Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration, Berlin),

*Emran Elmazi* (Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma, Heidelberg), *Max Matter* (Universität Freiburg) und *Benjamin Pargan* (Deutsche Welle, Bonn) diskutierten die aktuellen Entwicklungen in der Migrationspolitik. Sie waren sich darin einig, dass Migration komplexe Ursachen hat, die sich nicht auf „Armut“ oder „Politik“ reduzieren und auch häufig nicht trennen lassen. Etwas kontroverser waren die Ansichten, wie fortschrittlich die rechtlichen Möglichkeiten in Deutschland im internationalen Vergleich sind. Zumindest bei den Regelungen zur Arbeitsmigration schneide die Bundesrepublik gar nicht so schlecht ab, was allerdings auch in Verschärfungen in anderen Ländern begründet sei, so Engler. Dem stellte Elmazi die konkreten Probleme entgegen, mit denen junge Roma und Sinti bei ihrem Berufseinstieg konfrontiert sind.

Insgesamt können die vorgestellten Forschungsprojekte und -ergebnisse als anregend und spannend eingeschätzt werden. Die Diskussionen waren hilfreich und problemorientiert. Trotz dieses positiven Fazits müssen ein paar Kritikpunkte angesprochen werden: Der Tagung fehlte gelegentlich etwas der rote Faden. Auch wäre auf der Grundlage des vorher Präsentierten eine abschließende Debatte über die Kontinuitäten und Wandlungen wichtig gewesen. Die Abschlussdiskussion war zwar interessant, besaß aber keinerlei Rückbezug auf das Symposium. Die starke Konzentration auf Arbeitsmigration spiegelt wohl die Forschungsschwerpunkte an den deutschen Universitäten in diesem Bereich wider, die durchaus noch ausbaufähig erscheinen. Eine stärkere Berücksichtigung anderer „Minderheiten“ und eine Thematisierung, was darunter überhaupt zu verstehen ist, hätten dem Symposium sicher auch gut getan.

## Der 8. Mai 1945 und die geistige Situation der Zeit. Kolloquium in Berlin

Reiner Zilkenat

Am 30. April 2015 veranstalteten das Berlin-Brandenburger Bildungswerk e.V. und der Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V. im KulturGut Marzahn ein Kolloquium zum Thema „Der 8. Mai 1945 – Eine ‚Stunde Null‘ in den Köpfen?“

*Günter Benser* (Berlin) stellte die Befreiung vom Faschismus nicht zuletzt in ihren welthistorischen Zusammenhängen dar und verwies auf die in Ost- wie in Westeuropa vollzogene „Linksentwicklung“, die u. a. zur Regierungsbeteiligung kommunistischer Parteien in Frankreich und Italien führte, aber auch zum überraschenden Wahlerfolg der Labour Party in Großbritannien unter Clement Attlee, der den „Kriegspremier“ Winston Churchill und seine Konservative Partei auf die Oppositionsbänke verwies. Selbst Jakob Kaiser, der CDU-Vorsitzende in der Sowjetischen Besatzungszone, konstatierte seinerzeit einen „allgemeinen sozialistischen Zug der Zeit“. Die Forderungen nach Sozialisierung der Schlüsselindustrien und Banken sowie des Großgrundbesitzes seien Allgemeingut gewesen. Die damals zu Papier gebrachten Konzeptionen für die Konstituierung einer neuen staatlichen und sozialökonomischen Ordnung in Deutschland gingen von der Notwendigkeit aus, eine staatlich organisierte Planwirtschaft zu errichten. Ein Zurück zu den Strukturen aus der Zeit vor der Machtübergabe an den Faschismus galt allgemein als unannehmbar.

*Peter Brandt* (Hagen) und *Jörg Wollenberg* (Bremen) trugen interessante und zu einem erheblichen Teil in Vergessenheit geratene konzeptionelle Vorstellungen der Sozialdemokratie zum politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Neuaufbau Deutschlands vor. Besondere Aufmerksamkeit erregten dabei die von Wollenberg zitierten, 1944/45 im Exil geäußerten Gedanken Willy Brandts, die auf eine sozialistische Transformation in seiner Heimat abzielten, vor dem Wiederaufleben des Nationalismus im Nachkriegsdeutschland warnten und für ein enges politisches Verhältnis zur UdSSR plädierten. Diese Positionen würden – so Wollenberg – kaum noch in einschlägigen Publikationen zitiert. In den Werken Willy Brandts, die von der gleichnamigen Stiftung herausgegeben werden, seien sie nicht oder nicht vollständig abgedruckt worden.

Brandt und Wollenberg erinnerten zugleich an heute in Vergessenheit geratene Sozialdemokraten, wie Hermann Brill und Viktor Agartz. Die-

se hätten ein politisches System mit einer Kombination aus parlamentarischen und rätendemokratischen Elementen bzw. eine „Wirtschaftsdemokratie“ eingefordert, das umfassender als das gleichlautende Konzept des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes aus der Weimarer Republik gewesen sei und eine „sozialistische Planwirtschaft“ in einem „demokratischen Rechtsstaat“ propagiert habe.

Auf das in der Regel vernachlässigte Wirken sozialdemokratischer Frauen, darunter Jeanette Wolf und Marie Juchacz, in den Jahren nach 1945 wies *Gisela Notz* (Berlin) hin. Sie erinnerte an die vielfältigen Hindernisse, die ihnen dabei von den männerdominierten Führungsgremien in den Weg gestellt wurden. Eines dieser Hindernisse bestand in der Anschauung, Frauen sollten sich „ihren“ angeblich geschlechtsspezifischen Themen widmen, während die „großen Fragestellungen“ den Männern innerhalb der SPD vorbehalten blieben.

*Jürgen Hofmann* (Berlin) zeichnete die Auseinandersetzungen der KPD mit der geistigen Hinterlassenschaft des Hitlerfaschismus nach. Er skizzierte besonders die entsprechenden Debatten im Moskauer Exil. Johannes R. Becher gab im September 1944 die Richtung vor: Nach der Niederlage des Faschismus sei „die Fortsetzung des Krieges gegen den Faschismus mit vor allem ideologischen Mitteln“ vonnöten. Dabei erfordere die „Umerziehung“ der Mitglieder der Hitlerjugend besonderes Augenmerk. Der Erfolg der ideologischen Arbeit der KPD müsse gemessen werden an einer zu bewirkenden „Massenstimmung der Empörung gegen den Faschismus“. Anton Ackermann vertrat auf dem 15. Parteitag die Auffassung, für die vielen „Mitläufer“, die sich keiner Verbrechen schuldig gemacht hätten, müsste die „Entschuldung durch tätige Reue“ gelten.

*Siegfried Prokop* (Bernau) gewährte einen Einblick in die Lage der Intelligenz 1945, wobei er die prozentualen Anteile von NSDAP-Mitgliedern an der Professoren- und Lehrerschaft hervorhob. So hatten z. B. in der Sowjetischen Besatzungszone mehr als 70 Prozent der Lehrer der NSDAP angehört! Er bezeichnete die Intelligenz des Jahres 1945 als „deformiert“: Viele ihrer Angehörigen seien ins Exil getrieben und mit Berufsverboten belegt bzw. vom Faschismus korrumpiert worden. Zudem hatte die Nazi-Ideologie eine „anti-intellektuelle Stimmungsmache“ betrieben, die für die Zeit nach dem 8. Mai 1945 nicht folgenlos geblieben sei. *Jörg Roesler* (Berlin) behandelte vergleichend den Umgang mit Flüchtlingen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten in der sowjetischen und in der britischen Zone. Auf Initiative der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland wurden die Verwaltungen und die politischen Parteien angehalten, sich um ihr Schicksal zu kümmern. Dazu gehörte u. a. die Vertei-

lung von ehemaligem Junkerland im Zuge der demokratischen Bodenreform an diese Bevölkerungsgruppe. Roesler wies auch auf die feindlichen Stimmungen hin, mit denen viele Flüchtlinge in allen vier Besatzungszonen konfrontiert wurden. Vor allem Pfarrer und Lehrer in der britischen Besatzungszone warnten vor „Überfremdung“ in den Gemeinden und Städten Niedersachsens, die aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten Geflohene aufgenommen hatten.

*Heinz Engelstädter* (Berlin) trug am Ende ein leidenschaftliches Plädoyer für die Anwendung der marxistischen Dialektik bei der Analyse und Bewertung historischer Prozesse und Ereignisse vor.

Die Vorträge belegten, dass die Auseinandersetzungen um den 8. Mai 1945 und seine historische Bedeutung weitergehen werden. Die Facette der „geistigen Situation der Zeit“ sollte dabei die angemessen große Berücksichtigung finden. Auch müsste die „geistige Situation“ jener Mehrheit genauer aufgeschlüsselt werden, die sich nicht in den neu gegründeten Parteien, Gewerkschaften und Verbänden organisierten.

Die Vorträge dieses Kolloquiums sollen Ende 2015 in einem Sammelband des Verlages edition bodoni gedruckt vorliegen.

## Buchbesprechungen

**Helmut Bock: Freiheit – ohne Gleichheit? Soziale Revolution 1789 bis 1989. Tragödien und Legenden,** Karl Dietz Verlag, Berlin 2013, 413 S., ISBN 978-3-320-02290-7

Jahrzehntelange Forschungserfahrungen, exzellente Kenntnis, konzeptionelle Stringenz und analytisches Gespür sind in dieser Schau auf zweihundert Jahre europäische Revolutionsgeschichte versammelt. Helmut Bock hat sie wenige Monate vor seinem Tod veröffentlicht. Sie kann als sein Vermächtnis gelten. Er habe das Gefühl, angekommen zu sein, ließ er den Rezensenten damals wissen.

B. konnte aus dem Reichtum eines ereignisreichen wissenschaftlichen und politischen Lebens schöpfen. In Köln 1928 geboren, führten ihn Studium und Promotion nach Berlin und Leipzig. Ernst Engelberg, Hans Mayer, Ernst Bloch und Walter Markov waren seine Lehrer. Für drei Jahrzehnte wurde die Akademie der Wissenschaften seine Heimstatt. 1994 gehörte er zu den ersten, die in die zuvor konstituierte Leibniz-Sozietät der Wissenschaften gewählt wurden. Schon vor 1989 engagierte er sich für undogmatische Sichten auf Geschichte und eine Geschichtswissenschaft, die für neue Fragen und Erkenntnisse offen blieb. Diesen Ansatz praktizierte er in zahlreichen Arbeiten selbst.

Im ersten Kapitel lässt er die „Große Revolution“ von 1789 in Frankreich mit ihrem Vor- und Nachspiel Revue passieren, die in ihrer Abfolge aristotelischer Dramaturgie gleiche und deren Erfahrungsmuster das Denken

von Karl Marx und Friedrich Engels nachhaltig beeinflussten. Erinnert wird auch die frühe Mahnung bei Rousseau, große „Ungleichheit des Besitzes werde mit Demokratie nicht vereinbar sein“. (S.28) Die Revolution von 1830 nennt B. die „schöne Revolution“, die mit dem Auftritt der „Blusenmänner“ das frühe Aufkeimen proletarischen Klassenbewusstseins ankündigte. Die bürgerliche Führungsklasse bediente sich der Verheißungen von 1789, verhüllte damit ihre wahren machtpolitischen und wirtschaftlichen Interessen, um „ihren Anspruch auf Rechtsetzung, Gesetzestreue, gutbürgerliche Ehrbarkeit in Staat und Gesellschaft“ (S.89) auf den Schild zu heben. Die nächste Revolution von 1848 zeigte mit dem Blutbad im Juni bereits ihr hässliches Gesicht. Die Worte „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ überdauerten dennoch „als Verheißung und Mahnung einer heroischen Tragödie, deren Vorhang noch nicht für ewig geschlossen schien“. (S.98) An die Pariser Kommune von 1871 stellt B. die Frage, ob sie tatsächlich eine Revolution der Arbeiterklasse war, und fordert einen Bruch „mit der marxistisch-leninistischen Überlieferung [...] zu vollziehen“. (S.200) Er skizziert sie mit kritischem Abstand zur zeitbedingten, von der Hoffnung auf die sozialistische Revolution geprägten, idealisierenden Einschätzung.

Ein umfangreiches Kapitel widmet sich der russischen Revolution von 1917, deren 100. Jahrestag demnächst ins Haus steht. Sie müsse vor dem Hintergrund der Erfahrungsbilanz des 20. Jh. neu befragt und beurteilt werden.

„Sozialisten müssen sich fragen, ob sie bei ihrem Ringen für soziale Gerechtigkeit, Völkersolidarität und Überleben der Menschheit [...] das bolschewistische Geschichtsbild der Vergangenheit immer noch gutheißen – oder ob sie dasselbe für ein Wirken in die Zukunft historisch kritisch zu beurteilen und zu korrigieren haben.“ (S.204) Obwohl die russische Revolution Staat und Gesellschaft umwälzte und sogar Elemente der sozialen Revolution enthielt, rechtfertigen ihre Resultate B. zufolge nicht, sie als „Große Sozialistische Oktoberrevolution“ zu apostrophieren. Die bolschewistische Revolutionspartei mutierte zur staatlichen Herrschaftspartei. Es etablierte sich eine Nomenklatura als bürokratische Kaste. Die Geringschätzung des Rechts und die Rechtfertigung staatlichen Terrors begleiteten die Entwicklung der Sowjetgesellschaft und deformierten sie. Dennoch „sollte die Russische Revolution in unserer Erinnerung fortleben: als Gleichnis und Mahnung eines verzweifelten und zugleich fragwürdigen Versuchs zur Befreiung von Ausbeutung und von Krieg“, so sein Fazit. (S.286)

Die Kapitel und Abschnitte über den Zeitraum nach 1945 erreichen nicht die Dichte der vorangegangenen. Dafür verbirgt sich hinter den Auslassungen zum „Sozialismus in den Farben der DDR“ eine Analyse über Struktur und Wesen des Stalinismus. Sie ist schon deshalb bemerkenswert, weil hier Stalinismuskritik nicht auf Personenkult und den Terror der Stalinzeit eingeengt wird. B. stellt grundsätzliche Fragen nach den strukturellen und ideologischen Grundmustern und Begleiterscheinungen. Eine unabweisable Aufgabe für Sozialisten sei des-

halb die „Selbstbefreiung von falschen Sozialismus-Bildern und einer irrtümlichen Epocheauffassung“. (S.312)

Für 1989 sieht er sich als Zeitzeuge im Zeugenstand. Mit einer Auswahl von eigenen Texten aus dieser Zeit belegt B., wes Geistes Kind er in der „deutschen Wiedervereinigung“ war. Mit all denen, die auf eine reformierte DDR hofften, teilt B. „die Not des Scheiterns, die Selbstbefragung nach historischem Irrtum und politischem Schuldanteil“. (S.372) Dieser Position ist er treu geblieben.

*Jürgen Hofmann*

**Waltraud Seidel-Höppner: Wilhelm Weitling (1808-1871). Eine politische Biografie. Teile 1 und 2** (Schriftenreihe der Internationalen Forschungsstelle „Demokratische Bewegungen in Mitteleuropa 1770-1850“, 47), Peter Lang Edition, Frankfurt/Main 2014, 1866 S., ISBN 978-3-631-64631-1

Dieser Zweibänder, ohne Frage eine der großen Biografien deutscher Sprache, ist ein Lebenswerk. „Mit Weitling“, so schreibt die Autorin, „hat für mich vieles begonnen. Die Richtung meines Forschens hat er mitbestimmt.“ (S.9) Vor sechs Jahrzehnten verteidigte Waltraud Seidel-Höppner ihre Dissertation „Wilhelm Weitling, der erste deutsche Theoretiker und Agitator des Kommunismus“, die 1961 als Buch erschien. Seitdem hat sie in einem langen, intensiven Forscherleben gemeinsam mit ihrem Ehemann Joachim Höppner, dem sie die Biografie widmet, eine titanische Arbeit geleistet. Sie erschloss die traditionell vernachlässigten, ja teilweise missachteten Leistungen des vor-marxistischen Sozialismus und Kommunismus in Deutschland und Frankreich

und wies deren Verfechtern den ihnen zustehenden Platz in der Geschichte des sozialistischen Denkens zu. Die in der Literaturliste verzeichneten Bücher und Studien legen davon beredtes Zeugnis ab.

Eine knappe Charakterisierung der wichtigsten Verdienste des aus zwölf Kapiteln bestehenden opus magnum hat zunächst festzustellen, dass hier erstmals eine wissenschaftlich fundierte Gesamtbiografie Weitlings vorliegt, die nicht allein seine Schriften umfassend theoretisch analysiert, sondern auch seine gesamte praktisch-politische Tätigkeit in der demokratischen und Arbeiterbewegung auf breitester Quellengrundlage aufhellt. Über das rein Biografische greifen drei Aspekte weit hinaus:

Das Buch vollzieht *erstens* einen totalen Bruch mit allen vorangegangenen unhistorischen Bewertungen sozialistischer Strömungen des 19. Jh. Gewürdigt werden die Bemühungen von Vertretern der elementaren Arbeiterbewegungen sowie die seit dem Ausbruch der proletarischen Klassenkämpfe gesammelten Erfahrungen und theoretischen Verallgemeinerungen, die proletarisches Klassenbewusstsein entwickelten und förderten. Die Autorin zeigt, wie Weitling die theoretischen Arbeiten der großen Sozialisten vor ihm rezipierte und selbstständig verarbeitete und dabei zu Einsichten gelangte, die sich vom alten Gleichheitskommunismus unterschieden und neue Wege eröffneten. Und das war mehr als nur Vorarbeit für den erst als wissenschaftlichen Sozialismus verstandenen Marxismus. Weitlings theoretische Leistungen werden vielmehr als eigenständige, vorangegangene Denkansätze weiterführende wissenschaftliche

Erkenntnisse begriffen und vorgestellt. Sein Kommunismus entsprang den Bedürfnissen des noch in der Kleinproduktion verwurzelten Frühproletariats im vorindustrialisierten Kapitalismus, der in Deutschland wie in den USA bis ins letzte Drittel des 19. Jh. hinein noch weit verbreitet war. Die Konzepte Weitlings und anderer Sozialisten vor Marx besaßen deshalb die gleiche Berechtigung wie der Marxismus, der die neuen, aus dem Industriekapitalismus und den Lebensverhältnissen des Industrieproletariats erwachsenen Probleme beantwortete.

Ihre Schlüsselerkenntnis entwickelt die Vf. in der Passage über Debatten mit dem sowjetischen Sozialismusforscher Viktor Dalin, wonach „ein einseitig auf Marx fixierter Forschungsansatz die Wahrnehmung von Eigenart und Ideenreichtum westeuropäischer Quellen Weitlingschen Denkens beschneidet und eine teleologische Sicht befördert“. Man müsse „ältere Sozialisten als authentische Akteure und Zeitgenossen ihrer Epoche“ untersuchen und sie „an dem messen, was sie unter gegebenen Voraussetzungen theoretisch und politisch für ihre Zeit leisten konnten und geleistet haben“. (S.20)

Verständlicherweise spielt das Verhältnis von Weitling zu Marx und Engels im Buch durchgehend eine große, bisweilen zentrale Rolle. Dies auch, weil gerade in Arbeiten marxistischer Provenienz Weitlings Rolle in den Arbeiterbewegungen Europas wie Amerikas seit der Mitte der 1840er-Jahre bislang weitgehend negativ bzw. als irrelevant bewertet wurde. Insbesondere für die Marxismus-Genese, die Zeit von 1844 bis zur Revolution von 1848/49, in der der Marxsche Theoriebildungsprozess nicht selten verkürzt erscheint, wird

verlangt, bei Vergleichen den konkreten Erkenntnisstand bei Marx zugrunde zu legen. Die entsprechenden Analysen des Buches dürfen daher auch als ein Beitrag zur notwendigen konsequenten Historisierung der Marxschen Theorie und Politik betrachtet werden. An den dreimaligen Zusammentreffen von Marx und Weitling 1846, 1848 und 1850 festgemacht, hat S.-H. wohl erstmalig die soziologisch, sozialisations- und biografisch bedingten Unterschiede im Herangehen der beiden Protagonisten an die Probleme der Arbeiterbewegung analysiert und dabei auch die psychischen Barrieren beachtet, die ihre Beziehungen zusätzlich belasteten. Nicht unerwähnt bleiben darf der Nachweis, dass Weitling in wichtigen Fragen wie etwa in den Forderungen zur Frauen-Emanzipation Marx und Engels – und zwar schon sehr früh – weit voraus war.

Auch auf einem *zweiten* Felde bietet das Buch weit mehr als eine Biografie im engen Sinne. Da das jeweilige soziale und politische Umfeld, in dem Weitling wirkte, meist gründlicher behandelt wird, als in Biografien üblich, weitet sich die Darstellung an vielen Stellen zu einer Geschichte wichtiger Arbeiterverbindungen und demokratischer Organisationsbestrebungen. Das gilt in erster Linie für den Bund der Gerechtigkeit, dessen Genesis, Gründung, Entwicklung und Ausstrahlung Weitling entscheidend prägte. Die Schweizer Jahre des Bundes waren ohnehin total von Weitling beherrscht. Die Darstellung der sogenannten Londoner Diskussionen unter den Gerechten im Jahre 1845 und die heftigen Kontroversen im Brüsseler Kommunistischen Korrespondenz-Komitee zwischen den Marx-Anhängern und Weit-

ling von 1846, bestens quellenorientiert und in der Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Sichtweisen unübertroffen, ist das bisher Umfassendste und Gründlichste dazu. Eine gänzlich neue Sicht auf die Rolle Weitlings in der deutschen Revolution von 1848/49 liefert das Buch in detaillierter Widerlegung bisheriger, fast durchweg falscher, seinen Einfluss verschweigender Sichtweisen. Das betrifft vor allem Weitlings Teilnahme am zweiten Demokratenkongress, seinen Anschluss an die Arbeiterverbrüderung, seine Mitarbeit am „Mecklenburgischen Bürgerfreund“, die von ihm gegründete Zeitung „Urwähler“ und das Wirken des Befreiungsbundes 1849 in Hamburg. Es zeigt sich, dass Weitling, weitab von einem ihm immer wieder vorgeworfenen dogmatischen Sektierertum, politisch unter der äußersten Linken agierte und dass sein politisches Konzept in dieser Zeit weit mehr Gemeinsamkeiten mit als Unterschiede zu der Politik der „Neuen Rheinischen Zeitung“ aufwies. Nicht zuletzt bietet das Kapitel über Weitlings Wirken in den Fünfzigerjahren zugleich eine zusammenfassende Darstellung der von ihm initiierten und dominierten ersten deutsch-amerikanischen Arbeiterbewegung in den USA.

*Drittens* unterscheidet sich diese Biografie von den meisten anderen dadurch, dass sie durchweg polemisch angelegt ist. Das hat seine Gründe. Die Autorin hatte es mit einer in mehr als hundert Jahren entstandenen Weitling-Literatur zu tun, in der es an Defiziten, Missverständnissen, Missdeutungen und Fehlurteilen nicht gerade mangelte. Dem lagen Quellendefizite, aber auch strukturell begründete, bis in die Zeiten von Marx und Engels zurückreichende

Fehleinschätzungen wie die grundsätzliche Unterscheidung zwischen utopischem und wissenschaftlichem Sozialismus zugrunde. Dass die Autorin Unzulänglichkeiten eigener früherer Weitling-Studien in die Kritik einbezieht, versteht sich von selbst. Dass sie mit problematischen Bewertungen und Fehltritten in marxistischen Studien besonders streng ins Gericht geht, sollte nicht verwundern, wenn man in Rechnung stellt, dass es sich hier um Urteile von Gesinnungsgefährten handelt und unter Linken ohnehin meist mit schärferer Klinge geschlagen wird. Hier und da hat die Polemik den Fluss der biografischen Darstellung etwas gestört, und es bleibt zu fragen, ob die Kritik in jedem einzelnen Falle mit vollem Recht erfolgt ist. Doch auf eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Weitling-Forschung konnte die Autorin nicht verzichten. Ihre Polemik belebt den Text, der hohe geistige Ansprüche an den Leser stellt, ihn aber auch mit einem klaren, geschliffenen, nicht selten glänzenden Stil befriedigt.

Das Buch wirft natürlich noch weitere Probleme auf. Genannt sei etwa das von Engels aufgeworfene Verhältnis von elementarer, „reiner Arbeiterbewegung“ mit ihren originären theoretischen Selbstverständigungen zu der aus der Hegelschen Philosophie hervorgegangenen „theoretischen Bewegung“, dem Marxschen Sozialismus und dem komplizierten Zusammenwachsen beider Strömungen im Bund der Kommunisten, als dessen Ergebnis Engels das „Kommunistische Manifest“ bezeichnet; oder Weitlings Unverständnis für die Hegelsche Philosophie und deren Gründe; schließlich die Veränderungen im Herangehen von Marx an die elementare Arbeiter-

bewegung der Vierziger- bis Sechzigerjahre, in denen er sich den alten Weitlingschen Methoden genähert zu haben schien.

Der ungewöhnlich umfangreiche Anhang von 250 Seiten gestattet einen Überblick über die benutzten 22 Archive und Bibliotheken mit genauen Angaben zu den verwendeten Dokumenten, der zeitgenössischen Presse und sehr detailliert – neben Weitlings Schriften und seiner umfangreichen Korrespondenz – auch zur gesamten Weitling-Literatur. Ein für eine Biografie hochwertiges Personenregister schließt den Bd. ab und erleichtert dessen Durcharbeitung.

Mit diesen beiden Bden. hat nicht nur die Weitling-Forschung eine neue Qualität erreicht. Mit ihnen ist auch ein neuer, umfassender Blick auf den frühen, vormarxischen Sozialismus gewonnen worden. An dem Buch wird künftig niemand vorbeikommen, der sich mit der Geschichte der frühen deutschen und internationalen Arbeiterbewegung und den Anfängen der nordamerikanischen Arbeiterbewegung befasst oder in der Marx-Engels-Forschung tätig ist. *Walter Schmidt*

**Florian Grams: Die Pariser Kommune** (Basiswissen Politik/Geschichte/Ökonomie), PapyRossa-Verlag, Köln 2014, 126 S., ISBN 978-3-89438-530-9

Der vorliegende Bd. zur Pariser Kommune versteht sich als knappe Einführung in das Thema. Dabei werden nicht nur die historischen Abläufe in geraffter Form auf ungefähr 70 Seiten dargestellt, sondern auch die Rezeptionsgeschichte. Letztere nimmt mit ungefähr einem Drittel des Buches verhältnis-

mäßig großen Raum ein. Dies ist gerechtfertigt, da die Pariser Kommune, wie Grams betont, „stärker durch ihre Interpretation als durch ihre konkrete historische Existenz“ (S.7) wirkte.

G. verfolgt das Ziel, die Interpretationen mit der „historischen Wirklichkeit des Jahres 1871“ abzugleichen und „aus den Erfahrungen der Kommune Ansatzpunkte für eine politische Praxis des 21. Jahrhunderts zu gewinnen“. (Ebenda) Hier wird bereits deutlich, dass eine erschöpfende Darstellung der Geschichte der Kommune nicht geboten werden kann. In seiner Einheit aus historischem Abriss und Wirkungsgeschichte präsentiert der Bd. aber eine originelle Reflexion auf ein immer noch aktuelles Schlüsselereignis in der Geschichte der Arbeiterbewegung.

In seiner Darstellung des historischen Ablaufs stützt sich G. in weiten Teilen auf die Erinnerungen von Prosper Lissagaray und Pjotr L. Lavrov, beide frühere Kommunarden. Darüber hinaus greift er auf neuere Literatur zurück (leider fehlt ein vollständiger wissenschaftlicher Apparat – ein Charakteristikum der Einführungsreihe). Nach der Schilderung der Ereignisse, die zur Flucht der französischen Regierung und zur Geburt der Kommune am 18. März 1871 führten, geht G. näher auf die Rolle der Nationalgarde und ihres Zentralkomitees ein. Die größtenteils aus den Pariser Arbeitervierteln während der preußisch-deutschen Belagerung von Paris gebildete Miliz analysiert er unter dem Begriff der „Doppelherrschaft“, als Gegenpart zur konservativ dominierten Nationalversammlung. Nach der Vertreibung der Regierung nach Versailles und den Wahlen am 28. März 1871 in Paris übergab das Zentralkomitee dem Kommu-

nerat zwar die Verantwortung für die Stadt, er sei als Organ der bewaffneten Pariser Bevölkerung jedoch im Hintergrund stets präsent geblieben.

Den Kommunerrat betreffend, hält G. dessen heterogene politische Zusammensetzung fest. Er bestand aus „einer bunten Mischung von Jakobinern, Sozialisten, Anarchisten, Romantikern und Vertretern der bürgerlichen Opposition gegen Napoleon III.“. (S.37) Dies habe sich auch in seinen Dekreten ausgedrückt, unter denen sich Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Pariser Unterschichten finden, wie Mietstundungen oder die Übergabe von Fabriken, die von ihren Eigentümern verlassen worden waren, an Arbeiterkooperativen. Eine klare Perspektive auf eine sozialistische Gesellschaft sieht der Autor darin jedoch nicht. Vielmehr hätten unterschiedliche gesellschaftliche Zielvorstellungen nebeneinander existiert und das Privateigentum eine nicht infrage gestellte Grenze für die Aktionen des Rates gebildet. Dies habe sich auch darin gezeigt, dass die Bank von Frankreich, die große Summen an die Regierung in Versailles zahlte, von den Kommunarden nicht angerührt wurde.

G. hält gleichwohl daran fest, dass die Pariser Kommune eine emanzipatorische Entwicklung eingeschlagen habe. Dies macht er unter anderem an ihrer radikaldemokratischen Organisationsform, in der alle Beamten und Abgeordneten jederzeit abwählbar waren, und ihrem pädagogischen Programm fest, welches der Kommunerrat trotz der hereinbrechenden Kämpfe noch umzusetzen begann. Zu erwähnen ist hier insbesondere die Rolle der Frauen, die trotz Widerständen aktiv in die Ereignisse und die politischen

Debatten eingriffen und denen G. ein eigenes Kapitel widmet. Exemplarisch für den Geist der Kommune zitiert G. (bei Lavrov) den Historiker Arthur Arnould, der angesichts einer öffentlichen Verbrennung der Guillotine festgehalten habe, „er habe noch nie ‚eine Versammlung von Menschen gesehen, die einen solchen – sei es instinktiven oder bewußten – Abscheu vor Blutvergießen gezeigt hätte, eine solche unbezwingbare Apathie gegenüber der Todesstrafe““. (S.55) G. bezeichnet die Pariser Kommune daher mit den Worten des Kommunarden Ostyn als „Diktatur des Beispiels“ (S.67), die auch in Anbetracht der drohenden Niederlage durch ihre Taten wirken wollte und eine humanitäre Haltung als ihre Gegner gezeigt habe.

Leider kommen in dieser knappen Darstellung, wie der Autor in der Einleitung selbst zugibt, die beteiligten Menschen viel zu kurz. Über die soziale Lage und die Alltagsprobleme der Pariser erfährt man so gut wie nichts. Auch die sehr bedeutende Rolle der Ausländer – so hatten zahlreiche Belgier, Italiener, Polen, Russen und Ungarn in den Reihen der Nationalgarde gekämpft – wird nicht erwähnt.

Bei der Darstellung der Rezeptionsgeschichte beschränkt sich G. erfreulicherweise nicht auf die bekanntesten Texte von Karl Marx und Wladimir I. Lenin, sondern spürt ihrer Auseinandersetzung mit der Kommune auch in den nichtoffiziellen Stellungnahmen und Briefen nach. Er kann so den Wandel in deren Deutungen zeigen. Festgehalten wird auch hier, dass Marx mit Blick auf die Pariser Kommune seine Revolutionsvorstellungen bezüglich einer Übernahme des bestehenden Staates durch das Proletariat –

wie sie im „Kommunistischen Manifest“ formuliert wird – überdachte und in der basisdemokratischen Organisationsform der Kommune die Keimzellen einer zukünftigen Gesellschaftsform erblickte. Ein kleinerer Fehler unterläuft dem Autor dabei dennoch. So hat Marx nicht erst im „18. Brumaire“ die Trennung von Staat und Gesellschaft thematisiert, wie G. schreibt (S.78), sondern bereits in seinen Frühschriften lange vor dem „Kommunistischen Manifest“. Spätestens in der „Deutschen Ideologie“ von 1844 wird auch der Klassencharakter des bürgerlichen Staates hervorgehoben. Allerdings fußen diese Schlussfolgerungen eher auf abstrakt-logischen Gedankengängen und weniger auf konkreter historischer Analyse, wie in den Schriften zu Frankreich. Richtig bleibt, dass Marx in diesen das erste Mal von der Notwendigkeit einer Zerschlagung des alten Staatsapparates spricht.

Eine differenzierte Einschätzung liefert G. bezüglich der Rezeption der Kommune – vor allem beruhend auf den Texten von Marx – durch Lenin. Dieser habe ab 1905 keinesfalls die basisdemokratische Konzeption der Kommune von Grund auf abgelehnt. G. macht das anhand von Textstellen zu den russischen Sowjets deutlich. Allerdings sah Lenin eine entscheidende Ursache für die Niederlage in einer mangelnden Organisation und dem Fehlen einer entsprechenden Partei. Zudem habe Lenin, anders als die „Diktatur des Beispiels“ der Kommune, ein eher unmittelbar zweckbestimmtes Verhältnis zur Gewalt gehabt, was G. auf die besondere historische Situation der Russischen Revolution zurückführt. Mit Blick auf beide Revolutionen und ihre – unterschiedlich garteten – Nie-

derlagen, schlussfolgert G: „Zu scheitern droht eine Praxis, die nicht *beide* Erfahrungen aufhebt und entweder revolutionäre Gewalt kategorisch ausschließt oder aber sie gleichsam summarisch verabsolutiert.“ (S.110)

Diesem Urteil folgt G. auch in der Darstellung und Bewertung der aktuellen Rezeption der Kommune, die er anhand von zwei Werken, eines des Philosophen Alain Badiou und eines von Manfred Sohn, vornimmt. Beide reflektieren die Kommune ebenfalls im Kontext der späteren Oktoberrevolution. Während Badiou aus beiden Erfahrungen eine Relevanz der Machtfrage generell verneint, versucht Sohn einen „dritten Anlauf“ zum Sozialismus zu konzipieren. Dieser müsse sowohl „Elemente der Amazonen und der Roten Armee aufgreifen“ (S.125), um nach Innen eine dezentrale, demokratische und geschlechtergerechte Ordnung zu entfalten und sie nach außen verteidigen zu können.

Beide Beispiele zeigen, dass die Wirkungsgeschichte der Pariser Kommune keineswegs abgeschlossen ist. Daher ist eine Einführung, welche die Spuren der Kommune bis in die heutige Zeit verfolgt und nach ihrer Aktualität fragt, zu begrüßen. Sie kann mit diesem Bändchen aus dem PapyRossa-Verlag, trotz kleinerer Mängel, als gelungen gelten.

*Dietmar Lange*

**Ulrich Mählert u. a. (Hrsg.): Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2014**, im Auftrag der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Enthält/including: The International Newsletter of Communist Studies XX (2014), No. 27, Metropol-Verlag, Berlin 2014, 325 S., ISBN 978-3-86331-169-8

Das jährlich erscheinende „JHK“ beschäftigt sich in seiner Ausgabe 2014 mit „Kommunismus in Erinnerungskultur und Geschichtspolitik“. Die Beiträge des Schwerpunktes thematisieren fast ausschließlich „Kommunismus an der Regierung“ in den Ländern Mittel- und Osteuropas. Nur die Sammelrezension von Knud Andresen über „Vier Möglichkeiten, die Geschichte der DKP zu erzählen“ beschäftigt sich anhand neuerer Memoirliteratur mit dieser nicht-regierenden Partei; ebenso einige Beiträge außerhalb des Schwerpunktes wie etwa der lesenswerte Beitrag von Patrick Hesse „Mündigkeit und Messianismus – zur Reichweite kommunistischer Befreiung im Südindischen Telengana 1946-1951“.

In den meisten Beiträgen steht der Kommunismus als Bewegung damit leider nicht zur Debatte. Der Begriff „Staatssozialismus“ wäre daher als Schwerpunktbezeichnung fruchtbarer gewesen, hätte vielleicht Möglichkeiten eröffnet, unterschiedliche Formen von Vergangenheitsbewältigung auch aus der Entstehungsgeschichte der jeweiligen Regime zu erklären. Zu diesem Begriff gibt es keinen Konsens, was angesichts der breit aufgestellten Autorenschaft des Bd. verständlich ist. Schade jedoch, dass der Dissenz nicht in Kontroversen mündet – die Debatte über historisch-soziologische Charakterisierungen der sich selbst meist als sozialistisch, nicht als kommunistisch bezeichnenden Staaten, Parteien und Gesellschaften fehlt weitgehend.

Was an theoretischer Zuspitzung vermisst wird, gleicht der Bd. durch seine Vielseitigkeit aus. Die Beiträge sind international aufgestellt, mit Untersuchungen wie etwa Joachim Gatterers über „Fragmente Kommunismi-

scher Erinnerung im ethnisch gespaltenen Gedächtnis Südtirols“, oder Matej Kraljics Beitrag zu „Strategien der Aneignung der sozialistischen Vergangenheit in Slowenien“. Mit Post-Jugoslawien beschäftigt sich auch Tea Sindbaek in ihrem Vergleich kroatischer, serbischer und bosnischer Geschichtserzählungen. S. konstatiert eine „Nationalisierung“ der Vergangenheit, in der die Nation nachträglich als Akteur und handelndes Kollektiv in die Geschichte hineingeschrieben wird, um aktuelle Staatlichkeit zu legitimieren. Die Verarbeitung der sozialistischen Vergangenheit ist dementsprechend instrumentell. In Serbien, das sich lange als Nachfolger der jugoslawischen Volksrepublik sah, wird der Staatssozialismus bis zu einer Wende im Jahr 2000 eher positiv dargestellt. In Kroatien dagegen dominieren Opfernarrative, während die Täterrolle kroatischer Gruppen und Einzelpersonen zur Zeit des Ustascha-Regimes heruntergespielt wird. Während S. eher beschreibt und den Leser selber Schlüsse ziehen lässt, überzeugt der Beitrag von Sergej Abasin über „Entsowjetisierung und Erinnerungspolitik in Zentralasien“ durch eine pointierte Dekonstruktion der usbekischen Nationalerzählung. Usbekistan, das erst in den 1920er-Jahren eine Nationsbildung als Sowjetrepublik erfuhr und dessen Entsowjetisierung 1991 ein klares Projekt der Eliten war, eignet sich besonders, um die Künstlichkeit und Gewordenheit einer jeden Nation herauszuarbeiten – die Nation als „imagined Community“ bzw. „imaginierte Gemeinschaft“, wie der amerikanische Politologe Benedict Anderson sie nannte. A. zeigt am Beispiel des Gedenkmuseums in Taschkent, wie die historisch späte Konstruktion des „Usbeken“ aus

einer sehr heterogenen Gruppe von Ethnien und Gemeinschaften museal verdrängt wird und stattdessen eine Gegenerzählung des kollektiven „usbekischen Leidens“ und der Unterdrückung sowohl im Russischen Imperium als auch in der Sowjetunion aufgebaut wird. Der Autor verweist auf die Tatsache, dass die usbekischen Opfer des Großen Terrors von 1937 am Anfang des Jahrzehnts vielfach leitende Kader und somit selbst Täter in der „Entkulkalisierung“ genannten Massenrepression gegen die Bauernschaft in der Sowjetunion waren. Nun hängen die Fotos von Tätern und Opfern im Museum nebeneinander. Dies ist nur eins von vielen fragwürdigen Ergebnissen, wenn das Paradigma der Nation zur Aufarbeitung dienen soll: Eine neue Projektion ersetzt die alte. A. nennt kurz das „Museum der Besetzung“ im lettischen Riga, wo der Vergleich, anders als in Taschkent, nicht zwischen Zarismus und Sowjetunion, sondern zwischen NS-Besetzung und sowjetischer Besetzung gezogen wird, benennt aber anders als der Beitrag zu Kroatiern nicht die fragwürdige Relativierung der NS-Verbrechen in diesem zentralen Geschichtsmuseum Lettlands. Dies ist schade, denn relativierende Bezüge auf NS-Besetzung und NS-Kollaborateure sind in vielen Staaten Ostmitteleuropas Bestandteil öffentlicher Geschichtsdiskurse. Dies erleichtert es wiederum anderen Akteuren, den Stalinismus antifaschistisch umzudeuten und ebenfalls zu relativieren – statt Aufarbeitung ergibt sich neue Instrumentalisierung. Aufarbeitung müsste sich daher noch kritischer als bisher nationalen und staatlichen Geschichtsdiskursen entziehen.

In Richtung einer solchen Reflektion führt ein Beitrag von Markus Gold-

beck zur „Ambivalenz staatlicher Förderung: Eine Chance für die DDR-Aufarbeitung oder ‚Gefährliche Abhängigkeit?‘“, in dem eine Debatte über die Ablehnung von Fördergeldern für die Zeitschrift „Horch & Guck“ durch die Bundesstiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur thematisiert wird. Seitens der Zeitungsmacher stand der Vorwurf im Raum, die nicht nur auf die Stasi bezogene Geheimdienstkritik der Zeitschrift sei ein Hinderungsgrund, während die Stiftung mangelnde Qualität und Verbreitung der Zeitschrift anmahnte. Die nüchterne Nachzeichnung des Konflikts macht deutlich, dass die Bürgerrechtler der ehemaligen DDR 25 Jahre nach der Einheit längst keine Einheit mehr bilden.

Trotz solcher politischen Kontroversen gewinnt man beim Lesen des Bd. jedoch den Eindruck, dass die Aufarbeitung des ostdeutschen Staatssozialismus noch am weitesten vorangeschritten ist und vergleichsweise differenzierte Wertungen erbracht hat. Die Hrsg. sehen dies ebenso und nennen die Elitendiskontinuität als Grund. Während in der DDR etwa das MfS aufgelöst wurde, wirkten in Ostmitteleuropa die Sicherheitsapparate „ohne große personelle und institutionelle Veränderungen“ fort. (Editorial, S.VII) Ein weiterer Grund dürfte sein, dass sich in der Bundesrepublik die Eliten der ehemaligen DDR mit eigenen Beiträgen in die Debatte einmischten, sei es durch Erinnerungen und Memoiren, sei es durch historische Deutungsangebote. Die Autorin Elke Sieber mahnt in ihrem Aufsatz „Erinnerung an die DDR. Zwischen (N)Ostalgie und Totalverdammung“, diese Beiträge nicht zu ignorieren. Die Zeitgeschichte sollte stattdessen „die derzeitige Täter-

Opfer-Erinnerungskultur, die für viele Ostdeutsche keine Anknüpfungspunkte bietet, kritisch hinterfragen“. (S.27)

Das aktuelle JHK bereichert durch seine thematische Breite die Debatte um Geschichtsnarrative im Postsozialismus. Wünschenswert wäre zwar eine noch pointiertere Auseinandersetzung mit problematischen Tendenzen zur Nationalisierung von Erinnerung. Es steht jedoch zu hoffen, dass eine solche Debatte in anderen Foren weitergeführt wird und nicht im akademischen Raum verbleibt. Denn, wie viele Beiträge des Bd. klarmachen, erreicht Geschichte in Form von Schulbüchern und Museen ein Massenpublikum und ist Kern staatlicher Legitimationserzählungen. Diese müssen öffentlich diskutiert und gegebenenfalls auch auf europäischer Ebene kritisch herausgefordert werden, damit Geschichtspolitik nicht nur von oben nach unten stattfindet.

*Ralf Hoffrogge*

**Christoph Jünke: Streifzüge durch das rote 20. Jahrhundert**, LAIKA-Verlag, Hamburg 2014, 319 S., ISBN 978-3-944233-00-0

Christoph Jünke, geb. 1964, Dr. phil., ist Vorsitzender der Leo-Kofler-Gesellschaft und am Lehrbereich Neuere Deutsche und Europäische Geschichte der Fern-Universität Hagen tätig. Wie er im Vorwort erklärt, gehe es in seinem Buch „um jene Strömungen und Individuen, die einen ‚Dritten Weg‘ suchten, [...] jenseits von sozialdemokratischem ‚Revisionismus‘ und kommunistischem ‚Dogmatismus‘. Es geht um Individuen und Strömungen, die eine Antwort auf die Blockaden und Sackgassen suchten, in die die sozialdemo-

kratischen und kommunistischen Parteien die Arbeiterbewegung und die Bewegungen für eine allgemeinmenschliche Emanzipation gebracht haben.“ (S.11) Der Titel „Streifzüge“ zeigt, dass kein Anspruch auf Systematik erhoben wird. Es handle sich um Gelegenheitsarbeiten (Gedenkartikel, Vorträge, Rezensionen und Polemiken und gelegentlich um Nebenprodukte größerer Arbeiten), die in den Jahren 1995 bis 2009 in verschiedenen wissenschaftlichen Publikationen veröffentlicht worden sind. Ihr gemeinsamer Nenner sei „das traurige Schicksal der sozialistischen Emanzipationsbewegungen des 20. Jahrhunderts“. (S.11f.)

Die Arbeit ist in vier Abschnitte gegliedert: I. Revolution und Konterrevolution (Themen sind: 1. Implacabilis: Karl Liebknecht, 2. Sisyphus: Richard Müller, 3. Die Dilemmata des Linkssozialismus am Beispiel des Austromarxismus: Max Adler, Otto Bauer und Joseph Buttinger, 4. Der Fall Victor Serge). II. Neu Beginnen (5. Brot und Rosen: Jacob Moneta und die „neue Anthropologie“, 6. Der vergessene Aufbruch: Die linke Neuformierung 1954/55 und ihr Scheitern 1957/58, 7. Zur Verteidigung der Neuen Linken, 8. Peter Brückners Versuch, uns und anderen die Neue Linke zu erklären, 9. Die Tränen des Edward P. Thompson). III. Epochenbruch (10. Eine kleine Geschichte der Vereinigten Sozialistischen Partei [1986-2000], 11. Tagträume eines Ex-Dissidenten ‚Konrad Weiß‘, 12. Vorantreiben, Helfen oder Stören: 40 Jahre *Konkret*, 13. Politische Identitäten: Zur Kritik der linken Identitätskritik, 14. 1998er Häutungen: Oskar Negt und Bernd Rabehl, 15. Die Letzten werden die Ersten sein: Pierre Boudieu, 16. Stichwort Trotzismus).

IV. Rück- und Ausblicke (17. Stichwort Linkssozialismus, 18. Lob und Tadel des Sektierertums, Annäherungen an ein Gespenst, 19. Auf dem Weg zu einem neuen Sozialismus?).

Es werden Themen angeboten, die für den Zugang zur Geschichte des Linkssozialismus sehr hilfreich und der kritischen Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Facetten der Theoriegeschichte förderlich sind. Zum dritten Teil, der ältere Texte beinhaltet, bemerkt der Autor, dass es hier auch um Gedanken der „Selbstverständigung über einen traumatischen Entwicklungsprozess“ geht, dem er „selbst (als junger politischer Journalist und Geschichtsstudent) unterworfen war“. Deshalb verstehe er die Beiträge „als ein Stück Erinnerungsarbeit“. (S.13) Das bezieht er nicht nur auf sich selbst, vielmehr hinterfragt er historisch gewordene Auffassungen auch in Hinblick auf deren Aktualität. Beispielsweise besage Liebknechts Anti-Militarismus noch immer, dass ein in innerster Seele ehrlich gesonnener Sozialdemokrat „nie ein williges Werkzeug des Militarismus“ sein könne, und dies rechtfertige die „Kritiker des heutigen humanitären Interventionismus der westlichen Mächte“. (S.26) Von besonderem Interesse dürfte die in der linkssozialistischen Literatur weithin unterbelichtete Biografie über den russischen Schriftsteller und Berufsrevolutionär Victor Serge (1890-1947, mit bürgerlichem Namen Viktor Lvovič Kibalčič) sein. Geschildert wird dessen Weg vom Anarchisten zum Bolschewisten und zur sowjetischen Linksopposition, letztlich zum „Trotzkismus“. Die von der Kommunistischen Internationale betriebene Stalinisierung der westeuropäischen

Parteien habe er verabscheut. In seinen Arbeiten habe Serge „die enge historische Zusammengehörigkeit von sozialistischem Humanismus und Antistalinismus verdeutlicht“. (S.80) Dem Aufsatz folgt eine umfangreiche Literaturliste von Serge. Im Weiteren ist hier auf den Aufsatz „Der vergessene Aufbruch...“ aufmerksam zu machen, der sich mit der Geschichte der (west-)deutschen Linken (Peter von Oertzen, Wolfgang Abendroth, Leo Kofler, Viktor Agartz u. a.) befasst, sowie auf den Titel „1998er Häutungen...“, mit dem Leser u. a. in die von Oskar Negt im Buch „Achtundsechzig. Politische Intellektuelle und die Macht“ (1995) aufgehellten Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft gedanklich eingebunden werden. Das in gebotener Kürze vorgestellte Buch bestätigt einmal mehr, wie sinnvoll es für das Verstehen der Theoriegeschichte ist, einst publizierte Beiträge zusammengefasst erneut anzubieten.

*Horst Klein*

**Rüdiger Zimmermann: Emil Kloth (1864-1943). Vom marxistischen Gewerkschaftsvorsitzenden zum be- kennenden Nazi** (Schriftenreihe der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft, 5), Be.bra Wissenschaftsverlag GmbH, Berlin-Brandenburg 2014, 111 S., ISBN 978-3-95410-050-7

Die deutsche Arbeiterbewegung ist reich an markanten Charakteren: Es finden sich die revolutionären Hitzköpfe neben den bedächtigen Reformisten, die scharfsinnigen Intellektuellen neben den lebensklugen Praktikern, Realpolitiker und Romantiker, Wirkköpfe und Eigenbrötler. Manch einer, manch eine von ihnen wird von der Nachwelt

sehr unterschiedlich gewürdigt – man denke beispielsweise an Rosa Luxemburg oder Friedrich Ebert.

Unisono ablehnend hingegen wird eine spezielle Spezies bewertet: die Renegaten.

Im vorliegenden Bd. von Rüdiger Zimmermann wird ein besonders schwerwiegender Fall von Renegatentum behandelt: der des Buchbinders Emil Kloth.

Der 1864 geborene Kloth durchläuft eine geradezu „klassische“ Gewerkschafterkarriere seiner Zeit: Nach dem Erlernen des Buchbinderhandwerks tritt er in Leipzig dem lokalen Fachverein bei und sammelt erste gewerkschaftliche Erfahrungen. Er wandert als Geselle durch Europa, kehrt nach Leipzig zurück, wo er sich sofort gewerkschaftlich und sozialdemokratisch engagiert. 1888 sitzt er viele Monate in Haft, weil er illegale sozialdemokratische Flugblätter verteilt hat. 1894 macht er sich mit einem Schreibwarengeschäft selbstständig, was seine gewerkschaftliche Arbeit unabhängig macht. 1896 führt er einen landesweit viel beachteten Streik in Leipzig, der ihm eine erneute Gefängnisstrafe einbringt. Kloth steigt in den „inneren Zirkel seiner Gewerkschaft“ (S.21) auf und stellt sich bald gegen deren Leitung, die ihm zu zaghaft agiert. Er macht sich für einen einheitlichen nationalen Tarifvertrag stark und entwickelt sich zum „wirkungsvollsten Oppositionssprecher“ (S.24) im Deutschen Buchbinder-Verband.

1904 wird Emil Kloth zum Vorsitzenden des Buchbinderverbandes gewählt, dessen Sitz gleichzeitig von Stuttgart nach Berlin verlegt wird. Nach erheblichen Startschwierigkeiten mausert er sich zu einem respektablen Vorsit-

zenden mit beachtlichem Potenzial. So verpflichtet er seine Gewerkschaft auf ein „Modell langfristiger tariflicher Arbeitsbeziehungen mit dazugehörigen Schiedsgerichten“ (S.32), bemüht sich um die Gewinnung weiblicher Mitglieder und leistet intensiv und erfolgreich internationale Arbeit. 1910 und 1913 veröffentlicht Kloth zwei umfangreiche Bde. zur Geschichte der Buchbindergewerkschaften, die bis heute Gültigkeit haben.

Während des Ersten Weltkriegs vertritt Kloth zwar ausdrücklich nationalistische, ja sogar annexionistische Positionen, aber er bewegt sich damit nicht im Abseits, sondern hat durchaus auch gewerkschaftliche Mitstreiter, die insbesondere davon ausgehen, dass „die deutsche Arbeiterschaft [...] mit ihrem Wohl und Wehe der deutschen Industrie über tausend Fäden verbunden“ (S.44) ist.

Allerdings erhebt sich mehr und mehr Widerspruch innerhalb des Buchbinderverbandes, und als Kloth im September 1918 einen Text gegen das 14-Punkte-Programm des US-Präsidenten Wilson in einer rechtsgerichteten Zeitung veröffentlicht, hat er damit den Rubikon überschritten: „Inhaltlich kam die Veröffentlichung eines Gewerkschaftsvorsitzenden in einer nationalistischen Tageszeitung einem Erdbeben gleich und schlug hohe Wellen.“ (S.62)

Obwohl der Buchbinderverband floriert und es keine Kritik an Kloths gewerkschaftlicher Arbeit gibt, ist seine Wiederwahl im Sommer 1919 aussichtslos. Kloth verzichtet auf eine Kandidatur und bricht „zutiefst verletzt [...] in kürzester Zeit jede Brücke zu seiner alten Gewerkschaft ab“ (S.72)

Es folgt eine „regelrechte Überrasprunghandlung“ (S.72), die bruske Wendung zum bisherigen „Feind“, das Überlaufen auf die Gegenseite. Bereits im Januar 1920 ist Kloth Generalsekretär bei der Berliner Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei. Von nun an wird er mit allen publizistischen und organisatorischen Mitteln gegen die Sozialdemokratie und die Freien Gewerkschaften arbeiten, wird aus seinem Erfahrungsschatz hämisch, abwertend und bösartig über frühere Genossen und Kollegen berichten, wird einem rigiden Antisemitismus frönen und 1924 einen weiteren Schritt nach rechts tun: in die Deutschnationale Volkspartei. Im Landesverrats-Prozess gegen den Reichspräsidenten Ebert im Mai 1924 spielt Kloth, nicht zuletzt mittels eines Artikels im prä-nationalsozialistischen „Deutschen Vorwärts“ und eines offenen „Briefs an Ebert“ eine maßgebliche Rolle.

Nach einer Phase als freier Schriftsteller muss er 1930 eine Position bei einem Haus- und Grundbesitzer-Verein in Berlin annehmen. 1932 tritt er der NSDAP bei und erlebt nach dem 2. Mai 1933 einen Triumph: In der gleichgeschalteten „Buchbinder-Zeitung“ schreibt er als „ehemaliger Vorsitzender des Verbandes“ zum Thema „Warum die Gleichschaltung der Gewerkschaften kommen mußte“.

Von 1933 bis 1935 fungiert Kloth als „Leiter der Fachschaft Buchbinder“, danach beschäftigt er sich publizistisch mit fachlichen sowie mit historischen Fragen – etwa zur Rolle der Gewerkschaften im Ersten Weltkrieg. Allerdings bleibt die Resonanz aus: „Der mittlerweile sehr professionell arbeitende nationalsozialistische außeruniversitäre Wissenschaftsbetrieb konn-

te die Renegaten der alten Arbeiterbewegung vollständig entbehren.“ (S.99) Kloth stirbt vergessen und unbeachtet am 4. Mai 1942 in Berlin.

Ohne Zweifel ist der Lebenslauf Kloths merkwürdig und ungewöhnlich, wobei eine gewisse Singularität auf individuelle Zuspitzung und Konsequenz zurückzuführen sein mag. Aber hatte nicht das Gros der Gewerkschaftsfunktionäre den Ersten Weltkrieg begrüßt und die Kriegführung fast bis zum Schluss gutgeheißen und gestützt? Und hatten nicht manche von ihnen sich danach nach einer Synthese von Nation und Sozialismus gesehnt? Konnte jemand wie Kloth womöglich berechtigt behaupten, sich treu geblieben zu sein?

In Zimmermanns gediegener, solider, handwerklich und stilistisch sauberer Darstellung dieses extravaganten Gewerkschaftslebens tauchen solche Fragen eher zwischen den Zeilen auf. Einfach abtun lassen sie sich allerdings nicht.

*Hans-Otto Hemmer*

**Theodor Bergmann: Sozialisten – Zionisten – Kommunisten. Die Familie Bergmann-Rosenzweig – eine kämpferische Generation im 20. Jahrhundert,** VSA-Verlag, Hamburg 2014, 102 S., ISBN 978-3-89965-615-2

Theodor Bergmann ist Agrarwissenschaftler und, so sieht er sich selbst, Professor im „Unruhestand“, doch auch Historiker der Arbeiterbewegung und politischer Publizist. Mit dieser Porträtsammlung will der 1916 Geborene an zweiundzwanzig Mitglieder seiner Familie erinnern. Sie wurden mehr durch Tiefen als in Höhen des 20. Jh. getragen, doch stets versuchten sie, als

Zionisten, Sozialisten und Kommunisten die gesellschaftliche Entwicklung mitzugestalten.

Der Kreis der Porträtierten reicht von seinen Eltern Julius Yehuda Bergmann, einem Berliner Reformrabbiner, und dessen Frau Hedwig geb. Rosenzweig, über seine Frau Gretel, seine fünf Brüder und zwei Schwestern bis zu Cousins und Cousinen. Der Großteil der Familie kam ursprünglich aus der nördlichen Slowakei; Deutsch war ihre Kultur-, doch niemals die einzige Sprache, die sie beherrschten.

In all den notwendigerweise knappen Porträts lässt der Vf. dennoch genug Raum, um die sozialen Verhältnisse aufzuzeigen, unter denen die Mitglieder der Familie Bergmann-Rosenzweig ihre manchmal schmerzhaften Lebensentscheidungen treffen mussten: „Unser Lebensweg ist nur verständlich, wenn man die Zeit erklärt, in der wir aufwuchsen, erzogen wurden und in der wir aktiv waren. Es waren mehrere, durchaus widersprüchliche Tendenzen, Strömungen und Bewegungen, in denen wir uns zurechtfinden, auf die wir reagieren mussten.“ (S.7)

Viele Verwandte wurden Opfer der Nazi-Barbarei, doch andere konnten mit Glück und dank der Solidarität ihrer Mitmenschen überleben, wohl auch, weil sie die Schrift an der Wand früher zu lesen wussten als andere: Bereits 1933 emigrierten B. und die engere Familie. Sein Bruder Alfred wurde als aktiver Antifaschist von Schweizer Behörden 1940 an Nazideutschland ausgeliefert und dort sofort ermordet. Alfreds Schweizer Braut Klara Schmalz, die hier ebenfalls porträtiert ist, unterstützte B. in dessen Bemühen, die Verantwortlichen für diese Mordtat zu ermitteln. Bestraft wurde keiner.

Voller Stolz auf seine Geschwister kann B. schreiben: „In der großen Auseinandersetzung mit den drei faschistischen Mächten Deutschland, Italien und Japan haben alle ihren gesellschaftlichen Beitrag geleistet – an den Fronten des Krieges gegen den Faschismus, auch in der Unterstützung des illegalen Widerstands von innen und von außerhalb des Deutschen Reiches.“ (S.17)

Die meisten der Geschwister überlebten in Palästina, drei von ihnen nahmen wichtige Funktionen nach der Gründung des Staates Israel wahr: Der Rechtsanwalt Arthur Aharon arbeitete an der Israel-Mission in Köln, dem Vorläufer der Botschaft; Felix Eliezer, von Beruf Pharmakologe, wurde Vizepräsident der Hebräischen Universität Jerusalem; Ernst David war Direktor der israelischen Atomenergie-Behörde. Der weltweit renommierte Physiker gilt als „Vater“ der israelischen Atombombe, was sein Bruder im Text andeutet.

Was B. über seine Cousine Chava (ursprünglich Eva) Cohen geb. Rosenzweig schreibt, gilt für fast alle seiner israelischen Verwandten: „Chava war Zionistin, stand der Linken nahe. Sie war nicht religiös und wünschte einen laizistischen Staat. Sie war kritisch gegen die nationalistische Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten nach dem Sieg im Sechstagekrieg 1967 eingestellt; sie hielt diese für eine Gefahr für ihren Staat.“ (S.101)

Viele Verwandte lebten, oft nach ihrer Rückkehr aus dem englischen Exil, in der *CSFR*. Manche wurden 1953 in die antisemitischen Machenschaften im Gefolge des Slánský-Prozesses hineingezogen. Sofern sie Kommunisten blieben, endete ihre politische Arbeit nach der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968. Sie verloren ihre

Arbeitsplätze und verbrachten die letzten Lebensjahre in gesellschaftlicher Isolierung.

Der Leserschaft dieser Zeitschrift dürfte B. vor allem als Vf. vieler Bücher zur Geschichte und Politik der internationalen kommunistischen Bewegung, speziell der kommunistischen „Rechts“-Opposition, bekannt sein. Seine Darstellung „Gegen den Strom – die Geschichte der KPD-Opposition“, die 1987 erstmals erschien, wurde zum Standardwerk. Als erste Untersuchung auch der Internationalen Vereinigung der Kommunistischen Opposition (IV-KO) greift sie weit über den deutschen Rahmen hinaus. Doch auch zum Thema Israel hat sich B. in mehreren Büchern, darunter zwei Untersuchungen zur Kibbuz-Bewegung, geäußert. Seine zahlreichen Arbeiten zur Agrarökonomie und Agrarpolitik schrieb er auch in englischer, französischer und schwedischer Sprache. Als fast Hundertjähriger ist er weiterhin durch seine laufenden Arbeiten und Vortragsreisen öffentlich präsent. Zum Altwerden fehle ihm die Zeit, wie er sagt.

Auch über sein Leben legt B. in diesem Buch kurz Rechenschaft ab, wobei hier nochmals auf seine im Jahr 2000 erschienene Autobiografie „Im Jahrhundert der Katastrophen“ hingewiesen sei. Es wird klar, dass er sein persönliches Glück vor allem seiner Frau Gretel verdankt, die ihn auch beruflich und politisch sehr unterstützte. Sie war, wie er selbst, schon als Jugendliche Mitglied der KPD-Opposition geworden. Gretels letzte Jahre waren jedoch von schwerer Krankheit überschattet. Theo pflegte sie aufopferungsvoll. Er schreibt zwar nicht, doch es verdient ergänzt zu werden, dass Gretel es auch verstanden hatte, den manchmal zu ar-

beitsamen Theodor Bergmann auf die schönen Dinge des Lebens zu lenken.

*Mario Keffler*

**Rosa Luxemburg: Nach dem Pogrom. Texte über Antisemitismus 1910/11** (Potsdamer Textbücher, 22), hrsg. und a. d. Polnischen übers. von Holger Politt, WeltTrends, Potsdam 2014, 138 S., ISBN 978-3-941880-78-8

Das Wort Żydokomuna (Judenkommune) ist im Polnischen eines der schlimmsten Schimpfworte, versucht es doch, Linke jüdischer Herkunft, und zwar nicht nur Kommunisten, als unpolnisch, als landfremd zu diffamieren. In der Zwischenkriegszeit von der nationalistischen Rechten unverblümt gebraucht, erlebte es nach 1989 eine Wiedergeburt in einem Land, in dem – „dank“ der Ausrottung durch die deutschen Faschisten – kaum noch Juden leben. Auch die Indienstnahme antisemitischer Vorurteile durch den herrschenden Parteiapparat der PVAP und seine eifrigen Zuträger im Jahre 1968 half nicht: Zwar waren damals polnische Kommunisten (besser: solche, die sich so bezeichneten) beim Aufspüren jüdischer Vorfahren aller möglicher sozialistischer Dissidenten eifrig am Werk. Dennoch blieben für die meisten polnischen Antisemiten, deren Vorurteile alle Gesellschaftsbrüche überdauerten, Judentum und Sozialismus oder Kommunismus zwei Köpfe einer Hydra. Auf eine scheinbar „gemäßigte“ Variante dieser Lesart wies vor einigen Jahren der israelische Historiker Lawrence Weinbaum hin, als er heutige Bestrebungen notierte, wonach polnische Wissenschaftler den Antisemitismus mit der Beteiligung von Juden an

Verbrechen des Stalinismus „verrechnen“ wollen (siehe „Ha’aretz“, englische Ausgabe, 22.5.2008). Die Verbindung von Antisemitismus und Antisozialismus aber reicht in die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zurück.

Eine Sammlung von Texten Rosa Luxemburgs zum polnischen Antisemitismus aus den Jahren 1910 und 1911 ist aus diesem Grund nicht allein von historischem Interesse. Zwar verstand sich Rosa Luxemburg politisch primär als Internationalistin, nicht als Jüdin oder Polin. Sie ist in dieser Frage jedoch nicht auf ihren Ausspruch aus dem Jahre 1917 im Brief an Mathilde Wurm zu reduzieren, wonach sie in ihrem Herzen „keinen Sonderwinkel für das Ghetto“ (Rosa Luxemburg: Briefe an Freunde, hrsg. von Benedikt Kautsky, Hamburg 1950, S.48f.) habe. Dies unterstreicht die vorliegende Textsammlung auf das Eindrücklichste.

Den Anlass für Rosa Luxemburgs Interventionen bildete eine Welle jüdenfeindlicher Beiträge in der rechten und rechtsliberalen Presse Russisch-Polens im Jahre 1910. Russisch-Polen, offiziell das Königreich Polen, war in Personalunion mit dem russischen Herrscherhaus Teil des Zarenreiches, doch war der Spielraum der Presse größer als im Kernreich. So wurde eine mild nationalistische Propaganda toleriert, solange sie nicht die völlige Abtrennung Polens vom Zarenreich forderte. Wichtigste Vertreterin dieser Propaganda war die Nationaldemokratische Partei unter Roman Dmowski. Eine linkere Position bezogen zunächst liberaldemokratische Kräfte um Andrzej Niemojewski und seine Zeitung „Myśl Niepodległa“ (Unabhängiges Denken). Ihr ursprünglicher Antiklerikalismus wandelte sich jedoch nach der Niederlage der Re-

volution von 1905-1907 in einen Antisemitismus, der dem der Nationaldemokraten nahekam. Beide Strömungen wie auch weitere Publizisten des bürgerlichen Lagers sahen in den jüdischen Sozialisten polenfeindliche Kräfte, deren Internationalismus dem Nationalbewusstsein der polnischen Arbeiter schade. Insbesondere die „Litwaks“, russifizierte Juden, würden kein Verständnis für das Polentum aufbringen. In einem Teil der polnischen Sozialdemokratie, im rechten Flügel der Polnischen Sozialistischen Partei, stieß diese Kampagne auf offene Ohren.

Hier setzt die Kritik Rosa Luxemburgs ein. Die wichtigste Theoretikerin der SDKPiL, der Sozialdemokratie des Königreiches Polen und Litauens, des radikal-internationalistischen Teils der polnischen Arbeiterbewegung, verteidigte das Prinzip der Gleichheit aller Menschen als Grundlage jeder sozialistischen Politik. Im „Mlot“ (Hammer), der zeitweise legalen Zeitung der SDKPiL, publizierte sie zwischen Oktober und Dezember 1910 anonym eine Reihe von Artikeln, in denen sie jede Judenfeindschaft als unvereinbar mit den Prinzipien der Arbeiterbewegung erklärte. Je ein Artikel erschien im „Vorwärts“, der wichtigsten Tageszeitung der SPD, sowie noch im Februar 1911 im „Czerwony Sztandar“ (Rote Fahne), dem illegalen Blatt der SDKPiL nach dem Verbot des „Mlot“.

Rosa Luxemburg betonte, dass in der Revolution 1905 polnische Arbeiter gegen die antisemitische Hetze vorgegangen seien. Sie erkannten „instinktiv, dass Antisemitismus in jeglicher Form, unter jeglichem Anschein und bei allen Ausflüchten nichts anderes ist als stinkende Ausdünstung der gesellschaftlichen Reaktion, und sie werden

beim geringsten Anflug diesem verpesteten Mief mit Ekel entfliehen“. (Mlot, 29.10.1910; hier S.60) Für die Arbeiterklasse bestehe eine jüdische Frage als solche nicht. „Vom Standpunkt der Arbeiterklasse ist die jüdische Frage einerseits eine Frage von Rassenhaß als Ausdruck gesellschaftlicher Reaktion, die im gewissen Maße unzertrennlich mit allen Gesellschaften verbunden ist und auf Klassenantagonismus beruht, eine Frage von Haß, der in den demokratischsten bürgerlichen Staaten ausbrechen kann. Die Arbeiterklasse weiß, daß nur eine gründliche Umwandlung des kapitalistischen Systems die radikalen Attacken des Hasses auf das Judentum‘ beseitigen kann. Die jüdische Frage ist andererseits und vor allem eine Frage der bürgerlichen Gleichberechtigung der Juden, unter unseren Bedingungen also eine unter tausenden gesellschaftlichen Aufgaben, deren eine gemeinsame Lösung woanders gesucht werden muß.“ Um die politische Aufmerksamkeit von den sozialen Konflikten abzulenken, „holte die Konterrevolution Rassenhaß und Rassenantagonismen, holte sie Antisemitismus hervor. Als Bauer in diesem Spiel, damit die ‚jüdische Frage‘ zur ‚Diskussion‘ gestellt werden kann, diente damals der Abschaum der Gesellschaft – für Schnaps und Wurst.“ („Mlot“, 5.11.1910; hier S.72f.) Die so gedungenen Schlägerkolonnen drangsalierten Juden und Arbeiter, die diese zu schützen suchten.

Statt sich gegen die mit Schnaps gekauften Rabauken und ihre Hintermänner zu wenden, schmähete der „Liberal“ Andrzej Niemojewski Rosa Luxemburg, als er, mit Blick auf jüdische Schankwirte, schrieb: „Die Vorfahren dieser Dame haben Schnaps ausge-

schenkt – an das polnische Volk. Rosa Luxemburg schenkt bereits keinen Schnaps mehr aus, doch das, was sie dem Volk in Form von Artikeln und Broschüren zum Austrinken gibt, hat alle Kennzeichen literarischen Fusels.“ (Myśl Niepodległa, Nr. 146, September 1910; hier S.78)

Für alle an Rosa Luxemburg Interessierten ist die Kenntnis dieser Texte unerlässlich. Darüber hinaus geben die Beiträge wichtige Einblicke in die politische Kultur (oder deren Mangel) in Kongress-Polen zu Beginn des 20. Jh. Zum Verständnis des Inhalts tragen auch die sehr sorgfältigen Anmerkungen sowie das umfangreiche Glossar des Hrsg. und Übersetzers Holger Politt viel bei. Er bezeichnet all die Texte (mit Ausnahme des „Vorwärts“-Beitrags) als deutsche Erstpublikationen, was falsch ist. Entgangen ist ihm, dass drei der Texte, „Nach dem Pogrom“, „Rückzug auf der ganzen Linie“ und „Diskussion“, bereits vor über 40 Jahren in der von Iring Fetscher edierten Aufsatzsammlung „Marxisten gegen Antisemitismus“ (Hoffmann & Campe, Hamburg 1974, S.127-150) erschienen sind, eine Publikation, auf die im vorliegenden Bd. an keiner Stelle verwiesen wird.

*Mario Keffler*

**Benjamin Ziemann: Veteranen der Republik. Kriegserinnerung und demokratische Politik 1918-1933,** Verlag J. H.W. Dietz Nachf. GmbH, Bonn 2014, 381 S., ISBN 978-3-8012-4222-0

Mit den Methoden der „neuen Kulturgeschichte“, die bei der Analyse politischer Prozesse vor allem auf die Untersuchung und Interpretation von

Symbolen, politischer Sprache, Ritualen und kollektiver Repräsentation setzt, hat Ziemann ein Buch verfasst, das nicht den Weltkrieg vor 100 Jahren, sondern seine Nachwirkungen in der politischen Kultur der Weimarer Republik behandelt. Im Mittelpunkt steht das Kriegsgedenken im sozialdemokratisch dominierten „Reichsbanner. Bund republikanischer Kriegsteilnehmer“ sowie im „Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen“, der – wie auch linksliberale und bürgerlich-radikalpazifistische Kräfte – mit dem Reichsbanner kooperierte. Es geht also nur partiell um Arbeiterbewegung und Kriegserinnerung nach 1918. Z. richtet den Blick auf die „moderaten Sozialisten“, Linkssozialisten und Kommunisten werden kaum erwähnt. Der Autor zeigt „Formen des Gedenkens an den Krieg, die auf verschiedenste Weise die Weimarer Republik als politisches Projekt unterstützten“ (S.7), in der Auseinandersetzung mit rechtskonservativen-nationalistischen und faschistischen Organisationen.

Z.s Buch ist darüber hinaus eine kritische Auseinandersetzung mit der einseitigen These, wonach es nach dem Kriege nur dessen nationalistische Erklärung gegeben habe, wobei die Wahrheit über den Krieg und seine Gräueltaten verschleiert wurde. Z. führt das demokratische und pazifistische Potenzial in der Sozialdemokratie und im Linksliberalismus gegen die Auffassung ins Feld, der Krieg habe die politische Kultur auch nach dem Krieg brutalisiert, sodass aus Kriegserinnerung nur Hass auf das demokratisch-republikanische System, Revanchismus und die Vorbereitung autoritärer Haltungen hervorgehen konnten. So will Z. deutlich

machen, dass republikanische Kriegserinnerung ursprünglich zu jenen Aktivposten der Weimarer Republik gehörte, die der Demokratie nach 1918 eine Chance boten, die also nicht a priori auf verlorenem Posten stand.

Z. untersucht zunächst in den ersten Nachkriegsjahren veröffentlichte populäre Schriften gegen die Dolchstoßlegende, in denen der deutsche Zusammenbruch 1918 mit dem politischen und militärischen Bankrott der Monarchie erklärt und damit die Legitimität der Republik begründet wird. Behandelt werden unter diesem Gesichtspunkt republikanische Presseorgane wie der sozialdemokratische „Vorwärts“, die linksliberale „Berliner Volkszeitung“ und die „Weltbühne“, die ihren Lesern eine progressiv-pazifistische Lesart der Kriegserlebnisse vermittelten. Pamphlete und Broschüren schilderten die sozialen Missstände im kaiserlichen Heer als „Kriegsgeschichte von unten“ gegen die Memoiren der „unbesiegten“ Generale. Interessant sind die Hinweise auf den überparteilichen „Friedensbund der Kriegsteilnehmer“, ein gemeinsames Projekt linksorientierter Journalisten aus dem Umfeld der Deutschen Demokratischen Partei, der SPD und der USPD, mit dem alle Kriegsteilnehmer für Frieden, Völkerverständigung und die Verteidigung der Republik mobilisiert werden sollten, das aber bereits 1922 am inneren Zwist der Sozialisten zerbrach. Der Bund war die Basis der weit ausgreifenden Bewegung „Nie wieder Krieg“, mit deren von SPD, USPD und Freien Gewerkschaften unterstützten Massenkundgebungen die Sozialdemokratie das Ende des Weltkrieges als Befreiung vom Militarismus feierte und Zuversicht in die internationale Solidarität

versöhnter Völker demonstrierte, damit ein Krieg wie der durchlittene unwiederholbar sei. Ebenso interessant ist die Behandlung der einschlägigen Aktivitäten der Kriegsgefangenen- und Kriegsversehrtenverbände, vor allem des sozialdemokratisch dominierten „Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen“. – Alle pazifistischen und republikanischen Kriegserinnerungen riefen wütenden Widerstand der Rechten hervor; viele pazifistische Autoren waren justizieller Verfolgung ausgesetzt.

Einen besonderen Schwerpunkt setzt Z. mit der Untersuchung der Gründungs- und Wirkungsgeschichte des Reichsbanners, das sich nach den Erfahrungen der erfolgreichen Abwehr des Kapp-Putsches herausbildete und nach den dramatischen Gefahrensignalen für die Republik, dem Mord an Walter Rathenau 1922 und dem Hitler-Ludendorff-Putsch 1923 im Februar 1924 formell konstituierte. Es entwickelte sich rasch zu einer weitgehend sozialdemokratisch inspirierten Massenorganisation mit fast einer Million Mitgliedern in mehr als 5.000 Ortsvereinen. Z. hebt besonders jene Aktivitäten des Reichsbanners hervor, die mit der mentalen Bewältigung einer sozialdemokratischen Kriegserinnerung verbunden waren. Er sieht die Gründung des Reichsbanners als „eine der wichtigsten organisatorischen Erfolgsgeschichten der Weimarer Zeit“ (S.79) und wertet es als einen Verband zur Pflege SPD-typischer Arbeitergeselligkeit und -kultur.

Besonders aufschlussreich ist die Analyse des Berichts eines Reichsbannermitgliedes aus Schmalkalden, in dem dieses sein Kriegserlebnis als Fortsetzung der Klassenspaltung der

Vorkriegsgesellschaft bewertet, die Vaterlandsverteidigungslüge vom 4. August 1914 ablehnt und die Kapitalinteressen der Unternehmer zu den Kriegsursachen zählt. Zudem versichert der Kriegsteilnehmer, auf diese Weise kollektives Erinnern zu beschreiben. Hier analysiert einer, dem die marxistische Sicht der Vorkriegssozialdemokratie noch zu Gebote stand. Z. hebt hier wie in anderem Zusammenhang hervor, dass die Kriegserinnerung radikaler Demokraten und moderater Sozialisten Klassegegensätze in Gesellschaft und Militär kenntlich gemacht, sie aber nur mit Blick auf die Vergangenheit angeklagt habe. Ihr Weiterwirken in der Republik wurde jedoch ebenso wenig zum Thema des Krieg-Frieden-Diskurses wie eine Debatte über die Kriegsursachen. Die Rolle der Soldaten und ihrer Räte in der Revolution 1918/19 sei ausgeklammert geblieben.

Umso überraschender und unverständlicher ist Z.s These: „Es war eine wichtige Errungenschaft des Reichsbanners, dass es ihm gelang, Hunderttausende sozialdemokratischer Arbeiter hinter der Fahne der nationaldemokratischen Bewegung des 19. Jahrhunderts zu mobilisieren anstatt unter dem traditionellen Symbol der sozialistischen Arbeiterbewegung, der roten Fahne.“ (S.132)

Die Tatsache, dass es in der sozialdemokratischen Kriegserinnerung im Reichsbanner und im Reichsbund an der Debatte über Kriegsursachen und -verursacher mangelte, findet nicht die gleiche Aufmerksamkeit des Vf. wie die Kriegsgedenkrituale und Massenaufmärsche des Reichsbanners und die vergebliche Suche nach einem nationalen Erinnerungssymbol an den Weltkrieg. Die Debatte über die Ur-

sachen des deutschen Zusammenbruchs am Kriegsende interessierte Z. mehr als die über die Ursachen des Krieges. Überzeugender dagegen fällt die Darstellung der sozialökonomischen, politischen und demografischen Ursachen aus, die republikanisches Kriegserinnern in die Defensive drängten und 1933 mundtot machten. Z. exemplifiziert hier manches an der Debatte über Remarques Antikriegsroman „Im Westen nichts Neues“, fragt aber leider nicht nach den Wirkungen der 1928 auf den Markt geworfenen, frisch frisierten 5. Auflage der „Kriegsbriefe gefallener Studenten“, die nationalistisches Kriegserinnern massenwirksam propagierten.

Der sachthematische, nicht chronologische Aufbau der Untersuchung führt leider zu vielen Redundanzen durch Wiederholung oder bloße Umformulierung von bereits Ausgeführten. Dankbar ist der Leser dafür, dass immer wieder mit wenigen biografischen Strichen an Hauptakteure des sozialdemokratischen und linksliberalen Kriegsgedenkens erinnert wird, so z. B. an den linksliberalen Archivar und Historiker Martin Hohohm und seinen Kampf gegen die Dolchstoßlegende.

Über 900 Endnoten zeigen den großen Umfang der herangezogenen Quellen. Während Fundorte in 19 Archiven, rund 30 Periodika und mehrere gedruckte Quellensammlungen im Anhang aufgelistet sind, unterblieb solches leider für die Forschungsliteratur. Für die gezielte Nutzung des ausgetretenen Materials fehlt bedauerlicherweise ein Orts- und Personenregister.

*Gerhard Engel*

**Jan Petersen: Unsere Straße. Eine Chronik. Geschrieben 1933/34 im Herzen des faschistischen Deutschland.** Und ein Gespräch mit Elfriede Brüning, Verlag am park, Berlin 2013, 339 S., ISBN 978-3-89793-304-0

Anna Seghers, Willi Bredel, Oskar Maria Graf, Elfriede Brüning – wir alle kennen sie und ihr literarisches Vermächtnis. Die Schrecken des Dritten Reichs ließen sie nicht los und bildeten den Rahmen vieler ihrer Werke. Doch wer Jan Petersen war und wo „Unsere Straße“ lag, wissen nur wenige.

Hans Schwalm wurde 1906 als Sohn eines Maurers in Berlin geboren. Wie viele seiner Altersgenossen in den proletarischen Kiezen der Reichshauptstadt trat der gelernte Kaufmann der KPD bei. Zuvor bei den Naturfreunden, kam Schwalm dann zum „größten roten Sportverein der Welt“ (Kurt Laser: Zur Geschichte des proletarischen Schießsports in Deutschland – der Arbeiterschützenbund, in: BzG, 2001, H. 1, S.45-69, hier S.47), dem ASV „Fichte“. 1931 wurde er Organisationsleiter des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller Deutschlands. Schwalm hatte ein Zimmer in der Charlottenburger Knesebeckstraße, mitten in der „roten“ Enklave des bürgerlichen Westens. Und hier erlebte er die „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten. Die Erlebnisse – Verfolgung, Konspiration, Widerstand – trug Schwalm zwischen Januar 1933 und Juni 1934 zusammen. Drei Exemplare tippte er. Während zwei vergraben wurden, sollte das dritte über Hamburg ins Ausland geschafft werden. Doch der Versuch missglückte. Es dauerte Monate, bis das Manuskript seinen Weg ins Exil fand. Im April 1935 schließlich konnte „Unsere

Straße“ erscheinen, als Autor war das Pseudonym Jan Petersen ausgewiesen.

Der Weltöffentlichkeit bot sich nun ein ungeschöntes Bild aus dem Inneren des nationalsozialistischen Deutschlands. Beschrieben wird ein Kreis von Kommunistinnen und Kommunisten, jungen Menschen, die für die Befreiung der Menschheit eintraten und sich plötzlich im von den Nazis so genannten „Dritten Reich“ wiederfanden. Bald waren es nicht mehr die Auseinandersetzungen mit schwer bewaffneter Polizei bei kommunistischen Straßenumzügen, sondern die ständige Furcht vor der SA, die, durch einen Erlass des preußischen Innenministers Göring vom 22. Februar 1933 zur „Hilfspolizei“ emporgehoben, regelmäßig Wohnungen durchsuchte und Arbeiter verschleppte. Viele konnten sich nicht mehr ohne Angst in „unserer Straße“, genauer der Charlottenburger Wallstraße und der Knesebeckstraße, dem von seinen Bewohnern liebevoll „kleiner Wedding“ genannten Kiez, bewegen. In diesen Straßen versuchte der als „Mördersturm“ berüchtigte SA-Sturm 33 schon vor der nationalsozialistischen „Machtergreifung“, die kommunistische Dominanz zu brechen. Das „Volkshaus“ hielten sie besetzt, und verschleppte Kommunisten und Sozialdemokraten wurden schwer misshandelt: „Das Charlottenburger Volkshaus – SA-Kaserne! [...] Maikowski-Haus haben sie es getauft.“ (S.80) Der Sturmführer Hans Maikowski war am 30. Januar 1933, dem Abend der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, in der Wallstraße von einem anderen SA-Führer angeschossen worden und erlag tags darauf seinen Verletzungen. Sturm 33 sann auf Rache. Selbst die Polizei gab sich machtlos. Manch

Kommunist stellte sich lieber auf dem örtlichen Revier, als von der SA verhaftet zu werden und in einem der Folterkeller (von der Forschung heute mitunter als „frühe“ Konzentrationslager klassifiziert) zu landen. Viele kamen hier nicht lebend wieder heraus und die, die mit der „Weihnachtsamnestie“ entlassen wurden, waren gezeichnet: „Sein Gesicht ist eingefallen, totenblass.“ (S.228) P. schildert, was ihm über die Konzentrationslager berichtet wurde. Währenddessen ging die Mai-kowski-Verhandlung weiter: 52 Angeklagten – das beschreibt er eindrücklich – wurde der Prozess gemacht.

Das brutale Agieren der „Sturmabteilung“ in den proletarischen Wohnquartieren Berlins ist seit Längerem Gegenstand der historischen Forschung. Am Beispiel der Charlottenburger SA-Einheit hat der Historiker Sven Reichardt vor einigen Jahren eine wegweisende praxeologische Analyse der NS-Bewegung, faschistischer Bewegung überhaupt, vorgelegt (Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadrismus und in der deutschen SA, Köln 2002).

P.s frühe Beobachtung der Geschehnisse in Berlin nimmt diese Forschung in gewissem Sinne vorweg.

Ohne Schnörkel zeichnet P. mit, was in den Wochen und Monaten nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler und „Führer“ der Deutschen passierte. Polizeirazzien, SA-Terror, Gestapo-Haft. Konspirative Treffen in Hausfluren und dunklen Ecken. Ist jemand gefolgt? Wir erleben mit dem Autor die uns wohlbekannten historischen Ereignisse: Reichstagsbrand, die letzte, nicht mehr wirklich freie Wahl vom 5. März 1933: „Die Abendzeitungen mit dem

Ergebnis der Reichstagswahl. Wer gelesen hat, tritt zur Seite und geht. Keine Bemerkung fällt. Auch die Gesichter der Lesenden sind ohne Bewegung. Die neue Staatsautorität verschließt die Mäuler, legt den Menschen Masken an. Wie wurde hier früher bei Reichstagswahlen diskutiert!“ (S.77)

Der Goebbelsche „Sozialismus der Tat“ wurde mit Terror nach innen erzwungen und mit „Eintopfsonntag“ und Sammlungen für das Winterhilfswerk erkaufte. Dabei trieb das Werden der neuen „Volksgemeinschaft“ bizarre Blüten, wenn beispielsweise ein Händler beteuerte, „daß seine Blumen und Fische schon immer deutsch gewesen seien“. (S.96) Auch Astrologie fand im Dritten Reich einen Markt: „Hanusen hat Schule gemacht“ (S.150), quittiert der Autor. Sogar innerparteiliche Auseinandersetzungen registriert der Chronist, fast hämisch. „Die SA konnte ja die SS schon lange nicht mehr riechen, du“ (S.227), zitiert er einen seiner Protagonisten und nimmt damit in gewisser Weise vorweg, was nur wenige Monate später, am Morgen des 30. Juni 1934, geschah: die Ermordung des SA-Stabschefs Ernst Röhm und der SA-Führungsriege und die Einnahme einer Vormachtstellung durch die SS.

Im Stakkato seiner Zeit geschrieben, offenbart der Text, unter welchem enormen Druck diese Zeilen festgehalten wurden. Stets lebte ihr Vf. in der Angst, entdeckt zu werden. Dann wäre alles umsonst gewesen.

Jede alltägliche Beobachtung, jedes Gespräch schrieb P. auf. Auch wenn man einräumen muss, dass er seine Beobachtungen aus politischer Überzeugung ausschmückte, hie und da etwas wegließ, beeindruckt die Lektüre. P. kommt in den immer wieder einge-

streuten Einschätzungen zu gefärbten Erklärungen, beispielsweise wenn er in Bezug auf Reichstagsbrand und Prozess gegen Georgi Dimitroff schreibt: „Heute erkennt die Mehrheit der deutschen Bevölkerung die wahren Brandstifter.“ (S.65) Mit dem Wissen der Nachgeborenen urteilen wir heute anders, müssen in diesem Fall rückblickend konstatieren, dass die Mehrheit trotzdem mit Hitler in den Krieg zog. An anderer Stelle beteuert der Autor die kommunistische Liebe zu Deutschland. Es klingt fast verzweifelt. Ahnt er bereits, dass der nationalsozialistische Spuk doch nicht so schnell enden würde, wie vielleicht noch in den ersten Wochen und Monaten nach dem Januar 1933 angenommen?

1947 erschien die erste deutsche Ausgabe von „Unsere Straße“. Es folgten Auflagen in zehn verschiedenen Sprachen. Nun wurde „Unsere Straße“ vom „verlag am park“ neu aufgelegt. Ergänzend ist nicht nur dies mit abgedruckt: Ein im Sommer 2013 mit Elfriede Brüning, Weggefahrerin Petersens, geführtes Interview. Es gibt Einblicke in die Entstehungsgeschichte. Der Ausgabe beigegeben sind auch Ausschnitte der zeitgenössischen Presserzeption sowie einige Zeilen zur weiteren Geschichte der Charlottenburger Zillestraße, wie die damalige Wallstraße heute heißt. Mit der Neuauflage ist es dem kleinen Verlag gelungen, ein einmaliges Zeitzeugnis einer breiteren Leserschaft wieder zugänglich zu machen. Gerade für Historikerinnen und Historiker, die sich mit dem Untergang der Weimarer Republik und dem frühen Terror des sich konsolidierenden NS-Regimes befassen, ist die Lektüre ein absolutes Muss. Auch wer zum frühen Widerstand der Arbeiterbewegung

forscht, wird an dem Werk kaum vorbei kommen.

*Yves Müller*

**Siegfried Mielke/Stefan Heinz (Hrsg.): Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes im NS-Staat. Widerstand und Verfolgung** (Gewerkschafter im Nationalsozialismus, 1), Metropol Verlag, Berlin 2012, 615 S., ISBN 978-3-86331-059-2

Das verdienstvolle Anliegen des Bd. ist es, die in der bundesdeutschen Erinnerungskultur und Publizistik dem Widerstand aus der Arbeiterbewegung, speziell der Gewerkschaften, gegen den deutschen Faschismus 1933-1945 zugewiesene Nebenrolle zu korrigieren. Hrsg. und Autoren gehen davon aus, dass dem Widerstand von Mitgliedern und Funktionären der Gewerkschaften „eine deutlich größere Bedeutung zukommt als etwa den Geschwistern Scholl, den Edelweißpiraten, den Widerständlern aus den Reihen der katholischen und protestantischen Kirche und anderen in der Öffentlichkeit bekannten Gruppen“. (S.11) Und – so muss hinzugefügt werden – den Verschwörern um den 20. Juli 1944.

Um dem Anspruch gerecht zu werden, wählten sie den biografischen Ansatz. Der Bd. enthält 82 Biografien von (ausschließlich männlichen!) Funktionären des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV), die dem Nazi-Regime aktiven Widerstand geleistet hatten. (2008 hat S. Mielke im Klartext Verlag, Essen, den Bd. „Gewerkschafterinnen im NS-Staat: Verfolgung, Widerstand, Emigration“ herausgegeben, der 80 Biografien von in verschiedenen Gewerkschaften sowie und/oder in SPD und KPD aktiv gewesenen Frauen enthält)

Die Biografien der vier führenden Funktionäre Alwin Brandes, Willi Rösler, Richard Teichgräber, Max Ulrich werden ausführlicher auf je 18-25 Seiten dargestellt, die anderen relativ kurz auf je 2-10 Seiten. Alle Biografien sind mit Fotos, einige auch mit Faksimiles von Dokumenten versehen. Erfasst wurden Lebensdaten (die meisten waren zwischen 1874 und 1907 geboren), soziale und regionale Herkunft, Schul- und Berufsausbildung, berufliche Tätigkeit, Funktionen in Gewerkschaften, Parteizugehörigkeit (im DMV überwiegend SPD-Mitglieder), Mandate in Parlamenten verschiedener Ebenen, Haftdauer und Teilnahme am Widerstand 1933-1945 sowie Mitarbeit am Wiederaufbau der Gewerkschaften und Parteien nach 1945.

Die Einleitung enthält eine zusammenfassende Gesamtdarstellung der Tätigkeit der DMV-Gruppe 1933-1945, die insgesamt mehrere Hundert Widerständler zählte. Da ging es um illegale Zusammenkünfte, die Schaffung eines Netzes von Kontakten, die Unterstützung der Familien Verhafteter, Informationsaustausch, die Weiterleitung von Auskünften ins Ausland über die Situation in den Betrieben und die Stimmung in der Arbeiterschaft. Auch vom Schmuggel von Druckschriften und deren illegaler Verbreitung ist zu lesen, wobei es auch zu parteiübergreifender Zusammenarbeit mit kommunistisch dominierten Gruppen kam.

Die hauptsächliche Quellenbasis bilden Verfolgungsakten aus den Jahren 1933-1945 und Entschädigungsakten der Jahre nach 1945. Leider nur zum geringen Teil flossen Erinnerungen ein.

*Ulla Plener*

**Willy Buschak: „Arbeit im kleinsten Zirkel“. Gewerkschaften im Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur**, Klartext Verlag, Essen 2015, 462 S., ISBN 978-3-8375-1206-9

Bei der von Willy Buschak veröffentlichten Publikation handelt es sich um die erweiterte Neuauflage einer im Jahr 1993 erschienenen Monografie über den gewerkschaftlichen Widerstand gegen das NS-Regime. Dem Autor, Historiker und Mitarbeiter für „Grundsatzfragen“ des DGB-Bezirks Sachsen, gebührt das Verdienst, inzwischen zum zweiten Mal den Versuch gewagt zu haben, eine Gesamtdarstellung des Widerstandes aus den Reihen der Gewerkschaften zu verfassen.

Nach B.s Ansicht ist die „Grenze zum politischen Widerstand“ der Arbeiterparteien schwer zu ziehen. Er versteht unter dem von ihm näher betrachteten, explizit gewerkschaftlichen Widerstand Tätigkeiten, die darauf gerichtet waren, „Mitglieder oder Funktionäre der Gewerkschaften zu sammeln und den Zusammenhang [...] nicht abreißen zu lassen“. (S.10f.) Bevor er sich dem eigentlichen Widerstand widmet, geht er auf die Tolerierungs- und Anpassungspolitik der Freien Gewerkschaften in der Endphase der Weimarer Republik und im Frühjahr 1933 ein. Im Kapitel über die „Vorbereitung auf die Illegalität 1932/33“ rekonstruiert der Autor interessante Faktoren, die für den geringen Handlungsspielraum der Gewerkschaften verantwortlich waren. Einige Funktionäre hatten anlässlich der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler die Ausrufung eines Generalstreiks erwogen. Doch diese Überlegungen wurden wegen der Gefahr gewalttätiger Konflikte und der

durch die hohe Erwerbslosigkeit verursachten Schwächung der Arbeiterorganisationen verworfen. B., der einerseits von der zu diskutierenden These ausgeht, die „überwiegende Mehrheit“ der in den Einzelgewerkschaften des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) organisierten Arbeiter sei „kampfbereit“ gewesen und habe sich „auf gewaltsame Auseinandersetzungen mit der SA eingestellt“ (S.106), beschreibt andererseits, wie sich die ADGB-Spitze letztlich für einen Appell zur Wahrung der Disziplin entschloss. Der ADGB erklärte sogar seine Neutralität gegenüber der NS-Herrschaft. Ebenso akzeptierte er Eingriffe in das ohnehin durch die Notverordnungs politik zum Ende der Weimarer Republik erodierte Tarifvertragssystem.

Informativ geht der Autor auf den Prozess ein, aus dem sich im April 1933 – kurz vor der Zerschlagung der Freien Gewerkschaften – ein „Führerkreis der vereinigten Gewerkschaften“ aus Exponenten der politischen Richtungsgewerkschaften zur „Rettung“ ihrer Organisationen bildete. Auch dieser Kreis bekannte sich zur „positiven Mitarbeit“ im NS-Staat. Allerdings forderten die Funktionäre aus der liberalen, freien und christlichen Gewerkschaftsbewegung, darunter Anton Erkelenz, Theodor Leipart und Wilhelm Leuschner sowie Jakob Kaiser, eine ungehinderte Weiterführung gewerkschaftlicher Arbeit. „Anpassung“, die B. im „Bereich“ Nationalismus herausarbeitet, da hier bei so manchem Gewerkschaftsfunktionär Überschneidungen zur NS-Ideologie erkennbar waren, hatte im Kernbereich gewerkschaftlicher Politik klare Grenzen. Und dies, obwohl die ADGB-Führung im April 1933 so weit gegangen war, dass sie zur

Teilnahme an den Feiern anlässlich des „Tages der nationalen Arbeit“ aufgerufen hatte.

B. fragt weniger danach, wie die Gewerkschaften ihren Handlungsspielraum durch Zugeständnisse eingeengt hatten und ob dies zu verhindern gewesen wäre. Es erscheint ihm wichtiger, wenig bekannte Fakten rund um den 1. Mai 1933 für sich sprechen zu lassen, z. B., dass es Widerspruch zur defensiven ADGB-Linie in einigen Vorständen der Einzelgewerkschaften gab. Da aber die Versuche, sich mit den Nationalsozialisten zu arrangieren, die ADGB-Organisationen nicht „retteten“, und diese nur einen Tag nach dem von den Nazis zum Feiertag erklärten 1. Mai 1933 zerschlagen wurden, wuchs die Enttäuschung bei den inzwischen verfolgten Freigewerkschaftern. Von ihnen, so B., fanden sich bald nicht wenige im Widerstand wieder.

Der Autor macht – wie in der Erstauflage des Buches – seine These stark, wonach gewerkschaftlicher Widerstand „Arbeit im kleinsten Zirkel“ war. (S.17) Bei der von ihm in der Vergangenheit als „Phantasma“ bezeichneten Illegalen Reichsleitung (IRL) der Gewerkschaften, deren Existenz in der Forschung kontrovers diskutiert wurde, relativiert er sein Urteil zumindest etwas. Die Annahme Gerhard Beiers, wonach es eine „illegale Massenorganisation“ gegeben habe, die über Kontakte in fast alle Organisationsbereiche verfügt habe, wird von ihm aber zurückgewiesen. Sie „verfälsche“ das Bild des gewerkschaftlichen Widerstandes. (S.308) Inzwischen geht B. davon aus, die IRL sei ein eher loser Zusammenschluss gewesen.

Der Autor stellt den Widerstand nacheinander in verschiedenen Organisierungsbereichen vor. Neben dem

Widerstand der Eisenbahner beschäftigt er sich – in jeweils einem Kapitel – mit dem Widerstand der Metallgewerkschafter, Bergarbeiter, Nahrungsmittelarbeiter, Kellner und der Textilarbeiter und aus den Reihen des Zentralverbandes der Angestellten. Kleine Berufsgruppengewerkschaften wie die der Buchdrucker werden nur kurz betrachtet, sodass Details im Dunkeln bleiben. Informationen, die im Widerstand beschafft wurden und in illegale Zeitschriften einfließen, waren Berichte über Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie zur Einstellung der Lohnabhängigen gegenüber dem NS-Staat. Diese Informationsbeschaffung verfolgte die Gestapo intensiv.

In einem Kapitel beschäftigt sich B. mit der „Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften“. Die Bestrebungen, das NS-Regime aus der Emigration zu bekämpfen, werden jedoch zu knapp und oberflächlich abgehandelt. Ein im Vergleich zur Erstauflage erweitertes Kapitel behandelt die revolutionäre Gewerkschafts-Opposition (RGO), die B. durchweg fälschlich als „Revolutionäre Gewerkschaftsorganisation“ bezeichnet. Die der KPD nahestehende RGO hatte ab 1930 in einigen Industrien „rote Verbände“ in Abgrenzung zu Freien Gewerkschaften gegründet. Einige „rote Verbände“ entfalteten 1933/34 erhebliche Widerstandsaktivitäten. In einem der letzten Kapitel erläutert der Autor die in dem Kreis um Wilhelm Leuschner, Jakob Kaiser und Max Habermann entstandene Konzeption einer „Deutschen Gewerkschaft“, die im Kontext mit den Umsturzplänen der Verschwörer des 20. Juli 1944 eine wichtige Rolle spielte.

Unnötig und alles andere als souverän wirken überhebliche Formulierun-

gen, mit denen sich der Autor von anderen Forschungsergebnissen abzusetzen versucht. Einige fremde Erkenntnisse lässt er nur selektiv in seine Studie einfließen und/oder interpretiert sie zugleich einseitig (z. B. Aussagen von Günter Morsch, Siegfried Mielke, Gerhard Beier, Axel Ulrich und auch vom Rezensenten selbst). Zudem entsteht stellenweise der Eindruck, als seien Bereiche des Gewerkschaftswiderstandes „ausgeforscht“. Dass dies mitnichten der Fall ist, belegen Forschungsergebnisse der letzten Jahre, die an der FU Berlin entstanden sind. Vom Autor wird nahegelegt, dass sich Antworten auf die Frage nach Intensität und gesellschaftlicher Relevanz von Widerstandshandlungen im NS-Staat erübrigen, werden diese doch von dem DGB-Funktionär in letztlich mehr moralischen als analytischen Kriterien gedacht und bewertet. Ob sich auf dieser Grundlage in den DGB-Gewerkschaften ein souveräner Umgang mit Stärken und Schwächen in der wechselvollen Geschichte der Vorläuferorganisationen herstellen lässt, sei dahingestellt. Unabhängig von dieser inhaltlichen Kritik ist es hinderlich, dass Archivreihen in dem Bd. allzu oft – nicht wie üblich – mit genauen Angaben zum Dokument, sondern nur mit (teils veralteten) Bestandssignaturen belegt werden. Das Auffinden der Unterlagen und die Überprüfbarkeit von Behauptungen werden so erschwert.

Die trotz notwendiger Kritik ohne Frage gerade für jüngere Interessierte gut verständliche Publikation sei allen empfohlen, die einen ersten Überblick über den gewerkschaftlichen Widerstand gegen das NS-Regime erlangen wollen. Durch die Verknüpfung der Sachgeschichte mit biografischen

Details der Akteure gelingt schnell ein Einstieg ins Thema. Ein Vorwissen bei der Lektüre erweist sich aber als hilfreich, um die Thesen des Autors in aktuelle Forschungskontroversen einordnen und adäquat bewerten zu können.

*Stefan Heinz*

**Sergej Lochthofen: Schwarzes Eis. Der Lebensroman meines Vaters,** Rowohlt Verlag GmbH, Reinbek bei Hamburg 2012, 446 S., ISBN 978-3-498-03940-0

Den Lebensroman seines Vaters schrieb Sergej Lochthofen gestützt auf seine Aufzeichnungen der Erinnerungen des Vaters Lorenz im Kreise der Familie. Dabei beanspruche diese Geschichte, so der Autor, „keineswegs exemplarische Aussagekraft für die unzähligen Schicksale im Wüten der Ideologien des zwanzigsten Jahrhunderts. Sie ist vielmehr ein individuelles Exempel für die Launen, denen so viele Menschen zwischen Grauen und Davonkommen in einer heute unwirklich fern erscheinenden Zeit ausgesetzt waren.“ (S.8) Und doch ist sie wohl beides zugleich: ein individuelles Bild von exemplarischer Aussagekraft für viele Schicksale.

Lorenz Lochthofen (1907-1989) stammte aus Dortmund, hatte dort u. a. Schlosser gelernt und im Bergbau gearbeitet. Anfang der 30er-Jahre emigrierte er nach einem Zusammenstoß mit der SA in die Sowjetunion. Die Gestapo setzte ihn auf die „Fahndungsliste UdSSR“. Nachdem er in Moskau die Kommunistische Universität für die Völker des Westens (KUNS) absolviert hatte, kam er nach Engels, der Hauptstadt der Wolgadeutschen Repu-

blik. Als Redakteur der dortigen Regionalzeitung war er zuständig für das Feuilleton.

1937 dort verhaftet, kam er schließlich nach Workuta an der Petschora im hohen Norden des europäischen Teils der Sowjetunion, wo u. a. Kohle abgebaut wurde. Vom Kohlenstaub war hier das Eis schwarz... Der absurde Vorwurf lautete: konterrevolutionäre trotzkistische Tätigkeit, das Urteil: fünf Jahre Lagerhaft. Aus den fünf Jahren wurden neun und anschließend – ab 1946 – die „ewige Verbannung“. Die Begründung für die Verhaftung wechselte nun zu § 58.4 des Strafgesetzbuches: „Agent der internationalen Bourgeoisie“; dann zu § 58.10: angestrebter „Sturz der Sowjetmacht“. Verhaftet wurde auch seine Ehefrau – mit dem einige Monate alten Kleinstkind, das im Gefängnis verstarb. Die Bestrafung von Familienangehörigen war die Norm.

Lorenz fasste später (1958) zusammen: „Die Emigration nach Moskau, die Arbeit in der Redaktion an der Wolga, die Verhaftung, die Verhöre in den Kellern des NKWD, die Schrecken des Lageralltags“ (S.311) – in seinem Lebensroman sind sie z. T. ausführlich nachzulesen. Was ihm damals widerfuhr, war „die Umwertung all seiner bisherigen Erfahrungen: Was als sicher galt, war zerbrochen. Was sauber schien, lag im Schmutz. Was wahr zu sein hatte, wurde Lüge. Selbst das Eis wollte nicht mehr rein und sauber sein.“ (S.104) Eine seiner damaligen Erkenntnisse lautet mit den Worten des Sohnes: Als die gefährlichsten Gegner der Revolution galten nach 1917 die zaristischen Generäle. – „Welch kolossaler Irrtum! Die Konterrevolution nistete längst im Kreml und hatte bald das

Land fest im Griff. Der sah sich Lorenz gegenüber.“ (S.90)

„Die Internierung im Lager oder das Festhalten am Rande der Zivilisation hatte nur einen Grund: Sie hielten die Menschen in Angst und Schrecken. Machten sie gefügig. Ließen nicht zu, dass sie Fragen stellten. Und erst recht nicht Antworten fanden, die eine Führungskaste nicht vorgestanzte hatte.“ (S.230) Im Unterschied zu seinem Leidensgenossen Helmut Schinkel, der die gleichen „Stationen“ durchlaufen war (KUNS – Engels an der Wolga – 1937 verhaftet und an die Petschora ins Arbeitslager gekommen, siehe Ulla Plemer: Helmut Schinkel. Zwischen Vogelers Barkenhoff und Stalins Lager. Biographie eines Reformpädagogen, 1902-1946), überlebte Lorenz trotz Hunger, viehischer Arbeit und psychischer Belastung. (Helmut Schinkel starb im Lager an völliger Auszehrung im Mai 1946.) Obwohl – wie Schinkel – vom NKWD verächtlich als „Intelligenzler“ eingestuft, konnte Lorenz auf seinen ursprünglichen „anständigen Beruf“ zurückgreifen: Er war Schlosser, auch Schmied, er konnte schweißen, mit Werkzeug umgehen. Dieses Können wurde an der Petschora beim Bahnbau gebraucht. Und so wurde er Mechaniker in der Bahnwerkstatt, später bei Arbeiten in der Lehmgrube und im Wald, und musste nicht bei minus 40 Grad und darunter in den Schnee, er wurde auch besser gepflegt. In Workuta absolvierte er außerdem das Bergbautechnikum – ein Ingenieurstudium – und war dort zuletzt Oberingenieur eines geologischen Trusts.

Das Überleben verdankte er auch seiner Geisteshaltung: „Wie viele hatten sich zu früh aufgegeben. Wie viele waren nicht nur an der völligen kör-

perlichen Auszehrung, sondern am Erlöschen ihres Willens zerbrochen. Lorenz wollte nicht nur überleben. Er wollte es ihnen allen zeigen. Den Nazis, dem NKWD, allen, die immer und immer wieder danach trachteten, ihn in den Dreck zu drücken, ihn zu zerstören. Ein Kind, eine Frau, eine Familie: Ein deutlicheres Zeichen seines Widerstandes gegen all den Hass, die Gewalt, den Verrat konnte es nicht geben.“ (S.233)

Lorenz heiratete in Workuta die Rusin Lena, Tochter eines hier als „Verbannter“ lebenden ehemaligen Lagerinsassen; 1947 kam hier ihr erster Sohn, 1953 der zweite – der Autor des Buches – zur Welt.

Ein in der Literatur zum Terror in der Sowjetunion der 30er-Jahre seltenes Detail: Solidarität im Lager. Lorenz erfuhr sie, als ihm nach dem Hitler-Stalin-Pakt 1939 die Gefahr drohte, als „Reichsdeutscher“ nach Deutschland ausgeliefert zu werden. Viele der deutschen Gefangenen in Workuta traf dieses Schicksal, Lorenz aber entging ihm. Er wurde versteckt. Und dann hatte er noch einmal Glück, nach dem Überfall Nazideutschlands auf die Sowjetunion 1941: Alle Reichsdeutschen wurden wenige Tage danach abgeführt, Lorenz nicht. Der Hauptingenieur rettete ihn, indem er ihn als Holländer ausgab. Diese Einstellung einiger Verantwortlicher im Lager war Lorenz' kreativem Einsatz für eine bessere Arbeitsorganisation zu verdanken; sie sicherte die Planerfüllung, von der auch deren Schicksal abhing.

Nach dem Sieg über Nazideutschland 1945 keimte bei Lorenz Hoffnung auf Freilassung und Heimkehr. Bei einem Umtrunk aus Anlass des Kriegsendes erhob er das Glas: „Auf das Leben und ein neues, besseres Deutschland.“

Glaubt mir, die brauchen uns in Berlin allein deshalb, weil sie wissen, wie es auf jeden Fall *nicht* geht.“ (S.255) Aber weder in Berlin noch beim KGB hatte man es eilig. Erst nach dem 20. Parteitag der KPdSU 1956 kam Bewegung in das Schicksal der „Ewigverbannten“. Im Mai 1956 erklärte das Gericht in Saratow das Verfahren gegen Lorenz für nichtig und rehabilitierte ihn. Und erst nach vielen bürokratischen Hindernissen (u. a. sollte er als „Westdeutscher“ in den Westen!) konnte Lorenz in die DDR – darauf bestand er – ausreisen.

Auch hier begegnete ihm zunächst starkes Misstrauen: Zur „Einführung“ fand im ZK der SED ein unangenehmes Gespräch statt. Lorenz bekam das Angebot, künftig Schlosser auszubilden, zum Beispiel in Stalinstadt, wurde dann aber auf seinen Wunsch hin in den Waggonbaubetrieb nach Gotha geschickt – als Schlosser. Auch da wurde er mit Misstrauen, als „Russe“, empfangen. Aber das änderte sich – ziemlich bald – jedenfalls an „der Basis“: Sein Einsatz für seine Kollegen, die Arbeiter, machte ihn unter diesen beliebt; sein Fachwissen, Organisationstalent, persönliche Charaktereigenschaften verschafften ihm Autorität auch bei den Betriebsoberen. Er wurde technischer Direktor des Werkes. Der Parteisekretär war sich bei Lorenz sicher, der sage, „was er meinte, und außer Produktionsberichten schrieb er keine anderen. An niemand“. Dazu sein Temperament: „Schnell ließ sich Lorenz von etwas begeistern, vorbehaltlos stürzte er sich in neue Aufgaben, riss andere mit. War aber auch gnadenlos zu jenen, die das Tempo nicht halten konnten. Langes Abstimmen, mehrseitige Anträge stellen, im Zweifel lieber zurückweichen, all das war mit ihm

nicht zu machen.“ (S.371) Auch Differenzen mit den sowjetischen Auftraggebern konnte er – mit gründlichem Wissen und einer Portion List – beilegen. Der Betrieb gehörte bald zu den besten. Lorenz wurde dann gegen seinen Willen als Werkleiter in das Büromaschinenwerk in Sömmerda versetzt, um dieses aus den hohen Planrückständen herauszuholen. Und er schaffte das („Nicht von den Arbeitern, von uns hängt ab, ob der Motor läuft oder nicht“, S.397). Auch hier wurde er bald bei den Arbeitern beliebt – anders als bei einigen Führungskadern (und beim MfS, siehe S.439). Die unter seiner Leitung erreichten Produktionserfolge führten schließlich sogar dazu, dass er auf dem VI. Parteitag der SED 1963 in deren ZK gewählt wurde.

Lorenz starb am 14. September 1989. Beschämend muss der Umgang des MfS mit seiner Persönlichkeit genannt werden, das u. a. versuchte nachzuweisen, „dass Lorenz Lochthofen nicht Lorenz Lochthofen war“. (S.445) „Wie krank musste eine Gesellschaft sein, wenn sie selbst ‚den Eigenen‘ bis über den Tod hinaus nicht traute?“ (S.444) Die Geschichte des Lorenz Lochthofen bestätigt neben anderen Biografien die Erkenntnis: Hätte es im „realen Sozialismus“ vor allem auch in den Führungs- und Leitungsgremien mehr Menschen seines Schlages gegeben, wäre dieser nicht gescheitert.

*Ulla Plener*

**Gerhard Feldbauer: Die Resistenza. Italien im Zweiten Weltkrieg** (Basiswissen Politik/Geschichte/Ökonomie), PapyRossa-Verlag, Köln 2014, 126 S., ISBN 978-3-89438-559-0

Am 25. April 2015 jährte sich zum 70. Mal die Flucht Mussolinis, die nach einer finalen Erhebung der Partisanen im faschistisch besetzten Norden Italiens die Niederlage des italienischen Faschismus im Zweiten Weltkrieg besiegelte. Dieses Datum wird seitdem jährlich als „Tag der Befreiung“ gefeiert, der in Italien einen ähnlichen Stellenwert einnimmt wie der „Tag der Republik“, der Nationalfeiertag. Seit der Regierungszeit Silvio Berlusconi ist er jedoch auch verstärkten Angriffen der Rechten ausgesetzt, die ihn gern als nationalen Feiertag und damit auch die positive Bezugnahme auf die Resistenza in der Erinnerungskultur des modernen Italien eliminieren möchte. Dies erwähnt auch Feldbauer in seiner Geschichte der Resistenza, und er weist damit auf die hohe symbolische Bedeutung hin, welche diese in der italienischen Nachkriegsgeschichte besitzt.

Daher ist es umso bedauerlicher, dass er nicht näher auf die Resonanz und die Auseinandersetzungen um die Resistenza eingeht, auch wenn der Platz dafür eher eingeschränkt gewesen wäre.

Im Rahmen begrenzter Möglichkeiten schildert F. durchaus ausführlich die Vorgeschichte der Resistenza, die er bis zum Risorgimento zurückverfolgt, der historischen Phase von Revolutionen und Kriegen, die schließlich in der Gründung des Nationalstaates 1861 mündete. F. zieht eine Verbindungslinie von dieser über die Streikwellen der 1890er-Jahre, die Proteste vor und während des Ersten Weltkrieges bis zu den Massenkämpfen 1919/20, nur wenige Jahre vor dem „Marsch auf Rom“ und der Machtübertragung an Mussolini durch das Königshaus und Teile der Großbourgeoisie. Einen wesent-

lichen Unterschied zu Deutschland sieht F. darin, dass in Italien auch größere Teile des Bürgertums in Opposition zum neuen Regime standen, vor allem im liberalen und katholischen Lager. Zudem habe es keine so tiefe Spaltung und Feindschaft zwischen der Sozialistischen Partei (ISP), die gegen den Kriegseintritt Italiens gewesen war und die Oktoberrevolution zunächst begrüßt hatte, und der aus dieser 1921 hervorgegangenen Kommunistischen Partei (IKP) gegeben, sodass es 1934 zur Bildung einer funktionierenden Aktionseinheit kommen konnte. Eine wichtige Grundlage hierfür sieht F. in der bereits Mitte der 1920er-Jahre ausgearbeiteten Bündnispolitik von Antonio Gramsci gegeben, des wichtigsten Theoretikers und damaligen Vorsitzenden der IKP. Große Bedeutung misst F. auch dem Spanischen Bürgerkrieg bei, in dem sich Italiener auf beiden Seiten gegenüberstanden und die italienischen Antifaschisten in der Schlacht von Guadalajara 1937 zum ersten Mal die Erfahrung machten, dass sie ihre faschistischen Gegner besiegen konnten.

Den unmittelbaren Auslöser des Sturzes Mussolinis am 24. Juli 1943 durch das Königshaus und Teile der Großbourgeoisie bildeten schließlich die Niederlage der Achsenmächte in Nordafrika und Stalingrad 1942/43 und die Landung der Alliierten auf Sizilien. F. zufolge fürchteten die vormaligen Stützen des Mussolini-Regimes einen sozialen Umsturz, der sich durch eine Streikwelle im Frühjahr 1943 anzukündigen schien. Der Sturz Mussolinis zugunsten einer neu gebildeten Regierung unter dem ehemaligen faschistischen General Badoglio sollte einem militärischen Zusammenbruch zuvorkommen und die alten Machtstruktu-

ren sichern helfen. Allerdings verlor die neue Regierung durch die rasche deutsche Okkupation und die Installation der Italienischen Sozialrepublik die Kontrolle über große Teile des Landes. In den deutsch besetzten Gebieten begann sich eine Partisanenbewegung zu entwickeln, zunächst eher sporadisch, ausgehend von Widerstandsaktionen in den Streitkräften, später stärker koordiniert unter der Ägide des neu gegründeten nationalen Befreiungskomitees (CLN).

Dieses wird ausführlich behandelt, wobei F. besonders auf die Rolle der IKP eingeht, die am Ende des Krieges von den rund 280.000 Partisanen insgesamt ungefähr 155.000 als Brigade Garibaldi stellte. Große Bedeutung misst F. wiederum der Bündnispolitik der IKP bei, die mit der Wende von Salerno 1944, dem Eintritt der Kommunisten in die Regierung Badoglio und der Absage an eine sozialistische Zielsetzung auch auf großbürgerliche und monarchistische Kreise ausgedehnt wurde. Dadurch habe sich der Partisanenkampf in einen nationalen Befreiungskrieg gewandelt. Die Partisanenbewegung, die sich hauptsächlich auf den Norden und die Mitte Italiens erstreckte, konnte bis zu 15 deutsche Divisionen binden und zeitweise bis zu zwei Republiken und 15 autonome Zonen besetzt halten, in denen CLN-Komitees eingesetzt wurden. Diese führten Umgestaltungen „revolutionär-demokratischen Charakters“ (S.71) durch, ohne jedoch die Eigentumsverhältnisse anzutasten.

F. behandelt auch die Rolle der Frauen, von denen 35.000 bei den Partisanen mitkämpften, und die Struktur der GAP (Gruppen der Patriotischen Aktion), klandestine Widerstandsgruppen

von meist drei bis vier Personen, die in den Großstädten Anschläge und Sabotageakte ausführten. Ausführlich geht er auf die brutalen Massaker und Vergeltungsaktionen der deutschen Besatzer ein. So sollen während der Besatzungszeit durchschnittlich pro Tag 165 Frauen, Kinder und Männer jeden Alters ermordet worden sein. F. stellt hier auch die Verantwortung hoher deutscher Militärs heraus, wie etwa des auch heute noch in Teilen der Bundeswehr hoch angesehenen Generalfeldmarschalls Erwin Rommel. Zu Recht prangert er die schützende Hand der BRD-Justiz über in Italien verurteilte Kriegsverbrecher in der Nachkriegszeit an. Allerdings sieht er auch die Rolle der westalliierten Verbündeten, der US-Amerikaner und der Briten, sehr kritisch. Der Vf. stellt einige fragwürdige Thesen auf, so wenn er einen nicht durchgeführten Vorstoß der Alliierten durch Italien nach dem Übertritt der Regierung Badoglio damit erklärt, dass es ihnen darum gegangen sei, dass die UdSSR „in der gewaltigen militärischen Auseinandersetzung mit Deutschland weiter ausblutete“. (S.49) Belegt wird das nicht. Die Beurteilung der Westalliierten ist durchweg sehr einseitig und negativ, auch wenn es auf ihrer Seite sicherlich ein großes Misstrauen gegenüber der kommunistisch dominierten Partisanenbewegung gab. So wurde gegen den ausdrücklichen Wunsch der Westalliierten am 18. April 1945 im Norden ein vom CLN ausgerufenen Aufstand durchgeführt.

Mit Gewinn liest man dagegen den Teil über die Nachkriegszeit, da F. sich hier auf interne Quellen der IKP stützt. Er vertritt die These einer revolutionären Situation bis in den Herbst 1945. Die Chance, „die sozialökonomischen

Wurzeln des Faschismus zu beseitigen, indem die Macht des Großkapitals beschnitten und die des Grundbesitzes der Latifundistas eliminiert wurde“ (S.114), wurde jedoch von der IKP nicht genutzt, und die institutionellen Mittel dazu, die Befreiungskomitees und die Partisanenformationen, wurden mit ihrer Zustimmung aufgelöst. Interessant ist die Passage über Luigi Longo, den ehemaligen Befehlshaber der kommunistischen Partisanen und Vertreter des linken Flügels, der demokratische Reformen mit Unterstützung von Massenaktionen forderte. F. deutet eine Einflussnahme Stalins zugunsten eines bis zur Selbstaufgabe reichenden Kompromisskurses des Parteiführers Palmiro Togliatti an, leider ohne dies weiter auszuführen. F. schließlich schlug sich die Resistenza schließlich in der neuen Verfassung nieder, die weitgehende soziale Rechte enthält. Die harren ihrer Verwirklichung zwar noch immer, stellen aber „bis heute eine verfassungskonforme Grundlage des Kampfes um gesellschaftlichen Fortschritt“ dar (S.119).

Über einige unnötige holzschnittartige und fragwürdige Thesen im Buch hat sich der Rezensent geärgert, so wenn in einer Fußnote behauptet wird, der spätere italienische Ministerpräsident Aldo Moro sei 1978 vom CIA ermordet worden, eine Version die selbst von ehemaligen Mitgliedern der Roten Brigaden bestritten wird. Insgesamt ist das Buch als Einführung in die Geschichte der Resistenza mit einem deutlichen Fokus auf der Rolle der IKP dennoch zu empfehlen.

*Dietmar Lange*

**Elisabeth Benz: Ein halbes Leben für die Revolution. Fritz Rück (1895-1959). Eine politische Biografie,** Klartext Verlag, Essen 2014, 440 S., ISBN 978-3-8375-1293-9

Fritz Rück ist in der Literatur kein Unbekannter. Memoirenliteratur, Regionalgeschichtsschreibung, ost- und westdeutsche Kommunismusforschung haben ihn aus verschiedener ideologischer Distanz in ihr Geschichtsbild einzuordnen versucht. Aber eine gerechte historische und menschliche Beurteilung war erst aus der Retrospektive des 21. Jh. möglich, und das wohl auch nur mit dem Blick, dem Einfühlungs- und Urteilsvermögen von Elisabeth Benz. Ihr und ihren Freunden vom Historischen Institut der Universität Stuttgart, den NaturFreunden Deutschlands und vom Bürgerprojekt „Die Anstifter“ verdanken die historische Wissenschaft und die interessierte Öffentlichkeit die erste komplexe Biografie dieses Schwaben.

Der Buchtitel ist Konzept. Nur Fanatiker widmen das ganze Leben der Revolution. Die Revolution im politischen Wortsinn steht ohnehin nicht für jede Generation auf der Agenda, insofern wäre es weltfremd, ein ganzes Leben dafür einzusetzen. Friedrich Adam Rück, alias Otto Bessinger, Peter Wedding, Leo Kipfer, hatte die deutsche Staatsumwälzung bereits als Dreiundzwanzigjähriger mitgestaltet, als ihn die Welle der Nachkriegsrevolutionen in seinem Ländle in die erste Reihe der Öffentlichkeit spülte. Danach kamen die Verteidigung von Dogmen, Verwirrung, Desillusionierung, Existenzkampf, endlich erarbeitete wirtschaftliche Selbstständigkeit im Exil und ein letzter kurzer epochaler Neuanfang in

seiner ursprünglichen Heimat Stuttgart. B. hat diese schwierige Wandlung eines Ex-Spartakisten kenntlich gemacht.

Auch diese Biografie ist ein deutsches Schicksal, selbst wenn die Wandlungsumstände und Handlungsorte seit 1914 von europäischer und weltpolitischer Dimension waren. Die Autorin beschreibt dieses Leben mit einer Leichtigkeit, Einfühlsamkeit und historischen Kompetenz, die den Leser zu fesseln versteht. In neun abschnittgegliederten Kapiteln einschließlich Einleitung und Epilog vermittelt sie Kindheit und Jugend Rück's in Stuttgart (1895-1914), seine radikale Kriegsgenossenschaft (1914-1918), seine Rolle während der Revolution, die Orientierungsversuche während der Weimarer Zeit, Rück's Exil in der Schweiz (1933-1937) und in Schweden (1937-1949) sowie sein politisches Wirken in der ersten bundesrepublikanischen Wiederaufbaudekade in Stuttgart. Der ausführliche wissenschaftliche Apparat, die hilfreiche tabellarische Kurzbiografie und die Bibliografie aller nachweisbaren Schriften Fritz Rück's einschließlich der Fotodokumente machen die Lektüre der ansprechenden und bequem handhabbaren Paperback-Publikation des Klartext Verlages für jeden vorurteilsfreien, interessierten Leser, aber auch für Spezialisten zu einem gewinnbringenden Erlebnis.

Die politische Karriere des wenig robusten, wegen Nierenerkrankung ausgemusterten, sozialdemokratisch organisierten, feinsinnigen Schriftsetzers aus ärmsten Verhältnissen begann, als er die Nachfolge des zum Kriegsdienst eingezogenen Vorsitzenden des linken Sozialdemokratischen Vereins Stuttgart, Friedrich Westmeyer, antre-

ten und die Redaktion des linken „Sozialdemokrat“ übernehmen musste. Es gelang ihm, die empfindliche Lücke in der Stuttgarter Antikriegsopposition zu schließen. Als Vorsitzender des spartakistischen Führungszirkels der württembergischen USPD und Vorsitzender des Stuttgarter Arbeiter- und Soldatenrates wollte er am 10. November 1918 im Stuttgarter Halbmondsaal die Macht übernehmen. Aber hier geschah das Gleiche wie in Berlin: Die Revolution drängte in ihre gemäßigte, von den Reformsozialisten geführte bürgerlich-demokratische Phase. Während der von den Räten geprägten sozialdemokratischen Radikalisierung im Januar 1919 stand Rück noch einmal an der Spitze der Kämpfe, und dann war es vorbei.

Was danach kam, war der Alltag eines kommunistischen Parteifunktionärs und politischen Publizisten, nunmehr allerdings unter den Bedingungen komplizierter Richtungskämpfe vor dem Hintergrund der Faschisierung eines Großteils Europas und der Stalinisierung der sich industrialisierenden Sowjetunion. Die Autorin zeigt komprimiert und anschaulich das Verhalten Rück's in diesem ideologisch irremachenden politischen Kraftfeld. Sie versteht es, subtil die akribisch recherchierten Fakten in allen zur Verfügung stehenden Quellenkategorien zu mehr als einer politischen Biografie zu verarbeiten. Die sehr aufschlussreichen autobiografischen Selbstzeugnisse Rück's zusammen mit seinen Artikeln, öffentlichen Reden und Gedichten aber auch die beachtliche Literaturfülle einschließlich Nachschlagewerke und andere gedruckte Hilfsmittel, auch deutsche und ausländische archivalische Quellen und Expertenauskünfte – dies alles stellt sie

kompetent in den Zusammenhang mit den historischen Ereignissen. Sie beurteilt den intellektuellen, politischen und seelischen Menschen Rück in seiner Zeit, ohne ihn parteilich zu überzeichnen. Im Gegenteil: Die Autorin gesteht sogar ein, dass sie seine Abkehr von der KPD, die Hinwendung zu SPD und SAP 1931/32 und die letztendliche Isolation Rück zwischen den Stühlen nicht erklären kann.

Am Ende des fünften Kapitels zitiert die Autorin mit seismografischem Gespür Rück's kritisches Selbstbekenntnis, ein Mann des Apparates gewesen zu sein, der sich wie viele andere das eigene Denken stehlen ließ und damit vor dem Machtantritt der Nazis politischen Selbstmord beging. Doch diese Schlussfolgerung ist nur die halbe Wahrheit der deutschen Tragödie. Am Ende des 2. Großen Krieges formulierte Rück die viel wesentlichere Erkenntnis, die nicht nur der Knackpunkt seiner und vieler linker Biografien, sondern vor allem der Globalgeschichte war und in der heutigen Diskussion um westliche Freiheit, Demokratie und russisch-asiatischen Despotismus erfolgreich verdrängt wird: „Eine verpfuschte Revolution ist ein verpfushtes Jahrhundert.“ (S.268) Der Kommunismus war nur die logische Antithese des Ersten Weltkrieges. Die Deformation des Kommunismus aber war das Ergebnis der verpfuschten Revolution, die, weil sie in Deutschland eben eine von den Demokraten verpfuschte war, auch in Russland keine demokratische sein konnte.

Der Wert der Rück-Biografie besteht in der Erhellung eines Lebensweges, dessen Wanderer die historische Erfahrung eines autodidaktisch gebildeten Linkssozialisten mit der Unfähigkeit der Arbeiterbewegung macht,

ihr Potenzial tatsächlich geschichtsbildend einzusetzen. Am Ende verallgemeinerte Rück das Gesellschaftsmodell seines schwedischen Exillandes als soziales Zukunftsprojekt, ohne die neuen Bedrohungen der Umwelt zu verkennen. Rück's Lebenserfahrung endet zur Zeit des Wirtschaftswunders, als die Schlussfolgerung, wegen der hohen Arbeitsproduktivität „auf dem Kompromissweg eine Lösung der sozialen Frage durchzusetzen“ (S.295), nahe lag. Als ex-kommunistischer Remigrant im Westen vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und mit den subkulturellen Erfahrungen seiner Generation konnte sich Rück engagiert aber auch nur in seinem gewerkschaftlichen sozialpolitischen Umfeld exponieren. Denn das Erbe seiner linkssozialistischen Generation war und ist mit den fatalen Hypothesen der verpassten historischen Chance 1918/19, dem Versagen gegenüber dem Faschismus und der Kapitulation vor dem Stalinismus belastet. Der unvergängliche Wert dieses Sozialismus aber sind die Vision und die Ethik der Gleichheit und Brüderlichkeit, die gleichrangig mit dem Freiheitsversprechen der Französischen Revolution Teil der westlichen Kultur sind, mit der Antikriegsopposition von 1914 neu belebt wurden und auch noch ins 21. Jh. weisen. Fritz Rück war einer ihrer Vertreter. *Hartmut Henicke*

**L. Joseph Heid: Peter Blachstein. Von der jüdischen Jugendbewegung zur Hamburger Sozialdemokratie. Biographie eines Sozialisten (1911-1977),** hrsg. von der Galerie Morgenland/Geschichtswerkstatt Eimsbüttel, VSA-Verlag, Hamburg 2014, 390 S., ISBN 978-3-89965-612-1

„Biographie eines Unbequemen“ hätte dieses Buch auch heißen können, das Heid über den Sozialdemokraten Peter Blachstein verfasst hat. Er nennt ihn stets einen Sozialisten. Schon mit dieser Bezeichnung weist H. darauf hin, dass Blachstein auch als langjähriges Mitglied der SPD immer ein Sozialist, also ein Linker in seiner Partei geblieben war. Auf Blachstein sei er wegen der Tatsache aufmerksam geworden, dass er eines von drei Mitgliedern des Bundestags war, die sich durch ihren jüdischen Hintergrund von den übrigen Parlamentariern unterschieden. Während es jedoch über die anderen beiden Personen, Jakob Altmaier und Jeannette Wolff, bereits Biografien gegeben habe, sei Blachstein sowohl von der sozialdemokratischen als auch von der deutsch-jüdischen Historiografie gleichermaßen übergangen worden. Viele einschlägige Nachschlagewerke würden seinen Namen nicht aufführen.

Eine schlüssige Erklärung ist für dieses Vergessen schwer zu finden, schließlich war Blachstein „eine bemerkenswerte politische Begabung, die sich in unterschiedlichen Politikfeldern zu bewegen verstand. Seine parlamentarischen und parteipolitischen Reden weisen ihn als fachkompetenten Politiker aus, ausgestattet mit scharfem Verstand und herausragender rhetorischer Begabung.“ (S.12) Darüber hinaus war Blachstein schriftstellerisch und künstlerisch begabt. Er verfasste in seinen Jugendjahren Texte für das Kabarett und schrieb 1936 das Theaterstück „Ein Prozeß“, in dem er die Zustände im KZ Hohnstein eindrucksvoll schildert. Doch offenbar war er für die deutsch-jüdische Geschichtsschreibung als ein Mensch, der sich schon sehr früh vom

Judentum verabschiedet hatte, von wenig Interesse. Der SPD-Geschichtsschreibung mögen seine häufig unkontrollierte Emotionalität, seine Neigung zu Polarisierungen, sein hartnäckiges Beharren auf seinem eigenen Standpunkt auch gegenüber der Mehrheitsmeinung sowie seine mitunter nachtragende Art – auch gegenüber langjährigen politischen Freunden – missfallen haben. Der Auftrag an den 1945 geborenen Historiker und Publizisten H. ging nun von Hamburger Sozialdemokraten aus, denn in Hamburg-Eimsbüttel hatte Blachstein für lange Jahre seine politische Heimat.

Blachstein entstammte einem jüdischen Elternhaus. Er wurde am 30. April 1911 in Dresden geboren. Sein Vater, zu dem er Zeit seines Lebens ein gebrochenes Verhältnis hatte, war Textilkaufmann, seine Mutter Bibliothekarin. Blachstein begann eine Buchhändlerlehre, nahm aber schon bald ein Studium der Germanistik und der Wirtschaftswissenschaften auf. Wegen seiner ausgeprägten künstlerischen Neigungen betrieb er auch Gaststudien bei Erich Ponto, bei Mary Wigman und anderen bekannten Künstlern. Ein Jahr war er als Assistent an der Dresdner Komödie tätig. Er schloss sich früh der jüdischen Jugendbewegung an und nahm dort bald Führungsfunktionen ein. Mit dem aufkommenden Zionismus konnte er sich nicht anfreunden. Er vertrat die Meinung, „mit der Diaspora habe das jüdische Volk aufgehört, Volk zu sein, folglich habe das Judentum keine nationale Substanz und keine gemeinsame Gegenwart.“ (S.40) „Er war überzeugt, dass es in einer sozialistischen Gesellschaft keine Judenfrage mehr geben würde, da in ihr die Voraussetzungen fehlen, durch die sie

hervorgerufen würde.“ (S.41) So war es nur folgerichtig, dass Blachstein sich bald der Sozialistischen Arbeiter-Jugend und später der oppositionellen Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) anschloss. 1932 und 1933 wandte er sich – vor allem in kulturpolitischen Artikeln – kritisch gegen die SPD, der er vorwarf, dass sie an der „unumschränkten Herrschaft der Reaktion [...] eine riesengroße Schuld“ trage. (S.50) Blachstein war im Untergrund gegen den Faschismus äußerst aktiv. Doch da Erfahrung fehlte und oft jugendlicher Leichtsinn im Spiel war, fiel es der Polizei nicht schwer, das Dresdner SAP-Widerstandszentrum „aufzurollen“.

Aus der Biografie geht hervor, dass es auf Blachsteins Lebensweg zwei prägende Erfahrungen gab. Das war erstens die „Schutzhaft“ im KZ Hohnstein, über die er seinem Freund Heiner Guggenheim schrieb: „Es gibt keine Grausamkeit, die man erdenken könnte, keine Phantasie die dazu fähig wäre, sich vorzustellen, wie Menschen [...] von SA, SS und Polizei beleidigt, gedemütigt, geschlagen, gemartert, gemordet würden.“ (S.60) Zweitens waren es seine Erlebnisse in Spanien, wo er in die verworrenen Fronten der sich gegenseitig misstrauenden und bekämpfenden Gruppen der Anti-Franco-Bewegung geriet. Nachdem er den deutschen Faschisten entrinnen konnte, führte der in Katalonien ausbrechende „Bürgerkrieg im Bürgerkrieg“ (S.95) schließlich zu seiner Verhaftung durch stalinistische Kommunisten. H. schreibt: „Spätestens in Spanien machte sich Blachstein keine Illusionen mehr über den wahren Charakter des Kommunismus stalinistischer Prägung.“ (S.99) In einem Tagebucheintrag Blachsteins aus dem Jahr 1942 heißt es

über Nazideutschland und die Sowjetunion: „Beide Länder verkörpern verschiedene Formen der brutalsten Unterdrückung, der tierischsten Erniedrigung und der blutigsten Raubgier. Die Vernichtung des stalinistischen und hitlerischen Regimes sind die Voraussetzungen menschlicher Freiheit in Europa.“ (S.101f.) Antifaschismus und Antistalinismus blieben die unverrückbaren Konstanten im politischen Leben Blachsteins. Daher hatte er, wie H. schreibt, ziemlich klare Vorstellungen über die Aufgaben nach dem Sieg über den Hitler-Faschismus: „Ihm ging es nicht allein um die Bestrafung der Kriegsverbrecher, sondern ebenso um die Schachts und Thyssens, die Großgrundbesitzer, die Grubenbarone und Offiziere. Um Deutschland zu erneuern, müssten diejenigen Kräfte beseitigt werden, die die Nationalsozialisten an die Macht gebracht und stark gemacht hätten.“ (S.143) Bei dieser Einstellung konnte es nicht ausbleiben, dass er in Nachkriegs(West-)Deutschland herbe Enttäuschungen erlitt. Dennoch erhob er immer wieder unbeirrt seine Stimme. Ob es um die Haltung der SPD zur Außerparlamentarischen Opposition, zum schmutzigen Krieg der USA in Vietnam oder um die Notstandsgesetze ging, stets bezog Blachstein eine kritische Position und ließ sich auch durch angemahnte Parteidisziplin nicht den Mund verbieten. Besonders unnachgiebig zeigte er sich, wenn es um die Frage des Umgangs mit ehemaligen Nazis ging. „Ganze NS-Seilschaften quer durch alle gesellschaftlichen Bereiche – exemplarisch seien Polizei, Bundeskriminalamt und Bundesamt für Verfassungsschutz genannt – hatten ihre Berufswege in der Nachkriegszeit meist ohne Karriere-

knick fortsetzen können.“ (S.192) Was Blachstein besonders empören musste, war die gesellschaftliche Erniedrigung, der sich antifaschistische Widerstandskämpfer in der BRD ausgesetzt sahen. Das kam u. a. bei der unterschiedlichen Bewertung der Rentenansprüche der antifaschistischen Spanienkämpfer und der Angehörigen der faschistischen Legion Condor zum Ausdruck. Die Freiwilligen, die auf der Seite der Spanischen Republik gekämpft hatten, erhielten „keine Entschädigungen, Wiedergutmachungen, Pensionen, keine Anstellung und konnten keine Beamten werden“. (S.248) Im Rechtsstaat BRD sahen das Bundesarbeitsministerium, das Bundessozialgericht, das zuständige Versorgungsamt und selbst das Bundesverfassungsgericht keine Notwendigkeit, „Condor“-Legionäre und Spanienkämpfer versorgungsrechtlich gleichzusetzen, da nur diejenigen eine Versorgung erhielten, die ‚Opfer für Vaterland und Allgemeinheit‘ gebracht hätten“. (S.250)

Da Blachstein als glühender Verfechter einer deutschen Wiedervereinigung gleichzeitig das DDR-Regime grundsätzlich ablehnte (er bezeichnete die DDR stets als Zone), saß er häufig zwischen allen Stühlen. Seine in der SPD umstrittenen Positionen verwehrt es ihm, eine Karriere in der Partei anzutreten. Insbesondere das 1959 beschlossene Godesberger Grundsatzzprogramm lehnte er ab. Er gehörte einer kleinen Gruppe linker Kritiker des neuen Programms an. Schon 1958 hatte er geschrieben, die SPD sei seit Schumachers Tod ohne Führung, die Sozialisten gäben in Europa kein Beispiel, zeigten keinen Weg, sondern versagten oder würden zu Wortführern des westlichen Imperialismus. Den-

noch wurde er bis 1968 immer wieder als Delegierter zu SPD-Parteitag gewählt, war bis 1968 auch Bundestagsabgeordneter und Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarats. H. lässt nicht unerwähnt, dass Blachstein durch seine Krankheiten, die ihn seit der KZ-Haft plagten, oft wenig leistungsfähig war und beispielsweise seine Botschafter-Tätigkeit in Jugoslawien nur für kurze Zeit ausüben konnte. Neue herausragende Ämter waren ihm seitdem endgültig verwehrt. Er reagierte – wie fast immer in solchen Fällen – höchst ungehalten, sah sich unterbewertet und von der Parteiführung im Stich gelassen.

Aus dieser Eigenschaft, leicht gekränkt und nachtragend zu sein, ergab sich für Blachstein eine Art Tragik. Obwohl mit Willy Brandt seit seiner Flucht aus Nazideutschland nach Norwegen befreundet, war er doch häufig ungehalten, wenn Brandt nicht wie erwartet auf seine Angebote zu mehr politischer Verantwortung in der Partei einging. Noch 1977, also 40 Jahre nach den spanischen Ereignissen, äußerte er zu Brandt: „Wir haben uns politisch völlig zerstritten. [...] Er war [...] praktisch – natürlich kritisch, aber doch – auf Seiten der Stalinisten.“ (S.92f.) Blachstein sah sich einem „Rufmord“ ausgesetzt, und er schrieb: „Die Parteiführung lässt mich vergammeln.“ (S.331) Brandt blieb immer erstaunlich gelassen und lud Blachstein sogar nach Oslo ein, als ihm dort der Friedens-Nobelpreis verliehen wurde. In seinen „Erinnerungen“ nannte er Blachstein seinen Freund.

Als eine zutreffende Beschreibung der Persönlichkeit Peter Blachstein zitiert H. Klaus Böllings Worte: „Blachstein, der auf der Seite des republikani-

schen Spaniens gegen Franco kämpfte und in den Gefängnissen der Faschisten gequält wurde, ist ein Moralist – ein Moralist im Sinne des großen Soziologen Max Weber, nämlich ein Mann, der nicht von der Politik lebt, sondern für die Politik.“ (S.354) Peter Blachstein starb verbittert, vereinsamt und von Krankheit gezeichnet am 4. Oktober 1977 in seiner Hamburger Wohnung. H. hat die weit verstreuten Quellen und Materialien über ihn mühevoll und sorgsam gesammelt und ausgewertet. Ihm ist eine lesenswerte Biografie gelungen.

*Harald Lange*

**Sonja Friedmann-Wolf: Im roten Eis. Schicksalswege meiner Familie. 1933-1958**, hrsg. von Reinhard Müller und Ingo Way, Aufbau Verlag, Berlin 2013, 460 S., ISBN 978-3-351-03538-9

Die Autorin legt – als Betroffene und aus eigener Erinnerung – eine Familiengeschichte vor, die von der Emigration in die Sowjetunion gezeichnet war. Der Titel lehnt sich wohl an Lochthofens Vaterroman an (siehe meine Rez. in diesem Heft).

Die Eltern Martha Ruben-Wolf und Lothar Wolf, ein Ärzteehepaar, Kommunisten, Juden, mussten 1934 mit ihren Kindern Sonja (geb. 1923) und Walter (geb. 1925) Deutschland verlassen. (Zu Martha erschien bereits ein Porträt von Anja Schindler: „Mit der Internationale durch das Brandenburger Tor“. Martha Ruben-Wolf (1887-1939), in: Ulla Plener [Hrsg.]: *Leben mit Hoffnung in Pein. Frauenschicksale unter Stalin*, Frankfurt/Oder 1997, S.35-53). Ein anderes Land als die Sowjetunion kam für sie als Exil nicht in Frage: 1925 und 1926 hatten sie das Land bereits bereist, den

kulturellen Aufbruch der Nationalitäten erlebt, ein fortgeschrittenes Gesundheitswesen, die Gleichstellung der Frau (u. a. die Legalisierung von Schwangerschaftsunterbrechungen – für die Gynäkologin und Frauenrechtlerin Martha eine grundlegende Errungenschaft). Sie hatten anschließend ihre Reisereportagen publiziert. „Durch jedes Kapitel dieser Bücher zogen sie als Leitmotiv die Hymne auf das neue Regime in Räterussland.“ (S.16)

Dann 1936 der Bruch: der Massenterror, die Hinrichtung der Mitstreiter Lenins Bucharin, Sinowjew u. a., zugleich auch das Verbot von Schwangerschaftsunterbrechungen. Während der Vater, sich auf Lion Feuchtwanger, einen Freund der Familie, berufend, noch an die Korrektheit der Prozesse glaubte, war das Urteil der Mutter sofort eindeutig: „Gemeiner Justizmord ist das ja! – Nur um sich potenzielle Gegner aus dem Weg zu schaffen! [...] Dafür kann es keine Entschuldigung geben.“ (S.77) Eine Nachbarin, deren Ehemann, ein alter Bolschewik, verhaftet wurde, sagte über das NKWD: Es sei „nichts anderes als die Hauptzentrale der siegreichen Konterrevolution Russlands und Stalin ein verkappter Agent derselben“. (S.95)

Es folgten Verhaftungen im engeren Freundes- und Bekanntenkreis. Im November 1937 wurde auch Lothar Wolf zusammen mit zwei Berliner Kollegen verhaftet. Der widersinnige Vorwurf (den die Autorin erst viel später erfahren sollte): Sie sollen „einen Bazillenkrieg?! gegen die Sowjetbevölkerung vorbereitet haben“. (ebenda) Unter Bedingungen, die einer Folter gleichkamen, starb Lothar Wolf im Gefängnis. Der Familie wurde das nicht mitgeteilt. Martha verlor nach Lothars Verhaftung sofort

ihre Arbeit, das gesamte Eigentum der Familie (Bettwäsche u. ä. eingeschlossen) wurde konfisziert. Sonja sollte sich in einer Komsomol-Versammlung wie andere Schüler, deren Väter und/oder Mütter verhaftet wurden, von ihrem Vater lossagen, was sie und einige andere Betroffene aber ablehnten.

Mutter und Tochter suchten Hilfe. Martha schrieb an Pieck und Ulbricht – sie erhielt keine Antwort. Sonja gelang es, zu Dimitroff vorzudringen. Dieser distanzierte sich von den Führern der KPD: Er halte im Gegensatz zu diesen „das Treiben des NKWD für ein gemein schädliches“, und er „werde es nie und nimmer gutheißen“. (S.180) Aber er sei machtlos, auch als Vorsitzender der Komintern: „Wenn ich wirklich helfen könnte, glaubst du, ich würde es zulassen, daß man mir systematisch die ältesten, besten und bewährtesten Genossen wegholt?“ (S.179) Dimitroff fragte, ob die Familie im Ausland jemanden kenne, der bekannt und geschätzt werde und eine Fürsprache für Lothar Wolf an Wyschinskij schreiben würde. – Feuchtwanger!, rief Sonja aus. Unter Berufung auf Dimitroff und mit einem Schreiben Feuchtwangers in der Tasche ertrotzen Martha und Sonja eine Audienz bei Generalstaatsanwalt Wyschinskij. Seine Reaktion: „Wir erlauben niemandem, auch einem Lion Feuchtwanger nicht, sich in die inneren Angelegenheiten unseres Landes einzumischen!“ [...] Wyschinskij verabschiedete uns mit einem kurzen Nicken. Die Audienz war beendet. Und mit ihr auch das Leben meiner Mutter. Genau einen Monat später, am 16. August 1939, fand ich sie, mit Schlafmitteln vergiftet, in ihrem Bett.“ (S.195) Sonja war da noch keine 16, ihr Bruder Walter erst 14 Jahre alt.

Der weitere Weg der beiden ist durch die bekannten Umstände gezeichnet. 1939, nach Abschluss des Hitler-Stalin-Paktes, wollte Sonja nach Deutschland ausreisen und erfuhr, dass sie von den Nazis ausgebürgert worden war. Sie wurde nun Sowjetbürgerin, um 1940 Informantin des NKWD. 1941 wurden die Geschwister nach Kasachstan evakuiert. Walter wurde an die Front eingezogen – und ist seither verschollen. Sonja arbeitete zunächst im Kolchos und wurde dann zur Arbeitsarmee eingezogen. Ihre Schreiben an die KPD-Führer blieben unbeantwortet. Sie ließ sich zur Krankenschwester ausbilden, arbeitete in einem Hospital in Karaganda, lernte hier den litauischen Juden Friedmann kennen, heiratete ihn. 1944 kam eine Tochter zur Welt. 1945 bestach Sonja einen hochrangigen Milizionär, um einen vollwertigen Pass zu erlangen und mit der Familie Kasachstan verlassen zu können. Dafür kam sie vor Gericht und wurde zu zwei Jahren Arbeitslager verurteilt. Im August 1947 aus der Haft entlassen, musste sie ein Jahr in Verbannung bleiben – erst im Mai 1948 konnte sie nach Wilna zurück zu Ehemann und Kind. Das NKWD/KGB stellte ihr aber immer noch nach. Um dem zu entgehen, entschied sie, Gewohnheitstrinkerin zu werden.

Sonja kämpfte um die Rehabilitation ihres Vaters, nach dem 20. Parteitag der KPdSU (1956) war es dann soweit. In der „Bescheinigung“ heißt es: „Das Urteil des Militärkollegiums vom 4. Oktober 1938 hinsichtlich des Bürgers Wolf L. E. wurde wegen neu entstandener Umstände aufgehoben, und die ganze Angelegenheit ist wegen fehlenden Straftatbestands eingestellt.“ (S.330) Im Mai 1958 erhielt Sonja endlich Ausreisepapiere. Es ging zunächst

für vier Monate in die DDR und von da – „ohne Internationale durch das Brandenburger Tor“ (S.337) in den Westen und nach Israel.

Hier enden Sonjas Erinnerungen. Im Anhang teilt ihre Tochter kurzgefasst den Schluss mit: die Ankunft in Tel Aviv, die Tätigkeit dort und Sonjas Freitod angesichts einer schweren Erkrankung. – Alles in allem ist das eine berührende Familiengeschichte. Doch sind kritische Einwände notwendig.

Sonjas (und ihrer Mutter) negative Auskünfte über das MOPR-Kinderheim in Iwanowo, in dem die Geschwister von April bis Dezember 1934 verweilen, stimmen absolut nicht mit den Erfahrungen mehrerer anderer (heute in Berlin lebender, die Rezensentin eingeschlossen) Heimbewohner überein: Weder waren die „hygienischen Verhältnisse unhaltbar“, noch die Kinder dort „vernachlässigt“ (S.409); im Winter war es zeitweise kühl, aber wir froren nicht „jämmerlich in unseren dünnen Flanellkleidchen“, denn es gab auch Pullover, Filzstiefel und andere warme Kleidung. Auch lief nicht „die Mehrzahl der Kinder ewig mit nassen Nasen herum und schnäuzte sich aus Mangel an Taschentüchern einfach in die Hand.“ (S.29f.) Das Essen war nicht „zum Verzweifeln eintönig und vitaminarm und die Portionen, die uns zugeteilt wurden, zum Verzweifeln klein“. Für die Kriegsjahre 1941-1945 mag das zum Teil zutreffen haben, aber die Wolf-Kinder weilten 1934 im Heim. Es wurde auch kein einziger von den Heimbewohnern während des Massenterrors verhaftet. (S.85) Der Direktor des Heimes hieß 1934 Lapin, nicht Lapschin. (S.32)

Mehrere historische Angaben stimmen nicht. Um nur einige zu nennen:

Jelena Stassowa war nicht Sekretärin Lenins (S.35), sie war 1917-1920 Sekretärin des ZK; es gab kein Wolgadeutschland (S.28), es gab eine Autonome Republik der Wolgadeutschen; im Herbst 1941 wurden nicht nur Deutsche aus Moskau evakuiert, sondern ganze Betriebe, Hochschulen, Behörden und deren Mitarbeiter, unabhängig von der Nationalität – kriegsbedingt; auch die Arbeitsarmee war eine kriegsbedingte Einrichtung, nicht nur Deutschstämmige wurden in diese Truppe mobilisiert. (S.374)

Der Text ist nachlässig lektoriert, die deutsche Grammatik an mehreren Stellen mit Füßen getreten. Auch der Umgang mit russischen Begriffen, Sprach Eigenheiten und „Volkswisheiten“ lässt stark zu wünschen übrig.

*Ulla Plener*

**Bernd Langer: Antifaschistische Aktion. Geschichte einer linksradikalen Bewegung,** Unrast-Verlag, Münster 2014, 264 S., ISBN 978-3-89771-574-5

Das Buch des 1960 geborenen Langer gliedert sich in zwei Teile. Im ersten Teil schildert er die Entwicklung bis 1945, im letzten Drittel vor allem die autonome Antifa der 1980er-Jahre bis zur Gegenwart.

Im ersten Teil wird die Ereignis- und Organisationsgeschichte des deutschen Kommunismus und einiger seiner Organisationen referiert: KPD, Einheitsfront, Volksfront, Sozialfaschismusthese. 1932 wurde schließlich die Antifaschistische Aktion als kommunistische Gegen gründung zur Eisernen Front geschaffen. Viel Raum nimmt in diesen Abschnitten die Darstellung des Auf-

stiegs und der Etablierung des Nationalsozialismus ein (Altonaer Blutsonntag, Preußenschlag, Röhm-Putsch), auf den die kommunistische Bewegung im Grunde keine Antwort wusste und sich, wie L. schreibt, auch nicht auf die Illegalität vorbereitete. Kampfmaßnahmen, etwa Streiks, anlässlich der Machtübertragung blieben völlig aus.

Nach einem Schnelldurchgang durch die (primär westdeutsche) Nachkriegsgeschichte schildert L. die Organisation und die politische Arbeit militanter AntifaschistInnen, vor allem in Norddeutschland. Diese stellten ihr politisches Auftreten seinerzeit unter einen „antiimperialistischen Ansatz“, der Nazis als eine extreme Ausprägung des herrschenden Systems ansah – und bekämpfte. 1988, so L., als Antifaschismus in der breiteren, radikalen Linken noch überhaupt kein bekannteres Thema war, sei die norddeutsche Antifa-Organisation schon in der Krise gewesen. 1991 wurde dann in Göttingen ein „Organisierungspapier“ publiziert und im Sommer 1992 die „Antifaschistische Aktion /Bundesweite Organisation“ (AA/BO) gegründet. Diese brach mit den Glaubenssätzen „autonomer Politik“, indem sie auf Schulungsarbeit, Bündnispolitik und Kooperation mit der Presse orientierte. 2001, nicht zufällig ein Jahr nach dem rot-grünen „Aufstand der Anständigen“, dem sogenannten „Antifa-Sommer“ 2000, löste sich die AA/BO wieder auf. Im Buch skizziert und debattiert L. noch kurz – und selbstbestätigend – die Ereignisse um die sogenannte „Wehrmachtsausstellung“ und einzelne Antifa-Kampagnen.

An das Buch von L., der seit über 30 Jahren und bis heute in der autonomen Antifa aktiv ist und auch die In-

itiative „Kunst und Kampf“ gegründet hat, lassen sich viele Fragen stellen. Er selbst wirft sie nicht auf, geschweige denn beantwortet sie. Offen bleibt unter anderem: Ist Antifaschismus auch automatisch Antikapitalismus? Und falls ja, was würde das dann bedeuten? Oder ist nur Antikapitalismus auch echter Antifaschismus? Sind bürgerliche Demokratie und Faschismus nur verschiedene Herrschaftsformen des Kapitalismus oder gibt es da – womöglich entscheidende – Merkmale, die eine solche Zuordnung nicht zulassen? Was bedeutete das für die antifaschistische Organisation, damals und in den 1980er- und 1990er-Jahren? Wenn die KPD strukturell so stalinistisch war, wie es L. beschreibt, wie kann man die Antifaschistische Aktion dann als „linksradikale Bewegung“ definieren? Warum ist die Antifaschistische Aktion ein positiver historischer Bezugspunkt für linksradikale Politik des ausgehenden 20. Jh.?

So bleibt unklar, was dieses Buch eigentlich sein soll. Den „ersten umfassenden Überblick über die Entwicklung der Antifa“, wie es auf dem Umschlag heißt, liefert es jedenfalls nicht. Dafür fehlen im Buch, erstens, einige Stränge und, zweitens, gibt es bereits andere Bücher zum Thema. Wer sich mit der Geschichte der (Kämpfe der) Weimarer Republik oder der der Autonomen in der Bundesrepublik bereits beschäftigt hat, wird jedenfalls kaum Neues erfahren. Hinzu kommt das methodische Problem, dass L. seine subjektive Sichtweise als Beteiligter an den von ihm beschriebenen Ereignissen und Debatten zu wenig reflektiert. Unter Umständen beschreibt er ja relevante Dinge nur aus dem Grund nicht, weil er an ihnen nicht teilgenommen hat.

Vielleicht kann das Buch ja jüngeren AntifaschistInnen etwas vermitteln: über die Geschichte der Klassenkämpfe der Weimarer Zeit und über jene des linken, außerparlamentarischen Antifaschismus im 20. Jh. *Bernd Hüttner*

**Sibylle Plogstedt: „Wir haben Geschichte geschrieben“. Zur Arbeit der DGB-Frauen (1945-1990).** Mit einem Vorwort von Michael Sommer, Psychosozial-Verlag, Gießen 2013, 519 S., ISBN 978-3-8379-2318-6

Eine solche Publikation über die Geschichte der DGB-Frauenarbeit hätte es längst geben müssen. Und den verantwortlichen Frauen im DGB fehlte es auch nicht am geschichtlichen Verantwortungsbewusstsein. Bereits 1980 war eine Studie zur Geschichte im Gespräch und vorgesehen. Was fehlte, war immer wieder das Geld, um sie in diesem Umfang in Auftrag geben zu können. Nun aber liegt eine Analyse und Interpretation historischer Dokumente und aktueller Interview-Passagen vor, mit der „die Wissenslücke um die Geschichte der DGB-Frauenarbeit in der BRD während des Zeitraums von 1945 bis 1989/90 geschlossen werden“ (S.17) kann.

Außer Vorwort, Einleitung und Anhang besteht die Publikation aus neun Kapiteln, wobei das letzte Kapitel die Funktion einer Zusammenfassung hat. In den acht vorausgehenden Abschnitten geht es um die Vorgeschichte, um die Gründungsphase des DGB, um die Mütter der Gewerkschaftsbewegung, auch speziell um die Ära der Maria Weber, um die 68er-Bewegung, um die stellvertretenden DGB-Vorsitzenden, um den Einfluss des Feminismus und

schließlich um die Spezifik der letzten zehn Jahre der Bundesrepublik. Diese Strukturierung, zum Teil chronologisch, zum Teil sachgebietsbezogen, zum Teil personenbezogen, erscheint mitunter verwirrend, war aber beabsichtigt und der verwirrenden Realität geschuldet.

Sicherlich bestand die Aufgabe für die Autorin vor allem darin, die Leistungen der DGB-Frauen festzuhalten und zu würdigen, die Begrenztheit ihrer frauenpolitischen Erfolge plausibel zu machen und den gesamten historischen Prozess vor dem Vergessen zu bewahren. Diese Ziele wurden uneingeschränkt erreicht. Damit gehört die Publikation in die Reihe der wissenschaftlichen Veröffentlichungen zur Frauengeschichte, die erst seit wenigen Jahrzehnten die „übliche“ Geschichtsschreibung begleiten, ergänzen, oft auch korrigieren.

Auch hinsichtlich der DGB-Geschichte stammt die Mehrzahl der bisherigen Veröffentlichungen von Männern, die vor allem das Männerleben und die Auswirkungen der Gewerkschaftspolitik auf Männer im Blick hatten. „Für mich besteht kein Zweifel: HISTORY ist eben seit Jahrtausenden und überall und immer noch: HISTORY, seine Geschichte. Und daran krankten wir wirklich.“ So hieß es auch noch auf der zwölften DGB-Bundesfrauenkonferenz in Osnabrück im Juli 1989. (S.456)

Jetzt also der Blick (vorrangig) auf Frauen, auf die gewerkschaftlichen Strukturen, die sie sich im Laufe der betrachteten 45 Jahre geschaffen haben, auch auf die informellen Netzwerke, auf die Arbeitsschwerpunkte in bestimmten Zeiträumen und nicht zuletzt auf die Stärken und Schwä-

chen konkreter Frauen, die in der gewerkschaftlichen Verantwortung standen. Erfreulich, dass die Autorin in ihrer Geschichtsbetrachtung nicht erst 1949 beginnt. Die existenziellen Nachkriegsnöte, die z. T. spontanen Aktionen der Frauen, der Einfluss der Besatzungsmächte, aber auch das gewerkschaftliche Suchen nach einem Neuanfang spielen eine angemessene Rolle. Wer wüsste sonst heute noch, dass in der ersten Fassung des DGB-Aufrufes für den 1. Mai 1947 von einer Verstaatlichung der Schlüsselindustrie die Rede war?

Ob es um die Reform des Bürgerlichen Gesetzbuches geht, um den Arbeitsschutz, speziell den Mutterschutz, oder um die optimale Arbeitszeit, um das bis heute nicht gelöste Problem der Lohngleichheit, um das Schlagwort von den Doppelverdienern, um die Rechte des Mannes in familiären Angelegenheiten, um den § 218, um eigenständigen Versicherungsschutz und nicht zuletzt um die Formalien, an die sich Frauen halten mussten – immer wird die gleiche zentrale Aussage deutlich: Der DGB war (und ist?) eine Männergewerkschaft. Die in ihm organisierten Frauen, ob nun gewerkschaftspolitisch aktiv oder nicht, stießen immer wieder an die Grenzen des „Arbeitnehmerpatriarchats“ (Claudia Pini 1977 bzw. 1982) und mussten sich jeden Schritt in Richtung Gleichstellung der Geschlechter mühsam erkämpfen. Mitunter mussten sie auf Konferenzen ihre Reformvorschläge von Männern vortragen lassen, damit die mehrheitlich männlichen Delegierten überhaupt zuhörten. Und das, obwohl Frauen aus Sicht der Männer immer „mitgemeint“ waren.

Die Weiterführung dieses zentralen Gedankens, dass nämlich die gesam-

te Arbeiterbewegung eine männerzentrierte Bewegung war, dass folglich das in ihr entstandene Gesellschaftskonzept mit seinem einseitigen Arbeitsbegriff, auf das sich auch die sozialistischen Gesellschaften des 20. Jh. beriefen, einen Geburtsfehler hatte, kommt in der Publikation allerdings kaum zur Sprache. Sie zu problematisieren, gehörte wohl auch nicht zur Aufgabenstellung für die Autorin. Aus Sicht der (DDR-sozialisierten) Rezensentin ist das Manko dennoch bedauerlich, weil auf diese Weise die Verbundenheit zwischen gewerkschaftlich aktiven Frauen der alten BRD und (zumindest im Rückblick) patriarchatkritischen Frauen im Osten, die ebenfalls „immer ‚mitgemeint‘ waren“, nicht sichtbar wird.

Der Autorin ist zu danken, dass sie dem widersprüchlichen Zusammenhang zwischen Feminismus und neuer Frauenbewegung einerseits und gewerkschaftlicher Frauenarbeit (Antifeminismus, S.224) andererseits viel Raum gibt. Zur Sprache kommen sowohl die gegenseitigen Vorbehalte als auch der Einfluss, den der Feminismus schließlich doch auf die gewerkschaftliche Frauenarbeit nahm. P. erwähnt in diesem Zusammenhang allerdings nicht die These vom Haupt- und Nebenwiderspruch (der Klassenkampf sei die Hauptsache), die sich ganz sicher in vielen und nicht nur männlichen Gewerkschafter-Köpfen eingenistet hatte, die übrigens auch oft die Personalpolitik prägte, weil sie zur Entscheidung zwischen Parteienpräferenz und Geschlechterpräferenz zwang. Die hierarchische Sicht auf gesellschaftliche Widersprüche war es wohl auch, die für viele DGB-Frauen die Gründung einer Frauengewerkschaft undenkbar machte, „auch wenn sie manches Mal kurz

davor waren, an den eigenen Kollegen zu verzweifeln“ (S.22) Es bleibt nun anderen wissenschaftlichen Arbeiten überlassen, die hier festgehaltenen empirischen Fakten zu verarbeiten und in die Dialektik zwischen Klassenwidersprüchen und Geschlechterwidersprüchen einzuordnen.

Zu diesem Thema, dieser Dialektik gehört auch der Umgang des DGB mit dem Internationalen Frauentag. Für Ostdeutsche liest es sich wie eine Groteske, dass der DGB, also die Klassenorganisation, den bundesrepublikanischen Frauen verbieten wollte, den Frauentag zu begehen, weil Clara Zetkin Kommunistin war/wurde. Erst „als die Anfänge des Internationalen Frauentages [...] historisch freigelegt worden waren“ (S.371), als die historische Forschung auf den Frauentag in Chicago am 23. Februar 1909 aufmerksam machte, den Clara Zetkin nur nach Europa holen wollte, erst dann ließ sich der Frauentag „in den Gewerkschaften sehr gut verkaufen“. (S.371) Erst dann passte er wieder in die Klassen- und Parteienlogik.

In den ersten 80er-Jahren allerdings, in denen sowohl die NATO als auch der Warschauer Pakt „nachrüsteten“ und der Frieden ernsthaft bedroht schien, ließen sich die DGB-Frauen (wie auch viele DDR-Frauen) nicht auf das „Nebengleis“ schieben. „Die Aufrechterhaltung des Friedens habe absoluten Vorrang vor allen ideologischen Gegensätzen zwischen Ost und West“, stellten sie auf der zehnten Bundesfrauenkonferenz in Essen im Mai 1981 fest. (S.398) Die DGB-Frauen nahmen in dieser Frage auch Konflikte mit dem DGB-Vorstand in Kauf.

Ihre Aktivitäten der letzten Jahre der alten Bundesrepublik mussten be-

rücksichtigen, dass immer mehr Frauen berufstätig sein wollten (auch wenn sie erwerbstätig genannt wurden, was nur einen der vielen Aspekte weiblicher Berufstätigkeit meint). Umso bedauerlicher, dass mit dem Ende der DDR die Frauenarbeit innerhalb des DGB „an Fahrt verlor“. (S.474) *Ursula Schröter*

**Gerd Kaiser: „Hier ist der Deutsche Soldatensender 935“. Eine Stimme im kalten Krieg**, edition bodoni, Berlin 2014, 187 S., ISBN 978-3-940781-50-5

Am 1. Oktober 1960 meldete sich mit den im Titel zitierten Worten ein Mittelwellensender auf der Frequenz 935 KHz erstmals im Äther. Kaiser gehörte zu den Mitarbeitern dieses Deutschen Soldatensenders (DSS) von dessen Gründung bis 1968. Er skizziert die Geschichte des DSS von seiner Entstehung in den Zeiten des Kalten Kriegs bis zum Einstellen der Sendungen am 1. Juli 1972.

Adressaten des Senders waren die Soldaten im anderen Deutschland. Die DDR bzw. Nationalen Volksarmee (NVA) hatte in diesem Falle die BRD respektive Bundeswehr überholt. Die Bundeswehr hatte zwar bedeutend früher, nämlich 1956/57, im Rahmen der Psychologischen Kampfführung (PSK) Konzepte für eine Radio-Kompanie bzw. ein Radio-Bataillon erarbeitet, aber nie einen systematischen Rundfunksendebetrieb erreicht. Dies zeichnet der Autor in knappen Sätzen nach. Der Leser erfährt so nebenbei, dass ein Soldatensender unter mehrmals wechselnden Bezeichnungen und Strukturen fortwirkte, als Zentrum Operative Information bis heute

existiert und auch bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr, so u. a. in Afghanistan, agiert.

Der DSS entstand aufgrund eines Beschlusses des Nationalen Verteidigungsrats vom 15. Juni 1960. Sein Generalauftrag habe gelautet, an der Friedenssicherung in Mitteleuropa mitzuwirken. Durch den Sender sollte die Einwirkung auf die Bundeswehr verstärkt werden. Doch nie, so betont der Autor wiederholt, war es – im Unterschied zur Bundeswehr – Aufgabe, zur Desertion aufzufordern. Der DSS war auch kein „Instrument zur Zersetzung“, sondern sollte vielfältige, tatsächengeheure Information bringen. Der Sitz des Senders lag in Berlin-Grünau in der Regattastraße. Adresse war ein Postfach 116 in der Französischen Straße sowie eines in Berlin-Köpenick, bekannt wurde erstere dann als Postadresse „W. Schütz, Berlin W 8.“

Strukturiert war der Sender, der zunächst als Selbständige 9. Abteilung (später der 10. Abteilung zugehörig) der NVA fungierte, in die Arbeitsbereiche Redaktion, Musik, Interpretation und Produktion sowie Technik. Erster Kommandeur war Ehrhard Reichardt, erste Chefredakteurin Lea Grosse (Große). Eine Stärke des Büchleins ist zweifellos, dass der Autor dem Personal des Senders – von den Chefs und Redakteuren über Sprecher bis hin zu den Technikern und dem Hausmeister – viel Raum gibt. Einzelnen Personen widmet er mehr oder weniger lange Biogramme und beschreibt ihre charakteristischen Tätigkeiten und Aufgaben.

Der Auftrag an den Sender lautete, dass „ein ‚ansprechendes, vielseitiges und populäres‘ Programm mit Nachrichten, militärpolitischen Sendungen,

Sendungen zur Bundeswehr und zur Nationalen Volksarmee, zur Unterhaltung und mit Musik zu gestalten“ sei. (S.23) Der Vf. beschreibt das daraus entwickelte Programmprofil, manchmal detailliert, stellenweise auch kurzrassisch. So werden bestimmte Sendeformate, die Kurznachrichten „Kurz und bündig vom Bund“, die Reihe „Kamerad wo bist du“ oder die – vom Autor selbst getextete und von Eberhard Kohlmann (Martin) gesprochene – Figur „Der Amtsbote“, vorgestellt.

Die Sendeblocke änderten sich im Laufe der Zeit nur geringfügig, sie waren dem Tages- und Dienstablauf des Militärs angepasst. Dennoch vollzogen sich Mitte der 60er-Jahre, trotz Festhaltens an bewährten Inhalten, gewisse Veränderungen in Programmgestaltung, Sendevolumen, Formaten sowie in Struktur und beim Personal. Diese Veränderungen werden aber mit Ausnahme der personellen Konflikte (an einer Stelle ist von einer „angespannten politisch-dienstlichen Atmosphäre“ die Rede – S.112) vom Leser kaum wahrgenommen. K. konstatiert für Anfang der 70er-Jahre: Dem „erreichten Stand konnte kaum inhaltlich Neues, wenig gestalterisches Wirkungsvolleres hinzugefügt werden. Zwar kamen neue Mitarbeiter und Vorgesetzte, aber neue Programmelemente, neue Programmideen kamen nicht mehr dazu.“ (S.109)

Ein Abschnitt ist speziell den Quellen der Programmgestaltung gewidmet. Dazu gehörten verständlicherweise die aktuellen Dienste von Presseagenturen, offizielle Verlautbarungen der Bundeswehr/-regierung und ihre Publikationen (einschließlich Soldatenzeitungen), verschiedene Zeitungen, Militärfachzeitschriften, Rundfunk- und

Fernsehprogramme, die Leserpost sowie diverse Befragungen von Bundeswehrangehörigen. Die Heranziehung von Hörerpost zur Programmgestaltung gestaltete sich streckenweise zu einem Konfliktfeld mit der übergeordneten Behörde des Verteidigungsministeriums in Strausberg. Doch die musikalischen Quellen (auch Schallplatten und Tonbandaufnahmen) seien von der Musikredaktion auf dem jeweils neuesten Stand gehalten worden, was sicherlich eine Ursache dafür war, dass der Sender auch in der DDR so beliebt war. Leider erfährt der Leser nicht, auf welche Weise dies erreicht wurde. K. schätzt ein, dass der Sender „sowohl von Militärs der Bundeswehr als auch von denen der Nationalen Volksarmee angenommen wurde“. (S.45)

Dem ist hinzuzufügen, dass das Hören des DSS den Soldaten der NVA nicht so ohne weiteres gestattet wurde, galt er doch als „Westsender“ und war damit für Armeeingehörige verboten. Im Text ist es nicht explizit erwähnt, doch natürlich gab der DSS nie an, ein Sender der NVA bzw. der DDR zu sein. Wie K. betont, galt für den Status des Senders: „Konspiration nach außen, besonders gegenüber der Bundeswehr und der NVA, einschließlich des MfNV [Ministerium für Nationale Verteidigung].“ (S.107)

K. stellt die Sendergeschichte in das internationale Geschehen und vor allem in den Kontext militärpolitischer Gegebenheiten jener Zeit, die Inhalt und Intensität der „geistigen Auseinandersetzung“ auch im Sendeprogramm prägten. Er kann für Anfang der Siebzigerjahre konstatieren, dass mit den Wandlungen zu einer Politik der europäischen Sicherheit beide Seiten ihre Aktivitäten der gegnerischen Beein-

flussung einstellen. In den Verhandlungen zum Grundlagenvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten hatten die Verhandlungsführer Kohl und Bahr die mündliche Vereinbarung getroffen, „daß sowohl die Bundeswehr als auch die NVA ihre nicht-militärischen Operationen im Rahmen des ‚kalten Krieges‘, d. h. ihre Flugblatt- und weitere schriftliche Texte, ihre Lautsprecher- und Rundfunksendungen unverzüglich und beide zu gleicher Zeit einstellen“. (S.126) Bahr teilte dazu später mit: „Dieser Teil der innerdeutschen Auseinandersetzungen in Ton, Bild und Schrift wurde am 1. Juli 1972 eingestellt. Ohne ein Stück Papier. Ohne eine Mitteilung. Beide Seiten hielten Wort.“ (S.127) Der DSS beendete seine Existenz am 1. Juli 1972.

Zum Abschluss des Bd. dokumentiert K. einige Texte (zum Teil gekürzt) aus dem Sendeprogramm. Dieser Abschnitt mag verzichtbar scheinen, doch er reflektiert facettenartig Zeitkolorit. Ein Personenverzeichnis (mit Decknamen) erleichtert die Benutzung. Insgesamt liegt hier ein gut lesbares, nützliches Büchlein in handlichem Taschenbuchformat vor, das über eine inzwischen fast vergessene Erscheinung der Systemauseinandersetzung zwischen Ost und West auf ideologischem Gebiet in den Zeiten des Kalten Krieges informiert. *Herbert Mayer*

**Alexander Amberger: Bahro – Harich – Havemann. Marxistische Systemkritik und politische Utopie in der DDR,** Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn 2014, 329 S., ISBN 978-3-506-77982-3

Der Autor unternimmt es, die drei bedeutendsten, dem Marxismus verpflichteten Systemkritiker der DDR in ihrem Werdegang vorzustellen und ihre Ansichten zu analysieren. Was diese drei Personen verbindet, das ist zum einen der utopische Gehalt ihrer Kritik sowohl am Kapitalismus als auch am „Realsozialismus“, wie sie ihn in der DDR erlebten, zum anderen ihr frühes Aufgreifen der Problematik von Wachstumskritik, Ökologie und Feminismus. In seinen Schlussbetrachtungen führt A. in zehn Punkten auf, was diese drei Männer gemeinsam hatten, ohne dass sie deswegen eine echte Verbindung eingegangen wären oder gar eine Gruppe gebildet hätten. Im Gegenteil, besonders Harich und Havemann haben sich auf kaum zu überbietende Art gegenseitig geschmäht. Ich würde dem einen weiteren Punkt hinzufügen: Von diesen drei individualistischen Intellektuellen war keiner geeignet, charismatischer Führer einer wirklichen Bewegung zu werden.

Die auf gründlichem Quellenstudium beruhende Darstellung beginnt mit theoretisch-methodischen Erwägungen zum Utopiebegriff. Utopie wird hier vor allem als Gegenentwurf zu den bestehenden Verhältnissen, als Zielprojektion und damit als Kritik am vorgefundenen Gesellschaftszustand begriffen. Bezüglich der DDR handelt es sich nicht um Kritik, die auf Rückkehr zum Kapitalismus oder auf die Übernahme bundesdeutscher Verhältnisse abzielte, sondern auf eine Erneuerung des Sozialismus ausgerichtet war. A. greift in seinen Betrachtungen den Gegensatz zwischen anarchistischen und archistischen, also etatistischen, Gesellschaftsentwürfen auf. Der anarchistische Ansatz sei bei Havemann, gemildert bei

Bahro zu finden, der archistische bei Harich.

Da es sich um drei nebeneinander agierende Persönlichkeiten handelte, werden sie auch jeder für sich vorgestellt, und zwar nach dem Raster Biografisches, zentrales Werk (eingebettet in dessen Entstehung und in die Fortentwicklung der hier vertretenen Ansichten), Rezeption in Ost und West. Die Biografien sollen hier nicht nachgezeichnet werden. Auf ihre Gesellschaftskritik und deren Wirkungen sei indes knapp eingegangen.

Während im Buchtitel die alphabetische Reihenfolge der Namen gewählt wurde, beginnt der Band mit Wolfgang Harich, der als erster an die Öffentlichkeit getreten war, und zwar mit seiner Schrift „Kommunismus ohne Wachstum“. Was für Harich den Anstoß gab, das waren vor allem der Bericht des Club of Rome von 1972 und der durch Schriften von Dennis L. Meadows, Mihajlo Mesarović, Eduard Pestel und Gordon Rattray Taylor ausgelöste ökologische Diskurs. Harich ging davon aus, dass wenig Zeit verbleibe, um eine Menschheitskatastrophe abzuwenden, und empfahl deshalb ein rigoroses Gegensteuern. So propagierte er eine ästhetische kommunistische Ökodiktatur auf Basis sozialer Gleichheit. Wurde ihm in der DDR vor allem seine Absage an ökonomisches Wachstum und an einen Kommunismus mit unbegrenztem Wohlstand verübelt, so in der BRD sein Plädoyer für ein diktatorisches Regime mit Zwangsregulierungen.

Rudolf Bahro bezeichnete die Niederschlagung des Prager Frühlings durch die Intervention der UdSSR und anderer Staaten des Warschauer Vertrages 1968 als jenes Schlüsselereignis, das ihn endgültig zum Systemkriti-

ker werden ließ. Und er war derjenige, der in der DDR am stärksten verfolgt und zu einer hohen Freiheitsstrafe verurteilt wurde. Zwar ging es auch ihm um die Verantwortung für die Umwelt, griff auch er das Patriarchat an, doch der Hauptansatzpunkt seiner Kritik waren die bürokratische Herrschaft und die Entmündigung der Bürger durch einen lähmenden Apparat. Seine 1977 erschienene Schrift „Die Alternative“ fand mit hohen Auflagen in der BRD und im westlichen Ausland rasch Verbreitung und wurde intensiv und widersprüchlich rezipiert: einerseits als visionäres, doch zugleich konkretes Diskussionsangebot für das linke Lager, andererseits zur Aufmunitionierung in den ideologischen Kämpfen des Kalten Krieges. Wie für Harich, so weist A. auch für Bahro nach, dass spätere Arbeiten manche Korrekturen und Abstriche aufweisen. Im Unterschied zu Harich versuchte Bahro, in der BRD im Rahmen der Grünen Partei aktiv Politik zu betreiben, wobei er mit seinen exzentrischen Bestrebungen jedoch keinen Erfolg hatte. Vor allem seine späteren Ausflüge ins Esoterische und Spirituelle ließen viele seiner ursprünglichen Sympathisanten Abstand nehmen.

Havemann war der einzige, der den „Absprung“ in die BRD, der allerdings auch für Harich nur ein zeitweiser war, nicht unternommen hat. Sein Bruch mit der SED, in der er ein Jahrzehnt lang wichtige Positionen innehatte und Einfluss auf das geistige Leben ausübte, setzte sukzessive mit dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 und der unbefriedigenden Abrechnung mit dem Stalinismus ein. Seine Kritik und seine Visionen werden vor allem anhand seines 1980 erschienenen Buches „Mor-

gen“ analysiert, das einen fiktiven Reisebericht in das Land Utopia enthält. Hier finden sich stärker als bei Harich und Bahro Anklänge an die klassischen Utopien, allerdings verbunden mit Wachstumskritik und Schlussfolgerungen aus ökologischer Sicht.

Da alle drei ihre Werke nicht in der DDR veröffentlichen durften, ausgegrenzt und verfolgt wurden und sich zum Publizieren im Westen gezwungen sahen, kamen sie in eine Lage, die so von ihnen nicht gewollt war. Doch zu Zeiten der ideologischen Kämpfe des Kalten Krieges war niemand davor geübt – vor allem wenn er sich der Medien bediente –, für Zwecke vereinnahmt zu werden, die nicht die seinen waren. Diese Problematik hätte m. E. in diesem Buche mehr Aufmerksamkeit verdient, obwohl sie in den Abschnitten über die Rezeption der Werke von Harich, Bahro und Havemann aufscheint.

Was die inhaltliche Substanz der von A. analysierten systemkritischen Schriften anbelangt, trifft sich die Meinung des Rezensenten mit dem Tenor der zeitgenössischen Rezeption. Diese registrierten seinerzeit Vernünftiges, Illusionäres und Abwegiges. Allerdings gingen und gehen die Ansichten weit auseinander darüber, was vernünftig, was illusionäre und was abwegig ist. Die von A. zu Recht hervorgehobene utopische Perspektive der drei Systemkritiker hatte ihre Crux. Schärft der utopische Entwurf den Blick auf die Gegenwart und befördert er die Stringenz der Kritik, so steht er doch meist einer ausgewogenen Nahaufnahme der Probleme und ihrer aktuellen Bewältigung entgegen. Das macht den ursprünglich angestrebten Brückenschlag zwischen den utopischen Analytikern und den machtausübenden Verant-

wortlichen unmöglich, weil sich Letztere nicht nur ungerecht beurteilt sehen, sondern auch weil sie wissen oder zu wissen meinen, was unter real gegebenen Bedingungen möglich ist und was nicht. Dies sollte bei der Bewertung aller involvierten Akteure nicht übersehen werden.

Aus heutiger Sicht ließe sich sagen, man kann der Diagnose dieser drei Systemkritiker, die sich als Interpreten eines erneuerten Kommunismus verstanden, beipflichten, ohne ihre Therapie in Gänze richtig zu finden. Vor allem sollten in linken Programmdebatten ihre Angebote nicht unbeachtet bleiben. So ist der Schlusssatz dieses Buches zuzustimmen: „Ihre Utopien sind anachronistisch und aktuell zugleich. Anachronistisch sind sie, weil der historische Entstehungskontext wenig mit der Gegenwart gemein hat. Aktuell sind sie hingegen bezüglich ihrer Wachstumskritik und der Entwicklung von Postwachstumsmodellen.“ (S. 301)

*Günter Benser*

**Rüdiger Wenzke (Hrsg.): „Damit hatten wir die Initiative verloren“. Zur Rolle der bewaffneten Kräfte in der DDR 1989/90**, hrsg. im Auftr. des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (Militärgeschichte der DDR, 23), Ch. Links Verlag, Berlin 2014, 256 S., ISBN 978-3-86153-809-7

Die Geschichte – auch wenn es nur das letzte Kapitel ist – der bewaffneten Kräfte der DDR, nicht nur der Nationalen Volksarmee (NVA), zu behandeln, ist das unbestreitbare Verdienst des neuesten Buches aus der Reihe „Militärgeschichte der DDR“.

Hier wird einer der brisantesten Zeitabschnitte in der DDR-Geschichte, der der Auflösung der „bewaffneten Organe“, wie sie zu DDR-Zeiten hießen, von vier Autoren in gut recherchierten Studien behandelt.

Zum Ende der 1980er-Jahre befand sich die DDR in einer tiefen Krise. Dies ging auch nicht an den Generälen, Offizieren und Mannschaften der NVA und der Polizei vorüber. Die Autoren beschreiben, wie die SED-Führung im Interesse der eigenen Machterhaltung versuchte, die Waffenträger in der DDR zur Bewältigung der Krise einzusetzen. Die Autoren analysieren dazu die politischen Stimmungen in der Nationalen Volksarmee, den Grenztruppen der DDR, den Volkspolizei-Bereitschaften, den Kampfgruppen sowie in den sowjetischen Streitkräften, die auf dem Territorium Ostdeutschlands stationiert waren. Eine äquivalente Untersuchung der Lage innerhalb des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und ihrer militärisch organisierten Wacheinheiten fehlt allerdings. Solche Analysen aus der Innenansicht des MfS sind allerdings bislang auch kaum vorhanden, mithin fehlt Forschungsvorlauf zu dieser Thematik.

Das MfS, oder exakter ausgedrückt: die von den Ministeriumsmitarbeitern angefertigten Berichte und Einschätzungen über die Stimmungen in den bewaffneten Organen, stellen hingegen den Hauptteil der Quellen für diesen Sammelbd. dar. Das MfS war sehr wohl durch seine geheimen Zuträger über die Vorgänge im Ministerium für Nationale Verteidigung und in den anderen Zentralen der Militärgewalt ausübenden Institutionen der DDR informiert. Geradezu unterstützend berichteten seine Mitarbeiter beispiels-

weise darüber, wie sich Generale in der Endphase der DDR gegen ihren Verteidigungsminister stellten. Richtig schlussfolgert der Hrsg. in seinem Beitrag über die NVA und die Grenztruppen im Moment von „Krise und Umbruch“, dass Armeegeneral Heinz Keßler – wie andere führende SED-Funktionäre – nicht bereit war, „sich mit der veränderten Situation im Lande und in der Armee ernsthaft und offen auseinanderzusetzen, nach Ursachen zu forschen und die Realitäten anzuerkennen“. (S.62) Keßler, Honecker und andere fürchteten im zeitlichen Umfeld der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR eher Aktionen der „Klassengegner“ gegen die Staatsgrenzen. Deshalb wurde Anfang Oktober 1989 in Teilen der Armee die Stufe „Erhöhte Gefechtsbereitschaft“ ausgelöst.

NVA-Soldaten kamen aber nur in Dresden am Hauptbahnhof zum Einsatz. Nur dort stießen in einer einzigen direkten Konfrontation Soldaten und Demonstranten aufeinander. An anderen Orten wurden kaum Soldaten eingesetzt, denn schon bald war auch den letzten Befehlsgebern deutlich geworden, dass selbst die Eliteeinheiten der NVA über keine polizeiliche Erfahrung verfügten und, wie es in einem internen Bericht heißt, sie erst „in großer Eile wirksam politisch motiviert, formiert und ausgebildet werden“ mussten. (S.65)

Einen stärkeren Überblickscharakter hat der Beitrag von Heiner Bröckermann, der sich mit der „Militär- und Sicherheitspolitik der SED am Ende der DDR“ befasst.

Die Rolle von Volkspartei-Bereitschaften und den sogenannten Kampfgruppen der Arbeiterklasse untersucht Daniel Niemetz. Auch hier wird deut-

lich, dass es eine nicht zu überspielende Abneigung gegen die SED-Führung insbesondere in den Kampfgruppen gab. Vor allem wären sie kaum bereit gewesen, mit Gewalt gegen das demonstrierende Volk vorzugehen. Einige exemplarisch ausgewertete Akten belegen diesen Schluss eindeutig.

In den Aufsätzen, auch in dem abschließenden von Matthias Uhl über die sowjetischen Truppen in der DDR, wird deutlich – so der Kommandeur des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr im Vorwort –, dass der Sammelbd. „luzide Einblicke“ in die interne Verfasstheit wichtiger bewaffneter Kräfte der DDR am Ende der 1980er-Jahre bietet. Es wird von allen Autoren mehr oder minder explizit dargelegt, dass die Machtinstrumente der SED im Herbst 1989 zwar noch existent und funktionsfähig waren, sich ihre Träger aber, ebenso wie andere Teile der DDR-Gesellschaft, in einer tiefen Sinnkrise befanden.

Dies sollte eigentlich nicht verwundern, gehörten doch Soldaten und Polizisten und erst Recht die Freizeituniformträger der Kampfgruppen zum Volk. Wem das nicht klar wurde, der musste es bei Demonstrationen hören: „Wir sind ein Volk!“ Dieser Spruch, der später zum Ruf nach einer deutschen Einheit umgedeutet wurde, richtete sich anfangs auch an die Uniformierten, die nach Planungen einiger SED-Funktionäre gegen die Demonstranten eingesetzt werden sollten. Den besonnenen Kräften innerhalb der bewaffneten Organe ist es zu verdanken, dass es nicht zu Gewaltausbrüchen gekommen ist, dass es – wie es heute heißt – eine „friedliche Revolution“ gegeben hat.

Hierauf mit gewissenhafter historischer Recherche aufmerksam gemacht

zu haben, ist ein Verdienst dieses Sammelbd., der als ein wichtiger Baustein zur Geschichte der DDR, insbesondere zu der ihrer „bewaffneten Organe“, angesehen werden kann. Eine recht detaillierte Chronik der damaligen Ereignisse im relevanten Zusammenhang sowie ein Dokumentenanhang ergänzen die Darstellungen.

*Ulrich van der Heyden*

**Bernd Fischer: Das Ende der HVA. Die Abwicklung der DDR-Auslandsaufklärung** (Geschichte der HVA, 8), edition Ost, Berlin 2014, 287 S., ISBN 978-3-360-018557-7

Das vorliegende Buch ist der letzte Bd. der Reihe zur Geschichte des Auslandsnachrichtendienstes der DDR (Hauptverwaltung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit, HVA) und befasst sich mit dessen Auflösung 1989/1990. Der Autor selbst gehörte der HVA fast 40 Jahre an, er arbeitete nach dem Studium an der Hochschule für Internationale Beziehungen in Moskau seit 1969 in verschiedenen Bereichen, so als Resident in Kairo oder in der Berliner Zentrale. Da er vom DDR-Ministerrat mit der Auflösung und Abwicklung der HVA beauftragt worden war, ist F. ein kompetenter Zeitszeuge mit detailliertem Insider-Wissen. Anders als in anderen Bd. der Reihe sind hier aber nicht nur persönliche Erinnerung und Datensammlungen resümiert, F. kann sich auf zahlreiche Originale und Kopien von Dokumenten stützen, die im Prozess der Auflösung der HVA entstanden und heute in einschlägigen Archiven lagern.

Das Vorwort verfasste Werner Großmann, langjähriger Chef der HVA

und Fs Vorgänger im Amt. Als den Auftrag der HVA bezeichnet er es, „alle notwendigen Aufklärungsmaßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland, Westberlin und den führenden NATO-Staaten und ihren Einrichtungen in Europa durchzuführen, um einen Beitrag zur Erhaltung des Friedens in Europa und zum Schutz und der Sicherung der DDR und der Staaten des Warschauer Vertrags zu leisten“. (S.8) Für den Autor stehen im Vordergrund „Abwicklung und Ende, Strafverfolgung, Ringen um die eigene Geschichte“, wie er im ersten Kapitel titelt (S.15), wobei er besondere Aufmerksamkeit dem Quellenschutz wie auch der Strafverfolgung der „Kundschafter“ und der hauptamtlichen wie inoffiziellen Mitarbeitern widmet. Seine Einschätzung, dass die Strafverfolgung der in der alten Bundesrepublik tätigen „Kundschafter“ „unsäglich und besonders hart betrieben wurde“ (S.16), belegt er ausführlich.

F. geht weitgehend chronologisch vor, beginnend mit der Staats- und Gesellschaftskrise der DDR im Sommer 1989 und den damit verbundenen Folgen für die Auslandsaufklärung der DDR. Er betont, dass angesichts wachsender Spannungen und notwendiger Korrekturen in der Arbeit der HVA „Maßnahmen zum Quellenschutz und zu einigen Reduzierungen in Angriff genommen wurden, dazu gehörte auch die Konzentration und Vernichtung von Akten und Unterlagen. Im Dezember 1989 waren z. B. zwei Drittel der Akten mit den tatsächlichen Personenangaben im Original und Duplikat vernichtet.“ (S.37) Der angestrebte Quellenschutz konnte aber nicht vollständig erreicht werden, denn vonseiten des sowjetischen

Geheimdienstes fehlte die erforderliche Unterstützung, und die Bundesbehörden hatten nach der deutschen Einheit kein Interesse daran.

Der Mitarbeiterbestand der HVA, die mit der Bildung der Regierung Modrow im November 1989 zum Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) gehörte, wurde seit jener Zeit systematisch (und in gewisser Weise sporadisch) von 4.128 auf 2.923 im Dezember 1989, dann im März 1990 auf 246 und schließlich auf jene zehn reduziert, die von Juli bis Oktober 1990 im Komitee für die Auflösung des MfS/AfNS mitarbeiteten. Ausführlich behandelt F. die Überlegungen vom Herbst 1989, den Geheimdienst in Struktur, Aufgabenstellung und Personal neu auszurichten. Um die Weiterarbeit der Auslandsaufklärung zu gewährleisten, wurde ein „Heraushalten“ aus dem „Auslösungsstrudel“ des MfS für eine Grundvoraussetzung angesehen, das bedeutete ihre Herauslösung aus dem MfS/AfNS. Im Februar 1990 war sichtbar, dass alle Überlegungen, den Nachrichtendienst entsprechend den neuen Bedingungen umzugestalten, unrealistisch waren. Der Quellenschutz und damit verbundene Maßnahmen wurden im Auflösungsprozess nun zum erstrangigen, alles überdeckenden Ziel.

Westliche Geheimdienste wie auch Bundesbehörden hatten reges Interesse sowohl an der Aufdeckung der Quellen als auch daran, sich die Mitarbeiter der HVA nutzbar zu machen. Etwas beschönigend meint F., es habe nur wenige Überläufer gegeben, zu denen er vermerkt, diese „Verratsfälle unterliefen ohne Zweifel den von den HVA-Angehörigen verfolgten konsequenten Kurs des Schutzes der Kundschafter“ und bewirkten „schmerzliche Verlus-

te“. (S.43) Den hauptamtlichen Mitarbeitern des MfS/AfNS wurde – späterer Praxis entgegenstehend – bei Preisgabe von Quellen Straffreiheit versprochen, den „Kundschafter“ sollte aber von vornherein „kein Pardon“ gegeben werden. (S.86)

Ausführlich geht der Autor auf die Ereignisse vom 15. Januar 1990, den „Sturm auf die Stasi-Zentrale“, ein und betont, inzwischen ließen „auch offizielle Bekenntnisse von BND und CIA keine Zweifel mehr daran, dass die westlichen Dienste diese Aktion, wenn nicht von vornherein inspiriert, so doch gelenkt und genutzt haben“. (S.46)

Zur Vernichtung der Akten zitiert F. auch einschlägige Literatur: „Die Akten und Karteien der HVA sind im Zeitraum von Dezember 1989 bis Juni 1990 vernichtet worden, vom Archiv der HVA ist – mit geringen Ausnahmen – nichts übrig geblieben.“ (Zitat Müller-Enbergs, S.101). Die im BStU-Archiv gelagerten 1.675 Akteneinheiten der HVA seien vor allem Berichte an die SED- und DDR-Führung sowie an den KGB sowie Dossiers der Gegenspionage über westliche Geheimdienste, insgesamt nur „ein bescheidener Rest der HVA-Bestände“. (S.102) Er glaubt, dass Vorgangs- und Personalakten der HVA nach deren Auflösung am 30. Juni 1990 nicht in „fremde Hände“ gelangt seien. (S.98f.) Ausnahmen gebe es im Zusammenhang mit den als „Rosenholz“ und „SIRA“ bezeichneten Vorgängen. In den wahrscheinlich 1988 zur CIA gelangten, sogenannten F-16-Karteikarten sind Daten zu fast 280.000 Personen enthalten (die aber offenbar nicht alle IM des MfS waren) mit Geburtsdatum, Anschrift und Beruf sowie den Namen der HVA-Führungsoffiziere. (S. 100)

Sie ermöglichten die Identifizierung solcher Top-Quellen wie „Topas“ im Nato-Hauptquartier.

F. hebt hervor, dass die Verfolgung der „Kundschafter“ bei der Kriminalisierung der DDR von vornherein einen vorderen Platz einnahm. Die „mit hoher Intensität betriebene Verfolgung der Kundschafter noch vor dem 3. Oktober 1990 war der Auftakt für [...] die umfassende Kriminalisierung von Menschen, die ihrem Staat, der DDR, in öffentlichen Funktionen gedient hatten.“ (S.127) F. informiert über zahlreiche Ermittlungs- und Strafverfahren, die nach dem Oktober 1990 gegen ehemalige Mitarbeiter der HVA geführt wurden und von einer „Ungleichbehandlung“ zeugten. Die heute dominierende Bewertung der Geschichte der Auslandsaufklärung der DDR ordnet sich ein in die Bestrebungen, die DDR zu delegitimieren. F. betont, die „die Meinung in Deutschland bestimmenden Kräfte“ versuchten, mit Verunglimpfungen, Diffamierungen und Beschimpfungen eine „wahrheitsgemäße Darstellung“ (S.143) zu verhindern, dagegen wären ehemalige hauptamtliche HVA-Mitarbeiter bestrebt, ihre Geschichte aufzuarbeiten. (S.143-166)

Als Anlage enthält der Bd. Beschlüsse, Protokolle und andere Dokumente, die die Abwicklung und Auflösung des Auslandsnachrichtendienstes der DDR betreffen, Schriftstücke zur Strafverfolgung der Mitarbeiter (u. a. die Anklageschrift gegen den Autor) und gegen „Kundschafter“ der HVA sowie diverse Zeitdokumente (Arbeitspapiere, Pressepublikationen). Sie lassen in Details nachvollziehen, was der Autor zuvor dargelegt hat.

Der Bd. unterscheidet sich wohlthuend von gängigen, undifferenzierten

Verteufelungen in der deutschen Medien- und Wissenschaftslandschaft. Er kann ein wichtiger Beitrag zu einer Gesamtdarstellung der HVA sein. Erforderlich dafür ist aber ein weitergehender kritischer Ansatz, den der Autor an einigen Stellen durchaus verfolgt, ohne ihn aber – da bei diesem Thema auch nicht notwendig – auszuarbeiten und zu begründen.

*Herbert Mayer*

**Martina Benz: Zwischen Migration und Arbeit. Worker Centers und die Organisierung prekär und informell Beschäftigter in den USA,** Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2014, 272 S., ISBN 978-3-89691-956-4

Die Studie von Martina Benz, die als Dissertation an der Graduiertenschule für Nordamerikastudien der Freien Universität Berlin entstand, spürt der Frage nach, wie prekär Beschäftigte in den heutigen USA auf die zunehmende Flexibilisierung ihrer Arbeit reagieren und welche Funktion die von ihnen geschaffenen Worker Centers im Wechselspiel mit staatlicher Sozialpolitik, gewerkschaftlicher Organisierung, sozialen Bewegungen und post-fordistischer Ökonomie haben. Nachdem B. knapp die methodische Herangehensweise der Arbeit vorgestellt hat, zeichnet sie im zweiten Kapitel den Entstehungskontext der Worker Centers als Interessenvertretung mehrheitlich migrantischer ArbeiterInnen im Niedriglohnsektor der Vereinigten Staaten nach. Im Zuge der Informalisierung vieler Arbeitsverhältnisse und Produktionssektoren sowie eines Anstiegs der Einwanderung vor allem aus asiatischen und lateinamerikanischen Ländern gründeten sich seit den 1980er-

Jahren mehr als 150 solcher selbstorganisierten Zentren, die jenseits der etablierten Gewerkschaften die Interessen marginalisierter ArbeiterInnen gegenüber Arbeitgebern und einer zunehmend migrationsrestriktiven Politik vertreten. B. zeigt, dass die US-amerikanischen Gewerkschaften, die lange von den Erfahrungen weißer, männlicher Facharbeiter dominiert wurden, dem informellen Niedriglohnsektor, der wiederum durch seinen großen Anteil an migrantischen und weiblichen Arbeitern geprägt ist, bisher wenig Beachtung schenkten. Gerade in der strategischen Zusammenarbeit zwischen Worker Centers und Gewerkschaften deutete sich jedoch ein Ausweg aus der anhaltenden politischen Schwäche organisierter LohnarbeiterInnen in den USA an. Denn Worker Centers verfügen in der Regel über eine breite Vernetzung in Nachbarschaften und Communities, die es ihnen erlaubt, betriebliche oder beschäftigungspolitische Forderungen von Gewerkschaften zu flankieren und mit anderen gesellschaftspolitischen Forderungen zu verbinden.

Die Kapitel drei bis fünf, die sich auf Interviews mit ExpertInnen und ArbeiterInnen im Umfeld von Worker Centers stützen, widmen sich den konkreten Arbeits- und Organisationserfahrungen prekär Beschäftigter in Gastronomie, Einzelhandel, Hausarbeit und Tagelohn in New York City und Los Angeles. Anhand der Auswertung ihrer Samples kommt die Autorin zu dem Schluss, dass ein Mangel an struktureller Macht im Produktionsprozess nicht – wie in der Literatur bisweilen angenommen – mit einem Fehlen an ökonomischer Macht gleichzusetzen sei. Vielmehr zeigen Beispiele, dass politische Kampagnen häufig

Hand in Hand mit betrieblichen Aktionsformen gehen, die das Repertoire traditioneller Gewerkschaften erheblich erweitern. Die Autorin arbeitet so auch heraus, dass sich die Strategien und Forderungen organisierter ArbeiterInnen im Niedriglohnsektor bezüglich der jeweiligen Arbeitsrealität stark unterscheiden. So organisieren sich ArbeiterInnen in Restaurants und Einzelhandel häufig für die Einhaltung gesetzlicher Mindeststandards, während Hausangestellte dafür kämpfen, dass ihre Arbeit überhaupt als Lohnarbeit anerkannt und dementsprechend unter gesetzlichen Schutz gestellt wird. TagelöhnerInnen schließlich setzen sich in der Regel für ihr Recht auf Erwerb und grundsätzliche politische Rechte wie die Legalisierung ihres Aufenthaltsstatus ein.

Gerade das Kapitel über die Organisationserfahrungen von TagelöhnerInnen in Los Angeles weist auf einen blinden Fleck des Buches hin. So beleuchtet die Autorin zwar ausführlich den Zusammenhang zwischen Migration und expandierenden Tagelöhner-Märkten, lässt dabei aber – so wie in der Studie insgesamt – die Bereiche Kriminalisierung und Strafvollzug als zentrale Erfahrung vieler prekär Beschäftigter in den Vereinigten Staaten außer Acht. Wie etwa die Soziologin Gretchen Purser zeigt, haben ehemalige Häftlinge nach Verbüßung ihrer Strafe in der Regel wenig Chancen auf dem regulären Arbeitsmarkt. Diesen Arbeitern (in der Mehrzahl handelt es sich um Männer) bieten zahlreiche lokale Tagelöhner-Ökonomien die Möglichkeit kurzfristiger und unbürokratischer Beschäftigung. Purser betont, dass im Tagelohn einzig die Bereitschaft zähle, lange vor Öffnung der

Vermittlungsagentur Schlange zu stehen, um einen Platz auf der Jobliste zu ergattern, oder mitunter viele Stunden ohne Bezahlung auf den erhofften Auftrag zu warten. Die ohnehin niedrige Entlohnung wirke sich umso gravierender aus, da lange Anfahrtswege unbezahlt blieben oder Vermittlungsgebühren entrichtet werden müssten (siehe Gretchen Purser: ‚Still Doin’ Time‘: Clamoring for Work in the Day Labor Industry, in: Working USA: The Journal of Labor and Society, 15 [2012], S.397-415; Dies.: The Labour of Liminality, in: Labour, Capital & Society, 45 [2012], 1, S.10-35). Der hier verdichtete Grad an „Flexploitation“ baut dabei häufig auf einer Diskriminierung auf, die sich gleichermaßen aus Rassismus und Kriminalisierung speist. Während B. überzeugend darlegt, dass es besonders Frauen und MigrantInnen sind, die unter Unsicherheit und Marginalisierung am Arbeitsmarkt leiden, lässt sie weitgehend unbeachtet, welche Rolle Strafverschärfung und Justizvollzug in informellen Beschäftigungsverhältnissen in den USA heute spielen.

Ungeachtet dieser Kritik erweist sich das vorliegende Buch jedoch als eine Bereicherung auch und gerade für neue Ansätze in der Geschichte der Arbeiterbewegung, etwa wenn es die Persistenz und Wiederkehr von Problemkonstellationen prekär Beschäftigter andeutet. HistorikerInnen erkennen hier, dass die im Bekleidungs- und Einzelhandelssektor des späten 19. und frühen 21. Jh. weit verbreitete Informalisierung der Arbeit gewerkschaftliche Interessensvertretung behindert, dass damals wie heute die Atomisierung und weitgehende Entrechtung von Hausangestellten eine schwerwiegende Hürde für die Organi-

sierungschancen von „domestics“ darstellen, dass damals wie heute rassistische Zuschreibungen migrantischer Arbeit die Hierarchisierung lokaler und nationaler Arbeitsmärkte legitimieren. Das Aufblitzen dieser historischen Kontinuitäten macht das Buch auch für LeserInnen jenseits der politikwissenschaftlichen Forschung relevant.

Daneben zeichnet sich B. vor allem durch ihren kritischen Blick auf Entstehung und Praxis der Worker Centers aus. So verdeutlicht sie überzeugend deren Potenzial, jenen marginalisierten ArbeiterInnen eine Stimme zu verleihen, die von vielen Gewerkschaften ausgeschlossen und missachtet werden. Es wird deutlich, dass es gerade diese neuen Bewegungen von Frauen und MigrantInnen sind, die für eine Re-Politisierung der Arbeits- wie der Alltagswelt sorgen. Marginalisierung entlang von Migrationserfahrung und Geschlecht erweist sich damit nicht nur als besonders virulente Form der Diskriminierung, sondern auch als Faktor für die Organisation von Widerstand und für ein Erkämpfen kollektiver Handlungsfähigkeit. B. analysiert jedoch auch die mögliche Kehrseite, die sich aus der Übernahme von Idealen der Sozialen Bewegungen für die Interessensorganisation lohnabhängiger Menschen ergibt. Techniken und politische Ziele wie „Self-Help“ oder „Empowerment“ beschreiben zentrale Legitimationsstrategien prekarisierter Beschäftigung in der neoliberalen Arbeitswelt von heute. Nicht zuletzt aufgrund ihrer privaten oder öffentlichen Finanzierung laufen Worker Centers damit Gefahr, Hilfestellung eher zur Selbstoptimierung denn zur Selbstermächtigung zu leisten. Damit aber verlören sie ihren emanzipatorischen

Anspruch und drohten, sich als gesellschaftliche Schmiere in der fortschreitenden Informalisierung eines wachsenden Niedriglohnsektors zu etablieren. Diesen Widerspruch herausgearbeitet und in einen konkreten sozialen Kontext gebettet zu haben, macht die Stärke dieses insgesamt sehr lesenswerten und detailreichen Buches aus.

*Philipp Reick*

**Erika und Gerhard Schwarz: Rehfelde. Ein Dorf auf dem Barnim**, Hentrich & Hentrich Verlag, Berlin 2013, 467 S., ISBN 978-3-95565-028-5

Dies ist ein Buch über die Geschichte eines Berliner Vororts – 41 km östlich vom Zentrum der Hauptstadt entfernt und wie so viele Berliner Vororte aus einem Dorf hervorgegangen. Beim Blick auf den Titel und das Foto auf dem Buchdeckel sowie beim ersten Durchblättern glaubt man, eine Ortsgeschichte wie manch andere auch vor sich zu haben, von ansässigen Autoren geschrieben, hauptsächlich an die Einwohner der Gemeinde adressiert, eine Geschichte mit vielen Namen von Bürgern (im Buch sind es mehr als 1.200), reichlich mit Abbildungen versehen. Einige besondere Vorkommnisse werden liebevoll geschildert, ebenso interessante Persönlichkeiten vorgestellt, z. B. der Rehfelder Zündpillenfabrikant und spätere DDR-Finanzminister Hans Loch.

Und doch unterscheidet sich das Buch über Rehfelde deutlich von anderen Ortsgeschichten, zu Wege gebracht von fleißigen Chronisten, gefördert von einem rührigen Heimatverein. Das liegt in erster Linie an den Autoren. Erika Schwarz ist gelernte Historikerin und war bis 1994 wissenschaftliche As-

sistentin am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität. Gerhard Schwarz, bis 1990 im Diplomatischen Dienst der DDR, steht ihr in Sachen Akribie und Kenntnis der Entwicklungszusammenhänge nicht nach. Das Ehepaar war vor 15 Jahren aus Berlin nach Rehfelde gezogen und hat unmittelbar danach begonnen, über die Geschichte seiner Wahlheimat zu recherchieren. Die Schwarzens wurden in regionalen und überregionalen Archiven (bis hin zum Staatsarchiv der Russischen Föderation) fündig, studierten die regionale Presse von deren Anfängen bis zur Gegenwart, befragten die Einwohner, ließen sich deren Familiengeschichte erzählen. Das Buch lässt nichts an Professionalität vermissen. Die Aussagen werden durch auf die Quellen hinweisende bzw. detaillierter informierende Fußnoten untermauert. Der Anhang enthält neben einer Chronologie Statistiken, Kurzbiografien von 13 Rehfelder Persönlichkeiten bzw. Familien, ein Verzeichnis der Dorfschulzen, Ortsvorsteher und Bürgermeister (von 1471 bis 1989) sowie der Pfarrer und Schuldirektoren (seit 1713). Hinzu kommen ein umfangreiches Personenregister sowie ein ausführliches Quellen- und Literaturverzeichnis.

Der zweite Grund für das Besondere dieser Ortsgeschichte ist Rehfelde selbst. Die Vf. stellten bei ihren Forschungen rasch fest, dass es kaum ein nationalgeschichtlich bedeutsames Ereignis gab, dass sich nicht in der Geschichte des Ortes widerspiegelte. Man kann es auch anders herum formulieren: Der „große Geschichtsverlauf“ wird auch in der Ortsgeschichte erkennbar.

Indem sie diese gewonnene Erkenntnis zum Ausgangspunkt ihres

Buchkonzeptes machten, schufen E. und G. S. ein Werk, das nicht nur für Heimatforscher interessant ist, sondern auch für Kenner und generell an der brandenburgisch-preußischen bzw. der deutschen Geschichte Interessierte, weil es deren Konkretisierung und Ergänzung ist, bezogen auf einen konkreten Ort (Rehfelde) bzw. Kreis (Barnim) in Brandenburg.

Aus der grundlegend nationalgeschichtlichen Anlage des Buches ergibt sich, dass dessen chronologische Gliederung von den großen Ereignissen der deutschen Geschichte bestimmt wird. Sie beginnt faktisch mit der Gründung des Dorfes während des hochmittelalterlichen Landesausbaus nach der Eroberung des slawischen Ostelbien (Kapitel 2). Die Vf. scheuen sich dabei nicht, zu benennen, was wegen der zunächst dürftigen Quellenlage bis heute unklar geblieben ist. Dicht werden die Quellen dann ab dem 19. Jh. (Kapitel 7). Das 8. Kapitel ist dem Kaiserreich, das 9. der Weimarer Republik gewidmet. Es folgt das Kapitel „Rehfelde unter dem Hakenkreuz“. Das Abfassen dieses Abschnitts ihres Buches war insofern schwieriger, als die Akten der örtlichen Behörden 1945 vernichtet wurden und die meisten befragten Zeitzeugen über die Jahre nach 1933 nur selten bereitwillig Auskunft gaben.

Das 11. Kapitel, der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung 1945-1949 gewidmet, verdient hervorgehoben zu werden. Hier, insbesondere im ersten Abschnitt „Die Lage im Dorf nach der Befreiung“ wird nicht nur wie in den anderen vorgeführt, wie sich die Nationalgeschichte in der Ortsgeschichte widerspiegelt, sondern es werden Ereignisse und Institutionen zur Sprache gebracht, die zei-

gen, dass die Nationalgeschichte – genauer: die Geschichte der sowjetischen Besatzungszone – Ereignisse und Verhältnisse birgt, die noch der generellen Aufarbeitung harren. Das 12. und letzte Kapitel ist der Entwicklung der Gemeinde Rehfelde in der DDR (1949-1989) gewidmet und arbeitet die Geschichte des Dorfes mit den Schwerpunkten Landwirtschaft und soziale und kulturelle Entwicklung wohlthuend sachlich auf. Den diskriminierenden Jargon der professionellen „Aufarbeiter der DDR-Geschichte“, wie er seit 1990 weite Verbreitung gefunden hat, vermeidet die Darstellung.

E. und G. S. haben die chronologisch geordneten zwölf Kapitel ihres Buches mehrfach untergliedert, in der Regel nach Sachgesichtspunkten wie politische Strukturen, Gewerbe, Landwirtschaft, Bildung und Kultur usw. Die tiefe Gliederung des umfangreichen Werkes erweist sich als vorteilhaft für den Leser. Wer z. B. speziell an der Geschichte der Bauernschaft oder der Industriearbeiterschaft oder des Verkehrswesens des Ortes interessiert ist, der kann sich die entsprechenden Abschnitte herausuchen. Das erste nichtlandwirtschaftliche Gewerbe von Bedeutung war in Rehfelde das Windmühlengewerbe, das sich nach der Aufhebung des Mühlen-, Bier- und Branntweinzwangs im Rahmen der Stein-Hardenbergischen Reformen nach 1810 entwickelte. Die Ersetzung der Wind- durch Motormühlen bis Anfang des 20. Jh. brachte Rehfelde einen Einbruch in der Gewerbetätigkeit, den der Ort während der Weimarer Republik kompensieren konnte, als mehrere relativ große Betriebe der Holzverarbeitenden, insbesondere der Möbel-Industrie, entstanden. Die verschlechterte Absatzsituation während

der Weltwirtschaftskrise brachte diesen Betrieben 1932 das Aus bzw. den Fast-Stillstand. An der von der Hitlerregierung betriebenen Aufrüstung wollte man auch in Rehfelde partizipieren. Es gab bereits im Herbst 1933 Gewerbeausbauvorhaben in Zusammenhang mit einem in Ortsnähe zu errichtenden Flugplatz, 1936 sogar Reißbrettpläne für die Errichtung einer Industriestadt in der Gemarkung Rehfelde. Der Krieg kam schneller als geglaubt, und während der ersten Nachkriegsjahre bedrohte der Warenmangel die Existenz des örtlichen Gewerbes. Dessen Betriebe wurden nach dem Mai 1945 von der Besatzungsmacht sequestriert und später zum Teil volkseigen. In den Jahren nach der DDR-Gründung verarbeitete das örtliche Gewerbe vor allem Rohstoffe, die die sich herausbildenden landwirtschaftlichen Großbetriebe der Region erzeugten.

Die Lektüre des DDR-Kapitels weckt unvermeidlich im Leser die Neugier, zu erfahren, wie es in Rehfelde weitergegangen ist, wie der Ort die „Wende“ erlebte, wie die „Transformation von der Plan- in die Marktwirtschaft“. Inwieweit veränderten sich die soziale Zusammensetzung und das geistig-kulturelle Leben der Gemeinde? E. und G. S. haben mit ihren Recherchen zur Entwicklung Rehfeldes bis zum Jahre 1989 nachgewiesen, dass sie wie keine anderen Autoren berufen sind, darauf eine Antwort zu geben – ungeachtet der Probleme einer jeden Zeitgeschichtsschreibung, auf die sie im Nachwort zu Recht hinweisen. Deshalb möchte ich nach Abschluss des Lektüre ihr Buch nicht nur den Historikern nachdrücklich empfehlen, sondern den Wunsch äußern, dass sie ihre Recherchen auch auf das letzte (fast) Vierteljahrhundert in der dem Leser vertraut gewordenen Gemeinde ausdehnen mögen.

*Jörg Roesler*

## Autorenverzeichnis

- Albert, Gleb J.*, Dr. des., Universität Zürich  
*Barbara C. Allen*, Prof. Dr., La Salle-University, Philadelphia  
*Günter Benser*, Prof. Dr., Berlin  
*Marcel Bois*, Dr., Hamburg  
*Gerhard Engel*, Prof. Dr., Am Mellensee  
*Julia Harnoncourt*, Doktorandin, Universität Wien  
*Stefan Heinz*, Dr., Freie Universität Berlin  
*Hans-Otto Hemmer*, Mettmann  
*Hartmut Henicke*, Dr., Altzeschdorf  
*Ulrich van der Heyden*, Prof. Dr. Dr., University of South Africa, Pretoria  
*Ralf Hoffrogge*, Dr., Ruhr-Universität Bochum  
*Jürgen Hofmann*, Prof. Dr., Berlin  
*Bernd Hüttner*, Rosa-Luxemburg-Stiftung  
*Irina Hundt*, Dr., Schwielowsee  
*Mario Käßler*, Prof. Dr., Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam  
*Horst Klein*, Dr. sc., Strausberg  
*Dietmar Lange*, Doktorand, Freie Universität Berlin  
*Harald Lange*, Prof. Dr., Berlin  
*Simon Lengemann*, Berlin  
*Felix Lieb*, Student, Ludwig-Maximilians-Universität München  
*Herbert Mayer*, Dr. sc., Berlin  
*Yves Müller*, Universität Hamburg  
*Michail Piskunov*, Russische Akademie der Wissenschaften, St. Petersburg  
*Ulla Plener*, Dr. sc., Berlin  
*Philipp Reick*, Doktorand, Hebräische Universität Jerusalem  
*Jörg Roesler*, Prof. Dr., Berlin  
*Bertold Scharf*, Doktorand, Universität Kiel  
*Walter Schmidt*, Prof. Dr., Berlin  
*Ursula Schröter*, Dr., Berlin  
*Reiner Zilkenat*, Dr., Vorsitzender des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V., Berlin

# Jahresinhaltsverzeichnis 2015

## Artikel

*Gleb J. Albert:* „Es ist immerhin zu befürchten, dass Mühsam in Russland enttäuscht wird.“ Zu Erich Mühsams verhinderter Russlandreise 1925 III/5

*Rolf Badstübner:* Deutschland 1945 – Befreiungsoptionen II/5

*Eric Blanc:* Ein neuer Blick auf das Verhältnis von Bolschewiki und nationalen Befreiungsbewegungen im Zarenreich II/28

*Jens Ebert:* „Will versuchen, Dir einen Brief zusammenzustoppeln.“ Aspekte proletarischer Feldpost im Ersten Weltkrieg I/37

*Alexandre Froidevaux:* Revolution und Krieg in Spanien – gesplante Arbeiterbewegung, widerstreitende Erinnerungen I/5

*Julia Harnoncourt:* Trabalho escravo? Ein historischer Vergleich auf globaler Ebene III/63

*Simon Lengemann:* „Erst das Essen, dann die Miete!“ Protest und Selbsthilfe in Berliner Arbeitervierteln während der Großen Depression 1931 bis 1933 III/46

*Heinz Niemann:* Die Debatte um Kriegsursachen und Kriegsschuld in der deutschen Sozialdemokratie zwischen 1914 und 1924 I/54

*Michail Piskunov:* Das „Arbeitskollektiv“ als politisches Subjekt in der späten Sowjetunion und während der marktwirtschaftlichen Reformen der 1990er-Jahre III/28

*Philipp Reick:* A Poor People's Movement? Erwerbslosenproteste in Berlin und New York in den frühen 1930er-Jahren I/20

*Jörg Roesler:* Mit oder gegen den Willen der Betriebsbelegschaften? Die Privatisierung in Polen und den neuen Bundesländern 1990 bis 1995 im Vergleich II/44

## Diskussion

*Michael Brie:* Das ungelöste Jahrhundertproblem: die Demokratisierung der Wirtschaft I/67

*Felix Lieb:* Die Grenzen der Parteidisziplin: Wilhelm Dittmann und die Spaltung der SPD im Ersten Weltkrieg III/134

## Biografisches

*Wilma Ruth Albrecht:* Rosa Luxemburg als Malerin und ihr Verständnis moderner bildender Kunst II/86

*Barbara Allen:* Aleksandr G. Šljapnikow in der Verbannung und in Haft 1934 bis 1937 III/117

*Marcel Bois:* Eine transnationale Freundschaft im Zeitalter der Extreme: Leo Trotzki und die Pfemferts III/98

*Gerhard Engel:* Radikal, gemäßigt, vergessen: Alfred Henke (1868-1946). Erster Teil (1868-1918) II/67

*Gerhard Engel:* Radikal, gemäßigt, vergessen: Alfred Henke (1868-1946). Zweiter Teil (1918-1946) III/78

*Henning Fischer:* „Unter schweren Bedingungen.“ Biografische Notizen zu Rita Sprengel und Doris Maase, zwei deutschen Kommunistinnen im 20. Jahrhundert II/106

*Mario Kessler:* Kommunistischer Aktivist in Palästina und Opfer des Stalinismus: Joseph Berger (1904-1978) I/113

*Kay Schweigmann-Greve:* Chaim Zhitlowsky (1865-1943) und seine Auseinandersetzung mit dem Marxismus I/86

## Regionales

*Ulrich Schröder:* Adam Frasunkiewicz und die Spaltung der Hemelinger Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg II/128

## Dokumentarisches

*Gregor Kurella:* Von der Schulbank an die Front zur Roten Armee – bis zum Sieg über den Hitlerfaschismus. Erinnerungen II/144

## Informationen

*Irina Hundt:* Neue Forschungen zu drei Achtundvierzigerinnen III/150

*Philipp Reick:* US Labor Archives. Unbekanntes Terrain für die europäische Forschung? I/140

*René Senenko:* Zwangsarbeiter, Wehrmachtsdeserteure und 999er. Die Willi-Bredel-Gesellschaft Geschichtswerkstatt e.V. in Hamburg II/170

## Berichte

*Ralf Hoffrogge:* „Wie der Kapitalismus überlebt“ – 11. Historical Materialism Conference in London II/166

*Jürgen Hofmann:* Arbeit und Zwang: Formen von Zwangsarbeit in der Haus-, Dienstleistungs-, Landwirtschafts-, Fabrik- und Sexarbeit 1850 bis 2000. Die 50. Linzer Konferenz I/135

*Michael Oberstadt:* 45. Konferenz der International Association of Labour History Institutions in New York 2014 II/160

*Bertold Scharf:* „An die Arbeit! Minderheiten und Erwerbserfahrungen im 19. und 20. Jahrhundert“. Nachwuchssymposium in Heidelberg III/159

*Reiner Zilkenat:* Der 8. Mai 1945 und die geistige Situation der Zeit. Kolloquium in Berlin III/162

## Buchbesprechungen

- Alexander Amberger: Bahro – Harich – Havemann. Marxistische Systemkritik und politische Utopie in der DDR (*Günter Benser*) III/210
- Bambule (Hrsg.): Das Prinzip Solidarität. Zur Geschichte der Roten Hilfe in der BRD (*Jelena Steigerwald*) II/224
- Christina Bargholz/Museum der Arbeit Hamburg (Hrsg.): ABC der Arbeit. Vielfalt, Leben, Innovation. Von Kupferschmieden und Kaufleuten, Blau-männern und Schürzen, Lohntüten und Streikkassen... (*Achim Dresler*) II/176
- Colin Barker u. a. (Hrsg.): Marxism and Social Movements (*Dietmar Lange*) I/148
- Olga Benario/Luiz Carlos Prestes: Die Unbeugsamen. Briefwechsel aus Gefängnis und KZ (*Ronald Friedmann*) II/210
- Elisabeth Benz: Ein halbes Leben für die Revolution. Fritz Rück (1895-1959) (*Hartmut Henicke*) III/196
- Martina Benz: Zwischen Migration und Arbeit. Worker Centers und die Organisierung prekär und informell Beschäftigter in den USA (*Philipp Reick*) III/217
- Theodor Bergmann: Sozialisten – Zionisten – Kommunisten. Die Familie Bergmann-Rosenzweig – eine kämpferische Generation im 20. Jahrhundert (*Mario Kessler*) III/178
- Helmut Bock: Freiheit – ohne Gleichheit? Soziale Revolution 1789 bis 1989 (*Jürgen Hofmann*) III/165
- Herbert Brückner/Renate Meyer-Braun/Beenhard Oldigs (Hrsg.): 150 Jahre Sozialdemokratie Bremen und Bremerhaven (*Ulrich Schröder*) I/157
- Detlev Brunner/Udo Grashoff/Andreas Kötzing (Hrsg.): Asymmetrisch verflochten? Neue Forschungen zur gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte (*Günter Benser*) I/178
- Willy Buschak: „Arbeit im kleinsten Zirkel.“ Gewerkschaften im Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur (*Stefan Heinz*) III/188
- Elise Catrain: Hochschule im Überwachungsstaat. Struktur und Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit an der Karl-Marx-Universität Leipzig (1968/69-1981) (*Herbert Mayer*) II/218
- Claus-Peter Clasen: Arbeitskämpfe in Augsburg um 1900 (*Axel Weipert*) II/185
- Werner Daum u. a. (Hrsg.): Politische Bewegung und symbolische Ordnung. Hagener Studien zur Politischen Kulturgeschichte. Festschrift für Peter Brandt (*Günter Benser*) I/147
- Jens Ebert (Hrsg.): Vom Augusterlebnis zur Novemberrevolution. Briefe aus dem Weltkrieg 1914-1918 (*Gerhard Engel*) II/189
- Simon Ebert: Wilhelm Sollmann (1881-1951) (*Heinz Niemann*) II/194

- Gerhard Engel: Dr. Rudolf Franz 1882-1956. Zwischen allen Stühlen – ein Leben in der Arbeiterbewegung (*Ingo Materna*) I/169
- Gerhard Feldbauer: Die Resistenza. Italien im Zweiten Weltkrieg (*Dietmar Lange*) III/193
- Bernd Fischer: Das Ende der HVA. Die Abwicklung der DDR-Auslandsaufklärung (*Herbert Mayer*) III/215
- Sonja Friedmann-Wolf: Im roten Eis. Schicksalswege meiner Familie. 1933-1958 (*Ulla Plener*) III/202
- Paul Frölich: Im radikalen Lager. Politische Autobiographie 1890-1921, hrsg. von Reiner Tosstorff (*Marcel Bois*) II/187
- Karl Christian Führer u. a. (Hrsg.): Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918-1920 (*Axel Weipert*) I/166
- Florian Grams: Die Pariser Kommune (*Dietmar Lange*) III/169
- Antonio Gramsci: Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe, hrsg. von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug (*Axel Weipert*) II/206
- Horst Groschopp: „Der ganze Mensch.“ Die DDR und der Humanismus (*Ulrike Köpp*) I/194
- Rudolf Hamburger: Zehn Jahre Lager. Als deutscher Kommunist im sowjetischen Gulag, hrsg. von Maik Hamburger (*Wladislaw Hedeler*) I/173
- Ernesto Harder: Vordenker der „ethischen Revolution.“ Willi Eichler und das Godesberger Programm der SPD (*Harald Lange*) I/184
- Wolfgang Fritz Haug u. a. (Hrsg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bde. 7/I, 7/II und 8/I (*Ralf Hoffrogge*) I/144
- L. Joseph Heid: Peter Blachstein. Von der jüdischen Jugendbewegung zur Hamburger Sozialdemokratie. Biographie eines Sozialisten (1911-1977) (*Harald Lange*) III/198
- Gudrun Hentges: Staat und politische Bildung. Von der „Zentrale für Heimatdienst“ zur „Bundeszentrale für politische Bildung“ (*Werner Röhr*) I/180
- Christian Hermann: Roter Frontkämpferbund (RFB) in Dresden und Ostsachsen 1924-1929 (*René Senenko*) II/201
- Eric Hobsbawm: Wie man die Welt verändert. Über Marx und den Marxismus (*Ulla Plener*) II/180
- Ralf Hoffrogge: Werner Scholem. Eine politische Biographie (1895-1940) (*Gerhard Engel*) II/204
- Peter Hübner: Arbeit, Arbeiter und Technik in der DDR 1971 bis 1989 (*Ulrich Busch*) II/222
- Christoph Jünke: Streifzüge durch das rote 20. Jahrhundert (*Horst Klein*) III/174
- Gerd Kaiser: „Hier ist der Deutsche Soldatensender 935.“ Eine Stimme im kalten Krieg (*Herbert Mayer*) III/208

- Philippe Kellermann (Hrsg.): Begegnungen feindlicher Brüder. Zum Verhältnis von Anarchismus und Marxismus, Bd. 3 (*Jochen Weichold*) II/181
- Friedrich Kniestedt: Fuchsfeuerwild. Erinnerungen eines anarchistischen Auswanderers (1873-1947) (*Jochen Weichold*) II/192
- Andrea Komlosy: Arbeit. Eine globalhistorische Perspektive. 13. bis 21. Jahrhundert (*Evemarie Badstübner*) II/174
- Otto König: Band der Solidarität. Widerstand, Alternative Konzepte, Perspektiven; die IG Metall Verwaltungsstelle Gelvesberg-Hattingen 1945-2010 (*Ulla Plener*) II/212
- Gunter Lange: Siegfried Aufhäuser (1864-1969). Eine Biografie (*Kurt Schilde*) II/207
- Bernd Langer: Antifaschistische Aktion. Geschichte einer linksradikalen Bewegung (*Bernd Hüttner*) III/204
- Sergej Lochthofen: Schwarzes Eis. Der Lebensroman meines Vaters (*Ulla Plener*) III/191
- Rosa Luxemburg: Nach dem Pogrom. Texte über Antisemitismus 1910/11 (*Mario Kessler*) III/180
- Ulrich Mählert u. a. (Hrsg.): Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2014 (*Ralf Hoffrogge*) III/172
- Paul Mattick/Marc Geoffroy/Christoph Plutte (Hrsg.): Die Revolution war für mich ein großes Abenteuer. Paul Mattick im Gespräch mit Michael Buckmiller (*Sebastian Klauke*) I/187
- Herbert Meißner: Gewaltlosigkeit und Klassenkampf. Revolutionstheoretische Überlegungen (*Jörg Roessler*) II/178
- Klaus Mertsching (Bearb.): Der Deutsche Gewerkschaftsbund 1969-1975 (*Dietmar Lange*) II/220
- Siegfried Mielke/Stefan Heinz (Hrsg.): Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes im NS-Staat. Widerstand und Verfolgung (*Ulla Plener*) III/187
- Reiner Möckelmann: Wartesaal Ankara. Ernst Reuter – Exil und Rückkehr nach Berlin (*Holger Czirrich-Stahl*) I/189
- Heiko Müller: „Kinder müssen Klassenkämpfer werden!“ Der kommunistische Kinderverband (1920-1933) (*Axel Weipert*) II/198
- Herfried Münkler: Der Große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918 (*Axel Weipert*) I/164
- Oskar Negt: Nur noch Utopien sind realistisch. Politische Interventionen (*Ulla Plener*) II/226
- Christel Neusüß: Die Kopfgeburten der Arbeiterbewegung oder Die Genossin Luxemburg bringt alles durcheinander (*Annelies Laschütz*) I/162
- Gottfried Oy/Christoph Schneider: Die Schärfe der Konkretion. Reinhard Strecker, 1968 und der Nationalsozialismus in der bundesdeutschen Historiografie (*Christoph Meißner*) II/216
- Jan Petersen: Unsere Straße. Eine Chronik. Geschrieben 1933/34 (*Yves Müller*) III/185

- Robert Philipps: Sozialdemokratie, 68er-Bewegung und gesellschaftlicher Wandel 1959-1969 (*Ulrich Schöler*)  
I/202
- Sibylle Plogstedt: „Wir haben Geschichte geschrieben“. Zur Arbeit der DGB-Frauen (1945-1990) (*Ursula Schröter*)  
III/206
- Norbert Podewin: Mein Leben in drei Diktaturen. Episodisches eines Insiders im Kalten Krieg (*Manfred Teresiak*)  
I/192
- Martin Schaad: Die fabelhaften Bekenntnisse des Genossen Alfred Kurella. Eine biografische Spurensuche (*Ulrike Köpp*)  
I/194
- Cordelia Scharpf: Luise Büchner. Eine evolutionäre Frauenrechtlerin des 19. Jahrhunderts (*Irina Hundt*)  
I/154
- Walter Schmidt: Die schlesische Demokratie von 1848/49. Geschichte und Akteure. I. Halbbd., II. Halbbd. (*Martin Hundt*)  
I/153
- Thilo Scholle/Jan Schwarz: „Wessen Welt ist die Welt?“ Geschichte der Jusos (*Robert von Olberg*)  
I/159
- Thilo Scholle/Jan Schwarz/Ridvan Ciftci (Hrsg.): „Zwischen Reformismus und Radikalismus.“ Jungsozialistische Programmatik in Dokumenten und Beschlüssen (*Horst Dietzel*)  
II/202
- Erika und Gerhard Schwarz: Rehfelde. Ein Dorf auf dem Barnim (*Jörg Roesler*)  
III/220
- Kay Schweigmann-Greve: Chaim Zhitlowsky (*Jürgen Hofmann*)  
II/184
- Waltraud Seidel-Höppner: Wilhelm Weitling (1808-1871). Eine politische Biografie (*Walter Schmidt*)  
III/166
- Colin Shindler: Israel and the European Left; Philip Mendes: Jews and the Left (*Mario Keßler*)  
II/213
- Sergej Slutsch/Carola Tischler unter Mitarb. von Lothar Kölm (Hrsg.): Deutschland und die Sowjetunion 1933-1941. Dokumente, Bd. 1: 30. Januar 1933-31. Dezember 1934 (*Wladislaw Hedeler*)  
I/171
- Matthias Stangel: Die Neue Linke und die nationale Frage. Deutschlandpolitische Konzeptionen und Tendenzen in der Außerparlamentarischen Opposition (*Ulrich Schöler*)  
I/202
- Ronen Steinke: Fritz Bauer oder Auschwitz vor Gericht (*Thilo Scholle*)  
I/176
- Walter Vollmer: Montanmitbestimmung und Unternehmenskultur während der Bergbaukrise 1957 bis 1968 (*Jörg Roesler*)  
I/200
- Hermann Weber/Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Supplement zum Biographischen Handbuch 1918 bis 1945 (*Herbert Mayer*)  
II/197
- Axel Weipert: Das Rote Berlin. Eine Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung 1830-1934 (*Gerhard Engel*)  
I/151

- 
- Rüdiger Wenzke (Hrsg.): „Damit hatten wir die Initiative verloren.“ Zur Rolle der bewaffneten Kräfte in der DDR 1989/90 (*Ulrich van der Heyden*) III/213
- Stefan Wolle: Der große Plan. Alltag und Herrschaft in der DDR 1949-1961 (*Ulrike Köpp*) I/198
- Benjamin Ziemann: Veteranen der Republik. Kriegserinnerung und demokratische Politik 1918-1933 (*Gerhard Engel*) III/182
- Rüdiger Zimmermann: Emil Kloth (1864-1943). Vom marxistischen Gewerkschaftsvorsitzenden zum beken- nenden Nazi (*Hans-Otto Hemmer*) III/176

# Impressum

ISSN 1610-093X

Herausgeber:

Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Redaktion:

Helga Brangsch, Dr. Ralf Hoffrogge, Dr. Christa Hübner (V.i.S.d.P.), Bärbel Kontny, Dietmar Lange, Dr. Ulla Plener, Dr. Monika Rank, Dr. Elke Scherstjanoi, Dr. Daniela Schnitter, Dr. Carola Tischler, Dr. Axel Weipert

Postadresse der Redaktion:

Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin

Email-Adresse der Redaktion:

redaktion@arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Email-Adresse der Redaktion für Buchbesprechungen:

rez-kon@arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Webseite:

[www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de](http://www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de)

Das „JahrBuch“ erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai, September) in der NDZ GmbH, Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin, im Gesamtumfang von ca. 660 Seiten. Jahresabonnement 30,- € (Inland) bzw. 40,- € (Ausland), einschl. Porto; Einzelheftpreis 11,- €, zzgl. Porto.

In der Zeitschrift werden nur Beiträge veröffentlicht, die außer dem JahrBuch nicht anderweitig zur Veröffentlichung angeboten wurden oder bereits publiziert sind (Druck und Internet).

Wird ein Manuskript für die Publikation angenommen, gehen die Veröffentlichungsrechte an die Redaktion, einschließlich einer möglichen Online-Publikation auf der Website der Zeitschrift.

Manuskripte können per Email oder auf CD bzw. USB-Stick, vorzugsweise als word-Datei, eingesandt werden. Beiträge sollten 40.000, Berichte 10.000 und Buchbesprechungen 8.000 Zeichen nicht überschreiten. Bitte reichen Sie stets die letzte Fassung des Beitrages ein und beachten Sie die im „JahrBuch“ übliche äußere Manuskriptgestaltung. Die Redaktionsrichtlinien senden wir Ihnen gern zu. Die namentlich gezeichneten Beiträge geben ausschließlich die Meinung des Autors und nicht die der Redaktion wieder.

Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Abonnements- und Heftzahlungen sowie Spenden bitte an:

IBAN: DE 75 1009 0000 5744 5610 10

BIC: BEVODEBB

Satz: Dr. Ch. Kouschil, D. Wiesenthal  
Druck und Bindung: Typowerkstätten des Giambattista-Bodoni-Museums,  
[www.bodoni.org.info@bodoni.org](http://www.bodoni.org.info@bodoni.org)

Redaktionsschluss: 11.8.2015

